

Rolf Messerschmidt

»Wenn wir nur nicht lästig fallen...«



**Aufnahme und Eingliederung
der Flüchtlinge und Vertriebenen
in Hessen (1945-1955)**



**Die Hessen-Bibliothek
im Insel Verlag**

Die Hessen-Bibliothek im Insel Verlag

Regionalbewegungen und Heimatbewusstsein sind charakteristisch für Europa. Im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung haben in Deutschland regionale Identität und Föderalismus eine weittragende Bedeutung. Viele Bürgerinnen und Bürger, einschliesslich junger Menschen, entwickeln und pflegen eine neue Heimatverbundenheit im Angesicht schnellen gesellschaftlichen und technischen Wandels, starker Mobilität und wachsender Umweltprobleme. Das Heimatverständnis umfasst Land und Leute, Natur und Kultur, geschichtliche und aktuelle Zusammenhänge. Auch die Bundesländer sind nicht nur Verwaltungseinheiten, sie existieren und handeln in historischer, kultureller und politischer Eigenständigkeit. Dass die aufgelösten Länder wieder er stehen, war daher gleich nach dem politischen Umbruch in der DDR im Herbst 1989 ein vorrangiges Ziel.

Die Hessen-Bibliothek möchte zu dieser Orientierung einen vertiefenden und anregenden Beitrag leisten mit Büchern, die historische, kulturelle, soziale und politische Aspekte des Landes Hessen darstellen. Die Hessen-Bibliothek will auch ein Impuls sein für an Hessen interessierte Autoren, Wissenschaftler, Journalisten, Lehrer und Künstler, Themen des Landes in den Blick zu nehmen.

Rolf Messerschmidt

«**Wenn wir nur nicht lästig fallen...**»

**Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und
Vertriebenen in Hessen (1945-1955)**

Insel Verlag

Umschlagabbildung: Ankommender Flüchtlingstransport in der Austausch- und
Betreuungsstelle Bebra. 1946. (dpa. Frankfurt am Main)

Erste Auflage 1991

© Insel Verlag Frankfurt am Main und Leipzig 1991

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Druckhaus Thiele & Schwarz GmbH. Kassel

Printed in Germany

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

ERSTER TEIL

Flucht, Vertreibung und Aufnahme – Auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft (1945-1947)	29
Flucht und Vertreibung	29
Die Flüchtlingstransporte des Jahres 1946	45
Die Aufnahme und Unterbringung.....	59

ZWEITER TEIL

Flüchtlinge und Einheimische – Probleme und Bewältigungsversuche (1945-1949).....	93
Die Probleme.....	93
<i>Die Versorgung</i>	93
<i>Das Wohnen</i>	105
<i>Die Arbeit</i>	117
<i>Das Zusammenleben</i>	130
Die Bewältigungsversuche.....	143
<i>Die Flüchtlingsverwaltung</i>	143
<i>Die Hilfsaktionen</i>	152
<i>Die Selbsthilfe</i>	162

DRITTER TEIL

Die Neubürger richten sich ein – Der Beginn der «eigentlichen Eingliederung» in den frühen fünfziger Jahren	175
Der Hessenplan.....	175
Der Wille zur Eingliederung.....	183
<i>Der Umzug</i>	183
<i>Die Arbeit</i>	195
<i>Das neue Heim</i>	212
Die Organisationen der Vertriebenen	230
Quellen- und Literaturverzeichnis	253

Einleitung

Wer heute über Hessen spricht, denkt meist nicht daran, dass die Ursprünge dieses Bundeslandes noch jung sind. Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, im September 1945, von der amerikanischen Besatzungsmacht aus der preussischen Provinz Kurhessen (Kassel) und aus grossen Teilen der preussischen Provinz Nassau (Wiesbaden) sowie des Volksstaates Hessen (Darmstadt) gebildet.

In diesem neuen Land Hessen, zwischen der Weser im Norden und dem Neckar im Süden, lebten damals neben 3,4 Millionen Einheimischen 200'000 Evakuierte aus den zerstörten deutschen Grossstädten und viele tausend Ausländer, nämlich ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Dazu kamen in den Jahren 1945 und 1946 noch über eine halbe Million deutscher Flüchtlinge und Vertriebene* aus Ost- und Südeuropa. Im Januar 1950 lebten schliesslich 720'000 Flüchtlinge und Vertriebene in Hessen, das sind 16,7% der Gesamtbevölkerung.

Fast alle blieben, auch wenn sie dies bei ihrer Ankunft nicht geglaubt hatten. Denn zunächst herrschte bei ihnen die Auffassung vor, dass die gewaltsame Trennung von der Heimat nur vorübergehend sei. Als die Erkenntnis wuchs, dass zumindest eine baldige Rückkehr nicht möglich war, trat die Sorge um eine neue Lebensgrundlage immer stärker in den Vordergrund. Gemeinsam mit den Einheimischen haben die Flüchtlinge und Vertriebenen in den folgenden Jahren aus den Trümmern, der Hinterlassenschaft des «Dritten Reiches», die Fundamente für ein neues Staatswesen, eine neue Gesellschaft und einen wirtschaftlichen Neuaufbau gelegt. In der «Charta der deutschen Heimatvertriebenen» von 1950 verzichteten sie auf Rache und Vergeltung gegenüber den Vertreibern und versprachen, tatkräftig am Wiederaufbau Deutschlands und Europas mitzuwirken.

Diese Menschen, ihre Kinder und Enkelkinder, sind seit Kriegsende hessische Bürger. Mit welchen Schwierigkeiten ihre Eingliederung vor sich ging und welche Leistungen damit verbunden waren, ist heute kaum mehr bekannt. Nur wenige wissen auch, woher die Vertriebenen kamen und auf welche Weise sie nach Hessen gelangten.

Ein grosser Teil der in Hessen lebenden Vertriebenen, nämlich 216'108 Personen nach dem Stand von 1950, hatte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in den damaligen deutschen Ostgebieten gelebt, also in Schlesien, Ostpreussen, Pommern und Brandenburg. Die meisten Vertriebenen (1950: 394'511 Personen) stammten jedoch aus der Tschechoslowakei, vor allem aus Böhmen und Mähren. Weitere 110'000 kamen aus den übrigen Vertreibungsgebieten (Polen, Ungarn, Jugoslawien) nach Hessen.

1937 lebten in Ostdeutschland rund 9,5 Millionen Deutsche und in den anderen Siedlungsgebieten etwa weitere 8,5 Millionen. Die Hauptsiedlungsgebiete ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lagen vor allem in Polen (Galizien und Wolhynien) und in der Tschechoslowakei (Böhmen und Mähren). Auch in Ungarn (Westungarn, Ungarisches Mittelgebirge, Schwäbische Türkei), in Rumänien (Siebenbürgen, Banat, Buchenland, Bukowina, Bessarabien, Dobrudscha) sowie in Jugoslawien (Batschka, Banat, Slawonien und Syrmien) waren Deutsche beheimatet. Daneben gab es auch im Baltikum (Estland, Lettland und Litauen) und in der Sowjetunion (auf der Krim, an der Wolga, am Schwarzen Meer, im Kaukasus und der Ukraine) einzelne deutsche Siedlungsgebiete.

Die Bevölkerung dieser Räume war in einer jahrhundertelangen Entwicklung gewachsen, die mit der Ostsiedlungsbewegung im 12. Jahrhundert begonnen hatte. Im Zuge der Niederlassung der Mönchsorden wie Zisterzienser, Johanniter und Templer, getragen von dem Willen, das Christentum und die Kultur des Abendlandes den slawischen Völkern zu bringen, wurden die ersten Grundsteine gelegt. Diese Missionsinseln im Osten waren die Keimzelle für eine wirtschaftliche Erschliessung und eine Kultivierung des Bodens. Vor allem verarmte Bauern und ihre Familien, aber auch Bergleute, Handwerker und Kaufleute, die in ihrer Heimat im Reich nur ein kärgliches Auskommen gefunden hatten, versprachen sich im Osten Wohlstand und ein gesichertes Leben. Vom höheren technischen und kulturellen Wissensstand der Zuwanderer erhofften sich die dortigen Landesfürsten, die Land und steuerliche Freiheiten vertraglich zusagten und so die Siedler aus dem Westen planmässig anwarben, einen wirtschaftlichen Aufschwung ihres Landes.

In der Neuzeit, vor allem im 16. Jahrhundert, fanden auch Glaubensflüchtlinge den Weg ins östliche Europa, um der Gegenreformation oder Verfolgungen zu entgehen. Im 18. Jahrhundert, nachdem die Türken zu-

rückgedrängt worden waren, riefen ost- und südeuropäische Herrscher zur Kultivierung des Bodens und zur Bereicherung des Gewerbes erneut deutsche Bevölkerung mit der Zusage besonderer Privilegien in ihre Länder. So gelangten beispielsweise «Schwaben» ins Banat und an die untere Donau, die man später als Banater- bzw. Donauschwaben bezeichnete, oder deutsche Siedler aus Polen, Pommern, Westpreussen, Mecklenburg und vor allem aus Württemberg nach Bessarabien. Die Russlanddeutschen an der Wolga, die zum überwiegenden Teil aus Hessen stammten, wanderten Mitte des 18. Jahrhunderts aufgrund eines Manifestes der Zarin Katharina II. ein.

Viele der Siedler im zaristischen Russland, aber auch in anderen osteuropäischen Staaten, lebten weitgehend getrennt von der angestammten Bevölkerung in eigenen Dörfern und Städten. Sie entwickelten eine eigenständige Kultur, und im Laufe der Jahrhunderte bildete sich ein spezifisches Brauchtum heraus, bei manchen (z.B. den Ungarndeutschen) sogar ein eigener Dialekt. In anderen Gebieten vermischten sie sich mit der angestammten Bevölkerung, wuchsen zum Teil zweisprachig auf oder übernahmen die Landessprache.

Nationale Gesichtspunkte spielten bei der Ostsiedlung keine Rolle. Auf keiner Seite gab es bewusste Versuche, die anderen Volksgruppen zu unterdrücken. Selbstverständlich kam es vor, dass sich Minderheiten an Mehrheiten anpassten. In der «vornationalen Zeit» spielte es nur eine untergeordnete Rolle, welchem Volk man angehörte bzw. welche Muttersprache man hatte. So lebten Jahrhunderte lang im östlichen Teil Europas die Völker und Volksgruppen im Wesentlichen friedlich mit- und nebeneinander.

Dies änderte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Prozess des «nationalen Erwachens» hatte auch die Völker Ostmitteleuropas erfasst, ange regert und gefördert auch durch die Ideen Johann Gottfried Herders (1744-1803). Im Zeitalter des Nationalismus begannen Menschen gleicher Sprache, sich mehr und mehr als einheitliches Volk zu fühlen und politische und kulturelle Autonomie zu fordern. Dies erzeugte gerade in den Vielvölkerstaaten (Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Russland) eine gewaltige Sprengkraft.

Vor allem der Gedanke, die Bevölkerung eines Landes müsse national einheitlich sein, entwickelte sich bei der Gründung der modernen Nationalstaaten zu einem Leitmotiv. Die Nationalbewegungen, getragen von einem aufstrebenden Bürgertum, suchten über gleiche Merkmale – wie Sprache,

Herkunft und Kultur – die politische Einheit in einem räumlich abgegrenzten Staat zu finden. Nationale Minderheiten sollten daher «assimiliert», also dem Staatsvolk angepasst, oder gedrängt werden, das Land zu verlassen. Die Vertreibungen aus «nationaler Intoleranz» haben also ihre Wurzeln im Nationalismus des 19. Jahrhunderts.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden nach den beiden Balkankriegen (1912/13) Hunderttausende Türken, Griechen und Bulgaren gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Viele Politiker sahen in einer erzwungenen «Entmischung» ein brauchbares Mittel, Spannungen zwischen den Nationalitäten zu beseitigen. Als Muster galt der Vertrag von Lausanne, der 1923 den zwangsweisen Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei festgelegt hatte. Mit dieser ersten «Entmischung» begann im 20. Jahrhundert das Zeitalter der Massenflüchtlingsströme. Flüchtlinge hat es zwar nahezu in allen Jahrhunderten gegeben, doch noch nie in einer solchen Häufung wie in unserem.

Die nach dem Ersten Weltkrieg auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 beschlossenen Grenzziehungen schufen weitere Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa, denn jeder der neuen Staaten beheimatete neben seinem Staatsvolk beträchtliche nationale Minderheiten. Nach 1918 kam es daher in ganz Ostmitteleuropa zu Wanderungsbewegungen. In vielen Fällen wurde der Entschluss auszuwandern durch politischen und wirtschaftlichen Druck beschleunigt. In der Zwischenkriegszeit hatten sich die Nationalitätengegensätze noch verstärkt oder waren aus politischem Kalkül geschürt worden.

Die ungelösten Minderheitenfragen lieferten Hitler vor allem in den Auseinandersetzungen mit der Tschechoslowakei und Polen einen Ansatzpunkt für sein Ziel einer deutschen Vorherrschaft in Europa. Die von einer primitiven «Rassenlehre» geprägte nationalsozialistische Ideologie führte zu Vertreibungen, Völkermord und zur Versklavung fremder Völker und Volksgruppen. Die Expansionspolitik des Dritten Reiches löste im Zusammenwirken mit der Sowjetunion (Hitler-Stalin-Pakt) eine neue Welle von Umsiedlungen, Fluchtvorgängen und Vertreibungen aus, die in den Jahren 1944 bis 1947 ihren Höhepunkt in dem neuen Unrecht der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat in Ostdeutschland sowie anderen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa fand.

Die Nationalsozialisten siedelten zunächst von 1939 bis 1943 rund 530'000 Deutsche aus dem sowjetischen Machtbereich sowie aus Rumänien, Bulgarien und Kroatien zumeist in den Warthegau (Kernpolen) um,

aus dem Polen brutal vertrieben wurden. Stalin wiederum deportierte nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion ungefähr eine halbe Million Russlanddeutsche unter grossen Menschenverlusten nach Sibirien und Mittelasien. Bis zum Herbst 1944 waren aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse bereits 600'000 Menschen, aus Rumänien 90'000, aus Ungarn 50'000 und aus Jugoslawien weitere 200'000 Menschen vor den drohenden Übergriffen der sowjetischen Armee geflohen. Die Angst vor den Gewalttaten der russischen Soldaten, die wiederum auf das durch die nationalsozialistische Herrschaft im Osten begangene Unrecht zurückzuführen sind, sowie die Sorge, verschleppt zu werden, trieben die Menschen davon. Im Zuge der weiteren Kriegshandlungen flüchteten insgesamt fast fünf Millionen Menschen aus den deutschen Ostprovinzen nach Westen. Allein zwei Millionen von ihnen sind von der deutschen Wehrmacht mit 800 Schiffen über die Ostsee aus den Gebieten direkter Kriegshandlungen evakuiert worden. Die Flucht in grossen Trecks über das zugefrorene Haff und über Land im Winter 1944/45 war ein beschwerlicher, gefahrvoller und von Katastrophen begleiteter Weg.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 gingen die Fluchtbewegungen aus dem Osten in die Phase einer «wilden Vertreibung» über. Bereits im Sommer 1945 wurden aus der Tschechoslowakei mehr als 700'000 Sudetendeutsche vertrieben.

Vor allem die Sowjetunion, aber auch Polen und die Tschechoslowakei drängten auf eine radikale Ausweisung der deutschen Volksgruppen aus diesen Ländern. Im «Potsdamer Abkommen» wurden zwischen den drei Alliierten Grossbritannien, Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die Vereinbarungen für die «Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben» getroffen. Danach sollten 6,5 Millionen Menschen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei in die russische, amerikanische und britische Besatzungszone ausgewiesen werden.

Die mehrbändige «Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa» (Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene) mit ihren vielen Einzelfallberichten, die 1954 bis 1963 erschienen ist, gibt einen Gesamtüberblick über all diese schrecklichen Ereignisse. Der Einzelne war zum blossen staatlichen Objekt oder zum Sündenbock für eine unmenschliche Politik degradiert, das eigene Empfinden war bedeutungslos geworden. Die Leidtragenden verloren ihre Heimat sowie ihre Existenzgrundlagen und sozialen Bindungen. Etwa zwei Millionen kamen durch Flucht und Vertreibung ums Leben.

Die Gesamtentwicklung der Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen für die Jahre 1945 bis 1955 an Beispielen nachzuzeichnen, ist Anspruch dieses Quellen- und Dokumentenbandes. Der Integrationsprozess wird dabei als besondere Leistung der westdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit gesehen, in deren Verlauf sich eine neue, nämlich die bundesrepublikanische Gesellschaft formierte. Unter Integration wird der objektive Prozess, Chancengleichheit in allen Lebensbereichen herzustellen, und die subjektive Bereitschaft, gewisse Grundanschauungen der Aufnahmegesellschaft zu übernehmen, verstanden. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen sollte, wie es nach dem hessischen Flüchtlingsgesetz vom Februar 1947 hiess, «ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung» bewirken. Es hat sich aber im Verlaufe der weiteren Entwicklung gezeigt, dass dies ein wechselseitiger Prozess gewesen ist, in dem sowohl die einheimische Bevölkerung als auch die Neubürger als gestaltende Kraft wirkten. Dieser Verständniswandel offenbart sich auch in den Dokumenten. Während in der Anfangszeit der ersten Aufnahme, Unterbringung und der Betreuung der Ankommenen die Flüchtlinge und Vertriebenen erst einmal zu Fürsorgefällen geworden waren, nahmen sie in Anbetracht der katastrophalen Wirtschaftslage und der miserablen Ernährungssituation der Nachkriegsjahre ihr Schicksal schon bald in die eigene Hand.

Die Dokumente wurden nicht nach rein politischen Eckdaten ausgewählt. Im Vordergrund stand vielmehr die zwischenmenschliche Ebene: der einzelne Mensch im Verhältnis zu seinen Mitmenschen, seine materiellen Nöte, sein Lebensmut oder seine Verzweiflung an der erlittenen Entwurzelung und Erniedrigung. Aber auch die Massnahmen der Verwaltung und der vielen helfenden Verbände und Organisationen dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Keinesfalls war Mitte der fünfziger Jahre der Eingliederungsvorgang bereits abgeschlossen, wenn man das subjektive Empfinden der Betroffenen als Mass für ein «sich wieder heimisch fühlen» in einer fremden Umgebung nimmt. Ein grosser Teil der Neubürger hatte jedoch bereits in den fünfziger Jahren mit einem festen Arbeitsplatz und einer eigenen Wohnung eine zwar vielfach nur bescheidene, aber doch eine neue Lebensgrundlage gefunden. Die Kultur der fünfziger Jahre ist Ausdruck jenes Lebensmutes der Einheimischen und der Neubürger gleichermaßen.

Flucht, Vertreibung und Aufnahme – Auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft

In den letzten Kriegsmonaten waren nur wenige im Osten ansässige Deutsche nach Hessen gelangt (Dok. 1, 2). Verhältnismässig wenige kamen auch infolge der «wildnen Vertreibungen» vom Frühjahr bis Herbst 1945 (Dok. 3). Die weitaus meisten Vertriebenen erreichten Hessen mit den «planmässigen» Flüchtlingstransporten des Jahres 1946.

Die Siegermächte hatten auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 die «ordnungsmässige Überführung deutscher Bevölkerungsteile» aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland beschlossen. Die «Überführung» sollte in «ordnungsgemässer und humaner Weise» erfolgen. Nach den Festlegungen über die Bevölkerungsumsiedlung der deutschen Bevölkerungsteile aus dem osteuropäischen Raum hatte der Alliierte Kontrollrat Aufnahmequoten für die einzelnen Besatzungszonen festgelegt (Dok. 7). Die neu entstandenen Länder in der amerikanischen Zone, Bayern, Württemberg-Baden und Grosshessen sollten insgesamt bis zum Sommer 1946 2,25 Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei und Ungarn aufnehmen.

Die Bedingungen für die «Überführung» der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die amerikanische Besatzungszone wurden am 8./9.1.1946 zwischen Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden und der tschechischen Regierung festgelegt. Nach diesem Abkommen sollten die ausgewiesenen Deutschen ausreichend mit Kleidung versehen sein, Gepäck mit einem Gewicht von 30 bis 50 Kilogramm und 1'000 Reichsmark pro Person mitnehmen dürfen, von den Tschechen mit einem für mindestens drei Tage reichenden Lebensmittelvorrat und auf der Fahrt durch tschechisches Staatsgebiet mit warmer Verpflegung versorgt werden.

Diese Abmachungen wurden jedoch bei den ersten Transporten – der erste nach Hessen bestimmte Zug überschritt am 25.1.1946 die tschechisch-deutsche Grenze nach Bayern – in aller Regel nicht eingehalten. Die Betroffenen wurden oft mit Gewalt aus ihren Wohnungen geholt und in Sammellager gebracht, in denen sie einige Tage oder auch Wochen auf den Transport nach Westen warten mussten. Häufig hing es von der Willkür der tschechischen Beamten ab, ob und wie viele persönliche Gegenstände den Ausgewiesenen noch abgenommen wurden.

Im Jahre 1946 kamen insgesamt 374 Transporte mit 397'185 Personen

nach Hessen. Der Höhepunkt der Transportaufnahme lag im Mai 1946 mit rund 76'000 Ausgewiesenen. In zu 40 Waggons mit je 30 Personen zusammengestellten Güterzügen – also mit jeweils 1'200 Menschen – liefen die Transporte vorrangig über die fünf bayerischen Grenzdurchgangslager nach Hessen ein. Ein Zwischenstopp in den Grenzdurchgangslagern von 4-5 Stunden, hervorgerufen durch die ärztliche Untersuchung und die Entlassung der Flüchtlinge sowie die Versorgung mit Lebensmitteln für den Weitertransport, brachte eine kurze Verschnaufpause auf der meist 2-4tägigen Fahrt, bevor die Züge auf die Weiterfahrt zu den Zielbahnhöfen geschickt wurden (Dok. 8, 9). Dass es dabei zum Leidwesen der Flüchtlinge immer wieder zu Verzögerungen und auch Fehlleitungen gekommen ist (Dok. 10), verwundert nicht, wenn man sich die allgemeine Situation der Zeit vor Augen führt. Für den Einzelnen bedeutete dies eine unnötige Strapaze, zumal er in den letzten Monaten vor dem Abtransport vielfach mit einer sehr bedrückenden Lebenssituation an seinem Heimatort hatte fertig werden müssen. Vor allem bei denen, die vorher schon einige Monate in den schlechten Verhältnissen der Ausweisungslager hatten leben müssen, war der Ernährungs- und Gesundheitszustand medizinisch höchstens als befriedigend anzusehen (Dok. 8,11,12,14).

Die kurz aufeinanderfolgenden Massentransporte erforderten von den deutschen Stellen organisatorische Höchstleistungen. Die deutschen Grenzkommissare der Länder der amerikanischen Zone empfangen die Züge an der Grenze ihrer Zone und leiteten sie zu den festgelegten Auslabebahnhöfen. Die deutschen Stellen wussten zwar, wie viele Züge täglich für sie vorgesehen waren, doch die Herkunft und die Alters- sowie die Berufsstruktur der Ankommenden war ihnen nicht bekannt.

Voller Spannung erwarteten die Flüchtlinge die Zuweisung in die einzelnen Gemeinden. Freilich war es bei den damaligen Verhältnissen kaum möglich, Wünsche zu berücksichtigen. Aber das Alter und die Berufe der Ankommenden spielten für die Zuweisung manchmal eine Rolle, wenn der Quartiergeber auf ein paar kräftige Hände mehr zum Anpacken vor allem auf den Höfen hoffte.

An den Zielbahnhöfen standen die Fahrzeuge für den Weitertransport meist schon bereit, bevor die Züge einliefen (Dok. 15, 17, 18). Mit der Massgabe, Familien beieinander zu belassen, stellten die anwesenden Flüchtlingskommissare einzelne Gruppen für die kleineren Ortschaften und entlegeneren Gemeinden zusammen, die von den dortigen Einwohnern mit

Fuhrwerken und Lastwagen abgeholt werden mussten. Bei der Unterbringung in die meist privaten Einzelquartiere gab es, nachdem die ersten Transporte reibungslos verteilt worden waren, erste Probleme, wenn in den folgenden Monaten neuerlich weitere Flüchtlinge zugewiesen und untergebracht werden sollten (Dok. 17, 19, 20, 26). Die Menschen mussten immer enger zusammenrücken. Alle Zimmer, Dachböden, Kellerräume, Scheunen und Nischen wurden zum Wohnen genutzt. Dass dabei der zur Verfügung stehende Wohnraum nicht immer in gutem Zustand war (Dok. 22), brachte neben dem Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung und allem Lebensnotwendigen weitere Probleme mit sich (Dok. 23, 27, 28, 32).

«Wenn wir nur nicht lästig fallen», dachten nach ihrer Ankunft im Westen viele Vertriebene, wenn sie ihren Quartiergebern gegenüberstanden. Mancher war ohne Hoffnung, konnte das Unglück, das ihn ereilt hatte, nicht fassen, suchte nach Familienmitgliedern, die seit den Kriegswirren verschollen waren, oder trauerte um seine toten Angehörigen. Hoffnung, Leid und Verzweiflung waren tägliche Begleiter in dieser ungewissen Zeit. Was sollte aus ihnen werden, würden sie ihre Heimat wiedersehen?

Von spektakulären Ausnahmen abgesehen (Dok. 20), überwog doch das Verständnis bei den Quartiergebern, und man hatte Mitleid mit dem schweren Schicksal der Flüchtlinge, die sich ihrerseits, so gut es ging, anzupassen suchten. Doch generelle Aussagen über die Aufnahme lassen sich schwerlich geben, weil der Einzelne oder die einzelne Familie oft eine ganz unterschiedliche Aufnahme und Unterbringung fanden (Dok. 21, 31). Man arrangierte sich mit der neuen Lebenssituation, den neuen Nachbarn und besonders den Quartiergebern so gut es eben ging. Viele mochten sich zunächst einer Resignation hingeben, da ihnen das Schicksal soviel Leid zugefügt hatte, das sie nicht zu verwinden glaubten. Doch die Not liess ihnen keine Zeit zum Nachdenken. Nicht nur Heim und Hof, Hab und Gut hatte man verloren, sondern oft auch die nächsten Angehörigen, die einem lieb und teuer waren. Doch für die Flüchtlinge in den Kleinstädten, den Dörfern und bei den Bauern auf den Höfen, wo die Mehrzahl untergebracht war, ging das Leben rasch seinen gewohnten Gang. Der Lebensunterhalt war zu verdienen, das tägliche Essen musste besorgt und zubereitet werden. Zeit zur Musse und Besinnung gab es wenig.

Ein Teil der Flüchtlinge musste sich mit einer Unterbringung in den so-

genannten Durchgangs- oder Barackenlagern begnügen (Dok. 24,25). Sie waren als Notlösung zunächst nur für die vorübergehende Unterbringung gedacht, wurden aber schnell zu Dauerquartieren, aus denen viele ihrer Bewohner erst in den fünfziger Jahren wieder ausziehen konnten, nachdem eine prosperierende Wirtschaft einen Wohnungsneubau grösseren Stils möglich gemacht hatte. Wie beispielsweise die Situation im Durchgangslager Sandbach (im Odenwald) war, schildert die ehemalige Rot-Kreuz-Helferin Anneliese Brand (Dok. 13, siehe auch 16).

Flüchtlinge und Einheimische – Probleme und Bewältigungsversuche

Während die Ankunft in Hessen noch verhältnismässig glatt vonstatten ging, häuften sich in der Folgezeit die Probleme. Besonders vier Bereiche schälten sich bei der Durchsicht der damaligen Akten heraus. Die Versorgungslage blieb – mindestens bis zur Währungsreform im Sommer 1948 – allgemein sehr schlecht. Auf dem Lande waren die Flüchtlinge und Vertriebenen durch den hohen Grad der Selbstversorgung generell besser gestellt als in den Städten. Die Not traf die Flüchtlinge und Vertriebenen aber härter als die Einheimischen, weil sie oft nicht mehr besaßen als das, was sie auf dem Leibe trugen. Die Mehrzahl derer, die bei den Bauern in den kleinen Dörfern und Orten untergebracht waren, lebte oft mit der ganzen Familie in einem einzigen Raum (Dok. 37, 38). Das Geschirr zum Essen, Töpfe und Pfannen liehen ihnen die Quartiergeber oder man liess sie die Küche mitbenutzen. Zum Leben reichten die geringen Fürsorgesätze, die viele beantragten, kaum aus. So arbeiteten sie auf den Feldern und umliegenden Höfen mit, um dafür Nahrungsmittel zu erhalten. Zu kaufen gab es wenig und man konnte froh sein, wenn man nicht wie die Bewohner der zerstörten grösseren Städte auf «Hamsterfahrt» gehen musste, um die wöchentlichen Lebensmittelrationen aufzubessern. Auch an Brennmaterial mangelte es allerorten, so dass sich das Leben in der kalten Jahreszeit an dem einzig warmen Ort im Hause, der Küche, abspielte. Während mancher einquartierte Flüchtling eine kärgliche Suppe als Mahl verspeiste, sah er seinem Quartiergeber bei der Zubereitung einer deftigen Mahlzeit zu. Neben dem Mangel an Nahrungsmitteln, der schlechten Qualität derselben und ungenügendem Heizmaterial in den kalten Wintern fehlten vielfach

auch Gebrauchsgüter, Wäsche und Kleidung (Dok. 34, 36, 37, 38). Die Einzelschicksale der Zeit sind oft erschütternd (Dok. 39).

Neben der allgemein schlechten Versorgungslage stand gleich an zweiter Stelle der auftretenden Probleme die Wohnraumknappheit. Oft war der Einzelne schon froh, wenn er ein Dach über dem Kopf hatte. Falls er einigermaßen menschenwürdig untergekommen war, die Quartiergeber und die Nachbarn auch noch Verständnis für sein Schicksal hatten, war das Glück schon fast perfekt (Dok. 43). An einen Umzug war zunächst nämlich meist nicht zu denken. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt blieb angespannt. Obwohl viele eine neue Bleibe suchten, mussten sie sich zunächst auf Dauer in den Notquartieren einrichten.

Wenige Wochen wäre die allgemein schlechte Lebenssituation für die Menschen ertragbar gewesen. Als sich auch nach Monaten keine Besserung der allgemeinen Lage zeigte, wurde das Zusammenleben oft zu einem Quell der Spannungen und Missverständnisse zwischen den Flüchtlingen und ihren Wirtsleuten (Dok. 41, 42, 59, 64). Die einen fühlten sich durch die Dauerbelegung ihrer Wohnungen und Häuser übervorteilt und in ihren persönlichen Rechten und Freiheiten beschränkt, die anderen als Bittsteller und, wie es manchmal hiess, «Tagediebe» behandelt. Bei den wenigen ganz hartnäckigen Auseinandersetzungen und handgreiflichen Streitigkeiten sind die Gründe meist auf beiden Seiten zu suchen: Entweder kehrte der Quartiergeber seinen Besitzerstatus in autoritärer Weise heraus, oder der Flüchtling war unfähig bzw. unwillig, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, oder es traf fatalerweise beides aufeinander (Dok. 60, 61, 65). In der Mehrzahl der auf getretenen Streitsachen handelte es sich aber eher um Bagatellen (Dok. 61, 62). Viele der Einheimischen – gerade die jüngeren – brachten ein hohes Mass an Verständnis für das Schicksal der Neubürger auf, wie der Klassenaufsatz eines Unterprimaners aus Rotenburg/Fulda beispielhaft zeigt (Dok. 67).

Ein schwerwiegendes Problem stellte die Tatsache dar, dass dort, wo die Flüchtlinge Quartier gefunden hatten, meist keine ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren und dort, wo es Arbeitsplätze gab, kein ausreichender Wohnraum zur Verfügung stand (Dok. 44, 54). Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft, in der viele in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft eine Beschäftigung gefunden hatten, war zwar gross, doch arbeitete der Einzelne hier fast den ganzen Tag nur für die Unterkunft und Verpflegung (Dok. 49, 50). Mit Aufrufen, wie dem der Wetz-

larer Eisenwerke Buderus, suchte unter anderem der Bergbau Facharbeitskräfte, um die daniederliegende Wirtschaft wieder in Gang zu bringen (Dok. 51). Dem durch die Fehlverteilung bedingten Arbeitskräftemangel in manchen Branchen stand auf dem Land ein wachsendes Heer von arbeitslosen Flüchtlingen gegenüber.

Flüchtlingshandwerker, die neue Betriebe eröffnen wollten, wurden von den einheimischen Betrieben oftmals als lästige Konkurrenten angesehen. Die Innungen sperrten sich daher vielfach gegen die Zulassung oder erkannten die Meister- und Gesellenbriefe nicht an (Dok. 52, 53, 55). Ein grosser Teil der arbeitsfähigen Flüchtlinge fand in seinem alten Beruf keine Arbeit, so dass er nicht nur beruhsfremd unterkam, sondern sich zunächst auch mit schlecht bezahlten Gelegenheitsarbeiten begnügen musste (Dok. 56, 57).

Die ersten Massnahmen zum Aufbau einer eigenständigen Flüchtlingsverwaltung begannen bereits, bevor die Flüchtlingstransporte unablässig in grosser Zahl eintrafen. Ihr oblag die Aufgabe, die Transporte auf die einzelnen Quartiere zu verteilen und die Ankommenden zu betreuen (Dok. 69, 70). Für die Betreuung und Versorgung der Ankommenden mit allem Lebensnotwendigen waren dementsprechend in den Kreisen «Flüchtlingsdienststellen» eingerichtet worden, die sich einer Fülle von Anfragen und Schwierigkeiten gegenüberstehen. Im Verlauf des Jahres 1947 wählten die Flüchtlinge in allen hessischen Gemeinden ihre Flüchtlingsvertrauensleute nach dem Flüchtlingsgesetz. Sie sollten als Vermittler zwischen Flüchtlingen, öffentlichen Verwaltungsstellen, Flüchtlingsdienststellen und örtlichen Einrichtungen die Interessen der Neubürger wahrnehmen (Dok. 72, 73). Dass die anfallenden Probleme nicht immer einfach zu lösen waren, zeigt der Bericht eines Flüchtlingsvertrauensmannes (Dok. 74).

Das Bemühen der Flüchtlingsverwaltung, die Probleme zu bewältigen, ist für die Jahre bis zur Gründung der Bundesrepublik hoch einzuschätzen. Neben den lokalen Verwaltungsstellen versuchten sie, der Lage Herr zu werden, doch vermochten sie oft wenig mehr, als den allgemeinen Mangel mehr oder minder gerecht zu verteilen. In diesem Zusammenhang sind die Kleider- und Gebrauchsgüteransammlungen ebenso zu nennen wie die Gartenlandverteilung in den einzelnen Gemeinden (Dok. 76, 80, 81). Mit diesen Massnahmen konnten allerdings nur die akuten Missstände beseitigt werden, eine «Eingliederung» war damit noch nicht gewährleistet (Dok. 69, 77, 78, 79).

Die ersten Nothilfemassnahmen hatten noch während der letzten Kriegsmonate die kirchlichen und freien Wohlfahrtsverbände ergriffen, die dann ihre Arbeit zu der parallel entstehenden Flüchtlingsverwaltung weiterführten. Neben den Kirchen unterstützten auch die Parteien verschiedentlich die Flüchtlinge.

Einen hohen Stellenwert für den «eigentlichen Eingliederungsprozess» hatte die Selbsthilfe der Betroffenen. Sie aktivierte den Lebenswillen und den Willen zum Aufbau einer neuen Existenz. Die Vertreibung war mit einem sozialen Abstieg verbunden gewesen, der die meisten nach einer Phase der Passivität anspornte, sich wieder auf die vorherige soziale Stufe emporzuarbeiten. So sind die Bildung von Einkaufs- und Siedlungsgenossenschaften, wie auch der Aufbau neuer Handwerksbetriebe, Indizien für schwindende Rückkehrhoffnungen bei den Flüchtlingen und Vertriebenen (Dok. 77, 84, 85, 87, 90). Verkörperte dies doch den Willen, den Status des versorgten und betreuten Flüchtlings zu verlassen (Dok. 86).

Die Neubürger richten sich ein – Der Beginn der «eigentlichen Eingliederung» in den frühen fünfziger Jahren

Die aktive Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen hing mehr vom Willen der einzelnen Menschen ab als von der Hilfe, die ihnen zuteil wurde. Während viele anfangs noch die Hoffnung hatten, die Ausweisung sei keine endgültige Entscheidung, setzte sich in Anbetracht der politischen Lage und des Scheiterns einer gemeinsamen alliierten Politik allmählich die Erkenntnis durch, dass die einzige Zukunftsalternative das Mitpacken in der «neuen Heimat» war. Mit viel Improvisationstalent versuchten die Neubürger, ihren Status als Mitbürger und ihren Lebensunterhalt zu sichern. Einen festen Arbeitsplatz zu finden und wieder sesshaft zu werden, war der Wunsch träum fast eines jeden.

Einen wichtigen Schritt auf diesem Weg bedeutete die Währungsreform vom 20.6.1948. Durch die Stabilisierung der Währung und die Einführung der Marktwirtschaft wurden gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen motiviert, eine feste berufliche Stellung zu suchen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Um einen Arbeitsplatz zu bekommen, nahmen viele auch eine zeitweilige Trennung von der Familie in Kauf.

Im Zweiten Weltkrieg waren durch die schweren Luftangriffe, vor allem auf die Wirtschaftszentren, Wohnraum und Arbeitsstätten in einem heute unvorstellbaren Masse vernichtet worden. So war z.B. in Darmstadt der Wohnungsbestand des Jahres 1939 am Ende des Krieges nur noch zu 40% benutzbar.

Unter diesem Umständen musste die Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, das heisst in ländlichen Räumen, untergebracht werden. So kam es zu einer Konzentration in Nord- und Mittelhessen, wo es zwar Quartiere, aber keine ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten gab (Dok. 91).

Ende 1949 begannen die Umsiedlungsaktionen der Bundesregierung, mit denen die Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge und Vertriebene, nämlich Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, entlastet werden sollten. Die Eingliederung wäre aber nicht so erfolgreich gewesen, wenn nicht auch die Länder von sich aus wirkungsvolle Massnahmen ergriffen hätten. Dazu gehörte u.a. ein landesinterner Bevölkerungsausgleich.

Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit fand der «Hessenplan» der Hessischen Landesregierung von 1951. Mit diesem Programm sollten die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den wirtschaftlich schwachen Gebieten, in die sie nach dem Krieg eingewiesen worden waren, an Arbeitsplätze herangeführt werden. Es war vorgesehen, in den ländlichen Regionen 25'000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die erhöhte Arbeitslosigkeit bei den Vertriebenen zu bekämpfen. Ausserdem sollten 100'000 Flüchtlinge und Vertriebene in die industriell geprägten Regionen umgesiedelt und für sie 25'000 neue Wohnungen gebaut werden (Dok. 92). Der damalige Leiter des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, Wenzel Jaksch, der massgeblich an der Ausarbeitung des Hessenplans beteiligt war, konnte bereits im Sommer 1953 eine erste Erfolgsbilanz ziehen (Dok. 96).

Für den einzelnen Flüchtling bedeutete der Hessenplan Hoffnung auf Arbeit, obwohl man wieder einmal umziehen musste. Viele hatten schon vor dem Anlaufen des Programms einen Antrag auf Zuweisung einer Wohnung in die wegen der Kriegszerstörungen noch zuzugsbeschränkten Wachstumsregionen und Grossstädte gestellt (Dok. 97, 98, 99), da sie dort Arbeit zu finden hofften. Besonders Facharbeiter waren sehr gefragt und wurden von einzelnen Unternehmen planmässig angeworben (Dok. 101,102).

Die Tagespresse brachte immer wieder auch Meldungen über die Möglichkeit einer Auswanderung nach Übersee. Dass dies mehr Wunschtraum blieb und die Möglichkeiten dazu wenig realistisch waren, zeigen die Stimmen, die unter Dokument 100 (A-C) zusammengefasst sind.

Ein Grossteil der Neubürger war in ihrer angestammten Heimat in der Landwirtschaft tätig gewesen. Im Westen waren die Möglichkeiten, darin wieder eine neue Existenz zu begründen, sehr begrenzt (Dok. 109). Nur wenige erhielten eine der begehrten Siedlerstellen oder konnten einen bestehenden Hof übernehmen (Dok. 118). Die Mehrzahl der Flüchtlinge fand – zwar meist berufsfremd, oft auch erst nach Jahren des Wartens oder ständig wechselnder Gelegenheitsarbeiten – eine Beschäftigung in der Industrie.

Bereits aus der Volkszählung vom 13.9.1950 wird deutlich, welches Ausmass die berufliche Umschichtung der Vertriebenen und Flüchtlinge hatte. Während in der Vorkriegszeit nur ungefähr die Hälfte von ihnen zur Arbeiterschaft gezählt wurde, stieg ihr Anteil bis 1950 auf 75% an. Somit trug diese Bevölkerungsgruppe in erheblichem Umfang die Ungunst der Verhältnisse. Sie fand anfangs vielfach nur auf unterem Niveau in den oft weniger beliebten Berufen eine feste Beschäftigung. Der soziale Abstieg war für den Einzelnen oft sehr bitter.

Besonders in den frühen fünfziger Jahren meldeten die Zeitungen anerkennend, dass einzelne Neubürger mit grossem Improvisationstalent und Energie den Weg in die Selbständigkeit wiedergefunden hatten. Meist handelte es sich um alte, traditionelle Handwerkszweige aus der früheren Heimat, die in Westdeutschland neu aufgebaut wurden (Dok. 104, 105, 113, Beispiel 1). Die Gründung genossenschaftlicher Betriebe hingegen verkörperte den Willen zu kollektiver Selbsthilfe (Dok. 108), der sich auch in vielen Flüchtlingsbetrieben herkömmlicher Art zeigte. Dabei schufen mangelndes Kapital und die Konkurrenz einheimischer Unternehmen ein Solidaritätsgefühl zwischen Flüchtlingsunternehmern und wieder zusammengeführter alter Belegschaft. Das Gefühl des Aufeinander-Angewiesenseins wirkte auf beiden Seiten als Stütze des Unternehmens, getragen von dem gemeinsamen Willen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern (Dok. 107).

Besonders vorteilhaft verlief die Eingliederung in den öffentlichen Dienst (Dok. 111). Die Zahl der eingestellten Neubürger entsprach prozentual fast ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Der Umzug zu den Arbeitsplätzen eröffnete auch die Möglichkeit, end-

lich wieder eine Wohnung sein Eigen zu nennen. Nach Jahren primitivsten Wohnens war das für die einzelne Familie ein besonderer Glücksfall (Dok. 103). Mit viel Einfallsreichtum baute sich mancher aber auch ein Eigenheim in Selbsthilfe (Dok. 114, 121). Dennoch spielte der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle bei der Beseitigung der Wohnraumknappheit (Dok. 116). Die damals entstandenen Wohnblocks rufen heute einen eher negativen Beigeschmack hervor, doch schon damals gab es die ersten Klagen. Die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen waren zunächst zwar glücklich über eine eigene neue Wohnung, doch wollten sie diese auch nach ihren Vorstellungen gestaltet sehen (Dok. 117, 119). Der schlichte Sozialwohnungsbau entsprach meist nicht den aus der Heimat tradierten Vorstellungen des Wohnens. Lediglich bei der Einrichtung hatte man die volle Entfaltungsmöglichkeit, da man aus dem Nichts neu anfangen musste (Dok. 120). Die Wohnkultur des Nierentisches der fünfziger Jahre setzte sich daher in den Vertriebenen- und Flüchtlingshaushalten schnell durch.

Der Wille zur Selbsthilfe äusserte sich bereits in den ersten Flüchtlingsversammlungen des Jahres 1946 (Dok. 124). Die dort aufgestellten Forderungen und angestrebten Ziele stellten auch ein Stück Selbsthilfe dar, um der eigenen Lage Herr zu werden (Dok. 88, 89). Gemeinschaftliche Ziele und Forderungen liessen sich in Verbänden und Organisationen besser gegenüber der besitzenden und etablierten Mehrheit der einheimischen Bevölkerung vertreten und schufen für den Einzelnen ein Stück Identifikation im neuen Umfeld. An erster Stelle stand der gemeinsame Wunsch, die drückenden wirtschaftlichen und sozialen Notstände so schnell wie möglich zu beheben.

Mit diesen Versammlungen war der Weg zu eigenen Flüchtlings- bzw. Vertriebenenorganisationen bereits geebnet, die sich dann – trotz des Koalitionsverbots der amerikanischen Militärregierung – in vielen hessischen Kreisen bildeten. Dieser Praxis nachgebend, hatte die Militärregierung bereits im März 1947 in Hessen einer Bildung von unpolitischen Flüchtlingsorganisationen auf Kreisebene zugestimmt (Dok. 125). Ziel aller damaligen Bestrebungen gegen eine politische Organisation der Flüchtlinge von Seiten der Landesregierung, der Parteien und der Militärregierung war es, eine eigene Flüchtlingspartei zu verhindern. Ging man doch von der Auffassung aus, dass sie die Kluft zwischen Einheimischen und Flüchtlingen nur noch vertiefen musste und einen reibungslosen Eingliederungsprozess damit von vornherein in Frage stellte.

Zunächst noch getroffene Abmachungen zwischen den Landesparteien und Vertretern der Flüchtlinge, Flüchtlinge auf den kommenden Wahllisten zu berücksichtigen, brachten aber keine dauerhafte Lösung (Dok. 126).

Im Dezember 1948 gegründet, war der hessische Landesverband der Heimatvertriebenen bis Ende 1952 mit 45 Kreis- und über 2'500 Ortsverbänden zur stärksten Mitgliederorganisation im Lande geworden. Der Verband wurde bereits im Jahr 1951 vom hessischen Innenminister in einem Erlass als Vertretung der Vertriebenen in Hessen bezeichnet und anerkannt.

Neben dem Landesverband der Heimatvertriebenen waren bis 1953 für alle Herkunftsgebiete der Vertriebenen Landsmannschaften entstanden. Während der Landesverband der Heimatvertriebenen sich im Wesentlichen der Bewältigung der sozialen Not und der Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben annahm, wollten die Landsmannschaften das Heimatbewusstsein erhalten und stärken sowie das kulturelle Erbe der Heimatgebiete bewahren. Wie der Landesverband waren auch die Landsmannschaften zwar überparteiliche, aber keine unpolitischen Verbände. Von Anfang an versuchten sie, Einfluss auf die Innen- und Aussenpolitik der noch jungen Bundesrepublik zu nehmen (Dok. 135, 136). Als Gesamtverband der Vertriebenen in Hessen wurde am 10.7.1953 in Marburg der «Bund der vertriebenen Deutschen – Vereinigte Landesgruppen der Landsmannschaften und Kreisverbände» (BvD) gegründet (Dok. 132).

Die Hauptforderung der Vertriebenen war ein «gerechter Lastenausgleich» für die erlittenen Eigentumsverluste. Erst 1952 konnte das Lastenausgleichsgesetz verabschiedet werden, das «einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe» versprach.

Von da an hat der BvD (später BdV) mit seinen vielen ehrenamtlichen Helfern den Geschädigten beim Ausfüllen der umfangreichen und komplizierten Anträge zum Lastenausgleich geholfen. Mit dieser Tätigkeit entlastet der Verband bis auf den heutigen Tag die staatlichen Ausgleichsämter (Dok. 133).

Wenn auch in den Jahren der materiellen Not wirtschaftliche und soziale Anliegen vorrangig waren, so wandte sich der BvD früh auch den kulturellen Aufgaben zu. «Das heimatliche Kulturgut zu erhalten, zu pflegen und

zu fördern sowie Kenntnisse von den Heimatgebieten zu vertiefen und zu verbreiten», war ein wesentlicher Punkt in seiner Satzung.

Die Beschäftigung mit den kulturellen Leistungen der Vertriebenen trug wesentlich dazu bei, den Vertriebenen das notwendige Selbstwertgefühl wiederzugeben, das sie durch die Notaufnahme in Westdeutschland weitgehend verloren hatten. Auch die Pflege des heimatlichen Brauchtums und der Gedankenaustausch mit Landsleuten in heimatlicher Mundart halfen, den Verlust von Heimat, Hab und Gut besser zu verkraften (Dok. 137). In allen hessischen Kreisen bildeten sich Vertriebenengruppen, die das heimatliche Kulturerbe (Volkslied, Volkstanz, Theater usw.) pflegten.

Die Flüchtlingsorganisationen wirkten sowohl als Plattform für eine eigene Flüchtlingspolitik als auch als verlängerter Arm der Flüchtlingsverwaltung bei der Eingliederung der Neubürger (Dok. 130). Die Unzufriedenheit mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage bei den Vertriebenen sowie das Verbot eigener Flüchtlingsparteien bewirkten, dass einzelne Funktionäre der Vertriebenenorganisationen diese Stimmung nachhaltig und erfolgreich zu politisieren wussten (Dok. 128).

Die Lizenzierungspolitik der Besatzungsmächte erlaubte es ja zunächst nicht, eine Vertriebenenpartei zu gründen. Erst 1950 konnte der «Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten» (BHE) gegründet werden. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hatte er sich noch im gleichen Jahr 23,4% der Stimmen sichern können. Dieses Ergebnis verdeutlichte zum einen die fortgeschrittene Politisierung bei den Neubürgern und zum anderen die Unzufriedenheit der Vertriebenen mit der Politik der übrigen Parteien. Auch in Hessen gab es ab 1950 den BHE (Dok. 129). Bei den 1950 stattfindenden Landtagswahlen ging die neue Partei ein Wahlbündnis mit der FDP ein, auf das 31,8% der gültigen Stimmen entfielen. 1954 erreichte der Gesamtdeutsche Block/BHE 7,7% bei den Landtagswahlen und bildete mit der SPD eine Koalition. Als Regierungspartei hat der GB/BHE von 1954 bis 1966 massgeblich an der Eingliederung der Vertriebenen in Hessen staatlicherseits mitgewirkt.

Zur Edition

Bei der Edition der Quellen und Zeitdokumente wurden offensichtliche Rechtschreibfehler berichtigt und die Zeichensetzung und Grammatik, wo für das Textverständnis notwendig, an heutige Standards angepasst. Erläuterungen und Kürzungen einzelner Textteile sind mit Klammern gekennzeichnet worden. Ausgewertet wurden Archivmaterial, Erlebnisberichte von Betroffenen und die einschlägigen Zeitungen.

In der Darstellung überwiegen für den Zeitraum bis zur Gründung der Bundesrepublik die zeitgenössischen Archivalien, in denen neben unzähligen Berichten auch eine Vielzahl von Einzelfällen überliefert sind. Die Zeitungen wurden für diese Zeit ergänzend verwandt, da sie ein gutes Bild des alltäglichen Lebens geben. Für die fünfziger Jahre ist wegen der spezifischen Aktenlage verstärkt auf die in dieser Zeit expandierende Vertriebenenpresse zurückgegriffen worden. Als Spiegel der Zeit vermittelt sie am eindringlichsten den Stand der Eingliederung aus der Sicht der Betroffenen. Auch zeitgenössische literarische Texte, die einzelne Vorgänge exemplarisch oder idealtypisch wiedergeben, fanden Berücksichtigung. Wenn sie auch nicht unbedingt unmittelbar Erlebtes wiedergeben, repräsentieren sie doch das Verständnis einer Epoche.

Da Erlebnisberichte und schriftliche Aufzeichnungen der Betroffenen selbst nur sehr selten vorhanden sind, verwendet man heute gerne Erinnerungsinterviews. Weil sie aber vom gegenwärtigen Standpunkt aus mit einem festen Vorverständnis auf die damalige Zeit blicken, wurde auf sie nur in wenigen Fällen zurückgegriffen. Die chronologische Ordnung der Dokumente in den Kapiteln und Abschnitten wurde nur im Kapitel «Organisationen der Vertriebenen» durchbrochen, um die Entstehung der Vertriebenenverbände seit 1946 darstellen zu können (Dok. 124-132). Das Kapitel «Aufnahme und Unterbringung» gliedert sich in zwei Abschnitte: Ankunft und Aufnahme (Dok. 15-21) und Unterbringung und erster Neubeginn (Dok. 22-33).

Mein Dank gilt all denen, die mir bei der Planung und Erarbeitung dieses Buches behilflich gewesen sind. Den Mitarbeitern der besuchten Archive weiss ich mich für ihre Hilfe und Gesprächsbereitschaft verpflichtet. Neben den Bildarchiven der Deutsche Presse Agentur, Associated Press, der Bundesbildstelle u.a. stellten auch zahlreiche Einzelpersonen Fotos zur Verfügung. So konnte der Eingliederungsprozess parallel zu den Zeitdokumenten

anschaulich illustriert werden. Regina Grebe beschaffte zahlreiche Fotos und war bei der Suche und Auswahl der Dokumente sowie den Korrekturen behilflich. Ebenfalls gilt mein Dank Ulrike Pieper für ihre Suche nach Dokumenten und die Hilfe bei den Schreibearbeiten.

Die Erhellung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen durch dieses Buch soll insbesondere noch junge Leserinnen und Leser anregen, sich mit diesem Vorgang der jüngeren Zeitgeschichte auch in der Region oder der Gemeinde zu beschäftigen, in der sie leben. Noch können viele ältere Menschen Auskunft über diese Zeit geben. – Gerade das anfängliche gegenseitige Misstrauen, dann aber die Hilfsbereitschaft der Einheimischen und der aktive Wille zur Teilhabe bei den Neubürgern sind berechte Zeugnisse, wie aus anfänglichen Vorurteilen ein gemeinschaftliches Miteinander entstanden ist. Die Fremden von damals kennt heute niemand mehr, an ihre Stelle sind andere getreten. Die Vergangenheit kann hier nur beispielgebend sein für eine gemeinsame Zukunft.

* In den ersten Nachkriegsjahren war es üblich, alle nach Westdeutschland Verschlagenen als Flüchtlinge zu bezeichnen.

In den Dokumenten und Kommentaren dieser Sammlung finden sich entsprechend dem Sprachgebrauch der ersten Nachkriegsjahre neben den Begriffen Vertriebener bzw. Heimatvertriebener auch die Begriffe Ostflüchtling, Ausgewiesener, Neubürger u.a., die hier aber als synonym betrachtet werden können.

Nach allgemeinem Sprachgebrauch ist der Flüchtling eine Person, die in eigener Entscheidung ihren Wohnsitz aus den unterschiedlichsten Motiven (politische, wirtschaftliche, Schutz von Leib und Leben u.a.) verlässt. Als Vertriebener gilt hingegen jener, der durch Zwang oder auf Befehl seinen Wohnsitz oder sein Heimatland verlassen musste.

Eine verbindliche Begriffsbestimmung brachte erst das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19.5. 1953. Danach ist ein Vertriebener, «wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehörigkeit seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31.12.1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge der Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat» (BVFG in der Neufassung vom 3.9.1971).

ERSTER TEIL

Flucht, Vertreibung und Aufnahme – Auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft (1945-1947)

Flucht und Vertreibung

DOKUMENT 1

Die allgemeine Fluchtsituation im Raum Heiligenbeil, Frisches Haff und Pillau (Ostpreussen) im Januar/Februar 1945. Erlebnisbericht des Superintendenten des Kreises Heiligenbeil, Paul Bernecker.

Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hrsrg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bd. 1,1, o.O. u. o.J., S. 67-71.

[. ...]

Der 22. Januar 1945 war für die Provinz Ostpreussen und ihre Bevölkerung ein Tag von einschneidender Bedeutung, da mit dem Vorstoss russischer Panzereinheiten nach Elbing die Abschnürung der Provinz völlig wurde und der riesige Flüchtlingsstrom, der die Weichsel zu erreichen suchte, nun kehrtmachen musste, um über den einzigen Ausweg, das Haff, zu entkommen. Diese Möglichkeit wurde immer mehr eingeschränkt durch das Vordringen der Russen von Elbing bis Frauenburg, das Ende Januar erreicht war. Am Sonntag, dem 21. Januar 1945, waren noch einige D-Züge von Königsberg abgegangen, die von Zehntausenden von Menschen gestürmt worden waren, die aber zum grössten Teil Zurückbleiben mussten. Diese D-Züge standen 4 Tage lang auf der Strecke Heiligenbeil-Braunsberg-Elbing, vollgepfert mit Menschen, die trotz Kälte – es waren ca. 15 Grad minus – diese Züge nicht verliessen, weil sie die Hoffnung hatten, mit ihnen aus Ostpreussen herauszukommen. In Heiligenbeil selbst starben während dieser 4 Tage 7 Menschen im D-Zug. Schliesslich musste dieser Zug wieder nach Königsberg zurückgeleitet werden, da ein Herauskommen aus der Provinz nicht mehr möglich war.

Inzwischen trafen starke Flüchtlingsströme aus ganz Ostpreussen in Heiligenbeil ein. Die Wagenkolonnen, die aus 4 Richtungen kamen, standen manchmal stunden- ja tagelang auf ein und derselben Stelle, weil sich dem Übergang über das Haffeis Schwierigkeiten entgegengestellt hatten. Die Naziregierung hatte z.B., um aus Elbing noch einige Torpedoboote herauszuführen, durch Eisbrecher von Elbing bis Pillau die damals tragfähige Eisdecke zu einer Fahrrinne aufgerissen, so dass ca. eine Woche lang keine Möglichkeit bestand, über das Haff auf die Nehrung zu gelangen. Inzwischen schaffte man von bestehenden Baustellen Hölzer heran, um die Fahrrinne zu überbrücken, was schliesslich gelang. Nun versuchten die Flüchtlinge, in einem endlosen Zug von Wagen über Rosenberg, Deutsch Bahnau und Leysuhnen die Nehrung zu erreichen.

Beim Beginn der Fahrt über das Haff spielten sich schon furchtbare Szenen ab, da ein grosses Polizeiaufgebot die Besitzer der Wagen zwang, ihr Hab und Gut und die Lebensmittelvorräte, die sie aufgeladen hatten, abzuwerfen und Frauen und Kinder mitzunehmen. Auf diese Weise häuften sich auf den Wiesen in der Nähe des Haffs Berge von neuen Betten, Wäsche, Gebrauchsgegenständen, Nahrungsmitteln usw. Neben den Wagenkolonnen zogen Tag und Nacht die Menschen mit kleinerem oder grösserem Gepäck, Frauen mit Kinderwagen und Kindern, Eisenbahn- und Postbeamte in Uniform in endlosem Marsch der Nehrung zu. Dabei nahm der Frost Ende Januar eine Stärke von ca. 25 Grad an, so dass eine Anzahl der Fliehenden auf dem Haff erfror. Einer Mutter z.B. waren, als sie die Mitte des Haffs erreicht hatte, bereits 2 Kinder erfroren, die sie einfach liegen lassen musste, mit den anderen beiden Kindern zog sie weiter, als sie jedoch in der Nähe der Nehrung war, waren auch diese beiden Kinder erfroren. Alte Leute sassen und lagen sterbend oder schon erfroren auf dem Wege, den der Zug nahm, niemand kümmerte sich um sie, die Menschen waren durch die wochenlangen Strapazen bereits völlig abgestumpft, sie wollten nur heraus aus der Provinz. Auf der Nehrung selbst herrschten schon im Januar unvorstellbare Zustände, da sich der Flüchtlingsstrom dort staute und die Menge ohne Dach über dem Kopf dort hauste. Ein Polizist erzählte mir, dass für die Scheibe Brot dort bereits 50 Mark verlangt würden. Zwischen Unrat und Kot verzehrten die im Freien kampierenden Menschen ihre kärglichen Mahlzeiten. Viele gingen bei diesem Leben zugrunde. Ein Teil der andauernd durchziehenden Flüchtlinge wurde vorübergehend in Pfarrhaus und Kirche untergebracht. Kamen Autokolonnen, so wurden sie organisiert und

mussten Flüchtlinge nach Danzig bringen. Auch Flugzeuge mussten Flüchtlinge mitnehmen, doch wurden sie in der Hauptsache von Verwandten und Bekannten der höheren Nazis beansprucht.

Die Front rückte immer näher an Heiligenbeil heran, so dass die Stadt Anfang März 1945 offiziell geräumt wurde. Pfarr- und Gemeindeamt gab es nicht mehr. Eines Tages wurde eine grosse Anzahl Flüchtlinge aus meinem Haus innerhalb weniger Minuten hinausgetrieben durch die Polizei und das Gestühl der Kirche mit Äxten zusammengeslagen und entfernt, weil Platz für die Verwundeten geschaffen werden musste. Kirche und Pfarrhaus wurden nun Verwundetensammelstelle. Der tägliche Anfall von Verwundeten in Heiligenbeil kann auf ca. 10'000 beziffert werden. Von diesen musste der grösste Teil am nächsten Tag Heiligenbeil wieder verlassen. Soweit die Soldaten oberhalb des Gürtels verwundet waren und sich noch aufrecht halten konnten, mussten sie zu Fuss gehen, sonst wurden sie mit Wagen und Schlitten über das Haffeis nach Danzig gebracht. Von den zu Fuss gehenden Soldaten kamen natürlich bei diesem Marsch auch viele um, da der Weg über das Haffeis für Flüchtlinge und Soldaten mit ungeheuren Strapazen verbunden war. Pillau war ca. 29 km, Danzig ca. 50 km von Heiligenbeil entfernt.

Sobald Westwind herrschte, stand das ganze Haff etwa 10-30 cm unter Wasser, und die Flüchtenden mussten im Eiswasser waten, bis sie jenseits die Nehrung erreichten. Bei der starken Benutzung der Eisdecke kam es Anfang Februar zu vielen Einbrüchen der Wagenkolonnen und Viehherden, und viele Menschen und Tiere mussten ihr Leben lassen. Tote Menschen und Pferde, eingebrochene Treckwagen und unbrauchbar gewordene Autos säumten den Elendsweg. Zu allem anderen beschoss der Russe fast täglich die Nehrung mit Bordwaffen und belegte sie mit Bomben. Die Polizei ordnete einen gewissen Wagenabstand an und versuchte, durch neue Richtlinien die brüchig gewordenen Stellen im Haffeis zu vermeiden, aber täglich wurde die Eisdecke dünner und die Verluste häuften sich. Da die Russen inzwischen Braunsberg erobert hatten, war Anfang Februar 1945 nur noch eine ganz schmale Stelle vorhanden, über die die flüchtenden Kolonnen noch ans Haff und auf die Nehrung gelangen konnten.

In Heiligenbeil selbst wurden die Zustände immer kritischer. Es gab kein Brot und keine sanitären Hilfsmittel mehr. Die Not der Flüchtlinge wurde gross und grösser. Der wochenlange Aufenthalt im Freien bei jeder Witterung und strenger Kälte, die ungenügende Ernährung – selten nur eine war-

me Mahlzeit oder ein warmes Getränk –, der ungenügende Schlaf usw., das alles bewirkte bei den meisten Erkältungskrankheiten und vor allem Durchfall, an dem auch fast alle Soldaten litten. Gegenmittel waren nicht mehr zu haben. Durch das Hin- und Herwerfen der Panzereinheiten über die eine Brücke in Heiligenbeil war diese sehr häufig für die Benutzung durch die Flüchtlinge gesperrt. Schliesslich musste wegen Beschuss der Stadt auch ein Teil der Lazarette, die ausser in Kirche und Pfarrhaus auch in den Schulen, im Amtsgericht, im Krankenhaus und in grösseren Sälen untergebracht waren, auf die Nehrung verlegt werden.

Fast täglich kamen mehrere Wehrmachtspfarrer, die in Heiligenbeil amtierten, mit dem Heeresdekan Dr. Schuster in dem einzigen Zimmer meines Hauses, das noch frei war, zusammen, um die Lage zu besprechen und Entschlüsse zu fassen. Die Zustände, die damals in Heiligenbeil herrschten, schildert auch Folgendes: Vom 22. Januar bis 22. Februar 1945 fanden täglich auf dem Neuen Friedhof Beerdigungen statt. Eine ganze Kompanie war einzig damit beschäftigt, lange Gräben für die Leichen auszuheben. Täglich um Uhr wurden dann die Zivilisten, ca. 50 an der Zahl, in einer gemeinsamen Feier beigesetzt. Sie wurden einfach von den Angehörigen in die Gräben gelegt, und die Polizisten brachten die Leichen, die unterwegs gefunden worden waren, auf Wagen heran. Eine Anmeldung war ja unmöglich, eine Feststellung der Person fand nicht mehr statt. Um 3 Uhr wurden die verstorbenen Soldaten aus den Lazaretten beerdigt, etwa täglich 150, deren Namen, soweit sie aus den Lazaretten kamen, bekannt waren: viele aber kamen direkt aus der Frontlinie, die zum Teil 3 bis 5 km von der Stadt entfernt lag. Die Auffangstelle des Militärs konnte die Menge der Verwundeten kaum fassen, so dass die meisten kaum noch gepflegt wurden, sondern nur ein wenig Kaffee oder Wasser erhielten. In der Kirche lagen die Verwundeten in einer Anzahl von 1'700 bis 2'000 auf Stroh, deren Betreuung ausserordentliche Schwierigkeiten bereitete. Die Stadt war ja zum grossen Teil geräumt, nur einige hundert Personen waren zurückgeblieben, weil sie Heimat und Besitz nicht verlassen oder den Häschern des Volkssturmes nicht in die Hände fallen wollten.

Inzwischen trafen auch Flüchtlinge ein, die bereits mehrere Tage unter den Russen gewesen waren und durch die beweglichen Kriegsergebnisse wieder die Möglichkeit hatten, unter Preisgabe ihrer Habseligkeiten zu entfliehen. Unter ihnen befanden sich auch zwei Familien meines früheren

Kirchspiels im Kreise Insterburg, die schon damals berichteten, welches Los diejenigen, die von den vordringenden Russen überflutet wurden, erwartete. Sie konnten schon von Vergewaltigungen der Frauen und Erschiesungen der Männer erzählen.

Bis Mitte Februar hielten sich in Heiligenbeil noch der Gauleiter, zwei Regierungspräsidenten und einige Landräte auf, die sich dann aber nach Pillau absetzten, weil Heiligenbeil unter dauerndem Feuer der Artillerie und Fliegerangriffen sich befand. Am weitesten von Heiligenbeil entfernt war der Russe im Norden bei Balga. Aus diesem Bezirk strömten auch noch die meisten Flüchtlinge ein. Die Überquerung des Haffs wurde auch immer gefährlicher. Die Versorgung der Truppen mit Munition geschah von Pillau aus mit Munitionsprähmen auf einer Fahrrinne, die durch Eisbrecher offengehalten wurde. Mit den leeren Prähmen wurden dann in der Hauptsache Frauen und Kinder nach Pillau befördert, wobei die Partei immer noch massgeblichen Einfluss ausübte über die Zulassung der Menschen zu diesen geringen Fahrmöglichkeiten.

Da das Verbleiben in Heiligenbeil wegen des immer enger werdenden Ringes, den die Russen um die Stadt legten, keinen Zweck mehr hatte, und Heeresdekan Dr. Schuster mir aus einem Gespräch mit dem Oberkommandierenden Renduiz mitteilte, dass jedes Haus in Heiligenbeil verteidigt werden würde, so entschloss ich mich, in der Nacht vom 21. zum 22. Februar 1945, nachdem die vorhergehende Nacht schweren Artilleriebeschuss mit sich gebracht hatte, mit meiner Familie und einigen Gemeindegliedern aus der Stadt über das Haff nach Pillau zu ziehen mit geringen Habseligkeiten, was nicht einfach war, da die Wehrmacht die Hauptstrasse für sich beanspruchte und keinen darauf wandern liess; man musste auf grossen Umwegen das Haff zu erreichen versuchen.

Pillau ist eine Hafenstadt mit ca. 10'000 Einwohnern und war inzwischen durch Flüchtlinge aus Königsberg und der Provinz mit ca. 70'000 Menschen überfüllt, die alle über See oder über die Nehrung nach Richtung Danzig aus dem Hexenkessel herauszukommen versuchten. Täglich verliessen etwa 8 bis 10 Frachtdampfer mit Flüchtlingen den Ort. Es war ungeheuer schwer, auf eines der Schiffe zu kommen. Die Männer wurden alle, auch die ältesten, für den Volkssturm requiriert, wenn sie nicht von diesem einen Befreiungsschein erhielten. Die Gebäude des Ortes waren in allen Räumen mit Flüchtlingen über und über belegt, so dass auf kleinstem Raum 15 bis 20 Menschen auf dem Fussboden lagen. Die über die Nehrung neu ankommenden Flüchtlinge wurden nun weiter ins Hinterland abtransportiert nach

Fischhausen und bis nach Palmnicken. Von ihnen ist ein grosser Teil später dort umgekommen oder den anstürmenden Russen in die Hände gefallen. Alle Flüchtlinge, die mit Pferdefuhrwerken auf der Spitze der Nehrung in Neutief – gegenüber Pillau – ankamen, mussten ihre Pferde und Wagen dort einfach stehenlassen, so sah man viele herrenlose Pferde auf der Nehrung herumirren.

Der Andrang zu den Dampfern war ungeheuer, die Unterbringung auf diesen demzufolge menschenunwürdig. Da die Fahrt oft mehrere Tage dauerte, kamen in den grossen Bunkerräumen, in die die Menschen hineingepfercht wurden, auf den Transporten auch öfter mehrere ums Leben. Auch bei der Unterbringung auf den Schiffen fand durch die Partei- und sonstige Stellen manche Begünstigung statt, ebenso räumten die Schiffsbesatzungen gegen Geld und Sachwerte Vorzüge ein. Die meisten Schiffe aus Pillau fuhren nur bis Danzig und wurden dort ausgeladen, wo dann die Flüchtlinge 4 Tage später denselben Kampf auf Tod und Leben ausfechten mussten, um einen Platz auf einem Dampfer zu erkämpfen, der sie vor dem Eindringen der Russen weiterbringen sollte ins Reich. In den verschiedenen Baracken, etwa in Neufahrwasser, warteten ca. 30'000 bis 40'000 Menschen auf den Abtransport und hatten kaum Hoffnung wegzukommen. Pillau wurde mehrfach von Fliegern angegriffen, wo es viele Tote gab. Bei den Transporten über See sind einige Schiffe aus den Geleitzügen heraus durch russische U-Boote versenkt worden, darunter die «Gustloff» und «General Steuben», wobei viele Tausend Menschen den Tod fanden. Auf dem einen Schiffe befanden sich sieben Königsberger Pfarrer mit ihren Familien. Auf dem Kohlenschiff, auf dem wir Unterkunft fanden, war z.B. für ca. 3'000 Passagiere nur ein Abort vorhanden, dabei waren wir 5 Tage und Nächte unterwegs, bis wir nach abenteuerlicher Fahrt in Sassnitz auf Rügen ausgeladen wurden. Hier legte am gleichen Tage ein Salondampfer aus Danzig an, der Parteigenossen mit ihrem Anhang nach Sassnitz brachte, die in guter Kleidung mit viel Gepäck und schönen Kabinen die Fahrt gemacht hatten. Selbst Fahrräder und ähnliche Sachen führten sie mit sich, während in Pillau unzählige Frauen und Kinder wegen Überfüllung der Dampfer Zurückbleiben mussten. Während der Fahrt auf See musste unser Geleitzug noch einmal in die schützende Bucht bei Heia zurück, da ein Angriff russischer U-Boote auf Einheiten dieses Geleits stattfand.

[...]

DOKUMENT 2

Flucht aus Schlesien im Winter 1944/45.

Aus: Rolf Messerschmidt. Flüchtlinge und Vertriebene im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Ursachen, Aufnahme, Eingliederung. Fulda 1989, S. 24-26.

Frau Johanna Birschel aus Rosenberg, Schlesien (heute Stadt Marburg) hat in einem zwölfseitigen Bericht 1988 ihre Fluchterlebnisse aus der Erinnerung niedergelegt. Es war ein langer beschwerlicher Weg, gezeichnet von Hunger und Angst, auf dem sie ihren jüngsten Sohn verloren hat, zur Trauerarbeit blieb dabei wenig Zeit. Im Folgenden ein Auszug von den ersten Stationen des Fluchtwegs:

«Weihnachten 1944 verlebte ich mit den Kindern ausnahmsweise einmal in Grenzwiese – vielleicht ahnte ich, dass es das letzte Mal sein würde. Danach erst fuhr ich nach Rosenberg. Am 16. Januar 1945 fuhr ich aber noch einmal in meine Wohnung, um noch ein paar Sachen für den Winter zu holen. Ich räumte die Wohnung auf, bezog sogar noch die Betten – an Flucht dachte noch niemand. In unserm Haus war sogar noch ein grosses Schlachtestef! Da hab ich zum letzten Mal Graupenwürste gegessen! Noch ein Blick in meine Wohnung, in der wir, trotz allem, so viele schöne Stunden verlebt hatten. Der Christbaum stand sogar noch auf dem Tisch. Der Gedanke, dass es der letzte Blick gewesen sein könnte, kam mir überhaupt nicht. So blieb mir wenigstens der Abschied von meiner Wohnung erspart. Auch am Abend bei meinen Eltern war von Flucht noch nicht die Rede. Und doch war der Abschied schon so nah. Am nächsten Morgen weckte mich meine Mutter: «Steh auf, Du musst so schnell wie möglich mit den Kindern weg!» Ich war wie erstarrt, keine Panik, keine Tränen. Ich zog die Kinder an und packte. Aber was ist das Wichtigste? Vieles braucht man doch für zwei kleine Kinder von 4 und 1 Jahr, und wie wenig konnte man mitnehmen! Wie gut, dass meine Mutter mir beistand. Meine Eltern blieben da, sie wollten aufs Haus aufpassen, denn wir sollten ja nur vorsichtshalber für 14 Tage weg! Deshalb wollten wir auch nicht gleich weit weg, nur nach Neisse zu meinem Bruder. In eisiger Kälte, mit Schlitten und Kinderwagen fuhren wir zum Salzring, wo meine Schwester mit ihren vier Kindern uns schon erwartete. Auf einem Wehrmachts-LKW fuhren wir zunächst nach Oppeln. Auf dem Bahnhof herrschte ein Chaos. Alles wartete darauf, wei-

terfahren zu können. Aber die Oppelner selbst dachten noch nicht daran, ihre Stadt zu verlassen. Schliesslich erwischten auch wir einen Platz in einem Zug und erreichten gegen Abend Neisse. Es war die reinste Invasion bei meinem Bruder, wir waren 8 und ausserdem war noch ein Bruder seiner Frau mit Familie gekommen. Ich glaubte immer noch daran, dass wir bald zurückkönnten. Aber eines Tages traf ich einen Eisenbahner unserer Kreisbahn, und er erzählte mir, dass sie mit der Eisenbahn geflüchtet und die Russen schon einmarschiert waren. Da wurde mir klar, dass es kein «Zurück» mehr gab. In Neisse gab es öfter Luftangriffe und man war auch vor plötzlichen Tieffliegerangriffen in der Stadt nicht sicher. Nach etwa zwei Wochen mussten alle, die nicht aus Neisse waren, die Stadt verlassen. Also hiess es wieder packen. Mein Bruder besorgte uns ein Pferdefuhrwerk mit einer Plane darüber; wir wollten nach Patschkau, wo meine Schwester Verwandte hatte. Es war eine schwere Fahrt bei Schnee und Kälte. Die Strassen waren überfüllt mit Flüchtenden, die mit Schlitten, Kinderwagen und Fahrrädern Neisse verliessen. Sie riefen hinter uns her, baten, beschimpften uns, wir sollten sie doch mitnehmen. Aber sie konnten ja nicht sehen, dass unser Wagen schon voller Kinder war. Und wir hatten nur ein Pferd, das schon Mühe hatte, voranzukommen, aber uns schliesslich doch nach Patschkau brachte. Bei der Verwandten meiner Schwester war die Wohnung schon überfüllt, und nun kamen wir 8 Personen noch dazu! Es war furchtbar. Und ausserdem war mein kleiner Bub krank geworden. Er hatte sich wohl unterwegs erkältet und eine Lungenentzündung bekommen. Nun hatte ich auch noch die Sorge. Man kann sich vorstellen, dass wir uns gegenseitig auf die Nerven fielen. Schliesslich ging ich zur NSV, um für mich und die Kinder ein anderes Unterkommen zu finden. Nach einigen Absagen fanden sich dann aber doch nette Leute, die uns auf nahmen. Mein Kleiner hatte gerade Zeit, sich nach der Krankheit noch etwas zu erholen. Nach etwa 2 Wochen mussten wir aber wieder unsere Sachen packen, denn auch Patschkau musste von fremden Flüchtlingen geräumt werden. Diesmal war es noch schwieriger für mich, mit zwei kleinen Kindern, Kinderwagen und Koffern in den Zug zu kommen, denn meine Schwester war mit den Kindern noch bei ihren Verwandten geblieben. Alle Frauen mit kleinen Kindern kamen zusammen in einen Wagen direkt hinter der Lokomotive. In den hinteren Wagen froren sie und wir kamen um vor Hitze. Die Fahrt war endlos. Am frühen Morgen waren wir abgefahren. Wir fuhren über Prag

nach Österreich. Wohin, das wussten wir noch nicht. Die Milch, die wir noch für die Kinder mitgenommen hatten, war sauer geworden. Verpflegung gab es unterwegs nicht. Die Säuglinge schrien vor Hunger. Der Gestank war fürchterlich, da ein Teil der Babys Durchfall hatte. Es waren etwa 10-15 Kinder und Säuglinge im Wagen. Es wurde schon Nacht und wir waren immer noch nicht am Ziel. Wir waren im Salzkammergut angelangt. Und endlich durften die ersten aussteigen. Von Station zu Station leerte sich der Zug. Es war schon mitten in der Nacht, als auch wir endlich an der Reihe waren. Wir waren in Grünau im Almtal. Noch sahen wir nichts von den Bergen, wir hörten nur ein Wasser rauschen. Man hatte uns viel früher erwartet, deshalb war jetzt nichts vorbereitet und es dauerte eine Weile, bis wir in unsere Unterkunft, eine Schule, kamen. Und dann gab es auch endlich warme Milch für unsere Säuglinge. Sie reckten die Arme nach den Fläschchen und rissen sie uns fast aus der Hand. An den eigenen Hunger dachte niemand. Jetzt nur schlafen!

Am nächsten Morgen waren wir überwältigt von der Schönheit der Natur. Es war ein so ganz anderes Bild als bei uns in Oberschlesien. Ringsum hohe, schneebedeckte Berge, strahlendblauer Himmel und Sonnenschein! Ein solcher Gegensatz zu Angst, Flucht und Krieg. Aber von fern hörte man auch hier etwas vom Krieg, als Linz bombardiert wurde. Einige Tage blieben wir im Lager und wurden dann in Privatquartiere verteilt. Wir kamen in ein kleines Haus, in dem eine Frau wohnte, deren Mann in einem deutschen Internierungslager war. Es lag ganz einsam, etwa 30 Minuten vom Ort entfernt. Nur ein Bauernhof war in der Nähe. Von der NSV bekam ich ein Kinderbett. Wie glücklich war ich, als ich mit den Kindern wieder einen Raum für uns alleine hatte. Aber leider dauerte die Freude nicht lange. Mein Grosser wurde krank. Ich liess den Arzt holen, der fast gar nicht mehr von den Skiern runterkam, denn fast alle Kinder waren krank geworden. Es waren Masern. Ein Kind hatte sie wohl mitgebracht und alle anderen hatten sich während der Fahrt angesteckt. Zunächst machte ich mir keine Sorgen, denn ich dachte, Masern wären ja nicht lebensgefährlich. Aber das Fieber stieg und stieg über 40 Grad. Ich wollte den Arzt aber nicht schon wieder kommenlassen, er war doch schon überlastet. Mein Junge fantasierte fürchterlich. Ich war so hilflos. Als er wieder einmal klar war, sagte er mir: «Mutti, gib mir doch etwas Kompott, Du hast doch soviel im Keller.» Es brach mir fast das Herz, denn ich hatte nichts, was ich ihm hätte gegen können. Eines Abends war es ganz schlimm, ich wagte nicht einzuschlafen und

wachte die halbe Nacht. Aber schliesslich bin ich dann doch eingeschlafen. Als ich aufwachte, lag er blass und still neben mir, aber er lebte. Jetzt liess ich doch den Arzt rufen. Reinhard hatte nach den Masern eine Lungenentzündung gehabt, die er ohne Medikamente überstanden hatte. Aber das Herz war durch das hohe Fieber so geschwächt, dass der Arzt fürchtete, es würde nicht durchhalten. Jetzt hörte ich auch erst, dass schon mehrere Kinder gestorben seien. Durch den hohen Schnee watete ich in die Stadt, um die Medikamente zu holen. Noch war der Grosse nicht über den Berg, da bekam auch der Kleine Masern. Und der Arzt hatte mir gleich gesagt, dass er es nicht überstehen würde, denn bis jetzt waren alle Kinder unter drei Jahren gestorben. Wie hilflos und verlassen kam ich mir vor, keine Mutter, kein Mann, der mir beistehen konnte. Und ich wusste noch nicht einmal, wo mein Mann zur Zeit war. In seinem letzten Brief hatte er mir geschrieben, dass ich ihm vorläufig nicht schreiben sollte, bis er mir seine neue Feldpostnummer schicken würde, weil er zu einer anderen Einheit käme. Und ich hab mich auch stur daran gehalten, statt es doch einmal mit der alten Nummer zu versuchen. Wieviel Kummer und Sorgen wären uns beiden erspart geblieben, wenn ich es getan hätte. Mein Mann ist nämlich in der Nähe seiner alten Einheit geblieben und hat täglich hingeschickt in der Hoffnung, ein Lebenszeichen von uns zu erhalten. Er glaubte schon, dass wir nicht mehr aus Schlesien herausgekommen wären und hat sich deshalb an die Ostfront versetzen lassen, ist aber nur nach der Tschechei gekommen. In Prag, wo zu dieser Zeit eine meiner Schwestern war, mit der ich mich schon in Verbindung gesetzt hatte, erfuhr er dann endlich, dass wir in Österreich waren.

Ein paar Tage nachdem mein Kleiner die Masern bekommen hatte, bekam Reinhard zum ersten mal Hunger. Ich war so glücklich über die ersten Zeichen einer Besserung. Da bekam plötzlich der Kleine Krämpfe. Der Arzt kam, aber er konnte mir keine Hoffnung machen. Gegen Morgen starb er, erst 15 Monate alt. Und als ich in die Stadt ging, um seinen Tod zu melden, erhielt ich den ersten Brief meines Mannes, in dem er mir schrieb, es wäre der glücklichste Tag seines Lebens gewesen, als er erfahren hatte, dass wir alle drei leben! Es war so ein strahlend schöner Tag, als wir ihn beerdigten. Es war das achte Grab in der Reihe, alle waren innerhalb einer Woche gestorben. [...]»

DOKUMENTS

Austreibung aller arbeitsfähigen Männer und Frauen mit Kindern aus Leobschütz (Ob er Schlesien) im September 1945.

Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bd. I, 2, o.O. u. o.J., S. 708-709.

Am 26. September 1945, frühmorgens gegen 5.00 Uhr, begann die Razzia gegen die Deutschen. Die polnische Miliz drang in die Häuser ein und jagte alle Deutschen auf die Strasse. Die wenigsten hatten noch Zeit und Gelegenheit, etwas von ihren wenigen Habseligkeiten mitzunehmen. Man trieb alle auf dem Ring zusammen und schaffte sie von dort teils in Lastautos, teils zu Fuss in das Lager von Marschke und Zilger. Seit sechs Wochen befand sich dort die Bevölkerung von Schlegenberg in diesem Lager. Während der ganzen Nacht mussten die Männer ungeschützt im Regen stehen. An folgenden Tagen wurde die Belegschaft des Lagers vom Stadtkommandanten und der polnischen Miliz in Bezug auf die Arbeitsfähigkeit der Einzelnen ausgesondert: Frauen mit Kindern, junge Mädchen, Frauen ohne Kinder, arbeitsunfähige Männer. Die Parole hiess: Frauen mit Kindern und alte Leute kommen ins Reich, arbeitsfähige Männer, Frauen ohne Kinder und junge Mädchen bleiben hier zur Arbeit. Es waren gegen 3'000 Menschen in dem Lager zusammengepfercht.

Am 27. September 1945 gegen 5.00 Uhr nachmittags wurden die für den Abtransport bestimmten Personen zur Bahn gebracht. Unter ihnen befanden sich auch der Franziskanerpater Ludwig Bogdanski, der ehemalige Guardian des Franziskanerkloster Leobschütz. Als Transportleiter war Kantor Borsutzki aus Leobschütz bestimmt. Nachdem man 70 bis 80 Personen wie Vieh in einen Wagen zusammengepfercht hatte, begann die Fahrt gegen 8.00 Uhr abends. Die polnische Miliz war dem Transport als Bewachung beigegeben. Niemand wusste, wohin die Fahrt geht. Am 28. September 1945 kam der Transport in Neisse O/S an und wurde vier Tage auf einem toten Gleis stehengelassen. Da keine Lebensmittel mitgenommen waren, sich auch sonst niemand um die Verpflegung kümmerte, schrien die Menschen vor Hunger nach Brot. Aber keiner gab es ihnen. Soweit die Wagen von der polnischen Miliz geöffnet wurden, konnten die hungernden Men-

schen heraus und suchten sich Rüben und Kartoffeln auf den nächstliegenden Feldern. Dabei wurden viele, besonders alte Frauen, von der polnischen Miliz mit Gummiknüppeln geschlagen. Pater Ludwig begrub in den Wällen der Festung Neisse die ersten sieben Toten. Sie waren buchstäblich verhungert.

Weiter ging die Fahrt. In der Nacht drang die polnische Miliz in die Wagen ein, nahm den Frauen die Handtaschen ab, durchwühlte sie, stahlen, was ihnen gefiel; den Männern wurde das Geld abgenommen. Immer wieder wurde versucht, Frauen aus den Wagen herauszuziehen, um sie zu vergewaltigen. Wenn der Zug auf freier Strecke hielt und die Miliz die Wagentüren öffnete, stürzten sich die hungernden Menschen hinaus in die Felder, um einige Rüben oder Kartoffeln für den Hunger zu finden. Auf jeder Haltestelle wurden die Toten ausgeladen und an den Bahndämmen, in Schanzlöchern oder auf dem freien Feld beerdigt. Kurz vor Görlitz wurden die Heimatvertriebenen von Russen und der polnischen Miliz noch einmal gründlichst ausgeplündert. In Löbau/Sachsen, der ersten deutschen Grenzstation, wo der Transport am 10. Oktober 1945 anlangte, gab es von deutscher Verwaltung die erste Verpflegung. Pro Kopf ein Viertel Brot mit Quark und eine Mehlsuppe. Von Löbau wurde der Transport nach Zittau-Sachsen und von dort nach dem Lager Niederoderwitz weitergeleitet.

Auf der 15tägigen Fahrt starben 88 Menschen am Hungertod und durch Erschöpfung. Weitere 280 Personen starben an den Folgen der Ausweisung wenige Wochen später in Zittau und Niederoderwitz.

DOKUMENT 4

Ausweisungsbescheid aus dem Jahr 1946.

Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa.

Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bd. IV, 1, o. O. 1957, S. 337.

Ausweisungsbescheid aus Radischen, Kreis Kaplitz.

Original, April 1946, 2 Seiten, gedrucktes Formblatt – In tschechischer und deutscher Sprache. [...]

Im Falle, dass Sie nicht Tschechisch verstehen, steht Ihnen die neben angeführte Übersetzung zur Verfügung.

Freie Übersetzung:

Sie sind zum Transfer in Ihre Heimat (d.h. heim ins Reich) bestimmt worden und werden am 21.2.46 um 10 Uhr in die Sammelstelle in Kaplitz abtransportiert.

Zum Mitnehmen sind: 2 Decken, 4 Wäschegarnituren, 2 gute Arbeitsanzüge, 2 Paar gute Arbeitsschuhe, 1 guter Arbeitsmantel (Winterrock), 1 Essschale, 1 Tasse und ein Essbesteck, 2 Handtücher und Seife, Nähzeug (Nadel und Zwirn), Lebensmittelkarten und die amtlichen Personenausweise und Dokumente.

Weiter können Sie Gegenstände Ihres Personenbedarfes, etwas unverderbliche Lebensmittel und ähnliches mitnehmen. *Alle Ihre Sachen dürfen das Gesamtgewicht von 50 kg pro Person nicht überschreiten.*

Sämtlicher Schmuck, Wertgegenstände, Geld und Einlagebücher (ausser der Reichsmark) schreiben Sie auf und geben Sie in einem Sack mit Ihrem Namen und der Anschrift an dem Ort der Zusammenkunft ab.

Bei dem Verlassen Ihrer Wohnung sind Sie verpflichtet, alle Eingänge zu den Wohnungs- oder Betriebsräumen zuzusperren, die Schlüssel mit einem Kartonschild mit Ihrem Namen und Anschrift zu versehen und am Ort der Zusammenkunft abzugeben.

Die Schlüssellöcher müssen mit den beigelegten Papierstreifen überklebt werden, so dass die Türen ohne Beschädigung der Streifen nicht geöffnet werden können. Auf den Streifen unterschreibt sich der Haushaltsvorstand eigenhändig.

Es wird dringendst darauf hingewiesen, dass nichts von Ihrem Eigentum verkauft, verschenkt, geborgt oder sonstwie veräußert werden darf.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnungen wird bestraft.

Achtung!

Dieser Brief ist zur Sammelstelle nach Kaplitz mitzubringen.

DOKUMENT 5

Sudetendeutsche melden sich freiwillig zum Abtransport. Erlebnisse und Eindrücke eines Arztes in einem Aussiedlungslager bei Brüx (Sudetenland).
Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa.
Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bd. IV, 2, o.O. 1957,
S. 464-465.

[...]

Da standen vor mir Menschen, die alles verloren hatten, was ihnen lieb und teuer war und den Inhalt ihres Lebens ausmachte, und die mit nichts in den Händen einem ungewissen Schicksal entgegengingen. [...]

Es war kein Zweifel, die Menschen wollten fort, sie wollten um jeden Preis mit dem Transport mitkommen und fürchteten nichts so sehr, als davon zurückgestellt zu werden. Es gab Leute, die gerne von dem Rest ihrer Habe abgaben und noch Geld dafür bezahlten, um nur mit dem Transport mitgenommen zu werden. Das ging so weit, dass Fachkräfte, welchen von den Tschechen die Wahl zwischen einer gut bezahlten Anstellung und der Evakuierung freigestellt wurde, die Evakuierung wählten, und dass Spezialarbeiter, welche von den Tschechen als unabkömmlich in ihren Betrieben zurückgehalten wurden, darüber todunglücklich waren. Das ärgerte die Tschechen, dass die Deutschen so leichten Herzens gingen und gar kein Hehl daraus machten. Sie malten Deutschland in den schwärzesten Farben, dass es für hundert Jahre vernichtet ist, Hungersnot herrscht und die Reichsdeutschen die Sudetendeutschen nicht aufnehmen wollen. Aber die Menschen hatten zu viel und zu Furchtbares erlebt, so dass sie froh waren, der tschechischen Hölle zu entrinnen. Wer unter die Räuber fällt, ist zuletzt froh, mit dem nackten Leben davonzukommen. Und sie hatten nichts mehr zu verlieren, sondern hatten bereits alles verloren und konnten nur gewinnen. Gleichviel was das Leben in Zukunft bringen mochte, es konnte nicht schlimmer sein als das, was sie hier erlebt hatten. Und sie hatten zuviel dafür gelitten, dass sie Deutsche waren, sie wollten sich dieses letzte Gut erhalten, sie wollten keine Tschechen und Kommunisten werden, sie wollten Deutsche und Freie sein. Wie der Kranke nach einer schweren Operation aus der Narkose erwacht und sich die ersten Lebensgeister regen, so boten diese Menschen nach ihren furchtbaren Erlebnissen und ihrer seeli-

schen Depression die ersten Lebenszeichen, Erwachen des Selbstbewusstseins, Freude über die Rettung des Lebens und Hoffnung auf eine neue Zukunft. [...]

DOKUMENT 6

Die Abfertigung des 7. Ausweisungstransportes aus Asch vom 18. Mai 1946. Erlebnisbericht der Näherin Adele Frotscher aus Asch.
Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa.
Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bd. IV, 2, o.O. 1957,
S. 471-472.

Die Vfn. stellt einleitend fest, dass sie noch sämtliche persönliche Dokumente über ihre Ausweisung besitzt. Sie schildert dann den Ablauf der Ausweisung:

«Am 13.5. erhielten mein Mann und ich, namens Frotscher, die Ausweisung zugestellt. Wir wohnten am West-End, Rütlistrasse, gingen deshalb am 14.5.1946, zeitig morgens 6 Uhr, von zu Hause, mit einem Handwagen bepackt mit 100 kg. Als wir zum Schützenhaus kamen, war dort schon reges Leben. Wir stellten uns zur Schlange, das war die Ecke, wo man zur Parkgasse einbog. Nach dem Essen kamen auch wir an die Reihe. Im Schützenhaus im Zimmer 3 war ein Arzt, der fragte uns, ob wir irgendwelche Beschwerden haben oder uns ernstlich krank fühlen. Wir verneinten, bekamen unseren weissen Schein und konnten abmarschieren. Am Schalter 4 erhielten wir unsere Gruppennummer, dann ging es zur Entlausung. Am Schalter 9 gaben wir unsere Lebensmittelkarten, Kohlen- sowie die Sparkassenbücher ab und Nr. 10 die Schlüssel der Wohnung. Nachher kamen wir in den grossen Saal des Schützenhauses, zwecks Kontrolle unseres Gepäcks. Dort wurde man tüchtig abgeklaut, auch wenn es nur 50 kg waren pro Person, dann kam man zur Visite; ich muss schon sagen, die Frau von mir damals hatte sich anständig benommen. Sie hatte mich nur äusserlich abgetastet und mir nichts entwendet, obwohl ich Uhr und Kette bei mir hatte. Nachher wurden wir in ein Lastauto ohne Gepäck, bloss die Personen verladen im Schützenhausgarten. Am 14.5., nachmittags $\frac{3}{4}$ 3 Uhr landeten

wir beim Askonas. Dann kamen die Autos mit unseren Sachen. Ich muss schon sagen, das Essen war schlecht, wir holten es gar nimmer. Drei Tage Aufenthalt beim Askonas. Ein 1-kg Brot und schwarzen Kaffee. Ich hatte am 13. bei Procher eine Tüte einfache Lebkuchen gekauft. Die hatten wir mit, und davon zehrten wir drei Tage, mein Mann und ich.

Wir waren der erste Transport, der anstatt 1'000 RM nur 500 erhielt. Ausserdem war verschärfte Wache, die Ringstrasse war von oben bei Gossler (Lowl) und unten bei Gasthaus Biedermann abgeriegelt, so dass uns niemand etwas zum Essen bringen durfte. Ich sah sehnsüchtig am geschlossenen Fenster auf die Strasse, unten waren meine Verwandten mit Essen und warteten vergeblich. Doch trotz alledem wurde alle abends gesungen bei uns im Saal, das konnten die Tschechen nicht verstehen, dass man noch singen kann. Am 17.5. morgens wurden alle Männer zusammengerufen und mussten fleissig unsere Sachen aufladen und am Bahnhof in die Waggon einschichten. Nachmittags kamen die Personen in die Autos und fuhren zum Bahnhof, die Nummer um den Hals gehängt, so erfolgte die Verfrachtung in die Waggon. Dort standen wir den ganzen Abend. Auch da war die Wache verschärft, hatten wir doch den 13. Transport, die böse Dreizehn. Meine Patin hatte sich etwas unserem Waggon genähert, da kam der Posten und jagte sie bis zum Hasenlager, wo der Weg rauf führte zur Krankenkasse. Von dort oben hatte sie mir fleissig mit einem Tuch zugewinkt. Am 18.5., früh $\frac{1}{2}$ 3 Uhr, fuhren wir von unserem geliebten Asch ab. Es blieb kein Auge trocken.

Im Waggon war sehr wenig Platz. Wir konnten nicht einmal beim Schlafen richtig sitzen und hatten doch nur ein Kleinkind dabei. In die ersten Waggon haben sie alles gesteckt, in den letzten war der Raummangel nicht so zu spüren. Am 18.5., 12 Uhr, landeten wir in Wiesau, mittags gab es ein gutes warmes Essen. Eintopf, Schinkenwurst und Brot. Oh, das hat geschmeckt! Früh hatten wir in Eger von den Cechen einen Kaffee bekommen. Wir wollten gern etwas Warmes zu uns nehmen, doch alle spuckten aus. Der Kaffee war nicht einwandfrei. Mein Mann fragte den Posten, was damit sei, er antwortete auf böhmisch, der Kaffee ist angebrannt. So dass uns mittags das Essen so richtig schmeckte. Dann ging es zur Entlausung. Auch die Kinder wurden gesäubert. Da wurden wir immer gefragt, wo unsere Kinder sind, es war ein Transport mit sehr wenig Kindern.»

Abschliessend werden die Erlebnisse in Westdeutschland geschildert.

Die Flüchtlingstransporte des Jahres 1946

DOKUMENT 7

Die «Umsiedlung» der deutschen Bevölkerung aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Österreich war eine vereinbarte Sache zwischen den Alliierten gewesen. Die Marburger Presse druckte drei Tage nach Abschluss des Umsiedlungsplans im Kontrollrat in Berlin die formalen Vereinbarungen. Was das für den einzelnen Betroffenen bedeutete, offenbarte erst das folgende Jahr. Die lizenzierten Zeitungen wurden damals streng von der Besatzungsmacht überwacht, daher kommt in diesem rein darstellenden Artikel auch keinerlei Kritik an den alliierten Beschlüssen zum Ausdruck.

Aus: Marburger Presse vom 23.11.1945.

6,5 Millionen Deutsche werden umgesiedelt. Der Umsiedlungsplan des Alliierten Kontrollrates

Der Alliierte Kontrollrat hat nach langen Vorbereitungen und Verhandlungen einen Plan zur ordnungsgemässen Umsiedlung von Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn ausgearbeitet. Es handelt sich um über 6,5 Millionen Personen. Sie werden nach einem vereinbarten Schlüssel auf alle vier Zonen aufgeteilt. Die Umsiedlungsaktion beginnt im Dezember und wird im Juli nächsten Jahres beendet sein. Die Ausarbeitung des Planes erforderte umfangreiche Vorarbeiten, um einerseits die Zahl der umzusiedelnden Personen zu ermitteln, und andererseits ihre Aufteilung auf Deutschland entsprechend der Aufnahmefähigkeit der einzelnen Gebiete zu vereinbaren. Es ist möglich, dass der Plan im Zuge seiner Durchführung noch Änderungen unterworfen wird, weil die ihm zugrundeliegenden Daten im Hinblick auf den Zustand der Personenregister in den einzelnen Ländern und andere Nachkriegsschwierigkeiten nicht vollständig und genau sein können. [...]

Über den Beschluss des Kontrollrates wurde folgende amtliche Meldung ausgegeben:

Der Kontrollrat hat folgenden Plan für die ordnungsgemässe Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen in die vier Zonen Deutschlands angenommen:

1. Alle Deutschen, die aus Polen umgesiedelt werden – 3,5 Millionen Personen – werden auf die russische und die britische Zone in Deutschland aufgeteilt.
2. Alle Deutschen, die aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn umgesiedelt werden – 3,15 Millionen Personen – werden auf die amerikanische, die französische und die russische Zone Deutschlands aufgeteilt. 2,25 Millionen kommen in die USA-Zone.
3. Folgender vorläufige Plan für die Aufteilung der Flüchtlinge aus den gesamten Ländern wurde ausgearbeitet: Es werden umgesiedelt in die Sowjetzone aus Polen 2 Millionen, in die Sowjetzone aus der Tschechoslowakei 0,75 Millionen, in die britische Zone aus Polen 1,5 Millionen, in die amerikanische Zone aus der Tschechoslowakei 1,75 Millionen, in die amerikanische Zone aus Ungarn 0,5 Millionen, in die französische Zone aus Österreich 150'000 Personen. Die Aufnahme von Umsiedlern in die französische Zone wird nicht vor dem 15. April 1946 beginnen. In der Zwischenzeit werden die Franzosen nach Beendigung des «Kopf um Kopf»-Austausches deutscher Flüchtlinge mit anderen Zonen weitere rund 250'000 Flüchtlinge aus der amerikanischen Zone, die früher auf dem jetzt von den Franzosen besetzten Gebiet ansässig waren, in ihre Zone zulassen.
4. Es ist möglich, dass sofort nach der Bestätigung dieses Planes mit der Zulassung von Umsiedlern aus den genannten Ländern begonnen wird. Hierfür wurde folgender Plan aufgestellt: Im Dezember 10% der Gesamtzahl, im Januar und Februar je 5% der Gesamtzahl, im März 15%, April 15%, im Mai 20%, im Juni 20%, im Juli 10% der Gesamtzahl. Änderungen dieses Planes können im Falle von Wetter- oder Transportschwierigkeiten oder, wenn notwendig, nach Bekanntwerden der genauen Zahl der umzusiedelnden Personen vorgenommen werden. Zwischen den einzelnen Zonen geht der Austausch von Flüchtlingen «Kopf um Kopf» weiter vor sich. Wenn dieser Austausch entsprechend fortgeschritten sein wird, werden die Engländer mit der Aufnahme der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge aus Polen beginnen. Der genaue Zeitpunkt hierfür wird im Einvernehmen zwischen den Chefs der Kriegsgefangenen- und Flüchtlingsabteilungen der russischen und der britischen Zone festgelegt werden.
5. Die Durchführung der Umsiedlung aus den genannten Ländern nach dem vereinbarten Plan darf die Ausführung früher gemachter Abkommen über den Flüchtlingsaustausch «Kopf um Kopf» nicht stören.

6. Unmittelbar nach der Bestätigung dieses Planes werden die Regierungen der Tschechoslowakei und Polens sowie die alliierten Kommissionen in Österreich und Ungarn von den getroffenen Abkommen unterrichtet werden.

DOKUMENT 8

Nahezu alle Transporte nach Hessen liefen über die fünf bayerischen Grenzdurchgangslager. Ein Bild, wie sich die Situation dort damals darstellte, gibt der folgende Auszug aus dem Bericht über eine Informationsfahrt von Vertretern des Evangelischen Hilfswerks durch die Flüchtlingslager an der bayerischen Ostgrenze zwischen dem 14. und 23. März 1946. Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 78.

[...]

Der Gang durch Durchschleusung ist im Wesentlichen in sämtlichen 5 Durchschleusungslagern derselbe. Bei Ankunft werden die Flüchtlinge aufgefordert im Wagen zu bleiben, werden waggonweise für den Weitertransport vorläufig registriert, ärztlich untersucht, entlaust und gepflegt. Ausserdem erhalten sie Marschverpflegung für 1 bis 2 Tage, je nach der Entfernung der Transportziele. Die ganze Durchschleusung dauert durchschnittlich 4 bis 5 Stunden, dann werden sie nach den Regierungslagern der amerikanischen Zone weitergeleitet. Kranke werden ausgesondert, kommen in ein Hilfskrankenhaus; die Angehörigen bleiben im Lager, damit die Familie nicht getrennt wird. Die Zahl der so Zurückbleibenden betrug in den Lagern 30 bis 100 (täglich durchschnittlich 3 bis 5 Kranke). Die derzeitige Aufnahmefähigkeit der Lager beträgt durchschnittlich 1'000 Personen. In allen Lagern sind Baracken gebaut und werden zur Zeit eingerichtet, die die Aufnahmefähigkeit auf 3'000 erhöhen sollen (in Hof auf 8'000). Die Lager machen alle einen sauberen Eindruck, Organisation und Verpflegung sind gut.

Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge, die aus Österreich bzw. aus Ungarn ankommen, ist nach Aussage der Lagerärzte Piding und Schalding gut; die Verlausung ist gering. In beiden Lagern ist auffallend die grosse Zahl der von der Krätze Befallenen. Mittel für die Behandlung derselben sind

aufgebraucht und können nicht mehr im notwendigen Umfang beschafft werden.

Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei in den Lagern Furth i. W. und Wiesau ist nach Aussagen der Lagerärzte und auf Grund eigener Beobachtungen weniger günstig, wobei unterschieden werden muss zwischen Flüchtlingen, die bis zum Schluss in ihren eigenen Wohnungen verbleiben durften und deshalb in einem relativ günstigen Gesundheitszustand ankommen, und Flüchtlingen, die sich schon seit Wochen, unter Umständen seit einem Jahr, in Lagern der Tschechoslowakei aufhalten müssen. Letztere sind abgemagert, bleich, von Krätze befallen, klagen allgemein über schlechte Verpflegung (schwarzer Kaffee, ein Stück Brot, mittags evtl. eine dünne Wassersuppe). Die Kleinkinder und Säuglinge bekommen keine Milch-Breinahrung, sondern müssen wochenlang von vorgekauem Schwarzbrot leben, so dass es teilweise nicht möglich war, die Kinder am Leben zu erhalten. In der Zusammensetzung der Flüchtlingstransporte fällt auf, dass die arbeitsfähigen Männer zwischen 15 und 50 Jahren fehlen, so dass die Transporte im Wesentlichen bestehen aus 60% Frauen, 25% Männern und 15% Kindern. Es laufen sogar Transporte ein, die nur 5 bis 10% Männer haben. Die arbeitsfähigen Männer werden von den Tschechen als Zwangsarbeiter zurückgehalten bis sie entweder an Unterernährung zugrundegehen oder, wenn sie Glück haben, arbeitsunfähig geworden, doch noch ausgewiesen werden.

Für die seelsorgerische Betreuung in den Durchschleusungslagern kommen nur die zurückgebliebenen Kranken und deren Familien in Frage. Die Zahl dieser Flüchtlinge ist noch gering, Ansätze für die Seelsorge nicht vorhanden. In Schalding, wo neben den offiziellen Transporten auch Einzelflüchtlinge gesammelt werden, die über die grüne Grenze kommen, finden bereits regelmässige evangelische und katholische Gottesdienste statt. In Furth i.W. ist dem evang[elischen] Hilfswerk für seinen Betreuungsdienst im Lager eine Baracke zur Verfügung gestellt worden.

Es wäre wünschenswert, wenn in allen Durchschleusungslagern die Flüchtlinge mit einem kurzen Grusswort auf bayerischem Boden empfangen würden, wie dies bereits in Piding der Fall ist.

[...]



1 Flüchtlingsfrau auf dem Weg nach Westen



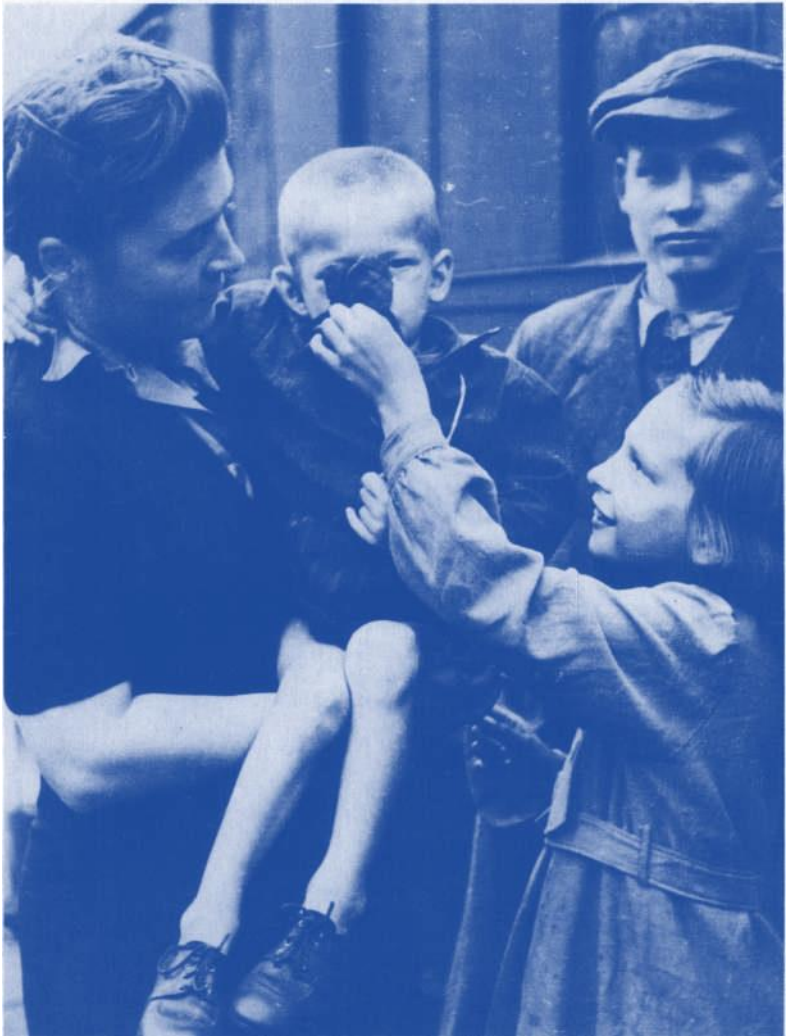
2 Flüchtlingskind aus einem Flüchtlingstreck am Strassenrand.



3 Flüchtlingstreck im Raum Braunsberg (Ostpreussen) im Januar 1945.

4 Einschiffung von Flüchtlingen in Pillau (Danziger Bucht), 1945.





5 Deutsche Kinder aus Polen treffen im Nachkriegsdeutschland ein.



Sonderbefehl

für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn
einschliesslich Ortsteil Sandburg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Koffgepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit strengsten Strafen verfolgt, einschliesslich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Strasse Bf. Bad Salzbrunn-Weissbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hauschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

Abschnittskommandant

(-) Zinkowski
Oberleutnant

6 Sonderbefehl zur «Umsiedlung» aus der Zeit der «wilden Vertreibungsaktionen» im Sommer 1945.

(Aus: Ekkehard Kuhn, *Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen*. München, Wien 1987, S. 125)



7 Ausgewiesene Sudetendeutsche in der Tschechoslowakei warten auf den Abtransport in die amerikanische Besatzungszone, 1946.



8 Entlassung der Ausgewiesenen im bayerischen Grenzdurchgangslager Furth im Wald, 1946.



9 Essensausgabe im Durchgangslager, 1946.

10 Flüchtlingsfamilie im bayerischen Grenzdurchgangslager Furth im Wald, 1946. Ein Grossteil der nach Hessen weitergeleiteten Transporte lief über dieses Durchgangslager.





11 Ausgewiesene aus dem Osten bei der Ankunft in Hessen, 1946.



12 Flüchtlingsfrauen in einem Lager beim Empfang der Verpflegung.



13 Ausgewiesene nach ihrer Ankunft am Frankfurter Ostbahnhof, 1946.

14 Ausgewiesene bei der Ankunft im Durchgangslager, 1946.



AUFRUF

An die Einwohner der Gemeinden!

Männer und Frauen!

23000 Menschen stehen vor den Toren des Kreises Offenbach und erwarten ihre Aufnahme.

Losgelöst von Haus und Scholle, gezwungen alles zurückzulassen was ihnen lieb und wert war, für das sie jahrzehntlang gearbeitet, gerungen und gesorgt haben, mußten sie lediglich mit einem Bündel in der Hand die Stätte verlassen, die ihre ursprüngliche Heimat war, oder ihnen zur Heimat geworden ist.

Seit Wochen unterwegs, Wind und Wetter, Not und Gefahren ausgesetzt, die Unannehmlichkeiten auf sich nehmend, die bei derartigen Maßnahmen unausbleiblich sind – stumpf ihrem Schicksal ergeben, müde und krank nähern sie sich den Orten, die nunmehr ihre Stätte werden sollen.

Mit dem Eintreffen dieser Menschen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, erwächst den Behörden, die dazu berufen sind für die Unterkunft zu sorgen, für Nahrung und Kleidung, eine Aufgabe, die beispiellos ist, die als die schwerste bezeichnet werden muß, die je einer Behörde gestellt worden ist.

Beseelt und getragen von der unausweichbaren Pflicht alles, auch das Letzte zu tun, diesen Menschen im Rahmen des Möglichen zu helfen, wird jedoch das Vorhaben der verantwortlichen Kreise zu keinem Erfolg führen, wenn Ihr, die Ihr diesen Unglücklichen ein Obdach geben sollt, Hilfe in jeder Beziehung und nicht zuletzt Anteil an ihrem Geschick, abseits steht, oder ein hartes „NEIN“ auf den Lippen führt.

Den obigen Stellen ist es bekannt, daß es in vielen Fällen angesichts der Raumnot, die Euch heute bedrückt, kaum möglich ist, fremden Menschen Obdach zu bieten.

Trotzdem muss das scheinbar Unmögliche möglich gemacht werden.

Denkt daran, dass jede Weigerung Zwangsmaßnahmen der Regierung mit sich bringen wird, denen wir dadurch begegnen wollen, daß wir uns freiwillig die notwendigen Einschränkungen auferlegen.

Nehmen dann die seitherigen Flüchtlinge an Eurer Hausgemeinschaft teil, erstmalig wieder Boden unter den Füßen findend, helft ihnen in jeder Beziehung, habt Geduld mit ihnen, die sich voraussichtlich schwer zurechtfinden werden auf Grund ihrer Abstammung und seitherigen Heimat.

Unterlaßt alle Handlungen, die dazu beitragen könnten Euren guten Namen zu gefährden, oder in Euren Gemeinden unter denen genannt zu werden, die die Gesetze der Menschlichkeit nicht anerkennen oder verletzt haben.

Handelt bei Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten nicht selbständig, unterbreitet die Sachlage Eurem Bürgermeister, oder dem örtlichen Flüchtlingsausschuß. Diese Instanzen werden eine gerechte Entscheidung suchen und finden.

Männer und Frauen!

Haltet fest an der einzig richtigen Erkenntnis, daß die keine Schuld tragen an den drückenden Notständen unserer Tage, an den Maßnahmen, die Euch unerträglich erscheinen, die jetzt verantwortungsbewußt in die Bresche springen und die Zügel aufgreifen, die auf dem Boden schleifen, sondern einzig und allein die Elemente, denen vor 12 Jahren das deutsche Volk seine Geschicke anvertraute, mit dem Ergebnis, daß unser Land nunmehr aus tausend Wunden blutet und in der Welt verachtet wird. Denkt daran, wenn Ihr nun notwendigerweise Eure Wohnung und Euer Brot mit den Flüchtlingen teilen müßt.

Offenbach am Main, im November 1945

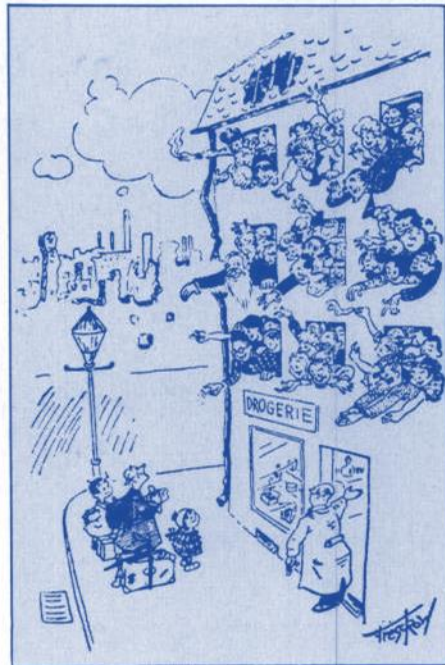
gez.: Remy, Flüchtlingskommissar

15 Aufruf des Kreises Offenbach an die Bevölkerung zur bevorstehenden Aufnahme von Ausgewiesenen, November 1945.

(Hessisches Staatsarchiv Darmstadt Abt. III, Flüchtlingswesen Abt. II, Reg. 5, Az. 58a 04, Bd. 207)



16 Ankommender Flüchtlings-transport in der Austausch- und Betreuungsstelle Bebra, Regierungsbezirk Kassel, in der fast täglich im Jahre 1946 zurückkehrende Evakuierte und Ausgewiesene eintrafen. Der Betreuer mit der weißen Binde führte die Ankommen- den zum Betreuungslager.



17 Satire zur Überfüllung des Wohnraums im zerstörten Kassel:

Wunschtraum eines Flüchtlings
«Kommen Sie zu uns!» – «Nein! –
Zu uns!!» – «Zu uns!»... «Sie
können es wirklich glauben... für
Sie haben wir immer noch ein
Plätzchen!» –

(Hessische Nachrichten vom 15.12.
1945)



18 Ausgewiesene treffen auf dem Bahnhof Bebra, Regierungsbezirk Kassel, ein. Die dortige Betreuungsstelle, in der täglich bis zu 2'000 Flüchtlinge abgefertigt werden konnten, leitete die Flüchtlinge in die Durchgangslager der einzelnen Kreise weiter.

DOKUMENT 9

Bei ihrem Transport nach Hessen erhielten die Aus gewiesenen das folgende Informationsblatt über den weiteren Verlauf der Reise, deren Ziel ihnen noch unbekannt war. Als zuständiger Staatskommissar für das Flüchtlingswesen hatte der Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Oskar Müller (KPD), diesen Handzettel im Januar 1946 vorbereiten lassen.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 241, 2.

Ostflüchtlinge!

Während die Urheber des in Deutschland angerichteten Chaos ihrer Aburteilung in Nürnberg entgegensehen, während verantwortungsbewusste Männer in den demokratischen Regierungen im engen Einvernehmen mit den amerikanischen Militärbehörden entschlossen an dem Wiederaufbau ihrer Länder arbeiten, stehst Du als weiteres Opfer nazistischer Machtpolitik, ausgewiesen an der Grenze des Landes, das Dir zur neuen Heimat werden soll. Tage voller Elend und Not liegen hinter Dir und rechtfertigen Deinen Wunsch, nunmehr einer besseren Zukunft entgegenzusehen. Wenn Dir auch im Rahmen des Möglichen jede Unterstützung zuteil werden soll, so dürfen indes Deine Erwartungen den Boden der Wirklichkeit nicht verlassen.

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus?

Du kommst in ein Land, das durch die Auswirkungen des Krieges stark zerstört ist. Tausende deutscher Menschen leben noch als Zwangsevakuierete in Gross-Hessen, denen jedoch hier eine endgültige Heimat nicht beschieden ist. Sie müssen, will unser Land nicht chaotische Zustände haben, wieder in ihre alte, ehemalige Heimat zurück. Neben sehr beschränktem Wohnraum sind die täglichen Versorgungsgüter knapp bemessen und es bedarf aller Energie, die Lebensansprüche unseres Volkes zu befriedigen. Dieses an und für sich schon schwere Problem steigert sich naturgemäss mit der Aufnahme der 610'000 deutschen Ostflüchtlinge, denen Existenz und Lebensmöglichkeit gegeben werden sollen. Die Bevölkerung Gross-Hessens ist von Eurem Kommen unterrichtet und hat sich zur Aufnahme vorbereitet. Ihr kommt als Flüchtlinge zu uns. In gegenseitigem Einvernehmen wird es möglich sein, dass Ihr Euch recht bald – zur neuen Heimat gehörig – wohl und geborgen fühlt. Wenn auch Euer Schicksal das härteste

zu sein scheint, bedenkt, dass das Schicksal der grosshessischen Bevölkerung ebenfalls kein leichtes ist. Pocht nicht auf scheinbar besondere Rechte, fühlt Euch nicht für die Folge als Flüchtlinge, fügt Euch in den neuen Aufbauprozess willig ein und vergesst nie, wer die wirklichen Schuldigen an diesem masslosen Elend, das über ganz Deutschland hereingebrochen ist, sind. Beginnt, im Vertrauen auf die demokratische Führung, an dem grossen Aufbauwerk mitzuhelfen. Im Namen der Bevölkerung Gross-Hessens und seiner Regierung heisse ich Euch auf das Herzlichste willkommen.

Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt
Oskar Müller

Was geschieht mit Dir und was musst Du tun?

1. Nachdem Du an der Grenzübergangsstelle desinfiziert, untersucht, verpflegt und registriert bist, wirst Du im geschlossenen Transport nach einer Auffangstelle eines Regierungsbezirks in Gross-Hessen weitergeleitet.
2. Hier nimmt Dich eine Kommission in Empfang, die Dich unter Berücksichtigung Deiner konfessionellen Zugehörigkeit und Deiner Berufsgruppe nach nochmaliger Untersuchung sofort in einen Landkreis bzw. in Deinen endgültigen heuen Wohnort weiterleitet.
3. Deine Befürchtungen, von einem Lager in das andere verlegt zu werden, sind unbegründet, da es der Regierung darauf ankommt, Dir so schnell wie möglich einen endgültigen Wohnsitz zu geben.
4. Nach Erreichung Deines nunmehr endgültigen Heimatortes und Zuweisung einer Unterkunft sind von Dir lediglich die notwendigen Anmeldungen unter Vorlage Deines inzwischen vorläufig erhaltenen Flüchtlingsausweises vorzunehmen.
5. Da Dir eine neue Heimat gegeben wird, müssen selbstverständlich Deine persönlichen Wünsche, in den einen oder anderen Teil des Landes untergebracht zu werden, unberücksichtigt bleiben. Du wirst in die Gemeinde aufgenommen, hast keine besonderen Vorrechte, aber die gleichen Pflichten jedes Gemeindeangehörigen. Die amtlichen Dienststellen werden bemüht bleiben, Dir immer mit Rat und Tat zu helfen.

DOKUMENT 10

Dass die Transporte weder pünktlich noch reibungslos an die Zielbahnhöfe gelangten, zeigt das Schreiben der Reichsbahndirektion Frankfurt an den Staatskommissar für das Flüchtlingswesen im Grosshessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt vom 10.6.1946. – Für die Menschen in den geschlossenen Güterwagen bedeutete dies eine längere Reise und meist zusätzliche Strapazen.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 302.

In letzter Zeit werden uns in Aschaffenburg und Mannheim öfters Flüchtlingssonderzüge mit Ziel Gross-Hessen übergeben, die uns von München nicht vorgemeldet waren. Die Erfragung der endgültigen Ziele dieser Züge bei den zuständigen Flüchtlingskommissaren erfordert in der Regel mehrere Stunden. Bei den naturgemäss ohnehin kurzfristigen Übergaben können daher solche Züge von hier aus nicht mehr ordnungsgemäss bearbeitet und eingelegt werden. Durch die schwierige Betriebslage der Reichsbahn ist es in solchen Fällen nur unter Hintanstellung anderer wichtiger Züge möglich, für Flücht[lings]-Züge Lokomotiven und Zugbegleitung bereitzustellen. Die Fahrpläne können nur fdmI [fernmündlich] den wichtigsten, am Zuglauf beteiligten Stellen bekanntgegeben werden. Hierdurch werden aber nicht nur unsere Sachbearbeiter über Gebühr belastet, sondern dieses Verfahren birgt auch erhebliche Betriebsgefährdung in sich und ist die Ursache von Verspätungen, die bei ordnungsgemässer Bearbeitung vermieden werden könnten. Andererseits bleiben öfters ursprünglich für Gross-Hessen vorgemeldete Flüchtlingszüge aus, und wir erfahren erst nach zeitraubenden Erkundigungen nach dem Verbleib dieser Züge, dass sie in Bayern oder Württemberg-Baden entladen wurden.

Die RBD [Reichsbahndirektion] München teilte uns mit, dass es sich in vorstehenden Fällen um solche Flüchtlingszüge handelt, deren Ziele durch den Flüchtlingskommissar in München, in manchen Fällen auch durch die Besatzungsmacht, so spät geändert werden, dass uns die Zieländerungen von dort nicht mehr rechtzeitig mitgeteilt werden können.

Es mehren sich aber auch die Fälle, dass von den Flüchtlingskommissaren Gross-Hessens die Ziele von Flüchtlingszügen wiederholt geändert werden, selbst wenn solche Züge bereits nach ihrem ursprünglichen Zielbahnhof] unterwegs sind. So wurde u.a. am 4.6.1946 der für Schlüchtern und

tern und Gelnhausen (Bad Orb) vorgemeldete Sdz [Sonderzug] Re 4580 mit 1'200 Flüchtlingen innerhalb kurzer Zeit umverfügt nach Weilmünster, Villmar, Bad Schwalbach, dann wieder nach Schlüchtern und Gelnhausen, um als letztes und endgültiges Ziel Wetzlar zu bekommen. Erhebliche betriebliche Mehrleistungen konnten in diesem Fall nur dadurch vermieden werden, dass der Zug im Bezirk Nürnberg bereits 8 Stunden Verspätung hatte und dadurch noch rechtzeitig unmittelbar über Gemünden-Aschaffenburg nach Wetzlar geleitet werden konnte. Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die sich bei der Unterbringung der Flüchtlinge ergeben, müssen aber auch um Verständnis für die Belange der Reichsbahn bitten.

Unsere Dienststellen werden von hier aus immer wieder angehalten, Flüchtlingssonderzüge bevorzugt durchzuführen. Wenn sich die Fälle mehrten, dass einmal an die Dienststellen ergangene Anordnungen wegen Zieländerungen der Flü[chtlings]-Züge wiederholt geändert oder widerrufen werden müssen, so ist es kaum zu vermeiden, dass das Interesse der Dienststellen an der pünktlichen Durchführung der Züge nachlässt. Wir bitten daher zu veranlassen, dass Zieländerungen der Flüchtlingszüge nur in ganz dringenden Fällen angeordnet werden und dafür zu sorgen, dass uns diese möglichst frühzeitig entweder von München oder von den zuständigen Flüchtlingskommissaren Gross-Hessens mitgeteilt werden.

DOKUMENT 11

Abschrift eines Berichtes des Landrates des Kreises Limburg an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 8.6.1946 über die Ankunft eines Flüchtlingstransportes.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 284.

Überraschend traf am Montag, den 3. d. Mts. [des Monats], gegen Abend der erst gleichen Tages vormittags gemeldete 12. Flüchtlingstransport für den hiesigen Kreis im Lager Villmar ein. Die Ausgewiesenen waren Deutsch-Ungarn und beheimatet im Kreise Ungarisch-Aldenburg. Wie die Flüchtlinge angeben, war zunächst beabsichtigt, den Transport nach Ober-Österreich zu leiten, dort sei jedoch keine Aufnahmemöglichkeit gewesen und Büdingen als nächster Zielort angegeben worden. Als jedoch auch Bü-

dingen die Aufnahme des Transportes abgelehnt hatte, sei dann derselbe nach hier weitergeleitet worden. Die Ausgewiesenen waren grösstenteils Bauernfamilien mit einer grossen Kinderzahl und alten Personen. Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge ist ausser einigen Fällen von Krätze und Kopfläusen zufriedenstellend. Wie von den Flüchtlingen angegeben, wurden dieselben am 28. Mai ds. Js. [des Jahres] von ihrer Zwangsevakuierung verständigt. Im Gegensatz zu den bisherigen Transporten aus der Tschechei wurden die Flüchtlinge dieses Transportes nicht in ein Lager überführt, sondern kamen nach Verlassen ihrer Wohnungen gleich in die bereitgestellten Waggons. An diese Flüchtlinge wurde angeblich eine finanzielle Entschädigung nicht geleistet. Besondere Klagen bezüglich der Behandlung durch die Ungarn wurden seitens der Flüchtlinge nicht geführt. An Gepäck durften pro Person 80 kg Wäsche und Kleider sowie 20 kg Lebensmittel mitgenommen werden. Die Ausgewiesenen fanden es unbegreiflich, dass sie das Land, in dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten lebten und arbeiteten, auf diese Weise verlassen müssen. Wie die Flüchtlinge angeben, erhielten sie in Linz die erste warme Verpflegung.

Die Unterbringung der Ausgewiesenen brachte ungeheure Schwierigkeiten, zumal der Transport auch schon kurz nach seiner Anmeldung hier eintraf. Besonders erschwerend war, dass bei Eintreffen dieses Transportes noch eine Anzahl Personen des vorhergehenden Transportes unterzubringen waren. Einzelne Gemeinden des Kreises, darunter auch die Stadt Hadamar, die bisher noch als Hauptaufnahmeort angesehen wurden, meldeten die Unmöglichkeit einer weiteren Unterbringung von Flüchtlingen.

DOKUMENT 12

Abschrift eines Berichtes des Flüchtlingskommissariates des Untertaunuskreises an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 3.7.1946 über einen eingetroffenen Flüchtlingstransport.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 284.

1. Am 27. 6.1946 gegen 22.00 Uhr, ist auf dem Bahnhof Bad Schwalbach ein Flüchtlingstransport aus Kometat (Ungarn) eingetroffen. Dieser Transport bestand aus Volksdeutschen, deren Vorfahren vor 250 Jahren aus Schwaben ausgewandert waren.

Der Transport setzt sich wie folgt zusammen:

Gesamtzahl	1 084
Kinder bis zu 14 Jahren	283
Jugendliche von 14-18 Jahren	96
Erwachsene	705
davon Männer	280
Frauen	425

2. *Verpflegung*

Bei der Einladung in Ungarn haben die Flüchtlinge an das ungarische Begleitkommando eine bestimmte Menge Verpflegung abgeben müssen, die in einem besonderen Verpflegungswagen mitgeführt worden ist. Die Fahrt dauerte 8 Tage. Während dieser Zeit wurden die Flüchtlinge durch das Begleitkommando nur zweimal verpflegt. Als der Transport hier eintraf, habe ich die Flüchtlinge sofort verpflegt und musste nun die Klagen der Leute entgegennehmen, aus denen hervorging, dass das ungarische Begleitkommando die Verpflegung in Linz, Wien und Salzburg an die dortige Zivilbevölkerung vertauscht hat.

Als ich den Transportführer darüber zur Rede stellte, konnte ich trotz Dolmetscher von ihm keine Antwort erhalten. Durch die Flüchtlinge darauf aufmerksam gemacht, dass der Verpflegungswagen noch halb voll ist, verlangte ich die Öffnung dieses Wagens. Erst nach vielen Verhandlungen und zuletzt unter Hinzuziehung des Überfallkommandos der Kreisgendarmarie war es mir möglich, diesen Wagen zu öffnen.

Durch das unsachgemässe Einlagern der Verpflegung war sie zum grossen Teil verdorben. Auf dem Schweinefett, das in grossen Kanistern mitgeführt worden ist, krochen dicke Maden. Der Schinken (½ Lastkraftwagen

voll) war vollkommen vermadet. Ich habe diese Verpflegung, die weiterhin aus Kartoffeln, Mehl, Erbsen und Bohnen bestand, sofort in Verwahrung genommen und die brauchbaren Stücke den einzelnen Flüchtlingslagern zum Verbrauch zugewiesen.

3. *Bekleidung*

Die Bekleidung der Flüchtlinge ist als sehr schlecht anzusprechen. Die Leute kamen buchstäblich in Lumpen hier an.

4. *Allgemeines*

Der Transport besteht zum grossen Teil aus landwirtschaftlichen Arbeitskräften und befindet sich in sämtlichen Auffanglagern des Kreises. Dadurch, dass diese Leute sehr genügsam sind, wird die Unterbringung keine grossen Schwierigkeiten bereiten.

DOKUMENT 13

Die Situation im Durchgangslager Sandbach (Odenwald) schildert der Erlebnisbericht der ehemaligen Rot-Kreuz-Helferin Anneliese Brand.

Aus: Ortrud Becker. Geflüchtet, vertrieben, aufgenommen. Eine Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Gross-Gerau. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen Gross-Gerau. Griesheim 1990, S. 114f.

Anneliese Brand, geb. Hinkel (damals Trebur), erinnert sich an ihre Zeit im Auffanglager in Sandbach, wo sie als Rot-Kreuz-Helferin die Ankunft der Eisenbahntransporte mit den Ausgewiesenen aus dem Sudetenland miterlebte: «Als Mitglied des Deutschen Roten Kreuzes Trebur/Gross-Gerau arbeitete ich vom Frühjahr 1946 an einige Zeit mit anderen Helfern im Ankunfts-lager für Heimatvertriebene in Sandbach im Odenwald. Mit Lastwagen wurden wir zum Gelände der Veith-Pirelli-Werke gebracht. Dort standen mehrere langgestreckte Barackenhäuser, in denen die neu eingetroffenen Heimatvertriebenen die erste notdürftige Unterkunft gefunden hatten. In den Sälen standen links und rechts der schmalen Gänge die zweistöckigen Betten. Gepäckstücke lagen daneben und darunter, Männer, Frauen und Kinder hatten sich auf den Betten zusammengedrängt. Ihre Gesichter waren von Leid, Not und den Anstrengungen des Transportes gezeichnet. Selbst

die Kinder wirkten still und blickten verstört und ängstlich. Die sanitären Verhältnisse waren primitiv und unzureichend. Wenigstens das Wetter war überwiegend gut. So wurden Tische im Freien aufgestellt, und die Registrierung konnte beginnen. Gruppenweise stellten sich die Leute aus den Baracken an, die Personalien wurden in Fragebogen eingetragen: Name, Beruf, Familienstand und Zusammengehörigkeit. Bestehende Verbindungen sollten weitgehend erhalten und bei der weiteren Unterbringung berücksichtigt werden. Dies war vor allem für die Musikinstrumentenmacher wichtig, denn sie konnten nur in geübter Zusammenarbeit Instrumente herstellen. Jeder war auf ein bestimmtes Teilstück spezialisiert. Sie mussten also zusammenbleiben, um sich wieder eine Existenz aufbauen zu können. In Nauheim ist durch sie eine blühende Industrie entstanden. Ich nehme an, dass die kleine Arbeitsgruppe, die zunächst in Trebur mit der Arbeit begann, sich später den Betrieben in Nauheim angeschlossen hat.

Mit den DRK-Helfern arbeiteten auch zwei Ärzte in Sandbach. Sie verschafften sich wenigstens einen Überblick über den Gesundheitszustand der Ausgewiesenen und trugen ebenfalls ihre Befunde in entsprechende Formblätter ein. Für alle Lagerbewohner war eine Desinfektionsmassnahme angeordnet: Eine grosse Metallspritze wurde mit desinfizierendem Puder (DDT) gefüllt, und der wurde der Reihe nach in und unter die Kleider aller Erwachsenen und Kinder gestäubt.

Für die Ernährung war so gesorgt, wie das nach den damaligen Bedingungen möglich war. Es waren für uns alle die schlimmsten Hungerjahre. Für die Kleinkinder hätte man dringend einen Milchbrei haben müssen. Ich vergesse nie die Mütter, denen wir diese Bitte nicht erfüllen konnten. Kranke wurden durch die Angehörigen oder ihre Schicksalsgefährten unter diesen unzulänglichen Bedingungen gepflegt. Schwerkranke mussten in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht werden. Ihr Transport in einem kleinen Personenwagen war schwierig. Später stand uns ein Krankenwagen zur Verfügung. Der Patient wurde vorübergehend durch seine Einlieferung ins Krankenhaus von seinen Angehörigen getrennt, aber deren Fahrt musste ja wenige Tage später weitergehen. Gegen Abend stiegen wir Helfer wieder auf ein Lastauto und wurden, auf losen und wackelnden Bänken im Laderaum sitzend, nach Gross-Gerau zurückgebracht.»

DOKUMENT 14

Ankunft eines Flüchtlingstransportes auf dem Bahnhof Niederwalgern im Landkreis Marburg.

Aus: Marburger Presse vom 18.4.1946.

«Wenn wir nur nicht lästig fallen»

Unterbringung neuer Ausgewiesener im Landkreis Marburg

Freundlich blickt der Mond vom Himmel und hüllt die nüchternen Bahnhofsanlagen in sein gelbes Licht. Seit Stunden schon stehen wir in Niederwalgern und warten auf den für 20 Uhr gemeldeten Zug mit weiteren Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei. Es ist Sonntag, man sieht es an den hellen, festlichen Kleidern der Mädchen, die dort zwischen den grossen Esstöpfen umherlaufen und immer wieder dem Feuer neue Nahrung geben, damit die Suppe für die Ankommenden heiss bleibt. Mit dem Ausschuss des Landratsamtes unter Leitung von Herrn Schroth, der für die Unterbringung und das Wohl und Wehe der neuen Bürger des Kreises verantwortlich ist, warten die Schwestern des Roten Kreuzes mit ihrem Leiter Dr. Krumm-Heller, ein Arzt des Gesundheitsamtes und der Bürgermeister des Ortes, der vor allem die Verpflegungsfrage während der ersten Stunden nach der Ankunft der Ausgewiesenen regelt. Auf der Strasse steht ein Sanitätsauto für eventuell zu transportierende Schwerkranke und ein Lastwagen des Roten Kreuzes für leichter Erkrankte bereit. Alles ist gut gerichtet und vorbereitet. Viele Züge laufen in dieser Nacht durch die Station. Nach Mitternacht hört man die Schienen wieder von fern summen, singen und schliesslich dröhnen. Prustend stoppt die Maschine ihre schwere Last. Noch sind alle Türen der Waggonen geschlossen, niemand sieht heraus, vielleicht wagt keiner zu glauben, dass nach dieser tagelangen Fahrt das Ziel nun endlich erreicht sei. Auf dem Bahnhof aber beginnen die Menschen umherzulaufen, jeder hat seine bestimmte Arbeit, das wimmelt wie in einem Ameisenhaufen. Junge Männer schleppen die schweren Suppenbehälter, Schwestern tragen Kannen mit Kaffee und Töpfe, Mädchen schwingen die Kellen zum austeilen, und alle beginnen von aussen gemeinsam die schweren Türen zurückzuschieben. Hier und da leuchtet ein Kerzenschein auf, Menschen bewegen sich und ihre abgespannten Gesichter bekommen einen zufriedenen Ausdruck als sie hören, dass sie nunmehr «zu Hause» sind.

1'205 Ausgewiesene umfasst dieser Zug, 30 Menschen befinden sich in jedem Wagen einschliesslich Gepäck, von dem sie pro Kopf 50 kg mit sich nehmen durften. Da über die Bankkonten und Sparkassenbücher der Deutschen der tschechische Staat verfügt, wurden jedem im Durchgangslager 1'000 Mark ausgehändigt. Und so kommt es, dass der frühere Hotelbesitzer mit seiner Familie 3'000 Mark sein eigen nennt, eine Tagelöhnerfamilie mit acht Köpfen jedoch im Besitz von 8'000 Mark ist. Damit nun bleibt es einem jeden selbst überlassen, sein Leben wieder aufzubauen.

Aus den Waggons werden zuerst alle auf der Fahrt Erkrankten in den Wartesaal gebracht. Ausser einem Kind, das in die Klinik gebracht wird, sind die anderen Fälle leicht und können später in den vorgesehenen Ortschaften von den dortigen Ärzten behandelt werden. Da die Nacht inzwischen recht weit vorgeschritten ist, wird beschlossen, die Ausgewiesenen diese eine Nacht noch in ihren Waggons zu belassen und sie in der Morgenfrühe auszuladen und zu verteilen.

Der Sonnenschein, der am nächsten Morgen die Ausgewiesenen begrüsst, macht die Arbeit leichter. Im Wartesaal lässt der Arzt zuerst alle Angekommenen an sich vorbeigehen, sieht jeden Einzelnen an und achtet besonders auf Anzeichen der Krätze. Einige Schwestern nehmen sich die Kleidung und Köpfe vor und suchen nach Mitbewohnern. Da aber die Ausgewiesenen erst vor wenigen Tagen aus einem Lager gekommen sind, in dem eine gründliche Entlausung vorgenommen wurde, sind die positiven Fälle selten. Inzwischen ist eine lange Schlange von Fuhrwerken vor dem Bahnhof vorgefahren, und die Verteilung der Ausgewiesenen wird vorgenommen. Es ist nicht leicht bei der Unterbringung die auftauchenden Wünsche von hüben und drüben zu erfüllen, denn der eine will nur eine Frau mit Kind, der andere nur ein Ehepaar, während die Ausgewiesenen gern ihren Freundschaften entsprechend zusammenbleiben wollen.

Da der neue Transport grösstenteils Landbevölkerung aus dem Böhmisches Wald umfasst, wird ein Zusammenleben mit den hessischen Bauern nicht schwer sein. Bereits in den ersten Stunden kam mehrmals die Anfrage von Männern aus dem Zuge, ob denn für sie auch Arbeitsmöglichkeit in Hessen wäre. Und der Ausspruch des ältesten Mannes der Ausgewiesenen, einem 94jährigen, «wenn wir nur nicht lästig fallen», wird hoffentlich niemals seine Bestätigung finden. Verständnis und Nachsicht auf der einen Seite, Einfühlen und Mithelfen auf der anderen, müssen die Grundsätze bil-

den, auf der ein Zusammenleben und vor allem ein Zusammenarbeiten möglich sein wird.

Aufnahme und Unterbringung

DOKUMENT 15

Der erste Transport im Kreis Hünfeld und die Verteilung der Ausgewiesenen. Ungewöhnlich, dem Transport hatte man beim Verlassen der Tschechoslowakei überdurchschnittlich viel Gepäck belassen.

Aus: Hessische Nachrichten vom 2.4.1946.

Sudetendeutsche im Kreis Hünfeld

Die ersten 1'200 sind da – Weitere Transporte werden erwartet

Ich platzte am Donnerstagmorgen sozusagen mitten hinein; und mit das erste, was Landrat Hartmann mir sagte, waren die Worte: «Sie kommen aber heute sehr ungelegen.» Als ich ihm entgegnete, das sei ja grossartig, schaute er mich zunächst etwas zweifelnd an, doch dann wurden wir uns ohne unnütze Worte sehr schnell einig, und ich durfte an seinem arbeitsreichen Tag für zwei Stunden teilhaben. Während einer kurzen Wagenfahrt wurde meine Wissbegierde vom Landrat mit knappen, aber erschöpfenden Antworten befriedigt.

Vorbereitungen und Generalprobe

Die letzten Wochen waren mit Vorbereitungen für die Ankunft der aus dem Osten ausgewiesenen Deutschen bis zum Rande angefüllt. Ab Mitte März wurden sie täglich erwartet. Es wurde eine Unterkunft für etwa 600 Personen in Hünfeld geschaffen, fünf andere – durchschnittlich für 100 Menschen ausreichend – entstanden im Landkreise. In Zusammenarbeit mit der Fahrbereitschaft wurden Lastkraftwagen bereitgestellt, jederzeit auf Abruf einsatzfähig, um Menschen und Gepäck zunächst in die Auffanglager und später in ihre Unterkünfte zu bringen. Eine fahrbare Registratur, der ein Dutzend Damen und Herren der Hünfelder Behörden – ausgerüstet mit Schreibmaschinen, Formularen, einem Omnibus und geistiger Wendigkeit

– angehörten, war ebenfalls startbereit. «Wir haben eine regelrechte Generalprobe gemacht», sagte Landrat Hartmann. Wie richtig das war, bewiesen nun schon die vergangenen drei Tage und eine mühevoll halbe Nacht.

Statt 500 kamen 1‘200

Am Montag rollten sie ein: 40 Wagen Menschen aus Marienbad in der Tschechoslowakei mit Säcken und Bündeln, Kisten und Koffern. Als die Angestellten der Kreisverwaltung – an der Spitze Landrat Hartmann –, die Hünfelder Gendarmerie, das Rote Kreuz sowie die Deutsche Hilfe zur Stelle waren, bot sich ihnen nach Entladung der Waggons ein sehr bunter, fast beunruhigender Anblick. Nicht 500, wie erwartet, sondern 1‘200 Menschen und wahre Berge von Gepäck harnten ihrer Hilfe. Gottseidank (!) waren es riesige Gepäckmengen, jedoch der Augenblick brachte einen kaum zu bewältigenden Arbeitsanfall und stellte an die Organisatoren höchste Ansprüche. Zehn Lastwagen wurden eingesetzt, und die herbeigeeilten «Transportarbeiter» und «Gepäckträger» leisteten zusammen mit den Flüchtlingen 12 Stunden lang harte Arbeit. Nachts um 2 Uhr waren alle Angekommenen in den Auffanglagern untergebracht. Nach dreitägiger Fahrt in überfüllten Waggons schliefen die Transportteilnehmer ungewiegt auf ihren Matratzen; und die Hünfelder Helfer wohl auch.

Vieles musste bedacht werden

Die nächsten beiden Tage brachten für diejenigen, die anzuordnen, zu bedenken und auszuführen hatten, kaum eine ruhige Minute. Die Menschen mussten in erster Linie gepflegt werden. Dann wurde schnellstens die Zusammenstellung kleinerer Transporte für die Landgemeinden in Angriff genommen. Gesamtlisten für statistische und Verwaltungszwecke wurden angelegt, grosse und kleinste Wünsche nach Möglichkeit erfüllt.

Das Auffanglager Hünfeld

Donnerstag früh trug der «Registratur»-Omnibus sein unentbehrlich gewordenes lebendes und totes Inventar in das Ausweichlager Rückers. Der landrätliche Wagen folgte alsbald, machte zuvor aber noch einen Abstecher zur Turnhalle. Hier ist in Verbindung mit dem ehemaligen HJ[Hitlerjugend]-Heim und aus Mittelaschenbach herangeschafften früheren RAD

[Reichsarbeitsdienst]-Baracken das Auffanglager Hünfeld entstanden. Wir kommen teilweise noch ins Aufstehen und Kaffeetrinken hinein; hier und da beginnt schon der «Hausputz». Jeder hat seine eigene Feldbettstelle, mitten im Raum oder in den Ecken lagern unzählige, wohlverpackte Habseligkeiten. In der Küche, in der vier 300-350 Liter fassende Kessel dampfen, werden die ersten Vorbereitungen für das Mittagessen getroffen, das später in Feldküchen den Ausweichlagern zugeführt wird. Räume für Büro Zwecke und ärztliche Untersuchungen sind ebenfalls vorhanden. Die Einquartierten haben sich so gut es ging restauriert, sind ausgeschlafen und warten nun schon mit einiger Ungeduld auf den bevorstehenden Abtransport. – «Auf Wiedersehen!» Hoffentlich treffen sie es alle gut.

In Rückers und Mackenzell

Die Sonne strahlt hell und warm, und so ist es wohl keine Täuschung, wenn es uns scheinen will, dass auch die Gesichter der Sudetendeutschen nicht unfroh in den Tag hineinschauen. Diese im Lager Rückers untergebrachten Flüchtlinge werden zuallererst in ihre neuen Quartiere einziehen. Die Registratur und der Kreisarzt haben eben mit ihrer Arbeit begonnen. Es geht alles der Reihe nach: Zunächst die ärztliche Untersuchung auf Ernährungszustand, Arbeitsfähigkeit und ansteckende Krankheiten hin, dann Aufnahme der Personalien in die allgemeine Suchkartei. 98 Fragen des politischen Fragebogens sollen beantwortet werden, sodann fungiert das Arbeitsamt, weist sogar schon Arbeitsplätze zu. Zuletzt werden die Registrierscheine ausgestellt, in denen bereits der neue Wohnort des Betroffenen verzeichnet ist.

In Mackenzell ein ähnliches Bild und derselbe Sonnenschein, der in den Gesichtern der heimatlos gewordenen Deutschen einen kleinen Abglanz findet. Nein, sie sind von den Tschechen nicht mit Blumensträußen verabschiedet worden, und die vergangenen zwölf Monate bargen für jeden Einzelnen viele schwere Stunden. Der Abschied von der Heimat war in seiner Plötzlichkeit doppelt hart und tränenreich. Aber sie alle sind froh, dass man ihnen das schwere Gepäck (je Familie durchschnittlich sechs bis zehn Zentner) belassen hat, vor allen Dingen sind fast alle im Besitz von Federbetten.

Gedanken während der Rückfahrt

Wie mögen sie jetzt und in der Folgezeit von der Bevölkerung des Kreises

Hünfeld aufgenommen werden? War dies doch nur der erste Transport, dem andere folgen werden. Wird die vorwiegend städtische Einquartierung sich bemühen, den rechten Konnex mit den hessischen Bauern zu bekommen? Die beste Verständigung wird wohl immer die Arbeit bringen, denn jeder gemeinsam vergossene Schweisstropfen erzwingt nun einmal beiderseitige Anerkennung. Hoffentlich können die jüngeren Männer, die zur Zeit noch als Spezialarbeitskräfte von der tschechischen Regierung zurückgehalten werden, dereinst in den Familienkreis zurückkehren. Neue Probleme sind mit der Ankunft der Sudetendeutschen aufgetaucht, die jedem von uns zu denken geben. Mit gutem Willen, eigener Initiative und sehr viel Herzenstakt könnten die meisten der Probleme sicherlich gelöst werden; und zwar von uns selbst. Die Zukunft wird es zeigen.

DOKUMENT 16

Ruth Staab schildert die Unterbringung in einem Notlager.

Aus: Ortrud Becker. Geflüchtet, vertrieben, aufgenommen. Eine Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Gross-Gerau. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen Gross-Gerau. Griesheim 1990, S. 116f.

[...]

«Der LKW, der Familie Müller, meine Eltern und mich beförderte, fuhr erst in das Notlager in der alten Schule in Kelsterbach. Dort aber wurden wir nicht aufgenommen, da alle Betten angeblich schon belegt waren. Daraufhin wurden wir in das ehemalige Russenlager in der «Glanzstoff» gebracht. Es war ein grosser Saal, vollgestopft mit Menschen! Auch diese erste Nacht in Kelsterbach werde ich, solange ich lebe, nicht vergessen! Es war Freitag, der 18. Oktober 1946. Mit Entsetzen stellten wir fest, dass die uns zugewiesenen Betten voller Ungeziefer waren. Wir verbrachten die erste Nacht in Kelsterbach, obwohl wir hundemüde waren, auf unseren Koffern sitzend. Am nächsten Morgen gingen Herr Müller und mein Vater noch einmal in das Lager in der alten Schule und sie stellten fest, dass dort noch vier saubere Betten frei waren. Sie konnten einen Landwirt mit Fuhrwerk auftreiben, der unser Gepäck in die alte Schule befördern wollte. Was

machte es schon aus, dass dieser Landwirt nicht nur Geld für den Transport nahm, sondern auch noch die letzten Zigaretten kassierte. Hauptsache, wir hatten ein einigermaßen menschenwürdiges Dach über dem Kopf. Die Zeit im Lager ging für meine Eltern und mich sehr schnell zu Ende. Ein Zahnarzt aus Kelsterbach kam ins Lager und suchte eine Hilfe im Haushalt. Gleichzeitig bot er eine Wohnung, auch für die Eltern. Ich nahm diese Stelle, obwohl Hausgehilfin nicht im Bereich meiner Berufswünsche lag, an, brachte sie uns doch die Möglichkeit, wieder ein Eigenleben zu führen, und blieb dort bis April 1948.»

[...]

DOKUMENT 17

Der zweite Ausgewiesentransport für den Kreis Hersfeld.

Aus: Hessische Nachrichten vom 9.5.1946.

Zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Hersfeld

Der zweite Sammeltransport von Ostflüchtlingen, dessen Ankunft in den Verteilungslagern Herfa und Nippe wir gemeldet haben, ist inzwischen in die Ortschaften des östlichen Kreisgebietes eingewiesen worden. Ein gewisser landsmannschaftlicher Zusammenhalt ist dadurch gewährleistet; denn die Ausgewiesenen stammen ja aus ein und derselben Gegend, aus dem Kreis Kaaden im Egerland. Die Gemeinden Wölfershausen, Friedewald, Heimboldshausen und Ausbach haben 120 und mehr Personen aufgenommen; in Motzfeld wurden 90 Personen untergebracht, in Hilmes und Widdershausen je 80.

Die Unterbringung der Flüchtlinge ist nicht so reibungslos vor sich gegangen wie beim ersten Transport. Mancher Hausbesitzer hat noch nicht eingesehen, dass er und die seinen mehr zusammenrücken müssen. Wie wir wissen, war bereits erwogen worden, die Namen der Leute zu veröffentlichen, die am wenigsten Verständnis hatten und am meisten an sich selbst dachten. Der kommissarische Landrat hat aber einstweilen davon abgesehen; er nimmt im Folgenden zu den Problemen ausführlich Stellung und spricht u.a. von Vetternwirtschaft und davon, dass die kleineren Gemeinden «allzu ehrliche Meldungen abgegeben haben». Wir können das an einer einzigen Gegenüberstellung näher erläutern. Den Namen der kleinen und erst

recht den der grossen Gemeinde wollen wir dabei genauso verschweigen, wie die Namen der widerspenstigen Hausbesitzer zunächst verschwiegen worden sind.

Die kleine Gemeinde hat bei 23 Alteingesessenen ein Aufnahmesoll von 15 Personen angegeben: 13 Flüchtlinge wurden bereits zugeteilt. Die grosse Gemeinde dagegen meint es nicht «allzu ehrlich»; sie meldet bei 1'200 Alteingesessenen nur die geringe Aufnahmemöglichkeit für 85 Personen! Bei der kleinen Gemeinde wird eine Nachprüfung der Angaben kaum erforderlich sein. Bei der grossen Gemeinde dagegen werden neue Erhebungen ganz gewiss eine grössere Unterkunftsmöglichkeit ergeben. Wir selbst kennen zufällig zwei Fälle, in denen in dieser grossen Gemeinde Verwandte kurz vor Abschätzung der Räume ins Haus genommen wurden, ohne dass ein zwingender Grund für den Aufenthalt dieser Verwandten gegeben war.

[...]

DOKUMENT 18

Ankunft und Aufnahme.

Aus: Hessische Nachrichten vom 15.6.1946.

Aloys Kern: Menschenstrom aus dem Osten

[...]

Müde und abgespannt kommen die Menschen auf den Zielbahnhöfen an. Endlich dürfen sie aussteigen, nach zwei-, dreitägiger Fahrt im Güterwagen, der als Sitz- und Schlafgelegenheit nur den harten Boden aus Holz hat. Frauen und Männer des Roten Kreuzes, die die Feuersirene oder der Stadtfunk zusammengerufen hat, helfen beim Aussteigen, heben Kinder heraus aus dem Wagen, reichen den älteren Männern die Hand oder nehmen alte Frauen in den Arm, als ob sie Kinder wären. Ein wenig hilflos und hilfebedürftig erscheinen die meisten Menschen, die diese Züge anbringen. Hilfebedürftig und arm! Was sie noch besitzen, bringt der Zug gleich mit, die Koffer und Bündel scheinen nicht immer sehr gewichtig, das Hausgerät beschränkt sich im Wesentlichen auf einige Schüsseln und Töpfe, es wird kaum für den dringlichsten Bedarf ausreichen, wenn man wieder einen ei-

genen Herd haben wird. Aber die wenigsten werden ihn haben. Häufig genug gehört der Kinderwagen zum Gepäck, der nun, da die Strasse zum Durchgangslager [geworden] ist, neben einem oder zwei kleinen Kindern auch noch etwas Hausrat aufnehmen musste.

Nach den Strapazen der ruhelosen Stunden der Fahrt erscheint den Ankommenden das Strohbett in der Baracke oder in dem Schulraum als ein willkommener Zustand; hier kann man ausruhen, man wird regelmässig gepflegt und das Essen ist gut. In diesen Durchgangslagern, zweckmässig über das Land verteilt eingerichtet, findet man wieder einmal richtige Waschgelegenheit, man kann auch einen Schluck Wasser trinken für den ersten Durst, wenn man nicht den Kaffee abwarten will, der sehr rasch gereicht wird; die notwendigen sanitären Einrichtungen sind vorhanden, natürlich auch ein Entlausungsraum, ein Isolierzimmer und ärztliche Behandlungsräume. Den Entlausungsraum muss jeder Flüchtling, Männer wie Frauen, Alte wie Kinder, ebenso passieren, wie jeder einer gewissenhaften ärztlichen Untersuchung unterzogen wird. Allen Gefahren des Ungeziefers und ansteckender Krankheiten wird so von Anfang an begegnet. Wo es geboten erscheint, wird sogar eine Röntgendurchleuchtung vorgenommen.

Zwei bis drei Tage bleiben die Flüchtlinge im Allgemeinen nur in einem solchen Durchgangslager. Alle sind inzwischen registriert und ihre Verteilung auf die Quartiere draussen auf den Dörfern ist organisatorisch vorbereitet, soweit es geht nach beruflichen Möglichkeiten. Bauern sind besonders gefragt. «Sind Bauern dabei?» pflegt stets die erste Frage zu sein, die der Flüchtlingskommissar dem Transportleiter stellt, wenn er ihm die Liste mit den Namen der Flüchtlinge übergibt, die zugleich auch das Nötige über Herkunft und Beruf aussagen. Bauern und landwirtschaftliche Hilfskräfte sind im Allgemeinen wenig dabei, auch nicht viele Handwerker. Fachleute sind überhaupt selten. Unter den Frauen finden sich viele Schneiderinnen und Abiturientinnen. Die meisten werden versuchen müssen, sich in die bäuerliche Arbeit hineinzufinden. Dass sie es tun wollen, wird immer wieder versichert, sehr viel hört man draussen von den Bürgermeistern in Dörfern, in denen Flüchtlinge bereits in grosser Zahl untergebracht sind, dass sie auch jederzeit willig und fleissig sind, dass sie auch an Arbeiten gehen, die ihnen fremd sind, und dass sie sich teilweise sehr gut eingefügt haben.

[...]

DOKUMENT 19

Resolution des Stadtverordnetenkollegiums der Stadt Wetzlar vom 12.8.1946 zur Überfüllung der Stadt mit Flüchtlingen und Evakuierten.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 119.

Das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Wetzlar beschliesst in seiner Sitzung vom 12.8.1946, dem verfassungsgebenden Landesausschuss [(!)Landesversammlung], sowie dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden folgende Resolution zu unterbreiten:

Stadt und Kreis Wetzlar haben gegenwärtig bereits 23'000 Flüchtlinge – zusätzlich zu den schon ansässigen 11'000 Evakuierten aus den zerstörten Grossstädten – aufgenommen, das ist mehr als 16 der Gesamtbevölkerung. Trotz allen guten Willens zeigt sich nunmehr die ernste Tatsache, dass dieses Gebiet weit über seine Aufnahmefähigkeit hinaus belegt ist. Schwerste Sorgen hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung in engstem Zusammenhang mit den schon jetzt auftretenden Ernährungsschwierigkeiten, ferner die durch die Zusammenpferchung der Bevölkerung auf engstem Raum entstehenden sittlichen Gefahren zwingen zu der klaren Feststellung, dass nunmehr die Einweisung weiterer Flüchtlinge unterbleiben muss.

Mit allem Nachdruck erheben wir die Forderung, dass der Verteilungsschlüssel der Flüchtlingszuweisung von massgebender Stelle öffentlich bekanntgemacht wird, mit allen dazu notwendigen Erklärungen, weil wir der Auffassung sind, dass die bisherige Verteilung in keiner Weise den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht.

DOKUMENT 20

Schreiben des Kreiswohlfahrtsamtes des Landkreises Marburg an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 16.8.1946 über Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde Todenhausen.

*Aus: Regierungspräsident Kassel, Flüchtlingsdienststelle. Az.: IV 2
«Flüchtlingskontingent: Verteilung auf die Stadt- und Landkreise [1946-1947]».*

Von dem letzten Flüchtlingstransport aus Römerstadt Reg[ierungs]-Bez[irk] Troppau, Tschechoslowakei, wurden der Gemeinde Todenhausen etwa 60 Flüchtlinge zur Aufnahme zugewiesen. Die Quartiere waren bereits durch die hiesige Wohnungskommission sichergestellt. Die Bevölkerung zeigte von vornherein den Flüchtlingen gegenüber ablehnendes Verhalten. Dies konnte schon eine Woche vorher, als eine Einzelfamilie der Gemeinde Todenhausen zur Aufnahme zugewiesen wurde, festgestellt werden. Die fragliche Frau mit 3 Kindern konnte nirgends Unterkunft finden und wurde dann von dem Lehrer, der an sich keinen Platz hatte, aus Mitleid aufgenommen.

Beim Eintreffen der Flüchtlinge schrieb der Bürgermeister von Todenhausen, der sich bezüglich der Unterbringung redliche Mühe gemacht hat, wörtlich Folgendes: «Die Leute benehmen sich hier wie Bestien, es muss unbedingt mit Polizei eingegriffen werden.» Die örtliche Polizei konnte sich nicht durchsetzen. Auf Grund des Verhaltens der Bevölkerung von Todenhausen wurde dann in Verbindung mit Capt[ain] Sembach eine Gruppe Constabulary Police angefordert, die auch bald erschien. Die Flüchtlinge wurden zunächst nach Familien und nach der Grösse des vorhandenen Wohnraumes aufgeteilt und zusammen mit der Constabulary Police in die Quartiere eingewiesen. Widerstand wurde nicht geleistet. In einem Fall, wo der Quartiergeber aus den beschlagnahmten Räumen jegliches Mobiliar entfernt hatte, wurden die Flüchtlinge in entsprechend möblierte Zimmer eingewiesen und dem Quartiergeber die leeren Räume wieder zur Verfügung gestellt. In einem anderen Falle, wo anfangs 2 Herde im Hause waren und von dem Quartiergeber der eine Herd weggeschafft worden war, wurde der vorhandene Herd der Flüchtlingsfamilie zur Verfügung gestellt mit der Auflage, dem Quartiergeber bis zur Herbeischaffung des zweiten Herdes Kochgelegenheit zu geben.

Beschwerden von Seiten der Einwohner über die Unterbringung von Flüchtlingen sind bis heute in keiner Weise hier eingegangen. [...]

DOKUMENT 21

Ein Flüchtlingsmädchen schildert seine Ankunft in der Gemeinde Eisenbach (Kreis Limburg).

Aus: Dokumentation über die Aufnahme, Eingliederung und das Wirken der Vertriebenen im Kreis Limburg-Weilburg. Hrsg. v. Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg. Wetzlar 1986. S. 40-41.

Erinnerungen eines «Flüchtlingsmädchens» (Auszug)

Die Ankunft

Ich möchte diese erste Zeit in einem für uns völlig veränderten Leben schildern, aus der Sicht des damals 14jährigen Mädchens, das – zusammen mit Eltern und Geschwistern und etwa 15 weiteren Familien – mit dem Lastwagen und vom Auffanglager Villmar kommend, in Eisenbach eintraf.

Eisenbach zeigte uns in jenen Oktobertagen 1946 kein freundliches Bild. Tagelanger Regen hatte die Strassen und Wege aufgeweicht, nasskalter Nieselregen aus einem endlos grauen Himmel begleitete unsere ersten Schritte in dem Dörfchen, das von nun an unsere «neue Heimat» war.

Im Saalbau Gattinger hatte man rings um die Wände Stroh aufgeschüttet, wo wir unser Lager bezogen. Koffer, Taschen und Rucksäcke, unser ganzer Besitz, standen in einer Ecke zusammen. Bürgermeister Willi Köhler begrüßte die Neuangekommenen mit dem Versprechen, uns baldmöglichst in Wohnungen einzuweisen. Er weckte Vertrauen in den leidgeprüften Menschen, wenngleich es allen klar war, dass man als einer der letzten Transporte nur noch wenig Auswahl an Wohnungen haben würde. Um die vollständige Mittellosigkeit der ersten Tage zu überbrücken, wurden wir zu Eisenbacher Familien zum Mittagessen und zum Abendbrot eingeteilt. Der Ortsdiener verteilte ein wenig ruppig die Adressen. So gingen wir zweimal täglich in die Adolfstrasse zu Familie Gattinger, die uns freundlich bewir-

tete. Berthold, der älteste Sohn, war so alt wie mein Bruder. Es sollte eine lebenslange Freundschaft zwischen den beiden entstehen.

Nach einer knappen Woche wurden wir in das Häuschen des Herrn Walter Kühn eingewiesen. Im Obergeschoss erhielten wir ein etwa 12 qm großes Zimmer mit angrenzender Kammer, die zum Elternschlafzimmer avancierte. Die Kammer war so schmal, dass die Betten nur hintereinander stehen konnten, worauf man zwischen Bett und Wand gerade noch gehen konnte. Die Wohnung war leer. Freundliche Nachbarn überliessen uns einen Tisch und zwei Stühle. Feldbetten aus amerikanischen Heeresbeständen stellte die Gemeinde zur Verfügung. Das Allernotwendigste war ein Ofen. Im Erdgeschoss wohnte Familie Wiesheu. Er war Kriegsinvalide. Frau Wiesheu lieh uns für die erste Zeit einen kleinen Kanonenofen. Auch das Wasser durften wir in ihrer Küche holen, denn unsere Stube hatte keinen Wasseranschluss.

[...]

DOKUMENT 22

Bericht über die Unterbringung von Ostflüchtlingen in Kelkheim vom Juni 1946 (es handelt sich um einen Durchschlag ohne Kopfzeile).

Aus: HStAWI Abt. 502, Nr. 1300.

Aus Flüchtlingskreisen erfuhr ich [vermutlich ein Mitarbeiter des Staatskommissariats für das Flüchtlingswesen], dass die Unterbringung und Lage der Ostflüchtlinge, die vom Kreisflüchtlingskommissar in Höchst, Herrn Hild, nach Kelkheim eingewiesen werden, besonders ungünstig sei.

Ich besuchte am 4. Juni 1946 die Ortschaft Kelkheim und stellte fest, dass es sich um eine völlig unversehrte, von Kriegsschäden überhaupt nicht berührte Ortschaft mit etwa 6'000 Einwohnern handelt. In Kelkheim überwiegt das politische Element der CDU. Die Einwohnerschaft findet grösstenteils in der dort ansässigen Möbelindustrie und in der Land- und Gartenwirtschaft ein gutes Auskommen.

Kelkheim hat (nach Angaben des Bürgermeisters, die ich nicht überprüfen konnte) etwa 800 Evakuierte aufgenommen und wird jetzt mit Flüchtlingen beschickt.

Der Bürgermeister von Kelkheim ist ein etwas überalterter Mann, der anscheinend seinen Aufgaben nicht gewachsen ist, wenn er auch scheinbar die grösstmögliche Fürsorge für die Unterbringung der Flüchtlinge an den Tag legt. Er stösst auf den natürlichen Widerstand der einheimischen Bevölkerung und bei einem für Kelkheim bestimmten Kontingent von etwa 800 Flüchtlingen, die gut untergebracht werden können, da ursprünglich genügend Wohnraum vorhanden war, werden wöchentlich nach seinen eigenen Angaben, die er mir machte, nur 25 Flüchtlingsfamilien in Wohnungen eingewiesen.

Das bedeutet, dass jeder neue Flüchtlingszustrom von je 100 Mann 4 Wochen im Lager untergebracht werden muss. Die Flüchtlinge können vor der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben und die mit Einquartierung von Flüchtlingen bedrohten Wohnungsinhaber ergreifen Gegenmassnahmen in der Form, dass sie durch Einreissen von Zwischenwänden die Anzahl der Wohnräume, die ihnen zur Verfügung steht, herabsetzen.

[. . . Eine] Firma benötigt dringend Arbeitskräfte und hat mit Zustimmung des Flüchtlingskommissars und des zuständigen Arbeitsamtes 8-10 Flüchtlinge zur Arbeit angeworben. Der Arbeitseintritt kann nicht erfolgen, weil diese Flüchtlinge keine Wohnungen erhalten und in der Turnhalle im Flüchtlingslager untergebracht bleiben, wiewohl später eingetroffene Flüchtlinge bereits untergebracht worden sind, werden insbesondere den von der Firma [...] engagierten Flüchtlingen Schwierigkeiten bereitet. Untenstehend habe ich ein Verzeichnis der in Kelkheim freien Wohnungen (Wohnräume) zusammengestellt, aus dem ersichtlich ist, dass die Unterbringung der bereits für den Arbeitseinsatz vorgesehenen Flüchtlinge leicht durchgeführt werden könnte, umsomehr als da es sich durchweg um Flüchtlinge handelt, die bereits seit geraumer Zeit in der Ortschaft weilen.

Zum Lager der Flüchtlinge bemerke ich, dass die Turnhalle, in der sie untergebracht sind, wohl der einzige Ort in Kelkheim ist, dessen Dach schwere Altersschäden aufweist. Es regnet in den Raum, in dem sich etwa 40-60 Familien befinden, herein. Ich habe einen Mann gesehen, der an einer chronischen Conjunktivitis duplex [Bindehautentzündung] leidet, die durch die Feuchtigkeit und andere atmosphärische Einflüsse, denen die Flüchtlinge ausgesetzt sind, akut geworden ist, ärztlich überhaupt nicht versorgt wird.

Ein etwa 1-2-jähriges Kind leidet an den Folgen einer Erkältungskrankheit (Erythema exudativa multiforme) und ist ebenfalls in dieser Turnhalle

seit längerer Zeit untergebracht. Die Verköstigung der Flüchtlinge erfolgt in einem Gasthaus der Ortschaft Kelkheim und ist den Verhältnissen angepasst.

Besonders wichtig erscheint mir, darauf hinzuwirken, dass den Massnahmen der einheimischen Bevölkerung, die darauf abzielen, vorhandenen Wohnraum «verschwinden» zu lassen, indem Zwischenwände eingerissen werden, entgegenzuarbeiten. Das kann meiner Meinung nach am zweckmässigsten dadurch erzielt werden, dass die Unterbringung der Flüchtlinge schlagartig nach deren Eintreffen erfolgt. In diesem Zusammenhang wird es wohl notwendig sein, die Tätigkeit des Wohnungsreferenten bei der Bürgermeisterei in Kelkheim, eines Ostflüchtlings, der sich überaus gut und schnell in die einheimischen Verhältnisse und «Beziehungen» eingearbeitet hat, einer Revision zu unterziehen.

Von den 67 bayerischen und 12 hessischen Flüchtlingslagern, die ich bisher zu sehen Gelegenheit hatte, ist das Flüchtlingslager in Kelkheim das schlechteste oder zweitschlechteste. [...]

DOKUMENT 23

Einzelne Flüchtlinge berichten über ihre Unterbringung in den Kreisen Fritzlar-Homberg und Ziegenhain.

Aus: Hessische Nachrichten vom 23.6.1946.

Gespräch mit Ostflüchtlingsen

Wir hatten Gelegenheit, uns mit einigen Ostflüchtlingsen, die in den Landkreisen Fritzlar-Homberg und Ziegenhain eine neue Heimat gefunden haben, zu unterhalten. Wir baten sie, uns in wenigen Worten über ihre gegenwärtige Notlage zu berichten. Die wichtigsten Sätze dieser Schilderungen haben wir schriftlich festgehalten und geben sie hier wieder:

Herr K. L.: «Wir haben hier in der Stadt ein einigermaßen zufriedenstellendes Unterkommen gefunden. Damit allein ist es aber nicht getan, denn es fehlt uns an Kleidung, Wäsche, Hausgerät usw. Leider ist es uns bisher nicht gelungen, auch nur einige von diesen Sachen käuflich zu erwerben. Wann wird sich das ändern?»

Herr W. T.: «Sorgen haben wir mehr als genug, die grössten aber um unsere Verdienstmöglichkeiten. Ich bin seit Monaten vergeblich bemüht, eine Arbeitsstelle zu finden. Unsere paar Pfennige, die wir aus der Heimat mitbrachten, sind aufgebraucht und der Tag ist nicht fern, da wir nicht einmal mehr die Lebensmittel kaufen können, die es auf Karten gibt.»

Frau B. A.: «Ich bin hier bei Leuten untergekommen, die volles Verständnis für meine Notlage haben. Sorgen mache ich mir nur um meinen Mann, der, wie ich von Bekannten hörte, in einem Dorf bei Wetzlar untergebracht ist. Bisher habe ich seine Anschrift nicht erfahren können, obgleich ich bereits mehrmals an das Bürgermeisteramt in Wetzlar geschrieben habe, ohne aber eine Antwort zu bekommen.»

Frau E. S.: «Ich wohne mit meinen beiden Kindern bei Schwämmern, die während des Krieges nichts verloren haben. Ihre Schränke und Kommoden sind bis zum Rande mit Kleidung, Wäsche usw. gefüllt. Ich habe aber bis heute nicht den kleinsten Stoffrest zum Ausbessern der Kinderkleidung erhalten können. Die Worte ‚Die Herzen auf – Türen auf‘ sind ungehört im Winde verhallt.»

Herr T. H.: «Wir wohnen mit vier Personen in einem kleinen Raum, während in den Nachbarhäusern mehrere grosse Zimmer freistehen. Ich habe den Fall beobachtet und festgestellt, dass viele Dorfbewohner miteinander verwandt sind, und so steht fast jeder Einwohner mit den Mitgliedern der Wohnungskommission in verwandtschaftlicher Beziehung. Diese Kommission aber wagt es natürlich nicht, bei den lieben Verwandten ein Zimmer zu beschlagnahmen. Gerechtfertigt entscheiden kann daher m.E. nur eine Wohnungskommission, deren Mitglieder ortsfremd sind.»

DOKUMENT 24

Schreiben der Flüchtlingsumleitungsstelle Eschwege an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 20.7.1946 über die Unterbringung von 2'000 Flüchtlingen.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 1497a.

Nachdem die Eschweger Durchgangslager im letzten Winter mässig besucht waren, erreichte uns am 23.2.46 ganz plötzlich die Anweisung, dass in etwa 4 Stunden ein Zug von Bebra mit etwa 2'000 Flüchtlingen in der Umleitungsstelle Eschwege eintrifft, um von Sonnabend bis Montag beherbergt zu werden. Da in Eschwege selbst zu jener Zeit etwa 1'200 Flüchtlinge untergebracht werden konnten, musste in der sehr kurzen Zeit für die fehlenden 800 Mann eine Notunterkunft beschafft werden. Hierzu wurde Reichensachsen bestimmt, das an der Eisenbahn liegt, so dass zusätzliche Kraftfahrten vermieden wurden. Es gelang trotz der verhältnismässig kurzen Zeit, für jede der plötzlich hereingekommenen 800 Personen ein Strohlager zu beschaffen. Alle Flüchtlinge waren dankbar, dass sie nach den durchgemachten Strapazen in Bebra, wo ihnen kein Dach und Nachtlager zur Verfügung gestellt werden konnte, endlich Unterkommen fanden. Dies wurde mir bei meinen Kontrollen häufig von den Flüchtlingen unaufgefordert geäußert.

Infolge kurzer Anlaufzeit und Planung auf kurze Dauer wurde die Verpflegung aus unserem Stammlager Schulberg in Eschwege per Kraftwagen nach Reichensachsen gebracht und dort ausgegeben. Ebenso musste je eine Aufsichtsperson über die dort vorhandenen 6 Notunterkünfte innerhalb weniger Stunden gestellt werden, die aus den im Lager sich aufhaltenden und als zuverlässig bekannten Flüchtlingen ausgesucht wurden.

Bei diesem wie bei allen späteren Zügen war für alle Flüchtlinge wichtig: «Wann werden wir registriert, und wann sind wir zu Hause?» Das waren die Fragen, die täglich im Vordergrund standen. Unglücklicherweise konnten von Bebra die Flüchtlinge erst am Wochenende, und zwar auf [in] mehrere[n] Raten, abgenommen werden, so dass diese Flüchtlinge, wie auch die der folgenden Züge, mit der Länge der Zeit aufrührerisch wurden, weil sie glaubten, später Kommende werden begünstigt. Aus diesem Grunde wurden für die Folgezeit in der Umleitungsstelle Eschwege nummerierte Flücht-

lingsquartierscheine ausgegeben, die schon am Bahnhof die Reihenfolge der Registrierung festlegen. [...]

DOKUMENT 25

Der Alltag in einem Flüchtlingslager.

Aus: Hessische Nachrichten vom 30.7.1946.

Ein Tag im Ostlandlager

[...]

Das Ostlandlager umfasst zwölf geräumige Baracken, die mit der notwendigen Einrichtung wie Betten, Schränken, Tischen und Bänken ausgestattet sind. In den Wirtschaftsbaracken finden wir eine grosse Küche, einen Waschraum, einzelne Kanzleiräume, ein Sanitätszimmer und mehrere für den Lagerbetrieb notwendige Magazine. Nach Einzug in das Lager gingen Frauen und Mädchen sofort in gemeinschaftlicher Arbeit daran, mit Bürsten, Tüchern und Eimern ein sauberes Heim zu schaffen, um sich während des vorübergehenden Aufenthaltes so behaglich als möglich einzurichten.

Schon früh am Morgen beginnt im Lager ein reges Leben. Alles strömt zu den Waschräumen, die für Männer und Frauen getrennt sind. Um 7 Uhr ist die Ausgabe des Morgenkaffees. Nach dem Frühstück verlassen die bei der Bahn- und Feldarbeit tätigen Männer und Frauen das Lager, während andere im Lager selbst die ihnen zugewiesenen Arbeiten verrichten.

Die Kleinen versammeln sich in einer leeren Baracke, wo sie von einer geprüften Kindergärtnerin betreut und unterhalten werden. Ein Oberlehrer unternimmt mit der schulpflichtigen Jugend Lehrausgänge und Wanderungen in die engere und weitere Umgebung Eschweges. Zwischen 12 und 13 Uhr wird das Mittagessen verteilt, da fehlt wohl keiner. Nach der Ausgabe des Nachmittagskaffees ist anschliessend die des Abendessens, das abwechselnd aus Butter, Marmelade, Wurst und Käse besteht und die Zufriedenheit aller Lagerinsassen findet, da diese Speisen in ihrer Heimat an Deutsche nicht verabfolgt wurden.

Abends füllt sich das Lager wieder mit den Heimkehrenden. Schnell bil-

den sich Gruppen, die die Tagesereignisse besprechen, der Heimat gedenken und Bilder von der Zukunft entwerfen. Alle, die wir hier trafen, sind nicht etwa abgestumpft und verzagt, nein, sie haben ein reges Interesse für alles Geschehene und die Vorkommnisse in der Stadt. Diese Menschen möchten Aufnahme finden in unserer Mitte, unsere Nöte und Sorgen zu den ihren machen und von uns in ihren Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

DOKUMENT 26

Probleme gab es vor allem bei der Unterbringung in den privaten Einzelquartieren. Am 24.9.1946 richtete der Hessische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Walter Mann, ein Rundschreiben an die drei Regierungskommissare in den Regierungsbezirken.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 119.

Aus den laufend eingehenden Berichten greife ich auszugsweise nachstehende Berichterstattung heraus und bitte diesen Fall zum Anlass eingehender Besprechung mit den Kreisflüchtlingskommissaren zu machen und Vorsorge zu treffen, dass ähnliche Fälle sich in der Zukunft nicht wiederholen.

«Um ihnen das manchmal direkt feindliche Verhältnis des Altbürgers zu dem Neubürger zu schildern, greife ich einen mir vorgetragenen praktischen Fall heraus.

Ein W. P. [anonymisierte Namen] mit seiner Frau und 2 Kindern von 8 und 20 Jahren wurden in ein Gehöft in E. bei Limburg eingewiesen. Der Besitzer, S. J., liess zuerst einmal einige Stunden die Neubürger-Familie auf seinem Hof stehen mit dem Bemerkten: «Ich habe ja hier kein Flüchtlingsheim, sondern ein Wohnhaus.» Dann liess er sich doch herab und wies der Familie zwei im Dachstock des Hauses befindliche Mansardenräume als Unterkunft zu.

Die Leute, die trotz allem froh waren, ein Dach über dem Kopf bekommen zu haben, zeigten sich in jeder Form anständig ihrem Vermieter gegenüber. Kaum untergebracht, liess nun J. [der Vermieter] J. P. [die Flüchtlingsfrau] zu sich kommen und erklärte: «Damit Sie es wissen, wenn einer Ihrer Angehörigen auf den Abort geht, hat er sofort nach der Benutzung den

ganzen Abort feucht abzuwischen. Wo ein Flüchtling gegessen hat, setze ich mich nicht hin.»

Einige kurze Zeit später gab er folgende Massnahmen P. bekannt: «Nachmittags von 12-15 Uhr hat keiner Ihrer Familienmitglieder das Stiegenhaus zu benutzen, da will ich meine Ruhe haben.»

Der Bürgermeister F. von E., dem nun dieses, man muss schon sagen, manche Nazimethoden übertreffende Gebaren von dem Neubürger P. vorgetragen wurde, hat auch verschiedentlich Zimmer bestellt, konnte aber keine Änderung der unerträglichen Verhältnisse herbeiführen. Frau P. hat nun auf Grund dieses ständigen Drucks einen Nervenzusammenbruch erlitten. Das ist nun einer von noch anderen Fällen des ungesunden Verhältnisses zwischen Alt- und Neubürgern, welches meiner Ansicht nach eine der Hauptursachen der Unzufriedenheit unter den Neubürgern darstellt. Selbstverständlich gibt es auch Fälle, wo von Seiten eines Neubürgers nicht das genügende Verständnis für die Lage des Altbürgers aufgebracht wird, aber im Allgemeinen ist es schon so, dass die Mehrzahl der Altbürger, die von behördlicher Seite gezwungen werden, Neubürger aufzunehmen, schon mit einer feindlichen Haltung den Ankommenden gegenüberstehen und alle Mittel versuchen, um die ungebetenen Gäste ihres Hauses wieder los zu werden. Gerade in Hadamar und den umliegenden Orten, wo überwiegend streng christlich eingestellte Menschen leben, müsste täglich jetzt die Praxis die Tatsache [zeigen] und die Menschheit des [das] Vorhandensein[s] der christlichen Nächstenliebe zeigen.

Auch der in der Versammlung anwesende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei bestätigte in fast allen vorgetragenen Fällen die Richtigkeit der Beschwerden und wies darauf hin, dass die eingesetzten Ausschüsse der Gemeinde in der Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Regelung der Neubürger-Verhältnisse eine ziemlich oberflächliche Handhabung ihrer Funktionen führen.

Abschliessend möchte ich bemerken, dass ich in dieser Flüchtlingsversammlung den Eindruck bekommen habe, dass trotz der grossen Schwierigkeiten, die heute auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens vorhanden sind, doch mancher Notstand der Neubürger bei hinreichendem Verständnis behördlich oder nicht behördlich eingesetzter Funktionäre des Flüchtlingswesens (zu welchen ich auch alle Landräte, Bürgermeister und Gemeindevertreter rechne) gemildert oder oftmals ganz abgestellt werden könnte.»

DOKUMENT 27

Auszug aus einer Abschrift des politischen Lageberichtes des Landrates des Kreises Offenbach an den Hessischen Minister des Innern vom 2.11.1946, als Rundschreiben an die Hessischen Ministerien am 16.11.1946 weitergeleitet.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 1496.

[...]

Das Flüchtlingswesen und Wohnraumbeschlagnahme durch die Besatzungstruppen

In zahlreichen Eingaben und Besprechungen, sowohl bei dem Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt, als auch bei dem Staatskommissar Eisesser in Darmstadt habe ich auf die Schwierigkeiten des Kreises Offenbach hingewiesen. Trotzdem hat der Herr Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Mann, eine Verfügung erlassen, nach der im abgelaufenen Monat die Hälfte aller in Hessen eintreffenden Flüchtlinge dem Regierungsbezirk Darmstadt zugewiesen und hier nur wieder auf die folgenden 4 Landkreise aufgeteilt wurden:

Landkreis Offenbach,	Landkreis Darmstadt,
Landkreis Gross-Gerau,	Landkreis Bergstrasse.

Der Staatskommissar stützt sich in seiner Verfügung auf die Zahlen einer formellen Statistik. Aber schon die Tatsache, dass die Zuweisung fast ausschliesslich in industrielle oder halbindustrielle Kreise erfolgt (Offenbach, Gross-Gerau, Darmstadt), weil sie angeblich die geringste Wohndichte haben, beweist die Fehlerhaftigkeit dieser Statistik. Der Kreis Offenbach hat infolgedessen im letzten Monat 2'311 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei neu aufnehmen müssen. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge beträgt nunmehr 13'814. Die Unterbringung dieser, in rascher Folge gekommenen Menschen, war bis heute auch bei grösster Anstrengung nicht möglich. Zum grossen Teil liegen die Menschen noch in Sälen und Schulen. Ein Teil der Bürgermeister droht mir mit Rücktritt.

Am schlimmsten sind die Verhältnisse in der Stadt Neu-Isenburg. Hier haben die Besatzungstruppen des Flughafens Rhein-Main einen grossen Teil der Häuser beschlagnahmt. 3'500 Menschen sind wohnungslos gewor-

den. Sie wurden ohne Betten und nur mit geringen Habseligkeiten aus ihren Wohnungen exmittiert. Trotz aller Versprechungen der Regierung hat dieselbe nichts gehalten. Die Wohndichte in Neu-Isenburg ist nunmehr auf 3 Personen pro Wohnraum gestiegen, wobei Küchen als Wohnraum mitgezählt sind. Das ist die höchste Wohndichte, die überhaupt eine Gemeinde in ganz Hessen zählt. Die Leute liegen z.T. noch auf dem Fussboden, es fehlt an Betten, Strohsäcken und vielen anderen Dingen. Neu-Isenburg hat das Unglück, zu einem Landkreis zu zählen. Es kommt ihr darum keiner der Vorteile, die der städtischen Bevölkerung in so reichem Masse zufließen, zugute. Es ist deshalb dort eine starke Strömung entstanden, die auch von dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt genährt wird, sich nach Frankfurt eingemeinden zu lassen.

[...]

DOKUMENT 28

Bericht über eine Kontrollfahrt eines Mitarbeiters des Hessischen Staatskommissariats für das Flüchtlingswesen vom 17.12.1946 bezüglich der Unterbringung der Flüchtlinge im Untertaunuskreis.

Aus: HSTAWIAbt. 503, Nr. 284.

Gemeinsam mit Herrn Ob.Reg.Rat [Oberregierungsrat] Becker wurde am 10.12.46 eine Kontrollfahrt in den Untertaunuskreis und nach Rüdesheim durchgeführt.

Landkreis Untertaunus:

Im Kreis sind noch etwa 600 Neubürger in Lagern oder Massenquartieren untergebracht. Der Kreisflüchtlingskommissar Broy erklärte aber, es würde ihm möglich sein, da er auch Kreiswohnungskommissar sei, bis Weihnachten alle Flüchtlinge in Privatunterkünfte einzuweisen. Besondere Schwierigkeiten hätte er bei seiner Arbeit nicht zu überwinden. Nur die Firma P. in Idstein weigere sich, eine von ihm beschlagnahmte Baracke herauszugeben. Die Verhandlungen liefen bereits seit dem 5.7.46. Er hätte sich schon oft an seine übergeordneten Dienststellen gewandt, hätte aber entweder keine Antwort oder keinen endgültigen Bescheid bekommen. Ich veran-

lasste ihn, einen Bericht an das Staatskommissariat zu machen. – Nach den Verhältnissen in dem grössten Lager des Landkreises, «Michelbach», befragt, erklärte Herr Broy, das Lager sei winterfest, die sich aus grösseren Familien (6-10 Personen) zusammensetzende Belegschaft sei gut untergebracht und gepflegt. Herr Reg[ierungs]-Kommissar Krüger hätte vor wenigen Tagen das Lager besucht und keinerlei Ausstellungen [Beanstandungen] gehabt. Die Besichtigung des Lagers ergab Folgendes: Das Lager und die angeschlossenen Räume sind überbelegt. Stuben, in denen 6-8 Personen liegen sollten, sind mit 20 Flüchtlingen belegt. In einem Raum hausen 3 Familien (16 Personen), wobei 8 Menschen (Fam. T.), darunter eine schwangere Frau, in 3 Betten schlafen. Die Neubürger leben unter diesen Umständen teilweise seit 20 Wochen. Sie haben in dieser Zeit keinerlei geldliche Unterstützung erhalten, besitzen keine Ausweise und leben wie Gefangene, da sie das Lager nicht verlassen können. 2 Familien, die in einer Fabrik Kohlen stahlen, um ihren Wohnraum heizen zu können, wurde von Herrn Broy die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung verboten.

Seit 7 Wochen müssen 16 Menschen auf einem Ofen ihr Essen kochen. Die Flüchtlinge erklärten, dass sie unter solchen Umständen, selbst in tschechischen Lagern, nicht gelebt hätten. Die das Lager betreuende Schwester ist ungeeignet. Ihre Einstellung den Flüchtlingen gegenüber ergibt sich aus ihrer Bemerkung: «Es ist ja die Schuld der Leute selbst, warum haben sie soviele Kinder». Wenn auch die Schwierigkeiten der Unterbringung grosser Familien nicht verkannt werden, so wäre es wohl möglich gewesen in 20 Wochen, bei gutem Willen der zuständigen Stellen, die Flüchtlinge in menschenwürdigen Verhältnissen unterzubringen.

DOKUMENT 29

*Im Landkreis Giessen liess der dortige Landrat Wagenbach 1946 die folgenden Gruss worte an die dort eingetroffenen Aus gewiesenen verteilen.
Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 284.*

Ein Wort des Grusses und der Aufmunterung an die Ausgewiesenen!

Im Namen der gesamten Bevölkerung meines Kreises heisse ich Sie alle in unserer oberhessischen Heimat auf das Herzlichste willkommen! Tage voller Elend und Not liegen hinter Ihnen. Sie alle haben den Wunsch, nunmehr einer besseren Zukunft entgegensehen zu können. Wir haben Ihnen eine Unterkunft, eine Wohnung nach unserem besten Können bereitet und wollen, soweit dies überhaupt möglich ist, dass Ihnen hier auch eine neue zweite Heimat werde. Vergessen Sie aber auch eins nicht. Auch bei uns sitzt die Not am Tisch. In Ihrem Interesse sind wir alle enger zusammengedrückt, um Sie teilnehmen zu lassen an dem uns noch verbleibenden häuslichen Glück, um Ihnen bei uns ein schützendes Dach und einen wärmenden Herd zu bieten. Ein jeder von der Kreisbevölkerung hilft gerne mit, dass der Ausgewiesene das Gefühl hat, er wird gerne aufgenommen. Dies verlangt aber auch von Ihnen eine verpflichtende Haltung. Ich erwarte von Ihnen allen, dass Sie sich in die dörfliche und städtische Gemeinschaft so einfügen, dass all das vermieden wird, was trotz der wohnlichen Enge das Zusammenleben nur irgendwie stören könnte.

Die Not unseres Volkes ist gross, so gross, wie selten in der Geschichte. An aller Not, an allem Elend, das Dich und uns betroffen hat, ist nicht die neue Regierung schuld, vergesst nicht, wer Deutschland in den Abgrund gestürzt hat! Aber Sie sollen den Glauben an eine bessere Zukunft nicht verlieren. Der Flüchtlingskommissar des Kreises, Herr Forschler, steht Ihnen in allen Fragen zur Verfügung.

Wir alle setzen der Not ein herzhaftes «Dennoch» entgegen! Wem, wie mir selbst, Bomben das eigene Haus, häusliches Glück, das Heim der Kinder und alles zerschlugen, wer, wie ich selbst, nach mehrfacher Verschüttung und Verletzung auch einmal vor dem völligen Nichts gestanden hat, der ist mehr als hellhörig geworden für die Not, die Sie und mit Ihnen Hunderttausende deutscher Brüder und Schwestern getroffen hat.

Denkt aber nicht nur daran, dass Ihr besondere Rechte habt. Fühlt Euch für die Zukunft nicht als Flüchtlinge! Fügt Euch ein in das allgemeine Werk des Wiederaufbaues.

Auch Euch wird dereinst wieder die Sonne scheinen! Mit vereinter Kraft arbeiten wir an dem Wiederaufbau, an der Zukunft für uns und unsere Kinder!

DOKUMENT 30

Ankunft und erste Aufnahme in literarischer Verarbeitung. Auszug aus der Erzählung «Der Augenzeuge» von Gerold Effert.

Aus: Vertrieben. Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Gesammelt von Ernst-Edmund Keil. Hrsg. v. der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1985, S. 57-58.

[...]

Später sah ich ihn wieder, im Lager am Rand eines hessischen Dorfes, wohin man den ganzen Transport gebracht hatte. Dort brauchte er seinen Fotoapparat nicht mehr unter seinem grauen Mantel zu verstecken, sondern trug ihn offen herum und machte sich nichts daraus, wenn ihn die anderen Leute verspotteten. Nachsichtig lächelnd huschte er davon und hielt ständig Ausschau nach neuen Motiven. Einmal sah ich, wie er Kinder fotografierte, die nach dem Regen im Wasser einer Pfütze spielten; der bucklige Mann duckte sich, um auch die Spiegelung einzufangen. Dann wieder gelang ihm von draussen durch den Stacheldrahtzaun ein Schnappschuss: Vor dem offenen Fenster stand eine junge Frau und schminkte sich vor der Scheibe die Lippen. So hielt er ein Bild nach dem anderen fest, halbwüchsige Jungen, die sich auf der Schlacke des Barackenhofs balgten, auch das Begräbnis eines alten Mannes, der todkrank auf die erzwungene Reise geschickt worden war und wenige Tage nach der Ankunft im Lager starb.

Inzwischen hatte ich erfahren, dass der Verwachsene früher in der Kreisstadt in Böhmen Drogist und Fotograf gewesen war und Franz Gabriel hiess. Als er eines Tages an mir vorüberhuschte, während ich vor der Tür der Küchenbaracke sass und Kartoffeln schälte, fasste ich mir ein Herz und fragte ihn geradeheraus, warum er den ganzen Tag nichts anderes im Sinn hatte als zu fotografieren. Er zuckte mit seinen schiefen Schultern, als hätte

ich nach etwas Selbstverständlichem gefragt, etwa danach, weshalb er atme oder warum sein Herz schlage. Ich bereute meine zudringliche Frage, erwartete keine Antwort mehr und bückte mich über den Eimer, um weiter zu schälen.

«Jemand muss das alles festhalten», sagte er endlich, «damit es nicht verlorengeht. Und dieser Augenzeuge bin eben ich.»

Während ich, erstaunt über diese Antwort, aufblickte, knipste er ein Bild von mir, wie ich, eine halb geschälte Kartoffel in der Hand und zwei Eimer vor mir, neben dem Fliederbusch an der Holzwand der Baracke sass. «Wer wird sich solche Bilder anschauen wollen, später, wenn wieder bessere Zeiten kommen?» fragte ich und sah über die nasse Schlacke des Hofes, woraus Unkraut spross, Disteln und Brennesselein. Hinter den Mülleimern spielte eine Horde von verwilderten Kindern Verstecken.

«Es ist nicht gut, wenn man alles vergisst», sagte der Fotograf und blickte zu den Kindern hinüber, als hielte er bereits Ausschau für neue Schnappschüsse.

Als wir auf die umliegenden Dörfer verteilt werden sollten und mit unseren Koffern, Säcken und Kleiderbündeln auf offenen Lastwagen in die Ortschaften der Umgebung transportiert wurden, sass Franz Gabriel zufällig auf demselben Wagen wie ich. Es hiess, dass wir in ein Dorf geschafft werden sollten, wo Textilarbeiter gebraucht wurden; aber nirgends waren Fabrikhallen zu sehen. Der Bucklige machte eine Aufnahme von den Leuten, die auf dem Wagen sassen und durchgerüttelt wurden, während hinter uns eine Staubfahne aufwirbelte. Kaum dass der Wagen auf dem Dorfplatz gehalten hatte, sprang er als erster aufs Kopfsteinpflaster und fotografierte, wie wir unser Gepäck abluden, misstrauisch beobachtet von den Bewohnern des Dorfes, die in einiger Entfernung mit verschränkten Armen standen und zusahen.

Die ganze Textilindustrie bestand aus drei Webstühlen; ein früherer Fabrikant aus Schlesien hatte sie irgendwo ergattert und im Saal des Dorfgasthauses auf gestellt. Es ist fast überflüssig zu erzählen, dass Franz Gabriel erschien, um als Augenzeuge die ersten Frauen zu fotografieren, die wenige Tage später ihre Arbeit an den Webstühlen begannen. Ich half die ersten Monate bei einem Bauern aus, dessen Frau schwanger war; aber dann stellte mich der Fabrikant als Näherin ein. Nach Feierabend durfte ich sogar im Saal des Gasthofes Weiterarbeiten und für die Frauen im Dorf Kleider und Blusen nähen, meistens aber nur ändern, denn die Stoffe waren damals knapp.

Der Fotograf, der in ein winziges Dachzimmer eingewiesen worden war, hatte inzwischen auch eine Beschäftigung gefunden: als Verkäufer in der einzigen Drogerie der nahen Kreisstadt. Mit einem geliehenen Damenrad strampelte er frühmorgens zur Arbeit und kehrte oft erst zurück, wenn es finster wurde. Nebenher fotografierte er bei Hochzeiten, Taufen und Konfirmationen, nahm dafür nie Geld, sondern liess sich mit Esswaren bezahlen, die damals wertvoller waren, mit Wurst oder Räucherspeck, manchmal auch mit einer Flasche Kartoffelschnaps, wie ihn die Bauern heimlich brannten.

[...]

DOKUMENT 31

Ein Flüchtling berichtet über die freundliche Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in der Gemeinde Gersdorf.

Aus: Hessische Nachrichten vom 21.12.1946.

Ein Ostflüchtling, der uns dem Namen nach bekannt ist, bittet um Aufnahme der nachstehenden Zeilen:

Zwischen dem Eisenberg und der Ibra-Kuppe liegt im schönen Aulatal ein stilles, friedliches Dorf, das vom Kriege verschont wurde und daher gut erhalten ist. Es ist Gersdorf. Die Einwohner, die meist alle Landbesitz haben, konnten durch ihre Anspruchslosigkeit und mit viel Mühe und Fleiss den Boden zu schönen Erträgen bringen. Das Dörfchen zählte früher etwa 200 Einwohner; durch Flüchtlinge und andere Umsiedler ist die Zahl auf 360 gestiegen. An der Spitze der Gemeinde steht ein an Jahren junger Bürgermeister, der im Januar 1946 einstimmig gewählt wurde. Durch sein gerechtes Handeln und das schnelle persönliche Eingreifen in jeder Situation ist er fast im ganzen Dorf beliebt. Ich selbst als Ostflüchtling hatte Gelegenheit, mit fast den meisten Einwohnern zu sprechen, und überall redet man mit Hochachtung von dem Gemeindeoberhaupt. Auch in seinem landwirtschaftlichen Betrieb zeigt sich unser Bürgermeister als Vorbild. Durch intensiven Zwischenfruchtbau und Silage konnte er erhebliche Mengen Milch zur Ablieferung bringen. Wir Flüchtlinge sind fast alle gut untergebracht. Wir haben unsere Brennstelle und in gerechter Verteilung Holz, Kohle und Gartenland erhalten.

Auch die zugeteilten Bezugsscheine sind in erster Linie an uns ausgegeben worden. Das Wegenetz im Dorf, der Hauptweg zum Bahnhof und die Verbindungswege zu den Feldern wurden verbessert, so dass sie heute fast zu jeder Zeit mühelos begangen werden können.

Wir hoffen, dass das gute Einvernehmen zwischen den Einwohnern und dem Bürgermeister immer so bleibt. Mögen er und die Gemeinde weiterhin mit guten Fortschritten zum Wohle aller arbeiten.

DOKUMENT 32

Bericht eines Mitarbeiters des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge vom 17.6.1947 über die Eindrücke bei einer Besichtigungsfahrt durch die Kreise Frankenberg, Wolfhagen, Korbach und Kassel zum Stand der Eingliederung der «Neubürger».

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 202.

[...]

1. Infolge der ausgesprochenen Unsicherheit, nicht zuletzt in Würdigung der verschiedenen Gerüchte und Nachrichten, sind viele Neubürger der Überzeugung, dass es nicht lohnt, irgendwie für eine Arbeit oder selbständige Existenz zu sorgen, da diese durch die Unsicherheit der politischen Lage doch wieder erschüttert werden kann. Manche Neubürger haben auch bereits Enttäuschungen erlebt, u.a. in der Form, dass sie neue Betriebe ins Leben gerufen haben und mit geliehenen Maschinen ihre Arbeit aufnehmen. Diese Maschinen mussten nunmehr für die Reparatur abgeliefert werden, so dass die Unternehmer wieder vor dem Nichts stehen. Die Nachrichten über vorstehende Demontagen, verschiedene Vorfälle in der Ostzone und Ähnliches bestärken die Neubürger in dieser ihrer Überzeugung und es ist schwer, etwas Greifbares dagegenzuhalten. Ähnliche Einflüsse haben auch die verschiedenen Meldungen über die politische Situation in Ungarn, in der Tschechoslowakei und Österreich, die alle auf eine unsichere Zukunft verweisen. Nachdem die Flüchtlinge den Totalverlust der Habe einmal erlebt haben, schreckt sie die Möglichkeit der Wiederholung bis zur Lähmung.

2. Das Verhalten der Altbürger beeinflusst die Entschlüsse. Ein grosser Teil der Altbürger gibt den Neubürgern zu verstehen, dass sie da als Ein-

dringlinge und ungen gesehene Fremdkörper nicht für die Dauer geduldet werden. Unter solchen Umständen sehen auch die Neubürger keine Gewähr dafür, dass ihre Vorhaben mit [von] Erfolg begleitet sein sollen, da sie bestimmt nicht gefördert, sondern in ihrer Arbeit gehemmt werden.

3. Bei Behörden und Ämtern wird auch weiter dauernd mit der Überfüllung der einzelnen Berufszweige operiert und auf den Rohstoffmangel hingewiesen, wie auch auf den Umstand, dass die bereits bestehenden Altbürgerbetriebe nicht voll ausgenützt werden können. Die Berechtigung des Hinweises auf die Rohstoffknappheit wird von Einsichtigen noch bestritten, aber der Grund, keine Hoffnung zu haben, bleibt.

Mit dieser Praxis müsste endgültig gebrochen werden. Mit den Flüchtlingen sind auch wieder viele Verbraucher in das Land gekommen, und für jeden Flüchtling hat wieder der Schumacher, der Schneider, der Kaufmann, der Tischler, der Zahnarzt, Arzt usw. Arbeit. Wenn die Flüchtlinge ihre Handwerker und Fachleute mitgebracht haben, haben sie auch ihren Anspruch darauf, dass es diesen ihren Leuten ermöglicht wird, die den Hiesigen zusätzlich angewachsene Arbeit abzunehmen.

In vielen Fällen lassen die Beamten das Erkennen der besonderen Lage der Flüchtlinge und der Bestimmungen des Flüchtlingsgesetzes vermissen. Sie kümmern sich nicht um die Anordnungen der Zentralbehörden und suchen durch hinhaltende Taktik Zeit zu gewinnen.

4. Bereits in Punkt 3 erwähnt ist die Mittellosigkeit der Neubürger. Wenn ein Altbürger auch total ausgebombt wurde, bleiben ihm doch die Heimat und die heimatlichen Beziehungen – ein grosser Vorteil gegenüber dem Neubürger, der nicht einmal persönliche Bekanntschaften oder ein Bankkonto und Ähnliches als verbliebenen Rest in Anspruch nehmen kann. Ein Altbürger hat daher immer noch leichter die Möglichkeit, wieder Fuss zu fassen und sich eine neue Existenz zu gründen.

Es ist traurig, dass die Bemühungen der Flüchtlinge und selbständigen Gewerbetreibenden, die sich selbst zu helfen trachteten, zumeist an der zögernden Haltung der Behörden und Berufskörperschaften müde geworden sind. Wenn in einem oder anderen Falle doch eine Gewerbebegründung oder dgl. ertrotzt wurde, erweist sich die Rohstoffzuteilung meist als die Klippe, an der der Neubürger scheitern muss.

So ist die Unlust und das beschriebene Verhalten der Neubürger zur Genüge erklärlich.

DOKUMENT 33

Dr. Erich Karg schildert seine Eindrücke von der Vertreibung und über die Ankunft und Aufnahme in Rüsselsheim.

Aus: Ortrud Becker. Geflüchtet, vertrieben, aufgenommen. Eine Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Gross-Gerau. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen Gross-Gerau. Griesheim 1990, S. 121 ff.

Ein eisenbeschlagener, schwarz lackierter Holzkoffer mit gewölbtem Deckel und Traghenkeln an den Seiten, vom Ahn ererbt, eine graue leinenbezogene Manöverkiste während des jüngst vergangenen Zeitalters in der Heereskleiderkasse Berlin erworben, dazu einige unförmige Säcke und Bündel aus zerschnittenen Teppichen und anderem festen Material zusammengeñäht: Das ist unser Reisegepäck, und es enthält alles, was uns von unserem Besitz geblieben ist. Mit diesen unseren Habseligkeiten sind wir drei – ich mit Frau und einjährigem Sohn – in dem Lager Sandbach im Odenwald aus dem Viehwagen ausgeladen worden, in dem wir mehrere Tage in gemütlichem Tempo quer durch Deutschland gezockelt waren. Hier bleiben wir für's erste und ich benütze die Gelegenheit, mich in der anmutigen Gegend und dem nahen Ort ein wenig umzusehen; denn hier werden wir nicht bewacht und niemand verwehrt es uns, das Lager zu verlassen. Es ist ein neues und beglückendes Gefühl für mich, dass die Fremden, die ich hier in dem netten, vom Krieg augenscheinlich unberührten Ort auf der Strasse treffe, mir freundlich danken, wenn ich sie in deutscher Sprache begrüße.

Am nächsten Tag schon steht ein Sonderzug für uns bereit – wahrscheinlich dieselbe Güterzugarnitur, die uns hergebracht hat – und bringt uns nach Gross-Gerau, wo wir in der Helvetia-Zuckerfabrik ausgeladen werden. Nun harren wir weiter der Dinge, die da kommen sollen, geduldig und teilnahmslos, wie eben Menschen es tun, über die eine höhere Macht verfügt. Hier ist eine Verwaltungskommission tätig, die die eingetroffenen «Flüchtlinge», so lautet die unzutreffende Bezeichnung, unter der wir gehandelt werden, an die umliegenden Gemeinden zu verteilen hat. Sie tun es offensichtlich nach Vorschriften, die sie von höheren Stellen erhalten haben, nach dem vernünftigen Gesichtspunkt, die Menschen nach ihren Berufen in die Orte einzuweisen, wo Aussicht dafür besteht, dass sie eine an-

gemessene Form der Betätigung finden werden. Da sie bei mir einen akademischen Titel und den Beruf des Lehrers feststellen, teilen sie mich der Stadt Rüsselsheim zu, die Industrie und ein Gymnasium hat. Den Namen «Rüsselsheim» habe ich zuvor noch nie gehört, was ich unvorsichtigerweise auch äussere und was mir von einem der Rotkreuzhelfer, die sich unser annehmen, gleich eine abfällige Bemerkung über meinen Bildungsstand einträgt. Denn dieser wackere Mann hält Rüsselsheim offensichtlich für den Nabel der Welt und Gross-Gerau für das, was sein Name sagt, nämlich für gross und weltbekannt. Ich selbst bin eigentlich gar nicht neugierig darauf zu erfahren, wie alles ist und wird, denn ein Gefühl unendlicher Gleichgültigkeit hat von mir Besitz ergriffen. Wir drei wurden mit unseren «Siebensachen» in einen kleinen LKW verstaut und füllen ihn so ziemlich zur Gänze aus. Wir hatten es nämlich geschafft, mehr an Gepäck mitzunehmen, als uns eigentlich erlaubt war. 50 kg pro Person durfte es bei uns sein, doch war es uns gelungen, bei der Wiegekontrolle zwei Säcke an der Waage vorbeizuschmuggeln. Wir hatten den dort tätigen Helfer mit einigen Schachteln Zigaretten bestochen, und er war uns dafür bei unserem Schmuggel so erfolgreich behilflich, dass mir der Gedanke nicht abwegig erschien, dass er in solchen kleinen Hilfeleistungen nicht ungeübt war. So hatten wir von allem mit, was wir in unserem neuen Leben brauchen würden. Nicht nur Wäsche verschiedenster Art, sondern auch Koch- und Tafelgeschirr, Werkzeug und allerhand Gerätschaften, und nicht zu vergessen auch Lebensmittel, von Mehl angefangen bis zu den verschiedensten Gewürzen. Wir hatten zu Hause ja Zeit genug gehabt, uns auf diese Veränderung unseres Daseins vorzubereiten. Was uns bevorstand, war ja keine Reise, von der es eine Rückkehr gab, sondern ein Abschied in ein vom Krieg verwüstetes und ausgehungertes Land, in ein Land also, wo wir nicht erwarten konnten, auch nur irgendetwas zu erhalten, was wir zum Leben benötigen würden. Wir hatten alles in allem zehn Gepäckstücke, und ein Kinderwagen war auch dabei. Ihn hatten wir als Schlafstatt für das Kind mitnehmen dürfen. Er war bei der Kontrolle selbstverständlich gründlich durchsucht worden, doch entdeckte der Kontrolleur nur die zwei Anzugstoffe, die als Köder für ihn unter der Matratze versteckt waren und die er gierig und geschwind für sich selbst beiseite schaffte, nicht aber einige wertvolle Schmuckstücke, die meine Frau in die Aussenpolsterung des Wagens sehr sorgfältig eingebaut hatte.

Eigentlich durften wir keine Wertsachen mehr besitzen, denn alles, was

wir an Wertvollem hatten, war uns schon vorher, während wir noch zu Hause lebten, abgenommen worden und zwar in systematischen Aktionen, die mit dem Einzug der Radiogeräte begannen. Als nächstes mussten wir alle Bücher abliefern, dann in einer weiteren Aktion Gold, Silber und alle anderen Sachen von Wert. Die Sparkassenbücher lieferten wir erst bei dieser letzten Kontrolle ab und bekamen dafür jeder 1'000 RM, Geldscheine, die praktisch wertlos waren.

Bei der Kontrolle entging dem Tschechen natürlich nicht, dass ich zwei Anzüge anhatte; aber das übersah er wohlwollend. Vielleicht, dachte ich mir, war ihm [das] auf getragen worden, denn ich halte es durchaus für möglich, dass der für die Kontrolle zuständige Tscheche auch seinen Anteil an den Bestechungszigaretten des Wiegemeisters erhielt.

Wir hatten also tatsächlich so viel Gepäck, dass wir den kleinen Lieferwagen ausfüllten, der uns nach Rüsselsheim brachte. Während der Fahrt durch den Ort hatten wir den Eindruck, dass wir durch lauter Nebenstrassen fahren, die auf uns, die wir von zu Hause eine offene Bauweise gewöhnt waren, mit ihren mit der Schmalseite zur Strasse stehenden, durch hohe Verschlänge und undurchsichtige Tore vom Gehsteig abgetrennten Höfe einen abweisenden, feindseligen Eindruck machten. Vor irgendeinem dieser Anwesen hielt der Wagen, der Rot-Kreuz-Mann läutete am Tor. Zunächst meldete sich niemand. Erst nachdem er kräftig gegen das Tor getrommelt hatte, öffnete sich oben ein Fensterladen, und eine Frauenstimme tat kund, dass niemand zu Hause sei und er woanders hingehen solle. Darauf liess sich aber der Rot-Kreuz-Mann nicht ein. Er stellte der alten Frau in Aussicht, dass er morgen wiederkommen und dann eine Familie mit fünf Kindern bringen werde. Das bewog sie nun doch, herunterzukommen und das Tor zu öffnen. Wir waren schnell aus dem Wagen und unsere Sachen auch. Nun lagen sie auf einem Haufen im Hof, und wir standen etwas ratlos daneben. Es begann bereits dunkel zu werden, und die alte Frau lief aufgeregt hin und her und jammerte: «Bei uns ist doch kein Platz! So spät schon und die vielen Sachen!» Wieder wurde der Rot-Kreuz-Mann energisch. «Sie sollen die Räume zeigen, die für Flüchtlinge beschlagnahmt sind!» Also führte sie mich hinauf in das Dachgeschoss und zeigte mir den für uns vorgesehenen Raum: Ein grösseres Dachzimmer (19 qm) mit schiefen Wänden und einem kleinen Fenster an der geraden Seite. Der Raum war sauber, aber vollkommen leer.

Ich fragte die alte Frau, ob sie nicht irgendwo ein Bett hätten, das man hier aufstellen könnte, was sie aber verneinte. Ich erklärte darauf, dass ich

weggehen und Stroh besorgen werde. [...] Aber da erinnerte sie sich doch daran, dass im Keller ein altes Kanapee stand, und sogar ein eisernes Bett mit Matratze wurde auch noch gefunden. Dass das Kanapee von Motten besiedelt war, merkten wir erst später.

Nun machten wir uns an die Einrichtung unserer ersten Wohnung in der neuen Heimat. Die Alte verschwand und ward nicht mehr gesehen. Im Haus rührte sich nichts. Ich machte mich daran, die noch immer im Hof liegenden Gepäckstücke hinaufzuzerren, die immerhin ein Gesamtgewicht von etwa 250 kg haben mochten. Bei dieser Arbeit bot sich keine hilfreiche Hand, und von den drei erwachsenen Personen, die ausser der alten Frau noch im Haus waren, bekam ich nichts zu sehen und zu hören. Während ich mit dem Gütertransport beschäftigt war, hatte meine Frau von der Alten heisses Wasser erbeten, es auch erhalten und uns von unserem Reiseproviant ein warmes Mahl bereitet. Nun sassen wir da, genossen das Mahl und dachten an nichts.

[...]

ZWEITER TEIL

Flüchtlinge und Einheimische – Probleme und Bewältigungsversuche (1945-1949)

Die Probleme

Die Versorgung

DOKUMENT 34

Schreiben des Landkreises Wetzlar an den Hessischen Minister des Innern vom 29.8.1946 zur politischen Lage im Kreis.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 119.

[...]

Jetzt ist die Getreideernte eingebracht. Sie ist erfreulicherweise besser ausgefallen als man erwartet hatte. Trotzdem muss man feststellen, dass der Mangel an brauchbarem Saatgut, an Kunstdünger und an menschlichen und tierischen Arbeitskräften sich im Ertrag stark bemerkbar macht. Niederdrückend ist das Bewusstsein, dass wir nach wie vor auf Auslandshilfe angewiesen sind.

Ein weiterer schwerer Druck lastet besonders auf den Dorfbewohnern, die jetzt ihre kleinen und engen Häuser mit den vielen Flüchtlingen teilen müssen. Je länger der Zustand des Zusammenlebens auf engstem Raum dauert, desto mehr treten Gegensätze und Missstimmungen zutage. Noch hegen vielfach beide Teile, Eingesessene wie Flüchtlinge, die Hoffnung, dass es für jene noch einmal eine Rückkehr in die frühere Heimat geben werde. In dem Masse, in dem diese Hoffnung schwindet, steigt der Verdross. Dazu kommt für die Neubürger weiter, dass ihnen so vieles fehlt, das der Mensch braucht, Gebrauchsgegenstände, Kleider, Wäsche, Schuhe usw., und dass wir ihnen so wenig geben können. Alle Mahnungen und Trostworte, Versprechen auf eine unbestimmte Zukunft helfen da nicht, der Bittende hört von alledem nur das Nein, das dem, der es aussprechen muss, oftmals so schwer fällt wie dem, der es hört.

Nun ist der Kreis fast bis zum äussersten mit Flüchtlingen gefüllt. Neue Transporte sind angemeldet. Die 10'000 Evakuierten bleiben hier und die ausgewiesenen Neubürger ziehen ihre Verwandtschaft nach, von der wir noch nicht einmal wissen, ob sie uns auf die Quote angerechnet wird. Schon vor fast 2 Monaten habe ich vorsorglich den Herren Ministern und dem Herrn Regierungspräsidenten mitgeteilt, dass bei fortlaufendem Zustrom der Tag nicht mehr fern sei, an dem ich die Schulen des Kreises schliessen müsse, um Obdach für die Flüchtlinge zu schaffen. Ein an sich unerträglicher Gedanke, wenn man die leider schon bestehende Verwahrlosung eines grossen Teiles unserer Jugend berücksichtigt. Es ist aber der einzige Ausweg, wenn wir noch 10'000 weitere Menschen aufnehmen müssen. Ich habe den Staatskommissar, Herrn Oberreg[ierungs-] Rat Mann, die Herren Minister und den Herrn Regierungspräsidenten gebeten, von dort eine Kommission zu schicken zur Kontrolle des Kreises, um sich zu vergewissern, wie stark die Belegung ist. Auch jetzt bitte ich nochmals darum. Die Lage, die noch vor Kurzem etwas erträglicher schien, hat sich plötzlich dadurch verschärft, dass die Stadt Wetzlar weitere 2'000 Mann Besatzung nebst mehr als 100 Familien herbekommen soll. Dadurch wird eine weitere Belegung der Stadt mit Flüchtlingen, die noch vorgesehen war, unmöglich. Auch der Kommandant der Militärregierung, der viel Verständnis für unsere Lage hat, weiss keinen anderen Ausweg, als bei seiner vorgesetzten Behörde den Versuch zu unternehmen, die neuen Truppen hier fernzuhalten. Diesem Versuch dürfte kaum ein Erfolg beschieden sein.

Die Überfüllung des Kreises mit Menschen bringt neben allen sonstigen Unzuträglichkeiten natürlich auch gewisse Ernährungsschwierigkeiten mit sich. So ist selbst jetzt, in der Zeit der neuen Kartoffeln, in der Stadt Wetzlar kaum eine frische Kartoffel zu haben. Stadtbewohner wie die Neubürger des Landes leben von Trockenkartoffeln. Dabei ist das Fleisch knapp. Der Kreis hat in normalen Zeiten, als er noch kein Schlachtvieh für die Städte abgeben musste, Schlachtvieh eingeführt. Augenblicklich muss $\frac{1}{3}$ des aufgetriebenen Viehs an Wiesbaden abgegeben werden. Dabei ist selbst das wenige Fleisch, das wir bekommen, nicht vollwertig, da es meistens von mageren abgearbeiteten Tieren stammt. Es ist ein geringer Trost für unsere Bevölkerung, dass auch der Nachbarkreis Weilburg in der ersten Woche des 92. Versorgungsabschnittes kein Fleisch ausgeben konnte. Immerhin ist es für die Normalverbraucher eine harte Belastung, wenn sie in einem

landwirtschaftlichen Kreis, in dem die Selbstversorger in Fleisch noch immer pro Woche 700 Gramm Fleisch verzehren können, mit leeren Händen dastehen. Dieser Zustand wird übrigens selbst von vernünftigen Bauern für untragbar erklärt und peinlich empfunden. Er muss schnellstens geändert werden, denn die Fleischnot wird weiterwachsen oder wir müssten Vieh einführen bekommen.

Eine andere schwere Sorge steht vor uns, die Versorgung mit Hausbrand – Kohle oder Holz. An eine Belieferung mit Kohle oder Briketts, wenigstens in nennenswertem Masse, ist leider nicht zu denken. Wir brauchen darum viel Holz. Die Stadt Wetzlar benötigt mindestens 24-26'000 Raummeter, die waldarmen Gemeinden des Kreises noch rund 20'000. Wer soll das Holz schlagen, wer es in die Orte transportieren? Das Arbeitsamt kann keine Kräfte, die Fahrbereitschaft keine Wagen stellen, die Holzfuhrlente können kaum die Mengen Nutzholz fahren. Die Forstämter erklären, das Holz muss in Selbstwerbung gewonnen werden. Aber die meisten Menschen haben kein festes Schuhzeug, sie haben nur einen Anzug, sie haben Hunger, sind unterernährt und der ungewohnten schweren Arbeit bei stundenweiten Anmarschwegen nicht gewachsen.

[...]

DOKUMENT 35

Abschrift eines Berichtes des Hessischen Ministeriums für Kultur und Unterricht vom 29.11.1946 über die schulischen Verhältnisse der Flüchtlingskinder.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 284.

[...]

Durch mittelbare und unmittelbare Kriegseinwirkungen sind in Hessen und hauptsächlich in den Grossstädten viele Schulanlagen gänzlich oder teilweise zerstört. Trotz aller Bemühungen können dafür nur selten Ersatzräume beschafft werden. Durch die Aufnahme der Flüchtlingskinder wurden die Raumverhältnisse noch weiter eingeengt. Es ist keine Seltenheit, dass bis zu 100 Kinder in einem einzigen Klassenraum unterrichtet werden. Durch die Überfüllung der Räume verbleibt jedem einzelnen Schüler eine

derartig geringe Sauerstoffzufuhr, dass das Interesse am Unterricht in der Regel schon nach kurzer Zeit abflaut. Abgesehen davon, ist die Unterrichtung von mehr als 60 Kindern in einer einzigen Klasse durch eine Lehrkraft auf die Dauer kaum tragbar.

Weiterhin sind noch immer viele Schulgebäude und Schulräume von deutschen und in geringerem Umfange auch amerikanischen Dienststellen beschlagnahmt, die trotz aller Bemühungen bisher noch nicht freigemacht werden konnten, da es an dem erforderlichen Raum zur Unterbringung dieser Dienststellen fehlt.

Die hygienischen und sanitären Anlagen in den einzelnen Schulen haben durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen sehr gelitten. Ausbesserungsmöglichkeiten sind infolge Materialmangels kaum durchführbar.

Die Kinder der Ostflüchtlinge sind infolge der grossen körperlichen und seelischen Überanstrengungen durchweg in einem sehr schlechten Ernährungszustand. Für alle diese Kinder wurden Kinderspeisungen beantragt, die leider in dem beantragten Umfang weder von der Militärregierung noch von den caritativen Verbänden durchgeführt werden konnten. Durch die Unterernährung dieser Kinder und die sehr beschränkten Raumverhältnisse in den Schulen besteht die grösste Ansteckungsgefahr durch die epidemischen Krankheiten, vor allem durch die in katastrophalem Umfange auftretende Lungentuberkulose.

[...]

DOKUMENT 36

Wie die Flüchtlinge nach ihrer Aufnahme lebten, zeigt der folgende Bericht über Einzelschicksale.

Aus: Hessische Nachrichten vom 14.01.1947.

Wer denkt an sie? Menschen, die wir besuchten

[...]

Gertrud K. ist 38 Jahre alt und kommt aus Darienen in Ostpreussen. Der Mann ist kriegsblind und kann das Zimmer nicht verlassen. Die Kinder sind 16, 9 und 8 Jahre alt. Die ganze Familie bewohnt ein einziges Zimmer, zu

dem man erst über vier Treppen gelangt, eine davon ist eine richtige Hühnerstiege. Die Kinder laufen mit nassen Füßen zur Schule, der Junge hat nur ein Paar Sandalen, die achtjährige ein Paar viel zu grosse Schuhe. Der Mann erhält erst jetzt auf Grund seines Kriegsleidens eine winzige Rente. Die geliehenen Betten soll die Familie jetzt zurückgeben, dabei sind die neu zugewiesenen Betten ohne Einlagen, ja selbst ohne Bretter. «Früher war ich Landarbeiter», sagt der Mann. «Jetzt möchte ich etwas erlernen, einen Beruf finden, der es mir ermöglicht, meine Familie zu ernähren. Zunächst wäre ich froh, wenn ich erst eine andere Wohnung hätte.»

Der 18jährige Siegfried L. kommt aus Hindenburg in Oberschlesien. Die Mutter ist tot, der Vater von den Polen zurückgehalten worden. Der Kaufmannslehrling lebt, da es an einer Lehrstelle mangelt, als landwirtschaftlicher Arbeiter bei einer Familie. Er besitzt keinen vollständigen Anzug, trägt eine alte Skihose. Er möchte sich umschulen lassen, am liebsten wäre ihm die Tischlerei. «Es schaut nicht so aus, als ob es uns besser gehen wollte, aber einmal muss es doch wieder werden, denke ich.»

Anna F. hat vier Kinder und ist 40 Jahre alt. Vor drei Monaten erhielt sie die Nachricht, dass ihr Mann gefallen sei. Monatlich erhält sie 100 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Der achtzehnjährige Sohn ist noch Lehrling in einer Elektrowerkstätte, die übrigen Kinder sind zwölf, sechs und zwei Jahre alt. Der sechsjährige Sohn erhielt vor Kurzem ein Paar Schuhe geschenkt, das zwölfjährige Mädchen erst jetzt ihr einziges Paar durch Bezugschein. Die Verwandten können nur wenig helfen, da sie selbst in beschränkten Verhältnissen leben.

[...]

DOKUMENT 37

Anonymisiertes Schreiben eines Flüchtlings aus dem Kreis Melsungen an das Hessische Landesamt für Flüchtlinge vom 30.4.1947 zur Versorgungslage der Flüchtlinge.

Aus: HStAWIAbt. 502, Nr. 1210.

[...]

Die Ernährung.

Wir haben in Hessen eine schöne Verfassung – auf dem Papier. Wir sind ein demokratisches Land – auf dem Papier. Wir werden täglich über Demokratie unterrichtet – von Leuten, die keine Demokraten sind. Es gibt hier zweierlei Menschen. Solche, die alle Nahrungsmittel in Hülle und Fülle haben und solche, die als Normalverbraucher Hunger leiden – und zu den letzteren gehören wir Flüchtlinge. Es ist wohl allen vernünftig Denkenden klar, dass es so nicht mehr lange weitergehen kann. Alle Kürzungen an Nahrungsmitteln gehen zu Lasten der hungernden Normalverbraucher. Die Teilselbstversorger und Selbstversorger haben Fleisch, Fett, Milch, Eier, Mehl, Brot in Hülle und Fülle – wir müssen zusehen, wie wir alle immer schwächer werden. Es ist direkt lächerlich, dass die vorgeschriebenen 2,4 Liter Milch, die als Tagesration von einer Kuh abzuführen sind, von den Bauern nicht abgeführt werden. Warum schreitet die Regierung nicht dagegen ein? Wir bekommen jährlich, wenn es gut geht, 7 kg Fleisch – die Selbstversorger 34 kg auf dem Papier, in Wirklichkeit aber gut das Doppelte. Seit vorigen Herbst haben wir 2 Eier bekommen – in Bayern ein Vielfaches. Die Regierung ist damit einverstanden und die Bauern werden belobt. Man lässt uns keine Partei gründen. Ist das Demokratie? Unsere Kinder erkranken alle nach und nach. Die Tuberkulose verbreitet sich ständig. Niemand unternimmt etwas dagegen. Zwei Jahre sind seit Kriegsende schon verflossen und die Verhältnisse werden täglich schlechter statt besser. Auch unsere Stimmung.

Die Selbstversorger haben Geflügel. Kein Flüchtling hier hat nur 1 Dekagramm Geflügelfleisch bekommen. Als im letzten Herbst von den Bauern Geflügel abgeführt werden musste, hofften wir doch, etwas zu bekommen. Leider vergebens. Also hier muss Wandel geschaffen werden und zwar bald. [...]

Bezugscheine – Möbelversorgung – Hausrat.

In vielen Gemeinden wird der Ortsvertrauensmann der Flüchtlinge schon herangezogen bei der Bezugschein Verteilung und ihm die Verteilung der paritätisch an die Flüchtlinge auszugebenden Bezugscheine [übertragen]. In den meisten Gemeinden jedoch wehren sich die Bürgermeister dagegen und es bleibt beim alten Schlendrian, dass die Einheimischen alles – die Flüchtlinge] jedoch nur die Brosamen bekommen. Wie die meisten Anordnungen von den Bürgermeistern sabotiert werden, die zu Gunsten der Flüchtlinge] getroffen werden, so auch das. Wir Ortsvertrauensmänner haben noch nicht einmal Legitimationen und einen umschriebenen Aufgabenkreis. Auch hier ist Einschaltung des Landesamtes geboten. In Melsungen z.B. verteilt der Beamte W. die Bezugscheine für Möbel nach seinem Gutdünken ohne Bericht an das Landesamt für Flüchtlinge, [ohne] auch nur den Flüchtlingskommissar, geschweige denn einen Ortsvertrauensmann beizuziehen. Was dabei herauskommt sieht man ja. Bei der Möbelfrage wäre zu erwähnen, dass die sogenannten «Puppenmöbel» des Herrn Direktors K. von der US-Militärregierung von den Flüchtlingen aus [als] ungeeignet einmütig abgelehnt werden. [...]

Die Versorgung der Flüchtlinge] besonders mit Schränken ist vollständig ungenügend, auch schlafen einige noch auf Kisten in Ermangelung von Betten. Matratzen haben nur wenige, die meisten haben nur Strohsäcke. Die Versorgung mit sonstigem Hausrat geht nur im Schneckentempo vor sich. Auch hier muss das Landesamt eingreifen.

Schulspeisung.

Die angekündigte Schulspeisung wird von uns Flüchtlingen freudigst begrüsst. Fast alle Flüchtlingskinder sind unterernährt, denn wir alle sind nur auf die Normalverbraucherkarte angewiesen. Die Bauern in Hessen, die wirklich im Überfluss leben, sind unglaublich geizig und hartherzig den Flüchtlingen gegenüber. Eine Ausnahme machen nur wenige und zumeist Kleinbauern. Die Grossbauern und die Reichen sind sprichwörtlich geizig. Während unsere früheren Feindstaaten uns Carepakete senden, sieht der deutsche Bauer den Flüchtling ruhig neben sich hungern und zugrunde gehen, fürwahr ein trauriges Zeichen! Auch die Ausnützung der in der Landwirtschaft als Arbeitskräfte eingesetzten Flüchtlinge durch die Bauern ist bedauerlich. Warum schreitet niemand dagegen ein?

Schwarzhandel.

Die schwarze Kunst blüht und gedeiht. Wer was zu tauschen hat, dem geht es glänzend! Warum? Es fehlt an der Erfassung, der Kontrolle und der Verteilung. Es muss aber doch alles gemeldet werden. Ja, aber niemand kontrolliert, ob die Meldungen auch richtig sind. Und ist schon etwas erfasst, so bleibt an jeder Verteilungsstelle etwas hängen, so dass für den Verbraucher nichts mehr da ist. Die Verbitterung der Verbraucher wird immer größer und möchte ich nicht ermangeln, auf die Gefahr für den Staat hinzuweisen. Tabakwaren z.B. werden meist verschoben. Nur ein ganz geringer Prozentsatz wird an einige Begünstigte zum normalen Preis abgegeben. Warum wird das nicht kontrolliert?

[...]

DOKUMENT 38

Anonymisiertes Schreiben eines Flüchtlings aus der Stadt Biedenkopf vom 10.6.1947 über die dortige Versorgungssituation und Lebenslage der aufgenommenen Flüchtlinge.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 79.

[...]

Textil-Versorgung.

Die Punktzuteilung für Textilien und Aufteilung der Punkt-Kontingente ist unter Mitwirkung der Flüchtlinge infolge des Verständnisses des städtischen Sachbearbeiters einigermassen in Ordnung, jedoch lässt die Ausgabe der Ware derartig zu wünschen übrig, dass, trotzdem Ware laufend eingetroffen ist und auch verkauft wird, Punkte oder Bezugscheine nicht beliefert werden. Von 85 Stück ausgegebenen Flüchtlingsscheinen für Anzüge, welche im Wesentlichen an entlassene Kriegsgefangene ausgegeben worden sind, ist ein Stück beliefert worden (Feststellung der erweiterten Flüchtlings-Ausschuss-Sitzung vom 17.4.1947). Die Auslieferung der angelieferten Waren durch die Händler geschieht selbstverständlich auf Bezugscheine, aber offenbar lediglich an solche, welche entweder als Alteingesessene mit den Händlern befreundet sind oder eine Gegenlieferung durchführen können. Es wäre daher empfehlenswert, Folgendes zu überprüfen:

- a) an wen ist von den Bezugscheinbesitzern Ware ausgegeben worden,
b) Es wäre notwendig, eine Quote festzulegen, wieviel % der eingehenden Ware jeweils für Flüchtlings-Bezugscheine und Punkte zu reservieren sind. Über diesen Anteil muss im Rahmen der ausgegebenen Bezugscheine der Flüchtlingsausschuss über die Zuteilung verfügen.

Es genügt nicht, die Bezugscheine zu kontrollieren, sondern viel wichtiger ist, den Verkauf der Ware selbst an Hand der an das Wirtschaftsamt zurückgegangenen, belieferten Bezugscheine und den Verbleib der Ware zu überwachen.

Noch erheblich schwieriger ist die Frage des Schuhbezuges. Es ist eine allgemein festzustellende Tatsache, dass in der Umgebung von Biedenkopf die alteingesessene, ländliche Bevölkerung fast durchweg mit neuem Schuhwerk versehen ist, während es den Flüchtlingen nicht gelingt, in den Besitz von Schuhwerk zu kommen. [...]

Wohnungs-Neubauprogramm.

Es ist ein Flüchtlings-Notbauprogramm eingerichtet worden, und zwar wurden vom Kreis insgesamt 12 Objekte für die Stadt Biedenkopf bewilligt. Von diesen wurden 3 Stück den Flüchtlingen zugeteilt, während 9 Stück den Altbürgern gegeben wurden mit dem Bemerkten, dass diese bereits seit langer Zeit vorgemerkt seien. Soweit mir gesagt wurde, handelt es sich bei den Altbürgerwohnungen nicht um wirkliche Notstandsangelegenheiten. Neuansprüche auf Siedlungsgrund werden nicht mehr bewilligt, da angeblich kein öffentlicher Baugrund mehr vorhanden ist und Privatgrund nicht einmal aus beschlagnahmten Vermögen oder Enteignungen zur Verfügung gestellt werden.

Gartenland-Aktion.

Im Mai ist es endlich durch lange Verhandlungen gelungen, Gartenland zu erhalten, welches aber nach 1 Jahr den Flüchtlingen wieder entzogen wird, trotzdem es zum grossen Teil Neuland ist, das von den Flüchtlingen erst gerodet werden muss. Die Folge davon ist, dass die Flüchtlinge die erste Bebauung des Landes vornehmen müssen und dann Gefahr laufen, dass ihnen das Land wieder durch die Verpächter entzogen wird.

Besonders erschwert wurde die Gartenlandbeschaffung dadurch, dass das Forstamt Biedenkopf einen bereits parzellierten Gartengrund wieder zurückgezogen [hat], trotzdem hierfür ausser persönlichen Interessen kein Grund vorlag. Eine Beschwerde an das Kulturamt in Dillenburg ist einge-

reicht, deren Erledigung selbstverständlich aber völlig bedeutungslos wird, da die Jahreszeit inzwischen viel zu weit vorgeschritten ist.

Schulspeisung.

Der Amtsarzt hat festgestellt, dass der Gesundheitszustand in der städt[ischen] Schule sehr bedenklich ist (in einer Klasse wurden 4 Tbc-Fälle festgestellt). Trotzdem ist es nicht gelungen, die Schulspeisung in Biedenkopf durchzudrücken. In einer ländlichen Schule ist der Gegensatz zwischen den unterernährten Flüchtlingskindern und den eingesessenen Kindern, besonders der ländlichen Bevölkerung, besonders krass und wird hauptsächlich dadurch viel stärker, weil die Flüchtlingskinder ständig mit ansehen müssen, wie sich die übrigen Kinder ausreichend ernähren. Dieses Beispiel kann ich aus der Erfahrung meiner Kinder bestätigen, da ich selbst eine Familie mit 4 Kindern in Biedenkopf habe.

Seit dem Kriege ist bisher an Flüchtlinge noch nicht ein Bezugschein für Kochgeschirr, Kübel, Badewannen für Kleinkinder und ähnliche notwendige Haushaltsgeräte ausgegeben worden. Wie man an den Auslagen sieht, sind in den Geschäften Waren vorhanden. Wieweit diese allerdings verkauft werden, ist unbekannt; es müsste aber überprüft werden, ob nicht irgendetwas in dieser Richtung unternommen werden kann.

Möbel und Inventar.

Wenn Gegenstände eintreffen, wie Tische oder Stühle, so verteilt das Wohnungsamt ohne die Fürsorge-Ausschüsse zu befragen und erklärt nachträglich, dass sie diese Gegenstände bereits verteilt und Rechenschaft darüber nicht abzulegen hätte [wäre]. Weiterhin sind verschiedentlich Versuche gemacht worden, Möbel aus beschlagnahmten Vermögen zu erhalten oder eine Erfassungs-Aktion überflüssiger Möbel durchzuführen. Es ist in keinem Fall gelungen, irgendetwas von diesen Sachen zu erhalten, da das Wohnungsamt weder Auskunft über die Erfassung derartiger Sachen gibt, noch irgendwie Flüchtlingen etwas zuteilt mit der Begründung, dass jeder erfassbare Gegenstand für Zwangsverschleppte benötigt würde. Diese Begründung scheint mir aber nicht stichhaltig zu sein, da die meisten Zwangsverschleppten der Stadt Biedenkopf inzwischen nach Belgien abgewandert sind.

Bei der Beschlagnahme von Wohnraum wurden in den meisten Fällen vor den Augen der Flüchtlinge die Wohnräume bis zum letzten Nagel ausgeräumt und selbst Haken aus der Wand entfernt usw. Bei einem Einspruch

der Flüchtlinge gegen derartiges Vorgehen, erklärte die Wohnungskommission, dass sie gegen das Vorgehen der Bewohner machtlos sei. Mir ist es in meinem Fall ebenso ergangen.

Ausser diesen Bemängelungen sind natürlich eine Unzahl kleinerer An-
gelegenheiten vorhanden, die bei einer derartigen grundsätzlichen Überprüfung mitbeachtet werden müssten, wie die Beschaffung von Handwerkszeug, Spaten, Handwagen usw., welche an sich verhältnismässig ausreichend zugeteilt werden. Der Flüchtlingsausschuss erklärte mir, dass die Flüchtlinge in der Belieferung dieser Dinge nicht oder nur sehr unzureichend berücksichtigt würde[n]. Ob dies aber wirklich der Fall ist, kann ich nicht beurteilen.

DOKUMENT 39

Ein Flüchtling berichtet über das Lebensschicksal seiner Familie.

Aus: Hessische Nachrichten vom 5.8.1947.

Ein Flüchtling schreibt uns:

«Vor über einem Jahr wurde ich mit meiner Familie aus dem Sudetenlande ausgewiesen. Sechs Monate verbrachten wir in Lagern der russischen Zone, davon drei in einem Tanzsaal, mit 600 Menschen zusammen auf engstem Raum. Wir hungerten und froren; ein Teller Suppe und eine Scheibe Brot bildeten unsere Nahrung. Mein zweijähriges Kind schrie nach Brot, ich konnte es nicht mehr länger ertragen, nahm eine meiner besten Hosen unter den Arm und ging los, sie zu «verschieben». Nicht etwa aus Gewinnsucht, wie es die Berufsschieber tun, nein, ich wollte nur ein Stück Brot dafür haben. Als ich ins Dorf kam, getraute ich mich erst gar nicht in die Häuser. Acht Anfragen ergaben jedesmal ein «es tut mir leid». Als ich ins neunte Haus trat, schrie mich ein gut genährter Bauer an: «Was willst du? Nimm denn das Pack überhaupt kein Ende?» Zögernd nur wagte ich zu fragen, doch der Mann lachte mich aus und liess mich wissen, dass er «solches Zeug» genug habe und ihm nur noch ein Teppich für seinen Kuhstall fehle, dann habe er alles zusammen.

Noch vor Weihnachten bekamen wir ein Zimmer, mussten aber nun mit

den Intrigen der Vermieterin fertig zu werden versuchen. Drei bis fünf Tage in der Woche hatten wir oft nur Salat von Roten Rüben – Frühstück, Mittagessen und Abendbrot. Das Kind bekam etwas Griesssuppe: heute ist es 2½ Jahre alt und wiegt nur 9 Kilo. Es wurde eisig kalt und die uns pro Monat zugewiesenen 50 kg Kohlen brannten nur dann, wenn man ständig in den Ofen blies. In vier Tagen waren wir fertig damit. Kurz vor Weihnachten wurde das Kind krank, der Arzt verordnete Wärme. Er gab uns auch einen Schein für das Wirtschaftsamt, damit wir zusätzlich Kohlen bekämen. Beim Wirtschaftsamt lachte man jedoch nur und als ich sagte, das Kind überstehe die Krankheit in der kalten Stube nicht, erhielt ich zur Antwort: «Die Kinder sterben nun sowieso alle.» Wieder daheim, kam mir beim Anblick der fieberglänzenden Kinderaugen ein Gedanke. Ich nahm den Rucksack, ging zum Güterbahnhof und stahl Kohlen. Auf dem Heimweg wurde ich von einem Polizeibeamten angehalten und musste mit zur Wache. Meine Begründung nützte nichts: ich musste Strafe zahlen und unverrichteter Dinge wieder abziehen. Doch begab ich mich nicht heim. Ich wollte mein Kind retten und kehrte schnurstracks zum Bahnhof zurück. Wieder hatte ich Pech und wurde ertappt. Man sagte mir, wenn ich ein drittesmal erwischt würde, müsste ich für acht Tage ins Gefängnis. Was sollte ich tun? In weitem Umkreis kein Wald; einen Obstbaum umzuhauen wäre Frevel gewesen. Da erblickte ich in einem Geschäft Schaufelstiele. Ich erstand fünf Stück, ging heim und wir hatten für wenige Stunden etwas Wärme. Noch 15 solcher Stiele kaufte ich, dann gabs nichts mehr. Mein Kind bekam einen Rückfall, die Krankheit legte sich auf die Lunge und bis heute ist es noch schwer krank, wird vielleicht nie mehr gesund werden.

In der Hoffnung, unsere Lebensbedingungen verbessern zu können, zogen wir in die amerikanische Zone. Hier erhielten wir jedoch lediglich eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Monate, obwohl wir bei meiner Mutter – obendrein mit acht Personen – in sehr beengten Räumlichkeiten leben. Vor wenigen Tagen bekam ich nun die bittere Nachricht, dass jeder längere Aufenthalt abgelehnt ist. Meine Frau, die im achten Monat der Schwangerschaft ist, brach nach dieser Mitteilung zusammen. Heimatlos, wohnungslos, dazu ein krankes Kind – niemand wird sich dieses Elend vorstellen können. Wir sollen wohl keine Ruhe mehr finden.

Hier sagte ein Bauer kürzlich: «Die Wildschweine, die Kartoffelkäfer und die Flüchtlinge soll der Teufel holen.»

Ich schrieb diese Zeilen nicht, um Menschen zu beleidigen, das würde

mir nie einfallen. Es soll nur zum Ausdruck kommen, dass alle diejenigen, die unser Schicksal nicht mitzumachen brauchten, die noch ein Heim, Möbel und ausreichende Nahrung haben, nicht so herzlos sein sollen. Manche mauern ihre Türen zu, um angeben zu können, sie hätten keinen Platz zur Aufnahme von Flüchtlingen, tausend Ausreden haben sie – sie schrauben die Sicherungen locker und die Flüchtlinge haben kein Licht –, sie bezeichnen uns als Bande und dergleichen mehr.

Ich frage nur: Haben wir nicht auch ein Recht, vernünftig und in Frieden leben zu können?»

Das Wohnen

DOKUMENT 40

Das meist nur am Sonntag benutzte Wohnzimmer, die «gute Stube», wollte keiner für Einquartierungen hergeben.

Aus: Hessische Nachrichten vom 11.5.1946.

Die «gute Stube»

Ein nüchternes Amtszimmer. Hinter dem Schreibtisch der Kreiswohnungs- und Flüchtlingskommissar von Waldeck. – Unser Gespräch: die gute Stube!

Ja, so etwas gibt es noch – und es ist gut, dass es das noch gibt: gute Stuben! – Denn in diese «guten Stuben» werden nun die nächsten kommenden Flüchtlinge einziehen müssen. So will es der Wohnungskommissar. Auch die Flüchtlinge werden es dankbar wollen. Wer es nicht will, das sind die Besitzer der «guten Stuben». Wir haben schon viele Flüchtlinge im Kreisgebiet unterbringen müssen – aber es werden noch mehr kommen. Da geht es nicht an, dass selbst die Bürgermeister der Gemeinden sich weigern, in ihren Dörfern noch Flüchtlinge aufzunehmen. Schon bei dem letzten Transport gab es Schwierigkeiten; dazu ein Beispiel. Ein Bürgermeister beteuerte, versicherte, versuchte zu beweisen, dass in seiner Gemeinde keine fünf Menschen mehr unterzubringen seien. Der Kommissar verwies auf die guten Stuben. – Es ginge nicht! –

Als aber 50 Flüchtlinge im Ort eintrafen, da wurden alle 50 untergebracht. Und die «guten Stuben»? – Sie sind immer noch frei! Bei gutem Willen geht vieles. Nur auf die «guten Stuben», da wollen die Leute nicht verzichten. Aber es muss sein! – Die Herren Bürgermeister sollten einmal mit gutem Beispiel vorangehen.

[...]

DOKUMENT 41

Abchrift eines Artikels vom 18.2.1947, den der Landrat des Kreises Wetzlar in der Wetzlarer Neuen Zeitung veröffentlichte.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 92.

Flüchtlingssorgen – Flüchtlingshoffnungen

[...]

Nun sind die Flüchtlinge da und sie müssen vorerst die vorhandenen Wohnungen mit den Altbürgern teilen. Darüber hinaus mussten sie auf so vieles, das zum täglichen Hausgebrauch, abgesehen von Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens, nötig ist, vorerst verzichten. Ihr Los ist hart und schwer, aber sie und wir haben das Jahr überstanden. In den Städten und Dörfern des Kreises haben die Neubürger sich eingelebt und ein grosser Teil von ihnen ist mit der Ortsgemeinschaft schon fast verwachsen. In fast allen Gemeinden höre ich von vielen Neubürgern Worte des Dankes und der Anerkennung für die Menschen, die mit ihnen die Wohnungen teilen und die ihnen helfen und ihre Sorgen mit ihnen tragen. Aber auch Altbürger sprechen sich in gleicher Weise anerkennend über ihre neuen Hausgenossen aus. Der weitaus grösste Teil der Neubürger ist trotz aller Schwierigkeiten und Entbehrungen erfreulicherweise in die Ortsgemeinschaft eingewachsen. Aller Anfang ist schwer, aber der Anfang ist gemacht und Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Zu diesem Überwinden gehört guter Wille von beiden Seiten. Der Wahrheit gemäss muss aber auch gesagt werden, dass es manche Fälle gibt, in denen das Einleben der Neubürger nicht so erfreulich war. Hier hat es vielfach an dem guten Willen oder dem mangelnden Verständnis auf beiden Seiten gelegen. Es

sind auch unter den Neubürgern Menschen, denen das überstandene Leid und die Not den Blick so sehr trübt, dass sie Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten nicht erkennen. Andererseits muss gesagt werden, dass auch von manchen Altbürgern der Ernst der Lage völlig verkannt wird und die glauben, sich halsstarrig ihren Verpflichtungen entziehen zu können. Diesen mag hiermit gesagt sein, dass es Ausnahmen unter gar keinen Umständen geben kann und dass Mittel zu Gebote stehen, auch diese Widerspenstigen zu zähmen. Die gemeinsame Not kann nur gemeinsam gelindert, die Last muss gemeinsam getragen werden.

Bedauerlicherweise wird von beiden Seiten, teils von Neubürgern selbst, teils auch von anderen Seiten, Unruhe in die Reihen der Neubürger getragen. Man redet ihnen vor, dass sie bald wieder in ihre frühere Heimat zurückkehren können. Das Sehnen der Neubürger nach dieser Rückkehr ist verständlich, denn diese Rückkehr wäre eine Erlösung aus Unsicherheit und vielen Sorgen für sie. Sie wäre es auch für die Altbürger, denen bei allem Entgegenkommen doch eine Last, die das Zusammenwohnen in zu engen Wohnungen mit sich bringt, abgenommen würde. Leider ist diese Hoffnung trügerisch und es ist ein Gebot der Menschlichkeit, den Neubürgern zu sagen, dass es keine Möglichkeit der Rückkehr für sie gibt. Sie brauchen und dürfen nicht rückwärts sehen, ihr Blick und Streben muss vorwärts gerichtet sein, dem Aufbau ihrer Zukunft entgegen. Für sie kann und darf es nur noch ein Streben geben, in der neuen Heimat Wurzel zu fassen, sich einzuleben und sich eine neue Lebensbasis zu schaffen. Es ist ein Verbrechen, sie von diesem Ziel, sei es durch Gerüchte, die leichtfertig in Umlauf gebracht werden, oder durch Sammeln von Unterschriften auf Petitionslisten und mit Kettenbriefen von diesem Streben abzulenken. Wer es gut meint mit den Neubürgern, hilft ihnen praktisch beim Wiederaufbau einer neuen Lebensgrundlage. Er erweist damit ihnen und der Gesamtheit den grössten Dienst.

Unser Ziel ist die innig verbundene Gemeinschaft von Neu- und Altbürgern in gegenseitigem Verstehen und Vertrauen. Nur diese Gemeinschaft kann uns Frieden und Fortschritt in den Dörfern bringen, die für alle Teile gleichermassen vonnöten ist. Behörden und Verwaltung sind bereit, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um dieses Ziel zu erreichen.

DOKUMENT 42

Anonymisiertes Befragungsprotokoll der Tochter einer Flüchtlingsfamilie aufgrund einer Beschwerde der Wirtsleute. Aufgenommen vom Flüchtlingskommissar des Landkreises Darmstadt am 10.4.1947.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 60/61.

[...]

Ich heisse L. M. [...] und befinde mich seit dem 17.4.1946 als Flüchtling mit meinen Eltern in R. Dort habe ich vom 17.4.1946 bis Ende März 1947 bei Frau K. [...] gewohnt. Ich wurde mit meinen Eltern am 17.4.1946 durch die örtliche Wohnungskommission [...] in die Wohnung der Frau K. eingewiesen. Obwohl wir von der Wohnungskommission rechtmässig eingewiesen waren, konnten wir die Wohnung nicht beziehen, da die beschlagnahmten Räume bis zu diesem Zeitpunkt nicht geräumt waren. Wir mussten an diesem Tage und aus diesem Grunde eine Nacht bei einer anderen Familie verbringen. Erst auf Drängen des Bürgermeisters und der örtlichen Wohnungskommission konnten die Zimmer, die uns zugewiesen waren, am 18.4.1946 gegen Abend von uns bezogen werden. Die Küche konnten wir anfangs nur mitbenutzen (im 1. Stock). Aufgrund der grossen Möbelverstellung in unseren zugewiesenen Räumen konnten wir uns die erste Zeit überhaupt nicht bewegen. Trotz unserer wiederholten Aufforderung wurden selbst die unnötigsten Gegenstände, wie Büsten, Teppiche, Bowlengläser, Blumentöpfe, 1 Handnähmaschine, Bücherregal, elektrisches] Grammophon, Bilderrahmen nicht hinausgeräumt. Da in dem einen Schrank Wäsche und in dem anderen Lebensmittel und Geschirr aufbewahrt waren, musste Frau K. jeweils und des Öfteren unsere Räume zwecks Abholung von diesen Materialien betreten. Durch Aufstellung eines eigenen Herdes benützen wir die Küche etwa nach 3 Monaten nicht mehr. [...]

Frau K. und Frau A. [mit im Haus lebende Verwandte von Frau K.] behielten sich nicht nur uns gegenüber auf das Hässlichste, sondern sie beschimpften sich täglich selbst auf das Verwerflichste. Es war uns manchmal unerträglich, diese wüsten Schimpfreden mit anzuhören. Alle Streitereien unter sich ereigneten sich immer im Treppenhaus, so dass wir wohl oder übel stets in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies war nicht nur am Tage so, sondern auch in den frühesten Morgenstunden und in der Nacht. Frau K. war bekannt geworden, dass meine Mutter eine gutmütige und

ängstliche Frau ist und nützte das in der Weise aus, dass sie sämtliche Anliegen an meine Mutter richtete. Nach der Festsetzung der Miete durch die Preisprüfungsstelle des Landratsamtes gingen die Massnahmen der Frau A. soweit, dass sie uns die für uns beschlagnahmten und uns überlassenen Möbelstücke systematisch nach und nach herausnahm, ohne unser Einverständnis. Erst nachdem meine Mutter Hilfe bei der örtlichen Wohnungskommission erbat und Herr M., zuständiger Wohnungskommissar von R., sogleich zur Frau A. eilte und ihr das untersagte, konnte die Wegnahme weiterer Möbelstücke verhindert werden. Aufgrund dauernder Belästigungen durch die Frau A. und K. sowie aufgrund ihrer misslichen Einstellung uns gegenüber als Flüchtlingen, mussten wir grosses Leid erdulden und seelische Depressionen durchmachen. Deshalb wurden wir auch beim Kreisflüchtlingskommissar wegen Umquartierung vorstellig, die auch daraufhin alsbald durchgeführt wurde. Täglich freuen wir uns, nun in Ruhe und Frieden mit unseren sehr netten neuen Hausleuten leben zu können. Die örtliche Wohnungskommission teilte uns eine Wohnung zu, die unser Erwarten weit übertraf und sind daher sehr dankbar.

Obwohl wir wenig Kochgeschirr besaßen, Frau A. bzw. Frau K. jedoch über übermässiges Geschirr verfügten, konnten wir uns mit einer Bitte wegen Überlassung an die Familie nicht wenden, da wir Zwang vermeiden wollten, aber andererseits freiwillig doch nichts erreicht hätten. Die Auffassung der Frau A. und Frau K. spiegeln sich durch folgende Tatsache wider: Alle uns weggenommenen Möbelstücke wurden verkauft, obwohl die Familie A. und K. wusste, dass wir in dieser Hinsicht, uns auch in grösster Not befinden, und die Möbelstücke auch für uns gerne käuflich erworben hätten. Daraus konnten wir immer wieder die Missgunst uns gegenüber als Flüchtlinge erblicken.

Zusammenfassend kann ich bezeugen, dass sowohl Frau A. als auch Frau K. sich in keiner Weise etwa der Flüchtlinge angenommen hätten, sondern dass sie versucht haben, uns zu schikanieren, wo sie nur konnten.

DOKUMENT 43

Ein Flüchtling, der mit seiner Familie in das ehemalige Kriegsgefangenenlager Trutzhain zugewandert war, schildert seine Eindrücke und Gefühle bei der Ankunft.

Aus: Peter Paul Nahm. Sie haben sich selbst geholfen. Tatsachenberichte aus einer chaotischen Zeit. Troisdorf o. J., S. 145-147.

Trutzhain – Das Dorf aus dem Nichts

[...]

Mit leisem Herzklopfen hatten wir – meine Frau und ich – den Schlagbaum durchschritten und baten um die Erlaubnis, mit dem Lagerleiter sprechen zu dürfen. Unser Anliegen: Aufnahme in das Lager, Zuweisung einer Baracke oder eines Barackenteiles, um darin zu wohnen und wieder eine Existenz aufzubauen. – «Wer hierher will, muss sich darüber im Klaren sein: er kommt wie in einen Urwald. Erst roden, dann säen und – wenn Gott will – auch ernten», sagte uns der Amtmann.

Anträge – warten auf eine Entscheidung eines Ausschusses, und dann – o welcher Glücksfall! – Genehmigung.

12. Mai 1948. – Die Baracke Nr. [...]ist uns zugewiesen. – Türen und Fenster fehlten fast ganz. Glasscheiben, Lichtschalter, Wasserhähne und Türschlösser waren im Strassenhandel von den D.Ps. [Zwangverschleppen] verschertelt worden. Ratlos standen wir in der Baracke, durch die der Wind pfiiff.

Vergeblich war jeder Versuch, Glas für ein Fenster, ein Schloss für die Tür, oder gar einen Ofen zu bekommen.

Dann kam der 21. [20.] Juni 1948. Das alte Geld verlor seinen Wert. Das «Kopfgeld», 40,- DM pro Kopf, wurde ausgegeben. –

Bisher hatten wir durch den Verkauf unserer letzten Habseligkeiten in einem Gasthof ein Fremdenzimmer bezahlen können. Das war nun zu Ende.

Jetzt mussten wir in die Baracke ziehen, und wir konnten es auch. Das neue Geld hatte Wunder gewirkt. Fensterglas und Türschlösser, Öfen und Lichtschalter waren plötzlich zu haben.

Ein Handwagen voll Stroh auf den Boden gebreitet, Leintücher darüber zum Schlafen – und die «Wohnung» war eingerichtet.

Elend – Not – Trauer? – nein. Wir waren glücklich! – Wir hatten ein

Dach über dem Kopf. – Nur wer das verloren hat, weiss wie arm man sein kann! –

Dreck, Dreck – drinnen und draussen, ringsum Dreck. Meterhoch. – Er wurde beseitigt.

Tausende von Nägeln staken in zusammengebrochenen Hölzern und Wänden. Die konnte man herausziehen, gerade klopfen.

Bretterstücke und Pfosten wurden aus Bruch und Trümmern geordnet, bearbeitet und die ersten Abteilungen in den Baracken selbst und ohne alle Mittel erstellt, zum Wohnen, zum Werken.

Wochen vergingen. Einige zwanzig Familien waren bereits am Schippen und Bauen, am Hämmern und Sägen. Ein reiches Pilz- und Beerenjahr half die knappe Nahrung verbessern.

Da wurden uns die Mietverträge zugestellt. 15 Pfg. der qm gewerblichen Raumes. 25 Pfg. der qm Wohnraum.

An diesem Abend sassen wir zum ersten Male alle beisammen. Wir, die wir uns noch gar nicht kannten und die wir uns doch alle verstanden durch gleiches Schicksal.

Es war dunkel geworden, als wir zusammenkamen, in jener Baracke, in der die Türen umfielen, wenn man sie öffnete. Sie hatten nämlich weder Angeln noch Schloss, noch Riegel. Dann sassen wir im einzigen Raum, der Licht hatte. Und eine Schwere lastete auf uns. Miete – für gewerblich benutzte Räume, für Wohnungen – ohne Türen, ohne Fenster – als Bett das Stroh am Boden – ohne Verdienst und Einkommen? –

«Leute! – können wir das verweigern? –

Und können wir das bezahlen? –»

Zwei wurden gewählt. Auch ich war dabei. Und ich konnte nicht annehmen. «Es könnten Fahrtkosten entstehen. Und ich habe nichts. Nichts, als die Sorge um meine Familie – und die Not.» Und dann hab ich's doch angenommen, für uns alle mitzureden, für uns einige zwanzig im «Elendsdorf». –

Ob es einen Sinn haben würde? Ob überhaupt noch was einen Sinn hat? – Und dann das Wunder.

Am anderen Morgen wird unsere Tür geöffnet und ein Korb voll Gemüse, Kraut, Möhren wird hereingeschoben. «Wir haben so viel davon im Garten. Vielleicht hilfts Euch.» Und zu war die Tür wieder.

Ganz leis kam's mir empor tief drinnen, als meine Frau und ich uns überrascht anblickten. Sowas gibts noch? –

Ich hatte niemandem was gesagt, denn es ging ja allen wie uns. Nur gestern Abend, da wollte ich doch die Wahl nicht annehmen, weil... Und wieder ging die Tür auf. Eine grosse Tüte Mehl, eine Seite Speck darauf wurden hingestellt. «Wir reichen noch bis zur nächsten Ernte, wir gebens gern.» – Es war der Sohn des einzigen Bauern, der das Land hier unter den Pflug nehmen wollte.

Die Tränen flossen uns aus den Augen.

[...]

DOKUMENT 44

Der Landrat des Kreises Rotenburg berichtet in einem Schreiben vom 26.10.1948 dem Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge, Dr. Nahm, über den Zusammenhang von fehlenden Arbeitskräften und der Wohnraumknappheit.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 13.

Im Kreise Rotenburg/Fulda wirkt sich die Tatsache besonders nachteilig aus, dass Flüchtlinge, welche Wohlfahrtsunterstützung erhalten, in Wohnungen untergebracht sind, die unbedingt benötigt werden, um andere Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Beispielsweise befinden sich in einer Rotenburger Weberei, welche über 40 Webstühle verfügt, bereits 20 ausser Betrieb, weil es nicht möglich ist, die erforderlichen Arbeitskräfte in der Stadt oder in den angrenzenden Gemeinden unterzubringen. Diese Arbeitskräfte sind im Kreise vorhanden und ihrerseits auf Wohlfahrtsunterstützung bzw. Arbeitslosenfürsorge angewiesen, da für sie keine Möglichkeit besteht, zu den Arbeitsplätzen zu gelangen. Diese Schwierigkeiten fordern deshalb eine dringende Abhilfe, weil infolge der Währungsreform nahezu das gesamte Bauwesen zum Stillstand gekommen ist.

Ich beabsichtige deshalb, mich in einem Aufruf an die Bevölkerung zu wenden und diejenigen Wohlfahrtsempfänger zum Wohnungstausch aufzufordern, welche in den Orten dringenden Arbeiterbedarfes leben, ohne dort einheimisch zu sein oder aus Gründen der Schule usw. auf die Beibehaltung des Wohnortes vordringlich angewiesen sind. Dabei bin ich mir nicht darüber im Unklaren, dass dieser Appell regelmässig nicht befolgt wird.

Ich trage mich deshalb mit dem Gedanken, den in Frage kommenden Personen, welchen bei Würdigung aller Verhältnisse ein Wohnungstausch zugemutet werden kann, die Wohlfahrtsunterstützung teilweise zu entziehen, wenn sie nicht zum Tausch bereit sind.

Die Begründung lässt sich kurz darin zusammenfassen, dass, wer Altenteiler ist, keinen Anspruch darauf hat, in den Räumen zu wohnen, die zum Betrieb der Wirtschaft nötig sind.

Wer im öffentlichen Interesse Unterstützung erhält, muss auch bereit sein, eine zumutbare, im öffentlichen Interesse liegende Leistung zu vollbringen. Es ist dies derselbe Gedanke, der in der Fürsorgepflichtverordnung zum Ausdruck kommt, auf Grund deren eine gewisse Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse gefordert werden kann.

Der Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens bin ich mir ebenso bewusst wie der Notwendigkeit seiner Durchführung. Ich wäre Ihnen deshalb zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie mich über Ihre Stellungnahme in dieser Angelegenheit unterrichten würden.

[...]

DOKUMENT 45

Der Bürgermeister der Stadt Homberg berichtet dem Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge, Dr. Hahm, am 25.11.1948 über die Unterbringung der Flüchtlinge.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 13.

Wie in allen anderen Orten Hessens ist auch in Homberg das Problem der menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge und anderer Wohnungssuchender noch nicht zur Zufriedenheit gelöst. Wenn auch eine endgültige Lösung überhaupt erst durch Neubauten in einigen Jahren erreicht sein wird, so müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, die zur Zeit noch vorhandenen, etwa 200 Wohnungssuchenden Familien einigermaßen menschenwürdig unterzubringen.

Im Allgemeinen sind alle Häuser voll belegt, und Wohnungen werden nur ab und zu einmal durch Wegzug einer Familie, für die keine Austauschfamilie auf genommen zu werden braucht, frei. Neue Wohnräume in Neubauten fallen zur Zeit noch nicht ins Gewicht. Das einzigste Mittel, weite-

ren Wohnraum für Wohnungssuchende zu erfassen, besteht darin, dass Umquartierungen von Familien, deren derzeitige Wohnung als unterbelegt angesehen wird, angeordnet und vorgenommen werden. Dabei stösst man im Allgemeinen auf grosse Schwierigkeiten. Es ist auch nicht einfach, die Wohnungsinhaber unterbelegter Wohnungen von der Notwendigkeit einer Umquartierung zu überzeugen. Manchmal wohnen diese Leute schon lange Jahre in ihrer jetzigen Wohnung. Durch Heirat eines Kindes ist z.B. der Wohnraumbedarf kleiner geworden, und die Wohnung ist jetzt für die betreffende Familie zu gross. Hier und da wird man durch Einweisung von einzelnen Untermietern den Wohnraum wieder voll ausnutzen können. Immer geht das aber nicht, oder alle grossen Wohnungen sind mit mehreren Untermietern besetzt. Zahlenmässig grosse Familien können bei diesem einfachen Verfahren nicht mehr untergebracht werden. In vielen Fällen wird also zur besseren Ausnutzung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes jetzt von Umquartierungen Gebrauch gemacht werden müssen. Dann erhält z.B. die Familie mit 3 kleinen Kindern, die vor der Geburt des dritten Kindes mit 2 Zimmern ausgekommen ist, die unterbelegten 3 Zimmer eines Ehepaares, deren Tochter geheiratet hat und verzogen ist. Es ist schwer, die Betroffenen von der Notwendigkeit einer solchen Massnahme zu überzeugen. Meistens geht es da bedauerlicherweise ohne Zwang nicht ab. Eine weitgehende Aufklärung durch Presse und Rundfunk würde vielleicht ihre Wirkung nicht verfehlen.

[...]

DOKUMENT 46

Eine preiswerte Alternative für die dringendsten Wohnungsengpässe waren die sogenannten STEG-Häuser oder Nissenhütten, einfache Wellblechkonstruktionen.

Aus: Fuldaer Volkszeitung vom 24.2.1949.

Eine Wohnung für 850 Mark. Wir besichtigen ein STEG-Haus in Elm

«Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen», sagte der Fuldaer Bürger Balthasar Mihm, indem er uns darauf hinwies, dass die von der Stadt Fulda für den Wohnungsbau ausgearbeiteten Pläne ganz schön und auch wert zur Verwirklichung seien, dass man aber nebenbei getrost eine Übergangslösung für die dringendsten Wohnungsfälle suchen sollte. Diese Übergangslösung sei notwendig, weil die entworfenen Pläne Jahre bis zu ihrer endgültigen Verwirklichung benötigten. In den ersten beiden Forumsverhandlungen Fuldas hatte Mihm bereits auf ein STEG-Kleinhaus hingewiesen.

Am Dienstagmorgen nun besuchten wir ein solches in Elm, in dem der Kindergarten untergebracht ist. Das einzige, was viele Menschen vor einem solchen Häuschen zurückschrecken lässt, ist das runde Dach – aber das scheint doch nur Gewohnheitssache. Jedenfalls konnte das Häuschen in Elm nur den besten Eindruck hinterlassen. Es ist 14 Meter lang, 6 Meter breit und 3,25 Meter hoch und kann in zwei Wohnungen mit drei bis vier Räumen eingeteilt werden. Das Innere ist hell und warm, und man kann sich vorstellen, dass ein erfinderischer Geist es geschmackvoll ausgestalten kann, innen und aussen. Ganz abgesehen davon, dass das runde Dach später dem bei uns geläufigen Spitzdach weichen kann. Das Haus ruht auf einem sicheren Betonfundament, ist aussen mit Wellblech und innen mit Holz und Pressstoffen verkleidet. Der Fussboden besteht aus Sperrholzplatten. Und das gesamte Gebäude, das die STEG verkauft, kostet 1'700 Mark, so dass man sich für 850 DM eine Wohnung verschaffen kann.

«Lieber ein solches Häuschen, als wenige Jahre in einem Zimmerchen als Untermieter wohnen, bis die grossen Pläne wahr werden», sagte Balthasar Mihm. Wir werden hören, was die anderen dazu sagen.

DOKUMENT 47

Brief einer Flüchtlingsfrau zum immer noch vorhandenen Wohnungselend.

Aus: Wegweiser für Heimatvertriebene vom 16.11.1951.

Meine liebe Else!

Denk' Dir, heute hat es bei Fs.' schon wieder Krach gegeben. Dabei ist unser Brehmtal früher sonst ein ganz ruhiges Dörfchen gewesen. Es ist aber wirklich allerhand, was sich dieses komische Fräulein gegen die armen Flüchtlinge alles herausnimmt. Du weißt ja, früher wohnte der F. mit seiner Familie in der Schützengasse. Da musste er dann raus, weil die Haus-tochter heiratete. Na, es war ja auch kein Zustand, mit Frau und zwei klei-nen Kindern in einem 8 qm-Zimmerchen zu leben. Aber jetzt sind die Fs.' vom Regen in die Traufe gekommen. In einem Raum, dessen Fussboden bereits so verfault ist, dass der Lehm Boden zu sehen ist, haust F. mit seiner Frau und zwei Kindern, das jüngste Yi Jahr alt. Die Wohnung hat schon seit 1923 keine Instandsetzung erlebt. Die Gemeinde erwog bereits eine Aus-besserung der Wohnung, dies scheiterte aber an der Vermieterin, dem komi-schen Fräulein. Denn wenn die Wohnung hergerichtet würde, so sagte sie, müsste F. die Miete an die Gemeinde abführen und dann täte er «recht billig wohnen». Frau F. bemüht sich wirklich redlich, diese «Wohnung» so gemütlich wie nur möglich zu gestalten. Trotzdem wird sie von Frl. D. ein «faules Luder» genannt. Klagt Frau F. ihr Leid, dann schimpft Frl. D. sie einen «verlogenen Menschen». Auf eine Beschwerde beim Gesundheits-amt in Höchst erschien zweimal ein Beamter, der die Wohnung als «unbe-wohnbar» bezeichnete. Es scheint aber, als würden sich die Behörden nicht getrauen, hier etwas zu unternehmen. Denn zeigt sich irgendein Beamter der Behörde, hebt Frl. D. ein Gezeter an, dass er gleich das Weite sucht. Dabei nimmt Frl. D. als Alleinstehende zwei Zimmer, zwei Küchen, zwei Abstellräume und eine Kammer für sich allein in Anspruch. Im Hause be-findet sich fließendes Wasser, Herr F. musste aber, als seine Frau nieder-kam, das Wasser aus der Nachbarschaft holen, «denn die dreckigen Zigeu-ner» könnten ja auch ohne Wasser zur Welt kommen. Das ist doch gemein, was? Einen eigenen Stromzähler zu setzen, erlaubt Frl. D. auch nicht, denn da könnte «das Zimmer beschädigt werden». (?)

Es kann einem wirklich leid tun, wie diese Flüchtlinge gequält werden.
Ob das mal ein Ende nehmen wird?

Mit herzlichen Grüßen Deine Erna

Die Arbeit

DOKUMENT 48

Schreiben eines Flüchtlings an den Hessischen Ministerpräsidenten vom 19.3.1946.

Aus: HStAWI Abt. 502, Nr. 1300.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Gestatten Sie, dass ich Ihnen als Schlesier mein Bedauern mitteile über die Äusserung, die Sie nach den «Hessischen Nachrichten» vom 16.3.1946 bei einer Pressekonferenz in Wiesbaden getan haben: «Leider sei bei den Ostflüchtlingen nur eine geringe Arbeitsfreudigkeit festzustellen, so dass bereits Überlegungen angestellt wurden, ob die Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht nicht zweckmässig sei.» Wenn bereits ein Flüchtlings-Schutzverband oder eine ähnliche Organisation bestünde, würde ich es nicht auf mich nehmen, Sie durch ein persönliches Schreiben in Anspruch zu nehmen. Ich bin aber überzeugt, dass Ihrer Äusserung unbedingt widersprochen werden muss, damit der Eindruck, den Sie von den Ostflüchtlingen zu haben scheinen, sich nicht im hessischen Volk vergrößert festsetzt und das Wort «Flüchtling» zu einem Schimpfwort wird.

Ich will nicht so sehr bestreiten, dass die Arbeitsfreudigkeit bei den Ostflüchtlingen unter den derzeitigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen gering ist. Welcher Mensch, der von seinen Angehörigen nichts weiss, der keinen zweiten Anzug besitzt, dem es in die Unterkunft regnet und der sich durchnässt und durchfrostet nicht einmal wärmen kann, besässe schon eine grössere Arbeitsfreudigkeit, zumal wenn die Arbeit nicht entsprechend entlohnt wird und die Aufstiegsmöglichkeiten äusserst gering sind?

Durch eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird die von Ihnen vermisste Arbeitsfreudigkeit in keiner Weise erhöht werden. Vermehrt werden kann sie nur, wenn den Flüchtlingen verbesserte Lebens- und Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden und wenn der ungeheure Unterschied des Lebensniveaus zwischen Einheimischen und Flüchtlingen ausgeglichen wird. Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht, durch die faktisch in erster Linie die Flüchtlinge erfasst würden, führte zu Zuständen, wie sie das Dritte Reich mit seinen Arbeitsbataillonen von Fremdarbeitern geschaffen hat.

Ich bemühe mich persönlich, eine Brücke zwischen Flüchtlingen und Einheimischen zu sein und bedaure umso mehr, dass Äusserungen wie die Ihrige geeignet sind, die Brücken zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen abzurechen. Sollte es Ihnen möglich sein, den ungünstigen Eindruck Ihrer Äusserung durch eine Klarstellung zu überwinden, so würden das gewiss viele Flüchtlinge sehr begrüßen.

DOKUMENT 49

Rundschreiben des Landrates des Kreises Marburg vom 31.3.1946 an die Bürgermeister im Kreis über die öffentliche Fürsorge und den Arbeitseinsatz der Flüchtlinge.

Aus: Gemeindearchiv Lohra, Gemeinde Weipoltshausen, Ordner V/50/500 «Öffentliche Fürsorge».

Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist noch gross. Wenn nicht eine ernste Gefährdung der Ernährung eintreten soll, müssen alle verfügbaren Arbeitskräfte, soweit sie einsatzfähig sind, der Landwirtschaft zugeführt werden. Eine Überprüfung der Unterstützungsanträge hat ergeben, dass noch eine Anzahl Männer, Frauen und insbesondere Jugendliche aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden, obwohl sie arbeitseinsatzfähig sind. Die Männer und Frauen werden von hier zur Überweisung einer Beschäftigung dem Arbeitsamt gemeldet. Für die Jugendlichen, soweit sie arbeitseinsatzfähig sind, ersuche ich, die Unterstützung ab 1. April 1946 zu streichen, und sie zur Aufnahme einer Beschäftigung in der Landwirtschaft aufzufordern. Das Arbeitsamt verfügt über genügend

Arbeitsplätze, so dass sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen können. Wenn es sich auch um berufsfremde Kräfte handelt, so müssen sie sich der Zeit entsprechend umstellen.

[...]

DOKUMENT 50

Ein Grossteil der Flüchtlinge, der zunächst in der Landwirtschaft Arbeit fand, musste sich dort oft mit sehr niedrigen Löhnen, meist sogar nur mit dem täglichen Lebensunterhalt und der Unterkunft, begnügen.

Aus: Hessische Nachrichten vom 19.6.1946.

[...]

Bis vor wenigen Wochen gab es einen ausserordentlichen Mangel an Arbeitskräften für die Landwirtschaft. Um einen tüchtigen Landarbeiter oder eine geübte Melkerin zu bekommen und zu halten, hat mancher Bauer einen Lohn bezahlt, der über dem Tariflohn lag. Laut Lohnstoppverordnung ist das zwar verboten; doch wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Der einsichtige Bauer hat auch immer zugegeben, dass die in der Tarifordnung vom 3. Mai 1935 festgelegten Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen überholt sind. Ist er also schon ein Sünder gegen den Buchstaben der Lohnstoppverordnung gewesen, so hat er doch auch ein kleines Stück sozialer Gerechtigkeit geübt. Und auf soziale Gerechtigkeit kommt es bei allen Arbeitsverhältnissen an.

Der grosshessische Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner Kasseler Rede [...] von den Lohntarifen gesagt, sie seien das «Gegenteil einer Anpassung an die sozialen Verhältnisse». Noch vor wenigen Wochen hat der Kreislandwirt des Landkreises Alsfeld in einer Versammlung erklärt, dass die alten Löhne unzulänglich seien und dass ein neues Tarifabkommen, das den Arbeitnehmer günstiger stelle, bald besorgt werden müsse. Die neuen Tariflöhne kamen nicht; sie werden auch so schnell nicht kommen. Aber es kamen Tausende von Ostflüchtlingen, und mit ihnen, die ja weiter nichts hatten und also in grosser Not stehen, ein tausendfaches Zum-Markte-Tragen von Arbeitskräften. Der gerecht denkende Bauer hatte keine Veranlassung, seiner bisherigen Hilfskraft von einem Tag zum anderen den Laufpass oder weniger Entgelt zu geben. Doch mehrten

sich die Streitigkeiten zwischen den ländlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und es mehrten sich die vertragslosen und oft recht fragwürdigen Arbeitsverhältnisse, die in sich schon wieder Grund zu Streitigkeiten haben. Meist wurde der Zank vom Arbeitgeber herausgefordert, vom Habgierigen (der unter den Bauern genau so oft anzutreffen ist wie unter vielen anderen Berufen) und vom Knauserer und Geizhals, der nach dem Sprichwort am liebsten auf den Schneeball schießt, um ihn aufzufressen.

Wir sprechen hier nicht von Einzelfällen. Denn aus dem Kreis der Ostflüchtlinge wurden uns in den letzten Tagen viele Fälle bekanntgegeben, in denen der Mensch – der in grosser Not stehende Mensch! – auf beschämende Weise unter Druck gehalten wird. Es heisst kurz und bündig: «Willst du etwas zu beissen haben, so arbeite zuerst.» Gut, es wird gearbeitet; es wird viel gearbeitet und so, dass man die lange Übung merkt und die Erkenntnis dessen, worum es geht. Gewiss wird auch der ehemalige Bauer oder Weingärtner aus Mähren oder dem Egerland ein sittliches Verantwortungsbewusstsein bei der Arbeitsdurchführung zeigen, das nicht geringer ist als in den Jahren, als er selbst fünf, zehn oder fünfzehn Leute «hinter sich» hatte. Viele selbständige Bauern wissen diesen Mann und sein Werk, dass er jetzt als einfacher Landarbeiter verrichtet, zu schätzen. Sie haben schon hundertfach erfahren, dass die menschliche Arbeitskraft der wichtigste Teil im landwirtschaftlichen Betrieb ist. Und daher achten sie auch den Menschen.

Die Ausgewiesenen, die nun in unseren Kreisen sesshaft werden sollen, machen im Allgemeinen kein grosses Lamento. In ihren knappen Äusserungen kehrt aber immer wieder der «Wurzen» [Ursache]. Wir verzichten darauf, die einzelnen Wurzen-Methoden [Arten des Betruges] zu schildern, und wir raten einstweilen, auf einen schriftlich festgelegten Arbeitsvertrag zu drängen, der zumindest die Bar- und Naturallöhne enthält. Die Verteilung der sozialen Abgaben (die oft vergessen wird) ist im Übrigen vorgeschrieben. Wo ein Vertragsabschluss verweigert wird, möge die Schiedsstelle des zuständigen Arbeitsamtes angerufen werden. Diese Stelle gibt auch Auskunft über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der noch verbindlichen Tarifordnung für Landarbeiter.

DOKUMENT 51

Schreiben der Eisenwerke Buderus (Wetzlar) an das Hessische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 25.6.1946 mit der Bitte um Zuteilung von Flüchtlingen, die im Bergbau tätig waren.

Aus: HStAWI Abt. 507, Nr. 1410.

[...]

In den Arbeitsamtsbezirken Limburg, Wetzlar und Kassel ist es gelungen, alle noch bergfähigen, ursprünglich bei uns, zwischendurch aber anderweitig beschäftigten Bergleute wieder zu unseren Betrieben zurückzuführen. Im Arbeitsamtsbezirk Dillenburg fehlen noch [110] von diesen Leuten. Zusammen mit unseren örtlichen Betriebsführern bemüht sich das dortige Arbeitsamt laufend, auch diese Leute wieder zu unseren Gruben zurückzuführen.

Darüber hinaus sind wir zur Erreichung der notwendigen Belegschaftszahl in allen genannten Arbeitsamtsbezirken auf die Zuweisung von arbeitsgewohnten und bergfähigen Ostflüchtlingen angewiesen. Die Zuweisung dieser Flüchtlinge hat eingesetzt und unsere Betriebsführer tun alles, um die mit ihrem Einsatz verbundenen Schwierigkeiten in der Unterbringung, Ernährung und Kleidung zu überwinden. Gelernte Bergleute sind uns ebenso wie ungelernete kräftige Männer willkommen.

Die bisherigen behördlichen Massnahmen in der Lenkung des Flüchtlingsstromes genügen aber nach unserem Urteil nicht, um die Zuweisung der erforderlichen Bergleute an unsere Gruben zu gewährleisten. Nach unserer Unterrichtung werden von den Flüchtlingslagern die Flüchtlinge durch die Landräte ohne Rücksicht auf den Beruf auf die verschiedenen Ortschaften des Kreises verteilt. Die Arbeitsämter wählen dann die für den Bergbau tauglichen aus und weisen sie den Gruben zu. Der Anteil der für den Bergbau tauglichen Arbeitskräfte ist aber im normalen Flüchtlingsstrom äusserst gering. Wenn keine Änderung des Verfahrens angeordnet wird, ist der Zeitpunkt nahe, an dem die Ortschaften in der Umgebung unserer Gruben ihr Kontingent an Flüchtlingen aufgenommen haben, der Bergbau aber nur einen Bruchteil der benötigten Arbeitskräfte bekommen hat.

Um diese Gefahr abzuwenden, bitten wir Sie, zu veranlassen, dass der Flüchtlingsstrom schon bei der Verteilung vom Lager aus so gelenkt wird, dass die Ortschaften in der Umgebung unserer Gruben für Bergmannsfami-

lien und bergfähige junge Männer soweit als möglich freigehalten werden. Wenn dann die verschiedenen Massnahmen zur Beschaffung von bergfähigen Arbeitskräften wirksam werden, muss noch genügend Raum für die Unterbringung dieser Leute im Rahmen des normalen Flüchtlingskontingentes in den einzelnen Dörfern frei sein. Wir haben diesen Plan bereits vor einiger Zeit mit dem Landesarbeitsamt Frankfurt/Main besprochen und dort volles Verständnis für unsere Wünsche gefunden. Das Landesarbeitsamt äusserte damals die Absicht, uns sudetenländische Antifaschisten zuzuweisen, unter denen sich teilweise überwiegend Bergleute befinden sollen. Dazu kommt die von ihnen mit dem Grenzkommissar getroffene Massnahme, wonach einzelreisende Bergleute direkt in die einzelnen Bergbau-Gebiete gesandt werden. Auch für diese ist es nötig, dass sie über den Land[rat] in das normale Flüchtlingskontingent der Kreise und Ortschaften eingefügt werden.

Um sicher zu stellen, dass die für den Bergbau vorgesehenen Arbeiter auch wirklich tauglich sind, schlagen wir vor, die Anlegeuntersuchungen, die vor der Einstellung in den Bergbau bergpolizeilich vorgeschrieben sind, möglichst schon im Flüchtlingslager durchführen zu lassen, damit nicht doch noch Fehlleitungen von Flüchtlingen erfolgen.

[...]

DOKUMENT 52

Abschrift eines Schreibens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr an die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handelskammern vom 7.2.1947 über die Anerkennung von Gesellen- und Meisterprüfungen der Flüchtlinge.

Aus: HStAWIAbt. 507, Nr. 4110.

Auf Ihr Schreiben vom 23.1.1947 teile ich Ihnen meine Auffassung dahin mit, dass alle deutschen Behörden wohl die Verpflichtung haben, den Flüchtlingen und Ausgewiesenen aus dem Osten ihr Los weitgehend zu mildern und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten das Erlangen einer neuen Existenz zu erleichtern. Unter dieser grundsätzlichen Einstellung muss auch alles getan werden, um formale gesetzliche Bestimmungen, die diesem Ziel entgegenstehen, in der Weise auszulegen oder soweit die Aus-

legung allein nicht genügt, die Bestimmungen zu ändern oder neue Bestimmungen zu schaffen, die geeignet sind, den Flüchtlingen die Wege, eine neue Existenz ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust zu finden, erleichtern.

Im vorliegenden Falle handelt es sich darum, die im Ausland abgelegten Gesellen- und Meisterprüfungen, soweit die Prüfungen im Wesentlichen unseren Prüfungen und den Voraussetzungen hierzu entsprechen, anzuerkennen, ohne dass die Betroffenen gezwungen werden, nochmals eine Prüfung abzulegen. Eine weitere Voraussetzung ist selbstverständlich, dass der Nachweis der bereits abgelegten Prüfung geführt werden kann und dass ausserdem eine politische Belastung nicht gegeben ist.

[- -]

DOKUMENT 53

Die Handwerkskammern und Innungen sperrten sich vielfach gegen die Zulassung von Flüchtlingsbetrieben, weil sie deren Konkurrenz scheuten.
Aus: Hessische Nachrichten vom 5.7.1947.

Handwerkerstellen für Flüchtlinge

«Durch den Zustrom von Flüchtlingen ist auch die Existenzmöglichkeit für neue Handwerker aus Flüchtlingskreisen gegeben.» Diese Feststellung wurde auf der Sitzung des Flüchtlingsausschusses der Stadt Rotenburg von verschiedenen Diskussionsrednern gemacht. Diese Zusammenkunft des Flüchtlingsausschusses, bei der auch Bürgermeister Kötter anwesend war, diente dazu, eine Aussprache über die Gesamtprobleme der Flüchtlinge herbeizuführen. Besonders wurde der Mangel an Handwerkern betont. Es fehle in Rotenburg u.a. an Schreibern, Schneidern, Schuhmachern und Klempnern. Es sei deshalb unverständlich, wieso Innungsverbände und Handwerkskammer bei der Neuzulassung von Flüchtlingsbetrieben soviel Schwierigkeiten machen würden. Man verlange in manchen Zweigen die Neuablegung einer Meisterprüfung, eine Anforderung, der sich viele mit Recht entgegensetzen. Zum anderen würde es aber auch an den notwendigsten Maschinen fehlen, um einen Betrieb neu aufzubauen. Von einem Ro-

tenburger Handwerksmeister wurde der Vorschlag gemacht, dass Flüchtlinge, die Meister sind, vorübergehend als Geselle arbeiten sollten. Von einer anderen Seite wurde in die Diskussion eingeworfen, die Flüchtlinge seien das Opfer des Gegeneinanderarbeitens zwischen Stadt- und Kreisverwaltung. Dinge, die «oben» beschlossen worden seien, würden von unteren Instanzen nicht durchgeführt. Während vom Staate den Flüchtlingen grösste Unterstützung bei der Zuweisung von Baustoffen zugesagt worden sei, würden in Wirklichkeit nur die «Vitaminherren» bauen. Zur Bezugscheinfrage wurde erklärt, dass in der letzten Zeit 130 Bezugscheine ausgegeben worden seien. Es wurde vorgeschlagen, die Verteilung der Textilbezugscheine genau so zu regeln, wie die der Schuhbezugscheine, die von einem Flüchtlingsausschuss verteilt werden.

[. . .]

DOKUMENT 54

Oft lagen die Wohn- und Arbeitsstätten in den ersten Nachkriegsjahren so weit auseinander, dass ein geregeltes Familienleben nicht gewährleistet war. Hier ein anonymisierter Einzelfall: Schreiben eines Flüchtlings an das Hessische Landesamt für Flüchtlinge vom 7.12.1947.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 264.

Ich erlaube mir, mich in einer Angelegenheit um Hilfe an Sie zu wenden, die von den zuständigen Dienststellen als notwendig erachtet wurde, mir aber trotzdem bisher noch keine Hilfe zuteil geworden ist.

Ich wohne mit meiner Frau und meinen beiden Kleinkindern in L. Da ich bei meiner Ausweisung aus der Tschechoslowakei im April 1946 mein Werkzeug als Uhrmacher eingebüsst hatte, konnte ich vorerst keine Arbeit finden, da selten ein Betrieb über soviel Werkzeug verfügt, um einen weiteren Arbeiter beschäftigen zu können. Mir wieder Werkzeug zu verschaffen ist mir als Flüchtling unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich.

Ich fand endlich Arbeit in einem Betrieb in Bad Nauheim. Da ich beruflich an die Stadt gebunden bin, kann ich lediglich alle 14 Tage über Samstag und Sonntag zu meiner Familie fahren. L. liegt 12 Kilometer von der nächsten Bahnstation Schotten. Samstags abends um 23 Uhr muss ich mir

durch die dortigen Wälder den Weg zwischen Wildschweinen bahnen, um zu meiner Familie zu gelangen. Montags früh um 2 Uhr muss ich den Rückweg antreten. Dies ist nicht angenehm und nebenbei möchte ich noch erwähnen, dass in diesen Wäldern auch schon verschiedene Überfälle vorkamen. Im Winter ist der Vogelsberg oft wochenlang infolge Schneeverwehungen von der Aussenwelt abgeschnitten.

Es war daher naheliegend, dass ich mich bemühte, in der Nähe meines Arbeitsplatzes eine Wohnung zu finden.

Ich wandte mich an den zuständigen Kreiskommissar für das Flüchtlingswesen in Lauterbach, Herrn List, mit der Bitte um Hilfe. [...] Ich wurde somit an den Kreiskommissar des Landkreises Friedberg verwiesen. Dieser verwies mich an den Wohnungskommissar desselben Landkreises. Der Herr Wohnungskommissar erachtete ebenfalls eine diesbezügliche Hilfe für mich als notwendig. Dies schien auch weiter nicht schwierig, da der Herr Wohnungskommissar eine Zuschrift erhalten hatte, in der sich der Kreis Lauterbach bereit erklärt hatte, eine gleichstarke Familie aufzunehmen.

Auf ein diesbezügliches Rundschreiben des Herrn Wohnungskommissars des Kreises Friedberg an alle Bürgermeister des Kreises kam von überall eine negative Antwort. Da ich jedoch darüber informiert bin, dass in den Landgemeinden Wohnraum frei gehalten werden musste für Flüchtlinge, die nicht eintrafen, muss ich es als mangelndes Verständnis gegenüber den Heimatlosen auffassen, die einfach beiseite gestossen und in einer derart bedrängten Lage, wie es die meine ist, belassen werden.

Der Herr Wohnungskommissar des Kreises Friedberg erklärte mir nunmehr, mir nicht mehr helfen zu können, da er nicht die Macht besitze, hier mit Gewalt vorzugehen. Der Vorschlag, mich an eine Wohnungstauschzentrale zu wenden, ist zwecklos, da kein normaler Mensch nach L. ziehen wird.

Es ist bedauerlich, dass einst bei der Einweisung der Flüchtlinge auf deren Beruf keine Rücksicht genommen wurde.

Ich bitte Sie, Herr Staatskommissar, sich der Sache anzunehmen und mich in die Nähe meines Arbeitsplatzes einzuweisen.

Ich habe nun fast ein Jahr getrennt von meiner Familie gelebt und somit zu allem Elend als Flüchtling zusätzlich ein weiteres Opfer gebracht. Ich habe damit genügend Geduld bewiesen. Sollten auch Sie mir, Herr Staatskommissar, nicht helfen können, dann bin ich gezwungen, meine Arbeit

wieder aufzugeben, mich in die Einsamkeit des Vogelsberges zurück zu ziehen und meine Familie der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen zu lassen.

[...]

DOKUMENT 55

Schreiben des Leiters des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, Dr. Nahm, an das Hessische Ministerium der Finanzen vom 7.1.1948 über die Schwierigkeiten bei der Ansiedlung böhmischer Glasindustrie in Limburg. Aus: HStAWIAbt. 506, Nr. 79.

[...]

Die Hütte hat sich mit ungeheuren Schwierigkeiten fundiert. Ich weiss aus persönlichem Erleben, dass der Landrat schon während des Baues alle nur denkbaren Schwierigkeiten bereitete. Er liess es an zynischen Bemerkungen, die auf ein Schwindelunternehmen schliessen liessen, nicht fehlen. Ich weiss nicht, ob er sich den Betrieb der Hütte überhaupt schon einmal angesehen hat. Jedenfalls schloss er sich, als ich Ende September mit den Vertretern der Militärregierung eine Besichtigung vornahm, uns nicht an, obwohl wir ihn vorher aufsuchten.

In Hadamar und Frickhofen haben sich Veredelungsbetriebe aus Haidasteinschönau niedergelassen. Diese Firmen hatten einst Weltruf. Auch diese Veredelungsbetriebe ringen zäh um den Zuzug unentbehrlichster Fachkräfte und um die primitivste Hilfe bei der Bereitstellung und Herrichtung von Fertigungsräumen. Selbst dort, wo die Ortsbürgermeister helfen wollen, bremst der Landrat. Über einen solchen Detailvorgang habe ich am 5.1.48 dem Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt mit Spezialunterlagen berichtet.

Im Frühjahr soll der Kreis Limburg in erster Linie mit Baumaterial bedacht werden, um ein grosszügiges Siedlungswerk zu beginnen. Alle beteiligten Stellen sind sich darüber einig, dass die Bauhilfe für Limburg vorrangig ist. Es geht nur darum, die Zeit zu überbrücken, bis diese Häuser bewohnbar werden. Die Hütte kann ihre Kapazität nicht ausnützen, die Veredler verlieren wertvolle Fachkräfte an Werber aus anderen Gegenden.

Ich habe dem Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt am 5.1. berichtet, dass sich alle meine Versuche, mit Landrat Dannhausen auf kollegialem Wege und durch gütliches Zureden zu einer Verständigung zu kommen, gescheitert sehen. Ich weiss, dass der Herr Minister des Innern von verschiedenen Seiten über die Haltung des Landrates unterrichtet wurde und Massnahmen erwägt. Von mir aus ist wirklich alles geschehen, um in engelsgleicher Geduld zu einem Ergebnis zu kommen. Da aber sogar ein Abkommen mit dem Herrn Minister nicht gehalten wurde – man hielt es sogar nicht für notwendig, den Herrn Minister davon zu unterrichten – dürfte der Beweis erbracht sein, dass hier eine Verkennung der Selbstverwaltung vorliegt, die nicht nur den Interessen des Staates, sondern auch der Zukunft der eigenen Verwaltungseinheit schadet.

[...]

DOKUMENT 56

Auszug aus dem Artikel «Der neue Start. Die Vertriebenen sind nicht allein».

Aus: Wirtschafts Zeitung vom 14.5.1948.

[...]

Die glücklichen Besitzer?

Ein weiblicher Diplomingenieur findet keine Stellung in ihrem Beruf; sie muss bei der Bäuerin als Magd arbeiten, damit sie ihr Wohnrecht behält. Ein Porzellanmaler arbeitet auf dem Bau, ein Jurist betätigt sich als Schriftenmaler, ein Bibliothekar klopft Steine. Eine junge Gutsbesitzerwitwe mit drei Kindern, eine gelernte und sehr begabte Heilgymnastikerin könnte sich und ihren Kindern in ihrem Beruf eine neue Existenz schaffen, aber sie sitzt auf dem Land und bekommt keinen Zuzug in die nahe Stadt. Solche Fälle, die jeder Flüchtling kennt, sind es, die ihnen das Gefühl geben, es geschehe nichts für sie, ja, die Eingesessenen, die Beati Possidentes [glücklichen Besitzenden], versuchten alles, um sie auszusperren. Oft wird dieses Gefühl auch nicht falsch sein. Die Hebammenlehranstalt gibt den Bescheid, auf fünf Jahre im Voraus besetzt zu sein, die Schneiderinnen einer kleineren Universitätsstadt lassen keinen Lehrling von aussen herein. Solche Beispiele

le gibt es viele. Indessen sagt eine kurze Überlegung, dass es wahrscheinlich bei wenigen Arbeitsämtern heute offene Stellen für Porzellanmaler, weibliche Ingenieure und Bibliothekare gibt. Die Einheimischen, die noch «drin» sitzen, wissen häufig nicht, dass dies nur auf Grund der heutigen Geldfülle der Fall ist und dass die Geldreform voraussichtlich einen erheblichen Erdrutsch gerade in den geistigen Berufen und für viele Angestellte und Beamte bringen wird. Die Flüchtlinge, die «draussen» sitzen, wissen dies ebenfalls nicht. Wenn sie es realisierten und beizeiten eine Umstellung versuchten, statt sich auf ihren gewohnten Beruf zu versteifen, könnte ihnen dies einen erheblichen Vorsprung vor manchen, die ihnen heute als glückliche Besitzer erscheinen, verschaffen.

Das heisst freilich nicht, dass der Flüchtling, wie es manchmal empfunden wird, als der gegebene Hilfsarbeiter für die eingesessenen Selbständigen zu betrachten ist. Gerade gegenüber diesem Versuch eines natürlichen Kollektivegoismus der Besitzenden muss möglichst bald eine möglichst grosse Freizügigkeit für die Flüchtlinge wieder hergestellt werden – im räumlichen und im beruflichen Sinn. Aber eine besonders glückliche ausgewogene Lage zwischen Selbständigen und in abhängiger Stellung Arbeitenden, mit einer weiten Streuung kleiner und mittlerer, selbständiger gewerblicher und landwirtschaftlicher Existenzen, eine solche glückliche Sozialstruktur wird sich so nicht wiederherstellen lassen. Es wird sich beispielsweise die einzigartige Exportsituation der um die böhmischen Gebirge siedelnden Gewerbe in einer sich verändernden Weltwirtschaft nicht rekonstruieren lassen. Eher wird die eigentümlich moderne Stadt-Land-Struktur, die sich heute schon deutlich in manchen west- und südwestdeutschen Industriedörfern abzeichnet, ein Bild der Zukunft sein. In dieses Bild gilt es, die östlichen Flüchtlinge sinngemäss, nicht eben auf dem alten Standard, aber doch auch nicht schlechthin proletarisiert, einzufügen. Diese Entwicklung wird sich übrigens, ohne Dekret von oben, bei der Wiederherstellung natürlicher Preisrelationen weithin von selbst vollziehen.

[...]

„Ernährungslage“



August 45 1
„Ernährungslage kritisch!“



Oktober 2
„Leichte Besserung der Ernährungslage zu erwarten!“



Dezember 3
„Ernährungslage katastrophal!“



Februar 46 4
„Bessere Ernährungsaussichten!“



April 5
„Ernährungslage bedenklich!“



Juni 6
„Ernährungslage stabil!“



August 7
„Ernährungslage weiter kritisch?“



Oktober 8
„Sonderzuteilung--Kalorienhöhung!“



19 Satire zur Ernährungslage in den ersten Nachkriegsjahren, die bis zur Währungsreform im Sommer 1948 kritisch blieb.
(Hessische Nachrichten vom 3.12.1946)



20 Kleider- und Gebrauchsgegenstandesammlung für entlassene Soldaten und Flüchtlinge in einem Frankfurter Bunker.

21 Kleidersammlung für zurückgekehrte Soldaten und Flüchtlinge in Frankfurt.



Weihnachts-Geschenke für Flüchtlingskinder!

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür!

Weihnacht, das Fest des Friedens, der Liebe und der Verbundenheit, das Fest der Familie. Insbesondere aber das Freudenfest für unsere Kinder!

Doch die materielle und seelische Not ist ungeheuer groß in unserem Volk, und die Freude der Großen wird auch in diesem Jahr noch erstickt werden von dem Schmerz um den Verlust unserer Väter, Brüder und Söhne, durch die schmerzvolle Erwartung der Rückkunft unserer Lieben, die heute noch in den Gefangenenlagern fern der Heimat sein müssen.

Aber wollen wir auch unsere Kleinen diesen Schmerz spüren lassen?

Nein, sie sollen, wenn auch in bescheidenem Umfang, ihr Freudenfest haben.

Unser Landkreis ist verschont geblieben von den Schrecken des Hitlerkrieges, der weite Landstriche verwüstet hat, und von dem insbesondere unsere Städte getroffen wurden. Und doch leben auch in unserer nächsten Nachbarschaft, in den Dörfern und Städten unseres Kreises, Menschen, die wie keine Schicht unseres Volkes die Folgen des Nazismus zu spüren bekamen und noch spüren müssen.

Es sind unsere Mitbürger-Flüchtlinge!

Seit Beginn dieses Jahres hat eine traurige Einwanderung von Menschen in unser Land eingesetzt, die heute noch nicht beendet ist. Menschen, bepackt mit nicht einmal der allerwenigsten Habe, mußten Haus und Hof verlassen. Sie sollen mit uns genau die gleichen Rechte genießen. Aber das Schicksal hat sie ungleich härter getroffen als uns.

Für sie ist das Weihnachtsfest 1946 das erste, das sie fern ihrer Heimat begehen. Wir werden ihnen den Schmerz um ihren Verlust nicht nehmen können, aber wir können sie spüren lassen, daß wir mit ihnen fühlen, daß wir ihr Los erleichtern wollen.

Wir können wenigstens mit einer Gabe an ihre Kinder unsere Verbundenheit mit ihnen bekunden.

Weihnachten 1946 soll ein Tag des Schenkens für die Kinder unserer Flüchtlinge und all derer, die durch den Krieg heimatlos geworden sind, werden. Am zweiten Weihnachtstag sollen in einer kleinen Feier unsere Flüchtlingskinder beschenkt werden. Jede Gemeinde soll für sich sammeln und ihre Kinder bedenken.

Auf den Bürgermeisterämtern werden alle Gaben entgegengenommen.

Gleichzeitig wird von Seiten des Landratsamtes und der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsverbände eine Sammelaktion durchgeführt und der Ertrag dieser Sammlung an die Gemeinden Veräußerung finden. Auch die im Landkreis befindlichen Truppenteile haben ihre Beteiligung in einer privaten Sammelaktion zugesagt.

Alle Bürger unseres Kreises, insbesondere unsere Frauen, die Geschäfte, die Händler, die Betriebe, die Handwerker, die Bauern, werden herzlichst gebeten, sich an dieser Liebesgabenpende zu beteiligen.

An die Parteien, Kirchen und Wohlfahrtsverbände ergeht die Bitte, sich mit Rat und Tat zur Verwirklichung zu stellen.

Wir nehmen alles entgegen:

Lebensmittel, Obst, Gemüse, Kuchlein, Gebäck, Spielzeuge, Haushaltsartikel.

Auf den Bürgermeisterämtern werden Listen ausgelegt, in die sich jeder eintragen kann, der gewillt ist, unseren Flüchtlingskindern eine Freude zu bereiten. Die Eintragung soll möglichst bis zum 15. 12. 1946 abgeschlossen sein.

An die Herrn Bürgermeister ergehen noch genaue Anweisungen.

**Der Landrat
des Landkreises Büdingen**

**Der Kreisflüchtlingskommissar
des Landkreises Büdingen**

22 Aufruf zur Sammlung von Weihnachtsgeschenken für Flüchtlingskinder im Landkreis Büdingen, Dezember 1946.

(Hessisches Staatsarchiv Darmstadt Abt. H1, Flüchtlingswesen Abt. II, Reg. 5, ohne Az. «Berichte an die Militärregierung»)



23 Plakat eines Benefizkonzertes, das der Sammlung von Spenden für die Flüchtlinge diente. (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 503, Nr. 72)

24 Gartenlandverteilung für Flüchtlinge in Oberasphe, Kreis Frankenberg, 1945. Diese im Zuge der Bodenreform, aber auch freiwillig in ganz Hessen durchgeführte Verteilungsaktion, verschaffte einem grossen Teil der Flüchtlinge in den Landgemeinden ein Stück Gartenland zur ersten Selbstversorgung.



25 Flüchtlingskinder in umgearbeiteter Armeekleidung. Stoffe waren wie alle übrigen Gebrauchsgüter in der Zeit des Mangels knapp.



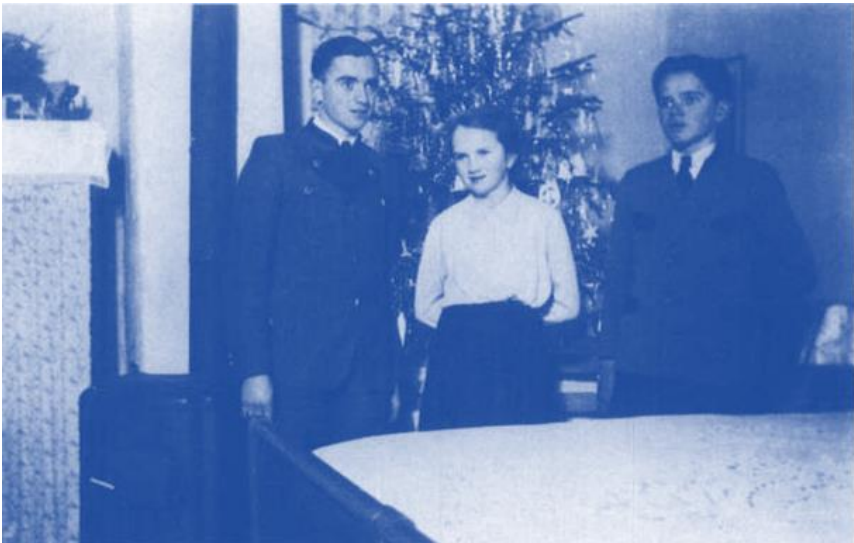
26 Ansicht eines Flüchtlingslagers.
(Standbildreproduktion aus dem Film «Hessen – Stunde Null», Teil II/III.





27 Flüchtlingslager: Zu sechst in einem Raum.
(Standbildreproduktion aus dem Film *«Hessen – Stunde Null»*, Teil II/III.

28 Die sudetendeutsche Familie Kiefner an Weihnachten 1947 in der Wolfershauser Mühle, Kreis Melsungen, wo sie 1946 einquartiert worden war. Die Trachtenanzüge stammen noch aus der Heimat.





29 Typischer Alltag im Flüchtlingslager.
(Bundesarchiv Koblenz, Bildstelle)

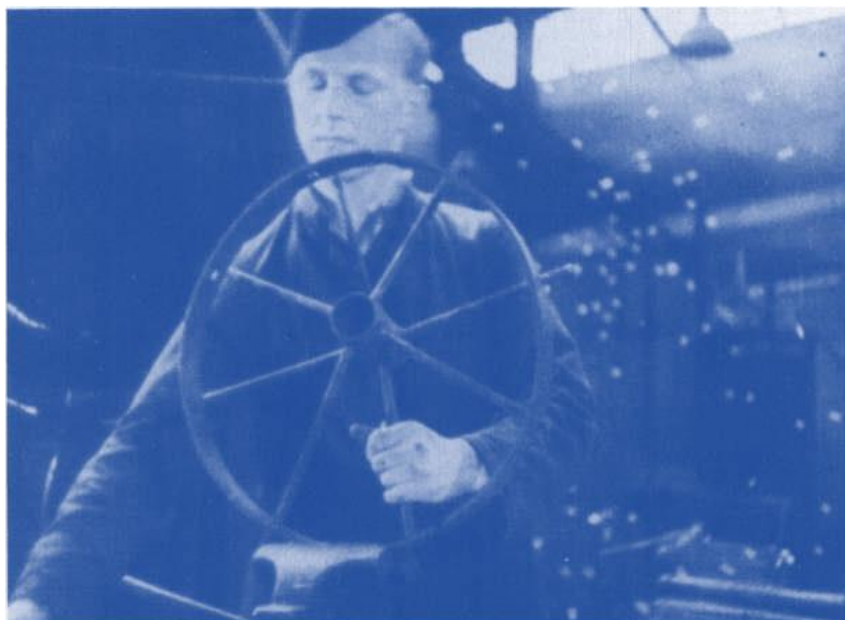
30 Satire zur Wohnraumversorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Massenquartieren noch zu Anfang der fünfziger Jahre: «Ein Platz im Parkett wär noch frei». (Die Brücke vom 29.9.1951)





31 Flüchtlinge vor einer Tafel mit angeschlagenen Stellenangeboten. Neben Unterkunft war die Arbeit das wichtigste zur Sicherung der eigenen Lebensgrundlage.
(Standbildreproduktion aus dem Film «Hessen – Stunde Null», Teil II/III.

32 Flüchtling bei der Arbeit an einem Eisenrad.
(Standbildreproduktion aus dem Film «Hessen – Stunde Null», Teil II/III.





33 Flüchtlingsbauer bei der Arbeit.
(Standbildreproduktion aus dem Film *«Hessen – Stunde Null»*, Teil II.

34 Demontage der Allendorfer Munitionswerke, Kreis Marburg in den ersten Nachkriegsjahren. Bei diesen Arbeiten waren mehrere hundert Flüchtlinge beschäftigt. Weil es ansonsten wenig Arbeitsmöglichkeiten gab, war man dankbar, überhaupt eine Beschäftigung gefunden zu haben, wenngleich auch die Menschen aus ganz unterschiedlichen Berufssparten stammten und die anfallenden Tätigkeiten erst erlernen mussten.



DEUTSCHE BERGLEUTE aus dem Sudetenland und der Slowakei

Der Braunkohlen-Bergbau Großhessens
bietet Euch



Arbeit und Brot!



Eure Ernährung ist sichergestellt. Ihr erhaltet z. Zt. die **dreifach höheren Lebensmittelzulagen** als der gewöhnliche Arbeiter, und zwar dies gleichbleibend ohne Rücksicht auf die Zuteilung der Lebensmittel an die übrige Bevölkerung:

	Lebensmittel im Werte von	und dazu
Der Untertage -Bergmann	4000 Kalorien	$\frac{3}{4}$ Liter Alkohol
Der Übertage -Bergarbeiter	3400 Kalorien	$\frac{1}{2}$ Liter Alkohol
Der mit leichten Übertage- Bergarbeiten Beschäftigte	2800 Kalorien	$\frac{1}{4}$ Liter Alkohol

(wenden)

Außerdem werden allmonatlich Tabakwaren je nach Wahl in

Zigarren, Zigaretten oder Pfeifentabak

und je nach den vorstehenden Kategorien in Höhe von 220 Gramm, 170 Gramm und 170 Gramm monatlich ausgegeben.

Eure bisher erdienten **Anwartschaften** in der Knappschaft (Bruderladen) bleiben Euch erhalten, und Ihr könnt bei Aufnahme der Bergarbeit weitere Steigerungssätze in der Knappschaft verdienen.

Auch alle übrigen Ostflüchtlinge, die Lust zur Bergbauarbeit haben, sind „Herzlich willkommen“ und erhalten bei Aufnahme der Bergbauarbeit die vorstehenden Vergünstigungen.

Wendet Euch wegen weiterer Auskunft an das
nächste Arbeitsamt

**Großhessisches Wirtschaftsministerium
Bergbauabteilung**

35 Aufruf des Hessischen Wirtschaftsministeriums an vertriebene und geflüchtete Bergleute wegen des Arbeitskräftemangels im Bergbau, 1946.
(Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 507, Nr. 1410)

36 Sudetendeutsche beim Gänsehüten in Wolfershausen, Kreis Melsungen, Ostern 1949.



37 Einquartierte Vertriebene 1949 beim Aufstapeln von Brennholz im Kreis Melsungen.





38 Die vertriebenen ungarndeutschen Eheleute Steiner mit der hessischen Hauseigentümerin Frau Feisel (Mitte) in Oberasphe, Kreis Frankenberg, 1951.

39 Zusammenleben. Einheimische beim Kartoffelschälen (rechts) und Ungarndeutsche beim Meerrettichreiben in Oberasphe, Kreis Frankenberg.





40 Einblick in einen Schlaf- und Aufenthaltsraum im Durchgangslager Giessen, August 1950.
(Bundesbildstelle, Bonn)

41 Einblick in die Lagerküche im Durchgangslager Giessen, August 1950.
(Bundesbildstelle, Bonn)



Dem Durchgangslager
Giessen i. E.

Lagerordnung

1.) Jeder in das Lager eingemessene meldet sich in der Zeit von 7⁰⁰ Uhr bis 10⁰⁰ Uhr in Baracke 4 Nach Dienstschluss in Baracke 1, letzte Tür rechts.

6⁰⁰ Uhr Aufstehen, anschließend Deckenabgabe
6³⁰ Uhr bis 7⁰⁰ Uhr Wergenträfte
7⁰⁰ Uhr Meldung in Baracke 4
7³⁰ Uhr bis 16⁰⁰ Uhr Mittagessen
17⁰⁰ Uhr bis 18⁰⁰ Uhr Verpflegungsausgabe

(Menschenabgang auch nach Abschließung der Einmessungsplätze laufend verabsichtigt)

17³⁰ Uhr bis 18⁰⁰ Uhr Deckenausgabe für schon im Lager erfasste Soldat.
18⁰⁰ Uhr bis 19⁰⁰ Uhr Deckenausgabe für Neuzugänge

2.) Wer zur festgesetzten Zeit sein Essen nicht abgeholt hat, verliert sein Anrecht auf dasselbe.

3.) Lagerruhe: Vom 1. April bis 30. September 23 Uhr
vom 1. Oktober bis 31. März 24 Uhr

4.) Dem Lager ist Jeder verpflichtet mit für Sauberkeit zu sorgen.
(Die Toiletten sind unbedingt zu benutzen)

5.) Sämtliche Lagerinwohner können zur Arbeitsleistung herangezogen werden.

6.) Männerunterkunft Baracke 5
Frauenunterkunft Baracke 1
Mutter u. Kind Baracke 4

Männer dürfen die Frauenunterkünfte und Frauen die Männerunterkünfte ohne Genehmigung der Lagerleitung nicht betreten.

7.) Kranke melden sich bei der Schwester in Baracke 4.

8.) Den Anweisungen des Lagerpersonals ist unbedingt Folge zu leisten.

9.) Nichtbefolgen der Lagerordnung oder Verstöße gegen dieselbe können die Verweisung aus dem Lager nach sich ziehen.

Die Lagerleitung:

113.

Auf dem Aushang in den einzelnen Baracken wird besonders hingewiesen.

42 Die Lagerordnung des Durchgangslagers Giessen vom August 1950, über das u.a. auch viele DDR-Flüchtlinge noch bis zum Herbst 1989 den Weg in den Westen fanden.
(Bundesbildstelle, Bonn)

Speiseplan den 31.8.50

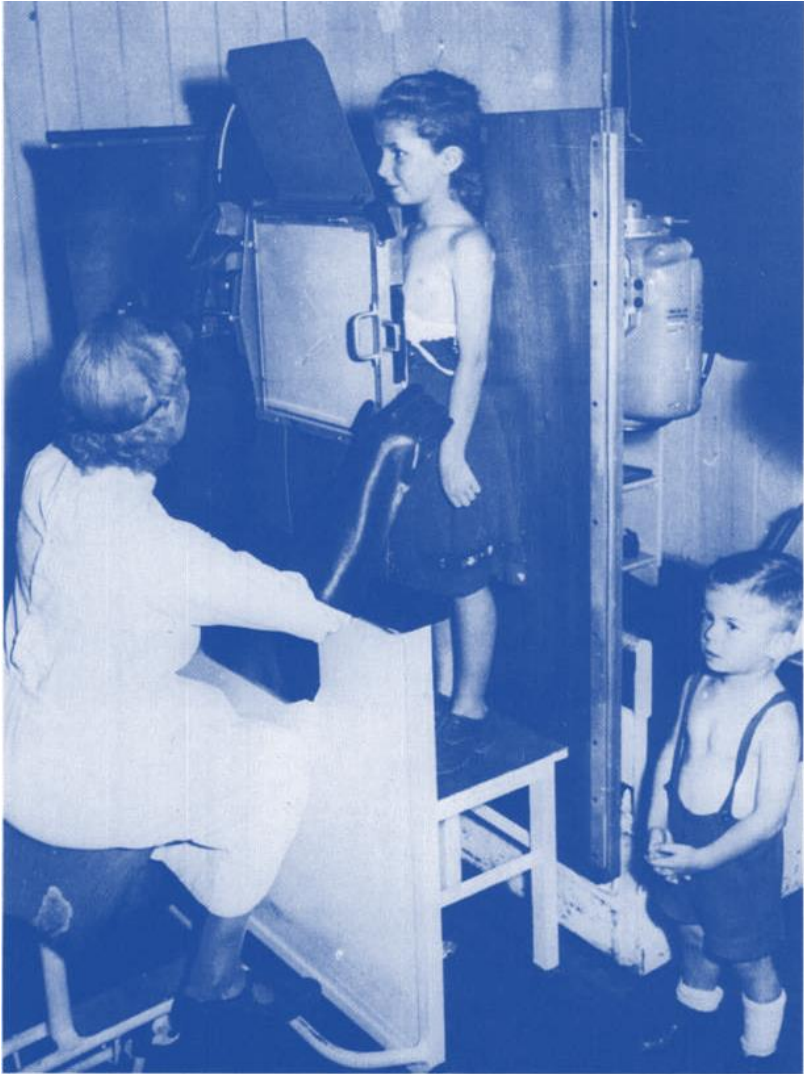
Morgenkost: Kaffee 7g
Brot 100g
Marmel. 50g

Mittagkost: Gemüse-Eintopf u. Suppe
Kartoffeln 50g Gemüse 200g
Nudeln 500g Fett 15g

Abendkost: Brot 400g
Margarine 20g
Käse 1 Stück

FW: 1.000' Lehmer, Georg

43 Der Speiseplan vom 31.8.1950 im Durchgangslager Giessen.
(Bundesbildstelle, Bonn)



44 Untersuchung von Flüchtlingskindern im Durchgangslager Giessen, August 1950.
(Bundesbildstelle, Bonn)



45 Neubürger bei Verputzarbeiten in der Vertriebenensiedlung Heilsberg, 1948.

46 Bau einer Notkirche in der Vertriebenensiedlung Heilsberg.



DOKUMENT 57

Auszug aus dem Bericht «Wie lebt ,Familie Müller' heute?»

Aus: Frankfurter Rundschau vom 25.2.1949.

[...]

Zimmermädchen und Küchenhilfe

Es begann eine schwere Zeit, wie für alle Flüchtlinge und Ausgewiesenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die in Westdeutschland weder Verwandte noch Bekannte hatten. Die junge Frau meisterte jedoch auch weiterhin ihr Schicksal und stellte die den Schlesiern eigene Zähigkeit und Tüchtigkeit immer wieder unter Beweis. Als Zimmermädchen und Küchenhilfe begann sie für monatlich hundert Mark in amerikanischen Hotels in Heidelberg. Tagsüber schickte sie ihre beiden Buben in den Kindergarten, und durch zusätzliche Arbeit verdiente sie die Lebensmittel, um die beiden Vielfrasse immer satt zu bekommen. In ihren wenigen freien Stunden schneiderte sie ihnen aus alten amerikanischen Kleidungsstücken, die als Wischlappen in der Hotelküche Verwendung fanden, neue Kleidung. Während ihre Mutter ihren Verdienst als Hausschneiderin der gemeinsamen Haushaltskasse beisteuerte, avancierte Frau Ingeborg von der Küchenhilfe zum Kindermädchen und später – ihr Englisch machte sich nun bezahlt – zur Sekretärin. Das Gehalt stieg auf 250 Mark, aber was konnte man sich dafür schon kaufen?

«Die ganze Zeit über, seit unserer Flucht aus Schlesien bis zum heutigen Tage, galt mein ganzes Augenmerk meinen beiden Buben. Hinter ihrer Ernährung und Kleidung hatte alles andere zurückzustehen», das sagt diese junge Frau mit dem schmalen Gesicht, den klaren Augen unter der vom brünetten Haar umrahmten hohen Stirn und den mit den Spuren grober Arbeit gezeichneten schlanken Händen mit einer solchen Selbstverständlichkeit, wie sie allen wahren Müttern dieser Erde zu eigen ist und wie wir sie gerade immer wieder bei den Frauen der Flüchtlingsfamilien fanden.

[...]

Das Zusammenleben

DOKUMENT 58

Aktenvermerk des Hessischen Ministers für Arbeit und Wohlfahrt, Oskar Müller, für den Hessischen Staatskommissar Mann vom 21.10.1946. Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 219.

Gelegentlich meiner Rücksprache am 19.10. mit dem Herrn Ministerpräsidenten erwähnte er auch unter anderem, dass in einem Kreis verstorbene Flüchtlinge zwar mit Särgen an das Grab herangetragen, dann jedoch die Särge aufgemacht und die Leichen in das Grab gelegt würden. Ein entsprechendes Schreiben wird wohl bei Herrn v. Trodt [von Trott, Mitarbeiter der Staatskanzlei] liegen, mit dem Sie sich in Verbindung setzen wollen, um zu erfahren, in welchem Grad das geschieht und warum es geschehen ist. Unter keinen Umständen darf bei den Neubürgern der Eindruck entstehen, dass sie anders behandelt werden als Alteingesessene.

DOKUMENT 59

Abschrift eines Schreibens des Bürgermeisters von Breithardt an das Kreiswohnungsamt in Bad Schwalbach (Untertaunuskreis) vom 20.5.1947 über die Beschwerde einer Flüchtlingsfamilie (anonymisiert). Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 77.

Die Familie B.W. wurde im April 1946 in dem Hause des D.P., [...] untergebracht. Während in der ersten Zeit des Zusammenwohnens das gegenseitige Verhältnis einigermaßen gut war, hat sich dieses mit der Zeit immer mehr verschlechtert. Die Schuld an der Verschlechterung des Verhältnisses tragen nach eingehender Prüfung beide Teile. Das Ehepaar P. ist über 70 Jahre alt, kinderlos, und wie alte Leute manchmal sind, mehr als notwendig wunderlich. Es ist hier hauptsächlich die Frau P., die sich über jede Kleinigkeit ärgert und beschwert. Auf der anderen Seite ist die Familie W. mit 6 Personen, die nach meiner Auffassung nicht das notwendige Verständnis

dafür aufgebracht hat, dass man auf Leute, wie in diesem Falle die Familie P., etwas Rücksicht nehmen muss.

Bei der Familie W. wurden öfters, manchmal wöchentlich, Gesangsproben mit Musikbegleitung abgehalten, die von 10 und mehr Personen besucht waren. Die Proben erstreckten sich bis tief in die Nacht hinein und störten den Vermieter P. in seiner Nachtruhe. Noch vor ca. 4 Wochen kam abends kurz vor 11 Uhr P. zu mir und bat mich, doch einmal mitzugehen, und der Gesangsprobe Einhalt zu gebieten, damit er zu seiner Nachtruhe käme.

Ich habe mich an dem betreffenden Abend selbst überzeugt, dass die Angaben des P. stimmten, denn ich musste feststellen, dass abermals wieder eine Menge fremde Personen anwesend waren und Kirchenlieder probten. Wenn man auch gegen den in jeder Familie einmal vorkommenden Besuch nichts einwenden kann, so ist doch dieser Zustand nicht als Besuch anzusprechen und die Beschwerde des P. besteht zurecht. Aus diesem Grund habe ich der Frau W. gesagt, dass es nicht angängig ist, dass die Proben in ihrer Wohnung stattfinden, sie sollten sich dafür ein Lokal mieten, genau wie der Gesangsverein und dort die Proben abhalten, damit dieser Zankapfel aus der Welt käme, andernfalls ich einen Wohnungstausch vornehmen müsste. Darin erblickte ich nicht, wie Frau W. angab, eine Drohung, sondern zu dieser Massnahme habe ich als Bürgermeister ein gutes Recht. Ich habe auch nicht der Frau W. gesagt, sie würde zuviel Wasser verbrauchen, ich habe im Gegenteil gesagt, dass es den P. nichts angeht, wieviel Wasser sie verbraucht, denn der Wasserverbrauch wird ja nicht von P., sondern von W. bezahlt.

Genau das Gegenteil ist auch der Fall, wo es sich um die Abgabe des Nebengelasses handelte. P. wollte diesen Raum vorübergehend haben, da er dort für eine kurze Zeit Möbel unterstellen wollte. Ich habe nach persönlicher Inaugenscheinnahme entschieden, dass W. das Nebenglass behält, da ich mich überzeugt hatte, dass P. zum Unterstellen seines Möbels auch noch anderweitig Platz hatte. Ich weise deshalb die Beschwerde des Herrn B. W. als nicht begründet und auch nicht in allen Teilen der Wahrheit entsprechend zurück.

DOKUMENT 60

*Anonymisiertes Schreiben von zwei Flüchtlingsfrauen aus dem Kreis Büdingen an das Hessische Landesamt für Flüchtlinge vom 16.6.1947.
Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 264.*

Wir sind 2 Frauen aus dem Sudetenland, hier in M.-Kr[eis] Büdingen seit dem 7.7.46 bei dem B. M. [...] zwangsweise einquartiert und bitten um Ihre Soforthilfe. Diese Leute versuchen mit allen möglichen, erdenklichen Mitteln, uns bei allen wieder hinaus zu ekeln.

Auf Jammern des Besitzers willigten wir ein, dass seine Tochter Ch., 16 Jahre alt, bei uns schlafen kann. Von diesem Tag an hatten wir schon kein eigenes Zimmer mehr. Nach 7 Wochen kam eine Scheitwand durchs Zimmer und wir mussten den vorderen Teil beziehen, während die Tochter die grössere hintere Hälfte bekam. Damit begann für uns die schlimme Zeit. Wir konnten noch nie sagen, dass wir ein eigenes Zimmer besitzen, sondern es war ein Hausflur geworden, in dem jeder, dem es beliebt, eintreten konnte. Besonders in unserer Abwesenheit wird der Raum oft besucht und durchwühlt, während man uns das dazu gehörige abschliesst. Jede Bitte an den Herrn Bürgermeister um ein anderes Zimmer blieb erfolglos.

Im Herbst vergangenen Jahres, kam zufällig an dem Tag, an dem der Besitzer uns raussetzen wollte, ein Flüchtlings Vertreter, der wiederum die 2. Hälfte des Zimmers uns zusprach und die Tochter daraus entfernte. Nach Fortgang des Herrn Vertreters gab es wie immer grossen Krach und die Sache blieb dieselbe. Es gibt nie Streit, die Leute versuchen mit allen [Mitteln], damit wir von selbst gehen sollen. Wohin? Wir mussten uns alles bietenlassen.

Vor 4 Wochen nun, nach Bezahlung des Lichtgeldes und der Miete, schnitt der Besitzer in unserer Abwesenheit das Licht durch. Daraufhin versuchte und erhielt ich einen Steckschlüssel. Nach einmaliger Anwendung überraschten wir den Besitzer, wie er mit Hammer und Meissel das Schloss durchschlug, derartig, dass sich die Tür nicht mehr öffnen liess. Der Bürgermeister als örtliche Wohnungskommission verweigerte uns seine Hilfe. Den nächsten Tag fuhr ich zu dem Herrn Wohnungskommissar Henige und nach Bericht übergab Herr Henige mir ein Schreiben an den Bürgermeister mit der Anordnung zur sofortigen Freigabe des Zimmers für uns beide. Das war aber für den Bürgermeister noch kein Anlass in die Sache einzugreifen,

bis die darauffolgende Woche der Vertreter des Herrn Wohnungskommissars kam, nach Prüfung der Tatsachen bestimmte, wir müssten sofort eine andere Wohnung zugeteilt bekommen. Daraufhin fand man für uns ein Zimmer, doch noch am selben Abend erzählte unser alter Bauer dem Besitzer der neuen Wohnung etwas über uns, woraufhin derselbe unsere Aufnahme verweigerte. Trotz Bemühungen des Vertreters und [des] Bürgermeisters ist nicht zu erfahren, was der Alte von uns erzählt hat.

Zur Zeit werden hier 15 Umquartierungen vorgenommen, aber für uns hat der Bürgermeister kein anderes Zimmer, als das, dessen Besitzer sich weigert, in sein villenähnliches Haus, das er allein bewohnt, jemand aufzunehmen. Das Wohnen hier ist bis zur Unerträglichkeit gesteigert, ausserdem können wir nichts arbeiten, solange wir nicht ein eigenes Zimmer besitzen, das wir abschliessen können. Da wir nicht in der Lage sind, dem Herrn der hiesigen Wohnungskommission uns erkenntlich zu zeigen, so bleibt die Gegenpartei immer Sieger.

DOKUMENT 61

Aktenvermerk vom 25.6.1947 zur Beschwerde einer Flüchtlingsfrau aus einer kleinen hessischen Gemeinde (anonymisiert).

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 264.

Mit anderen Flüchtlingen wurde auch die Frau P. J. im Februar der Gemeinde K. zugewiesen. Während die anderen Flüchtlinge keine Schwierigkeiten machten, war Frau J. mit nichts zufrieden. Sie verlangte ein passendes, möbliertes Zimmer, was ich ihr nicht geben konnte. Sie machte mir schon am ersten Tag den Vorwurf, dass ich meine Schuldigkeit den Flüchtlingen gegenüber nicht erfülle. Ihr Quartier musste sie hier mehrmals wechseln. Die Quartiergeber beschwerten sich über ihr herausforderndes Wesen, sie bittet nicht, sie verlangt nur, sie fordert, sie bestimmt. Anpassen kann sie sich den Verhältnissen nicht. Sie wird überall unangenehm auffallen, wohin sie auch kommt. Selbst die Flüchtlinge, die mit ihr kamen, wollen mit Frau J. nichts zu tun haben.

So wurde sie zuletzt bei der Familie R. in K. untergebracht, wo sie wirklich gute Aufnahme gefunden hatte. Auch da war sie nicht zufrieden. Sie

beherrschte die Küche und [die Familie] R. mussten sich nach ihr richten. Ein längerer Aufenthalt dort war unmöglich. Von der örtlichen Wohnungskommission wurde das Gemeindehaus besichtigt und zum Wohnen für gut befunden. Dahinein wurde Frau J. schliesslich gewiesen, sie weigerte sich, auch diese Wohnung im Gemeindehaus zu beziehen, daraufhin wurde sie polizeilich umgesetzt.

Vom Amtsgericht in M. bekam ich ein Schreiben, wonach die J. wegen mittelbarer falscher Beurkundung verurteilt war. Sie sollte sich äussern, wie sie die Kosten des Verfahrens zahlen wollte. Sie stritt zunächst die Verurteilung ab.

Weiterhin benötigte ich den Flüchtlingsausweis, sie wollte ihn angeblich holen, erschien aber nicht wieder bei mir. Ich war gezwungen, sie durch die Gendarmerie holen zu lassen.

Sie gab auch Veranlassung, dass sie dem Gesundheitsamt zwecks Untersuchung gemeldet werden musste. Sie erhielt wiederholt Aufforderung vom Gesundheitsamt, dort zu erscheinen, sie ging aber freiwillig nicht, so dass sie wiederum polizeilich dort vorgeführt werden musste.

Die J. hat ein arrogantes, freches Wesen und wenn sie nichts erreicht, versucht sie durch Weinen Mitleid zu erwecken. [...]

Die J. wohnte ohne Kind etwa 8 Wochen in der Gemeinde K. Sie verlangte aber für sich und ein Kind Lebensmittelkarten. Während sie für sich solche erhielt, versagte das Ernährungsamt Fulda die Ausgabe der Karten für das Kind. Die J. gab überhaupt keine Auskunft, wo sich das angebliche Kind befindet, sie sagte nur, ihr Kind sei in M. bei Bekannten. Schliesslich brachte sie das Kind ohne jede Abmeldung von dem früheren Ernährungsamt nach hier. Da sie bis heute keine Abmeldung vom früheren Ernährungsamt beibrachte, erhält das Kind auf Anweisung vom Ernährungsamt Fulda bis heute auch keine Lebensmittelkarten, obwohl sie wiederholt von mir zur Einbringung solcher Bescheinigung aufgefordert wurde.

DOKUMENT 62

*Schreiben des Leiters des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge,
Dr. Nahm, an die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Landkreise vom 30.
9.1947 über das Zusammenleben von einheimischen und Flüchtlingsfami-
lien in Langen, Kreis Offenbach.*

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 13.

Vertreter des Evangelischen Hilfswerkes haben in der Gemeinde Langen, Kreis Offenbach, jede Flüchtlingsfamilie besucht und eine genaue Feststellung über Wohnverhältnisse, Versorgung mit Kleidung und Hausrat, über die Ursache von Streitigkeiten getroffen. Der eine der beiden Erheber war Altbürger (Dozent einer Hochschule), der andere ein Verwaltungsbeamter aus Flüchtlingskreisen.

In einer längeren Unterredung, die ich mit beiden Ermittlern hatte, ergab sich:

1. dass mindestens 30% aller bis zur Behörde getragenen Zwistigkeiten auf Kleinigkeiten zurückgehen,
2. dass ungefähr 15% der Flüchtlingsfamilien mit Kleidern und Schuhwerk so schlecht bestellt sind, dass sie über den Winter nicht bestehen können,
3. dass dem gleichen Prozentsatz auch der primitivste Hausrat fehlt.

Die beiden Herren brachten mir nun eine Anregung, die ich gerne aufgreife und Ihnen weitergebe mit der Bitte um Ihre Äusserung: Die stationäre Behandlung der Flüchtlinge vom Landratsamt oder der Bürgermeisterei aus müsste aufgelockert werden, indem ungefähr nach der Art der Arbeitsweise von Fürsorgeschwestern regelmässige Hausbesuche stattfänden. Diese Hausbesuche müssten dann den Zweck haben, Zwistigkeiten wie z.B. wegen einer Trockenraumbenutzung, eines Holzplatzes, eines Hausschlüssels usw. durch persönliche Intervention zu vermeiden oder auszugleichen. In der vorigen Woche machte mir ein Flüchtlingsvertreter den Vorschlag, die Mieteneinigungsämter in Gemeinden und Kreisen wieder aufleben zu lassen.

Was die schlechte Versorgung eines Teiles der Flüchtlinge anbetrifft, verweise ich auf meinen Vorschlag einer Sammlungsaktion, den ich Ihnen vorige Woche zuleitete.

DOKUMENT 63

Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Landkreise, des Ziegenhainer Landrates Heinrich Treibert, an das Hessische Landesamt für Flüchtlinge vom 6.10.1947 zum Verhältnis zwischen Flüchtlingen und Einheimischen.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 13.

Es trifft zu, dass es sich bei den Differenzen zwischen Flüchtlingen und Eingesessenen zumeist um Bagatellsachen handelt, die unter normalen Verhältnissen überhaupt nicht in Erscheinung treten würden. Dem Ihnen gegenüber gemachten Vorschlag, durch persönliches Einwirken von geeigneten, dem dörflichen Leben nahestehenden Personen diese Zwistigkeiten im Kleinen auszugleichen, kann nur beigetreten [beigepflichtet] werden. Ich konnte hier mit gutem Erfolg die Neubürgervereinigung zu diesem Zweck einschalten, die unter Leitung verständiger Persönlichkeiten es übernommen hat, diesen kleinen Differenzen durch gegenseitige Aussprache unter den Beteiligten abzuhelpfen. Man sollte dazu nicht eine besondere Organisation aufziehen, sondern sich der vorhandenen geeigneten Kräfte bedienen bzw. vorhandene Einrichtungen beleben oder wieder erwecken, sei es nun, dass es sich um eine Vermehrung der Zahl der Familienfürsorgerrinnen handelt, sobald die staatlichen Gesundheitsämter wieder in die Kreisverwaltungen überführt sind, oder um eine Vermehrung der von mir bejahten Mieteinigungsämter oder die Wiederherstellung der Schiedsmänner oder Ortsgerichte (die letzten im früheren Freistaat Hessen), das alles liegt auf dem von Ihnen zutreffend auf gezeichneten Weg. Einen anregenden Erlass in dieser Hinsicht würde ich begrüßen.

[...]

DOKUMENT 64

Über das Zusammenleben.

Aus: Fuldaer Volkszeitung vom 7.8.1948.

Das Lächeln am Morgen

Als der Krieg zu Ende war, sind wir noch mehr zusammengedrückt. Überall kamen noch welche hinzu, ganze Familien und Einzelgänger, Heimatvertriebene und Heimgekehrte. Alle hausen sie jetzt unter den viel zu niedrig gewordenen Dächern beisammen. In Gedanken sieht man die Mauern der Häuser bersten von all dem Leben, das sich trotz Not und Sorgen ausbreiten muss. – Die einen wie die anderen haben irgendetwas aufgegeben, der eine manchmal nur liebgewordene Gewohnheiten und früher selbstverständliche Bequemlichkeiten, manchmal einen Glauben und viele Hoffnungen, der andere alles, was er liebte: Angehörige, Freunde, die Heimat, den Besitz und das vertraute Heim. Es gibt da eine Menge gradueller Unterschiede von aussen her betrachtet. Doch von innen her sieht jeder seine Last und seine Sorgen als die grössten an.

Man begegnet sich viel zuviel, natürlich bei dieser Enge des Lebens in Korridoren und Treppenhäusern. Interessen überschneiden sich in diesem Gewimmel und Gedränge. Der vorhergehende Tag brachte irgendetwas, was den einen an dem anderen ärgerte. Reibung ist ein Naturgesetz, das sich bis in die feinsten psychischen Verästelungen hinein verfolgen lässt.

Sagen wir es ehrlich, wir könnten manchmal platzen, wenn wir dem Urheber einer vortägigen oder vielleicht sogar nächtlichen Unannehmlichkeit schon morgens in aller Nähe begegnen müssen. Wir möchten ihm böse Worte sagen, und ein böses Gesicht ist das wenigste, was wir glauben, uns zumuten zu können. Doch wie wäre es, wenn wir dann lächelten, den anderen freundlich anlächelten? Nicht aus Heuchelei etwa, nein, ganz ehrlich und voller Überzeugung. Es fällt nämlich gar nicht so schwer, wenn wir bedenken, dass wir vor 3/2 Jahren beinahe zusammen gestorben wären, vielleicht in einem gemeinsamen Luftschutzkeller. Uns bedrohten zum mindesten die gleichen Nöte und Gefahren, und es war doch eigentlich ein viel bestauntes Wunder, dass wir überhaupt noch lebten. Ausserdem – seien wir ehrlich – was haben wir uns damals in den schwersten Stunden vorge-

nommen? Wir wollten doch jahrelang Kartoffeln und Salz essen, wir wollten den Rest unseres Lebens schwer arbeiten, wir wollten alle Menschen lieben. Nur Krieg und Bomben sollten endlich vorüber sein.

Wie wäre es also mit einem Lächeln am Morgen, das dem anderen oft etwas geben könnte?

DOKUMENT 65

Reaktionen auf ein Inserat.

Aus: Das freie Land vom 10.2.1949.

Peitschenhiebe für die Vertriebenen

Ein Inserat mit Folgen in drei Episoden und einigen Betrachtungen:

1. Episode: Das Inserat.

«Kleinere Landwirtschaft im Dillkreis an älteres Ehepaar oder kl[eine] Familie (keine Flüchtlinge!) zum 1. April zu verpachten. Ang[aben] unt[er] Nr. 141.» (Nass[auische] Neue Zeitung, Wetzlar, vom 6.1.49).

2. Episode: Ein Flüchtling entrüstet sich.

«Warum keine Flüchtlinge? Nach dem Flüchtlingsgesetz sind die anerkannten Flüchtlinge der hessischen Bevölkerung gleichgestellt. Es gehört schon etwas dazu, so etwas zu veröffentlichen, um den Hass und die Abneigung zu zeigen. Haben diese Menschen ganz vergessen, dass der Hitler-Krieg total geführt, total verloren und deshalb auch bezahlt werden muss? Die Stimme Amerikas gab uns während des Kriegs täglich zu verstehen, dass jeder Deutsche zur Verantwortung gezogen wird. Warum gerade nur wir allein? Nein! Der kommende Lastenausgleich wird diese Deutschen eines anderen belehren. Soll jeder Mensch Gott danken, dass er vom Russen bzw. Tschechen verschont geblieben ist und bleibt». (Frau Anny Schmidt, Ortsvertrauensmann, Sechshelden/Dillkreis in der «Aussprache» der «Nass[auischen Neuen Zeitung», Wetzlar, vom 12.1.49).

3. Episode: Ein anonymer Brief-feig, aber offenherzig.

«An Frau Anny Schmidt, Sechshelden. Ihre Veröffentlichung in der «Nassauischen Zeitung» habe ich gelesen. Warum regen Sie sich so auf, wenn der Mann seine Wirtschaft an keinen Flüchtling verpachtet, wird er seine Gründe haben. Jedenfalls geht das Sie einen Dreck an (unterstrichen). Wenn es Ihnen nicht passt, so wandern Sie doch aus nach Buxtehude oder wohin Sie wollen. Wir wären froh, wenn die ganze Flüchtlingsbescherung wieder wär, wo sie herkam. Dann wäre es hier 100% besser bestellt im Land. In Sechshelden sitzen Sie doch gut, von mir aus auf dem Misthaufen. Gruss Karl Schulze. PS. Vielleicht könnt Ihr «Bittschöner» mal auswandern nach Brasilien – hoffentlich recht bald.» (Aufgegeben in Dillenburg am 12.1.49).

Wir denken gar nicht daran, in diesen «Episoden» mehr zu sehen als sie in Wirklichkeit sind, nämlich lokale Einzelexplosionen einer angespannten Stimmung, wie man sie schliesslich auch in zahlreichen Konferenzen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen vorfindet, nur mit dem Unterschied, dass sie sich hier meist in etwas vorbildlicheren Formen «entlädt». Und in der Tat gibt es wohl kaum einen Einheimischen, der über die «Flüchtlingsbescherung» wesentlich anders dächte als der «heldenhafte» Brief Schreiber. Nur der Ton, der bekanntlich die Musik macht, klingt bei manchen anders. Aber wir sind nun einmal aus einem sehr musikalischen Lande und merken schon, wenn es bei einem einmal auch nur einen Achtelton daneben geht. Wenn wir dabei nicht gleich das Gesicht verziehen, so mag dies ein Akt der Höflichkeit sein, über die wir später noch einiges zu sagen haben. Über etwas haben wir uns bei der Geschichte dennoch herzlich gefreut. Die einzige der handelnden Personen, die mit ihrem vollen Namen die von ihr vertretene Meinung deckt, ist ein Flüchtling. Von den beiden anderen verbirgt sich der eine hinter einer Chiffre, während der zweite sogar in die schmutzigen Niederungen der anonymen Briefschreiber hinabsteigt, um bar jeder Verantwortung sein Mütchen an den aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen kühlen zu können [glaubt]. Im Übrigen: glaubt «Herr Schulze» wirklich so unbekannt zu sein?

[...]

DOKUMENT 66

Der tägliche Kleinkrieg.

Aus: Volksbote vom 20.12.1949.

Sind wir weiter gekommen?

Viele Heimatvertriebene, müde von dem täglichen Kleinkrieg und dem Kampf um die nackte Existenz, fallen der Verbitterung anheim und sagen: «Es hat alles keinen Sinn.» Die ablehnende Haltung der Einheimischen scheint alle Bemühungen zur Erfolglosigkeit zu verurteilen.

Waren unsere Arbeiten tatsächlich so erfolglos?

Die meisten von uns schauen auf die vollen Schaufenster und auf die dünne Schicht jener Menschen, die es sich in ärgerniserregender Weise gutgehen lassen. Oder sie denken zurück an die alte Heimat und, die Erinnerung verklärt alles, was auch dort schwer und bitter war.

Der einzige, richtige Massstab, an dem wir unser heutiges Leben messen und beurteilen können, ist aber der Nullpunkt der Aussiedlung. Erinnert ihr euch nicht, wie wir froh waren, als die tägliche Angst hinter uns lag. Hatten wir nicht damals alle den Mut, wieder von vorne anzufangen?

Und wir haben von vorne angefangen! Schaut euch doch einmal um in euren kleinen Stuben und Kammern. Wenn wir heute fort müssten, wir hätten nicht nur 30 oder 50 kg Gepäck zu schleppen. Wieviel hat doch unsere Erfindungskraft, unser Fleiss und unsere Tüchtigkeit seither wieder zustandegebracht?

Schaut nicht auf die Einheimischen und denkt nicht zu oft an die gute, alte Zeit. Wartet auch nicht, dass euch jemand etwas gibt! Geschenke und Gnadengaben sind ohne Wert für die Zukunft. Nur was wir uns selbst erarbeiteten, das werden wir als Eigentum besitzen. Wir mussten von vorn anfangen. Seid ehrlich: Sind wir nicht schon ein Stück weitergekommen?

Wir werden auch im Neuen Jahr mit Gottes Hilfe weiterkommen.

DOKUMENT 67

Ein Schulaufsatz eines Unterprimaners der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg (Kreis Fulda), der am 14.3.1950 geschrieben wurde. Das Thema lautete: Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen in der Gegenwart, und wie schätzen Sie es für die Zukunft ein?

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 369.

Da ich selbst Einheimischer bin, sehe ich vielleicht die Lage zu sehr von der Warte des Einheimischen aus. Ich will aber versuchen, das Verhältnis so klar wie möglich aus seinen hauptsächlichsten Ursachen heraus zu erklären. Es ist ja heute meist so, dass man nur mit solchen Flüchtlingen in Berührung kommt, die schon ein oder mehrere Jahre in unserer näheren Umgebung wohnen. Dieses «Wohnen» ist es meist, was das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen bestimmt. Das Verhältnis ist bei den Beteiligten besser oder schlechter, je nachdem sie gut oder schlecht aufgenommen wurden. Eine Flüchtlingsfamilie, die in Räumen untergebracht ist, die einem Stall ähnlicher sehen als einer anständigen Wohnung, wird dem Einheimischen misstrauischer und abgeschlossener entgegentreten als eine Familie, die gut untergebracht ist. Meist sind es nur Kleinigkeiten, die das Verhältnis bestimmen. Verlangt ein Flüchtling zum Beispiel von seinem Hausherrn ein Haushaltsgerät und dieses wird ihm unwillig oder gar nicht geliehen, so entsteht hier schon ein gespanntes Verhältnis, das bis zu einem Krach ausarten kann. Dies ist der Fall, der heute nur noch zu häufig eintritt. Aber Flüchtlinge, die gut aufgenommen wurden, denen das Eingewöhnen in ihre neue Umgebung leicht gemacht wurde oder [noch] wird, stehen heute mit den Einheimischen wenigstens äusserlich in einem guten Verhältnis.

Aber nicht nur von den Einheimischen kann das Verhältnis, wenn es nicht gut ist, gebessert werden, sondern auch von den Flüchtlingen selbst. Es gab und gibt leider noch heute Flüchtlinge, die meinen, sie müssten dem Einheimischen als Fordernde gegenüberreten. Diese Flüchtlinge stellen Forderungen, die den Einheimischen vor den Kopf stossen müssen. Sie treten den Einheimischen so gegenüber, als ob diese allein an ihrem Unglück schuld seien. Man kann ja verstehen, dass die Flüchtlinge verbittert sind, aber wenn sie in ihrer Verbitterung die Einheimischen, mit denen sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf Jahre hinaus so zusammenleben müssen, für

ihr Unglück verantwortlich machen, stossen sie natürlich auf eine gewisse Abneigung.

Etwas anderes, was eine Spannung zwischen den Flüchtlingen und den Einheimischen hervorruft, sind die Sitten und Bräuche und in den ländlichen Gegenden die Kleidung der Flüchtlinge. Diese Lage muss man auch wieder von zwei Seiten betrachten. Der Einheimische muss sich vorstellen, dass der Flüchtling einmal alles verloren hat. Er hat vielleicht nur etwas Kleidung gerettet. Er hat hier in seiner neuen Umgebung keine Arbeitsstätte und damit keine Gelegenheit, sich der einheimischen Tracht anzugleichen, wenn er auch den Willen dazu hat. Und dann darf man nicht vergessen, dass der Flüchtling, vor allem die ältere Generation, noch so fest mit ihren Bräuchen und Sitten verwachsen ist, dass es ihr sehr schwerfallen muss, dieses alles sofort über Bord zu werfen.

Der Flüchtling seinerseits muss aber auch versuchen, sich sobald es ihm wirtschaftlich möglich ist, wenigstens äusserlich an seine Umgebung anzuschliessen. Dass dies vielen äusserst schwer fällt, kann man sich wohl denken. Am schwersten fällt dies natürlich den älteren Leuten.

Betrachtet man nun heute das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, so muss man sagen, dass, abgesehen von wirklich guten Verhältnissen Einzelner, von beiden Seiten noch nicht das erreicht worden ist, was erreicht werden sollte. Dass das Verhältnis noch nicht sehr gut ist, sah man ja schon allein bei den letzten Wahlen. Obwohl die einheimischen Parteien sich grosse Mühe gaben, die Flüchtlinge auf ihre Seite zu bringen, spalteten sich diese doch ab und eröffneten eine Partei der Parteilosen, da sie glaubten, dass ihre Forderungen nicht genug hervorgehoben wurden. Es wäre sicher für beide Teile, aber besonders für die Flüchtlinge, besser gewesen, wenn diese Partei nicht gegründet worden wäre.

Ich will jetzt kurz auf die Zukunft eingehen. Das Verhältnis zwischen Menschen, die aus verschiedenen Gegenden zusammenkommen, wird in der Zukunft immer von der jüngeren Generation bestimmt. So wird diese jüngere Generation auch auf das Flüchtlingsproblem und damit auch auf das Verhältnis zwischen Flüchtlingen und Einheimischen einen guten Einfluss ausüben. Die Flüchtlingskinder nämlich, die mit den einheimischen Kindern aufwachsen, werden zueinander in einem viel besseren Verhältnis stehen wie deren Eltern. Greifen in diesen natürlichen Vorgang die Lehrer in der Schule und die Eltern noch energisch ein, so wird zwischen Einheimischen und Flüchtlingen in absehbarer Zeit ein gutes Verhältnis bestehen.

Die Bewältigungsversuche

Die Flüchtlingsverwaltung

DOKUMENT 68

In den Kreisen und Städten eingerichtete Flüchtlingsausschüsse regelten die erste Aufnahme und Unterbringung.

Aus: Marburger Presse vom 10.11.1945.

Betreuung der Ostflüchtlinge in Gross-Hessen

Umfassende Massnahmen werden für die Ernährung, Unterbringung und Beschäftigung der Flüchtlinge aus dem Osten und Südosten getroffen, die jetzt aus der russischen Zone hier eintreffen. Dies erklärte der Minister für Arbeit und Wohlfahrt in Gross-Hessen, Oskar Müller.

Es ist vorgesehen, die Flüchtlinge bei oder in der Nähe ihrer Arbeitsstätte anzusiedeln. Der Minister appelliert an die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung Gross-Hessens. «Wir – d.h. jeder ohne Ausnahme –», erklärte er in einem Presseinterview, «sind mehr denn je angewiesen, als einen Teil unserer Wiedergutmachung nicht nur diese Hunderttausende unterzubringen, sondern auch zu betreuen und sie für eine aufbauende Mitarbeit zu gewinnen. Der Nazismus und seine Helfershelfer hat das deutsche Volk in eine grauenhafte Katastrophe geführt. Er hat die Tausenden von Flüchtlingen heimatlos gemacht, indem er sie als Werkzeug der Hitlerschen Kriegspolitik missbrauchte. Jetzt müssen wir die Konsequenzen tragen. Wir müssen den Willen und die Energie aufbringen, mit den Schwierigkeiten des Flüchtlingsproblems durch allseitig gegenseitige Hilfsmassnahmen fertig zu werden.»

In allen Kreisen und Städten sind bereits Flüchtlingsausschüsse gebildet worden, um die von den Verwaltungsbehörden vorgesehenen Massnahmen zur Durchführung zu bringen. Die Ausschüsse setzen sich aus Vertretern der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen, der verschiedenen Parteien und der Gewerkschaften zusammen.

Nach dem Überschreiten der Demarkationslinie werden die Flüchtlinge bei der Ankunft in der Hauptsammelstelle einer gründlichen Desinfizierung unterzogen, um Epidemien zu verhüten. Ehemalige Einwohner von Gross-

Hessen können, soweit möglich, in ihre früheren Gemeinden zurückkehren. Die Übrigen werden auf die verschiedenen Kreise verteilt.

Insoweit Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, werden alle arbeitsfähigen Männer da beschäftigt, wo sie am dringendsten benötigt werden. Landarbeiter werden auf Bauernhöfen untergebracht, andere helfen bei Wiederaufforstungsarbeiten oder werden als Bauarbeiter verwendet. Die Angehörigen anderer Berufe sollen soweit wie möglich wieder in ihren früheren Berufen beschäftigt werden.

DOKUMENT 69

Besuch beim Flüchtlingskommissar des Landkreises Waldeck.

Aus: Hessische Nachrichten vom 9.7.1946.

Das Unmögliche wird möglich!

Beim Amt für Flüchtlingsbetreuung in Waldeck

[...]

Den Flüchtlingskommissar des Kreises Waldeck, Herrn Schlüter, haben wir in seinem Amtszimmer besucht, wir sind mit ihm im Flüchtlingsdurchgangslager Korbach gewesen, sind mit ihm auf seinem kleinen Motorrad und mit unserem Wagen in die Gemeinden des Kreises gefahren und haben die Vielseitigkeit dieser Arbeit kennengelernt. – Vom Schreibtisch aus leitet Herr S[chlüter] die Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden, von jenem Schreibtisch aus, auf dem neben den Listen der neu zu erwartenden Flüchtlinge die Beschwerdeschreiben von Bürgermeistern, Einheimischen und Flüchtlingen liegen. Hunderte von separaten Wünschen werden vorgebracht, teilweise werden täglich 120 bis 150 Fälle von Besuchern bereinigt [abgewickelt], und abends geht es meist noch hinaus in die Gemeinden, um an Ort und Stelle nach dem Rechten zu sehen.

Und wie heikel und schwierig sind oft die Entscheidungen, die getroffen werden müssen; da können nicht persönliche Bequemlichkeiten einzelner Leute berücksichtigt werden – es gilt, allen zu helfen, jedem gerecht zu werden. Mit wieviel List und Tücke wird oft der Versuch unternommen,

Wohnungen vorzuenthalten, sei es, dass er als Abstellraum oder Trockenboden getarnt wird. – Aber bei denen, die von sich aus nicht das nötige Verständnis aufbringen, sind dem Flüchtlingskommissar die gesetzlichen Befugnisse erteilt, das Notwendige durchzusetzen. Der Flüchtlingskommissar berichtete uns von Befugnissen, die ihm von höchster Stelle zugestanden sind, wonach bei Weigerungen Wohnungsinhaber, besonders ehemalige Pgs [Parteigenossen der NSDAP], aus ihren Wohnungen zu entfernen und in Baracken unterzubringen sind. Beachtenswert ist auch eine Zugschrift aus dem Lager der Flüchtlinge, die einen «Gesetzesvorschlag» enthält, wonach Leute, die Flüchtlinge schlecht behandeln oder sich überhaupt weigern, solche aufzunehmen, zu enteignen sind und mit 50 kg Gepäck ihr Anwesen verlassen müssen, um selbst zu sehen, wie es ist, wenn man auf der Landstrasse liegt und auf die Gnade seiner Mitmenschen angewiesen ist. [...]

Wir haben den Flüchtlingskommissar, Herrn Schlüter, auf seinen Fahrten begleitet, wir haben miterlebt, wie er oft nach 23 oder 24 Uhr nach Hause kam, um am nächsten Morgen, um 7 Uhr, bereits im Flüchtlingsdurchgangslager Korbach nach dem Rechten zu sehen. Ihm ist es aber nicht genug, die Flüchtlinge im Kreisgebiet unterzubringen, er hat jetzt Holz aufgetrieben, verschiedene Schreiner mobil gemacht, um Möbel für die Flüchtlinge arbeiten zu lassen. Seine Versuche, die Kleinindustrie im Kreisgebiet zu fördern, neue Betriebe anzusiedeln, soll zwei Zwecken dienen; einmal, den Flüchtlingen zu Arbeitsplätzen zu verhelfen, zum anderen, die hergestellten Waren den Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

Wenn der Flüchtlingskommissar jetzt den Versuch unternimmt, Siedlungshäuser im Lehmbauverfahren herstellen zu lassen, um die allgemein gedrängte Wohnlage nach und nach zu entspannen, so können wir ihm wünschen, dass er bei vorgesetzten Behörden und bei der Bevölkerung viel Verständnis finden möge. Sein Wille, das Problem zu lösen, verdient gehört zu werden; seine Planungen sollten Wirklichkeit werden – es würde den Flüchtlingen und den Einheimischen nützlich sein!

DOKUMENT 70

Aktenvermerk im Hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt vom 7.11.1946 zu Beschwerden der Neubürger über den Kreisflüchtlingskommissar des Landkreises Limburg.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 462.

Die andauernden Beschwerden seitens der Neubürger, die wegen ihrer Anliegen bei mir vorsprechen, veranlassen mich, den Herrn Staatskommissar davon zu unterrichten, dass aus dem Kreise Limburg über Herrn Bernhardt und sein Kreisflüchtlingsbüro täglich scharfe Beschwerden bei mir vorgebracht werden. Nach den Aussagen der Neubürger ist es mit unzähligen Schwierigkeiten verbunden, von Herrn Bernhardt selbst empfangen zu werden und wenn dies gelingt, da[nn] legt Herr Bernhardt ein derartig grossspuriges Wesen an den Tag, dass die Neubürger in ihrer schon bestehenden Unbeholfenheit völlig den Kopf verlieren. Zudem wird jedes Ansuchen grundsätzlich und scheinbar ohne vorherige Prüfung durch Herrn Bernhardt abgelehnt. Gerade aus dem Kreise Limburg kommen die meisten Gesuchsteller persönlich nach Wiesbaden, weil sie in Limburg nicht vorgelassen und beraten werden und keinerlei Unterstützung finden können. Diese Arbeitsweise des Herrn Bernhardt scheint sich auch schon auf das übrige Büropersonal übertragen zu haben, denn die Aussagen der verschiedenen Besucher stimmen auch in ihrer Beschwerde hierüber völlig überein. Auf Grund einer Beschwerde der Frau K. aus Limburg habe ich wegen einer besonders schweren Verfehlung eine Vernehmung der Frau K. vorgenommen und füge dieselbe anliegend bei. Ausserdem möchte ich noch erwähnen, dass das gesamte Landratsamt Limburg einschliesslich] Kreisflüchtlingskommissar Mittwoch Nachmittag geschlossen hat und der Kreisflüchtlingskommissar auch ausserhalb seiner Diensträume nicht zu erreichen ist. Diese Feststellung musste ich am 23.10.1946 anlässlich eines versuchten Anrufes in Limburg machen.

DOKUMENT 71

Interview im Studio Frankfurt mit dem Hessischen Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Walter Mann (hier ein Auszug aus der Niederschrift vom 27.11.1946 der am 26.11.1946 aufgezeichneten Sendung).

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 219.

[...]

Frage 4: Das sind also, Herr Staatskommissar, nach Ihren Ausführungen, einschliesslich der mit Transporten Aufgenommenen aus Ungarn und der Tschechoslowakei über 700'000 Personen, die als Neubürger anzusprechen sind. Ich kann mir vorstellen, dass allein die Bewegung dieses Menschenstromes eine ziemlich umfassende Organisation erfordert hat. Vielleicht können Sie uns über den Aufbau und die Tätigkeit dieser Organisation etwas sagen?

Antwort: Technisch und personell noch völlig unzureichend eingerichtet und besetzt wurden [wir] überfallartig vor eine Aufgabe gestellt, die in ihrer bevölkerungspolitischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung alle anderen Aufgaben weit überschattete, als Gesamtproblem jedoch tief in alle Belange unseres Lebens hineingriff. Es war klar, dass dieses Problem mit althergebrachten Verwaltungsmethoden nicht zu lösen war. Wir standen also vor der Tatsache, mitten in einem Trümmerhaufen aus dem Nichts heraus, neben dem Wiederaufbau des Landes auf allen Gebieten eine Organisation zu schaffen, die den geregelten Ablauf des Zustromes der Ausgewiesenen und ihre Aufnahme zu bewältigen hatte. Im Vordergrund stand die Erkenntnis, dass die Mitarbeit aller zur Lösung dieser Aufgabe erforderlich war und ist. Mit Erlass vom 25. Oktober 1946 [(!) 1945] wurden einheitliche Richtlinien herausgegeben. Sie forderten Sofortmassnahmen, hinsichtlich der Unterbringung, der sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung. Zur russischen, britischen und französischen Zone wurden Grenzübergangsstellen geschaffen, um eine geregelte Rückführung heimatlos herumziehender Menschen zu ermöglichen. Für die Verwaltungsbereiche des Landes wurden Flüchtlingskommissare eingesetzt, ebenso für das Land selbst. Für die Aufnahme der zugewiesenen Transporte aus Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei wurden Grenzübergangsstationen und Lager geschaffen, Grenzkommissare eingesetzt, die die planmässige Übernahme und Weiterleitung von Transporten

nach Gross-Hessen durchzuführen hatten. Ein Transportkommissar, mit dem Sitz in München, sorgte und sorgt für die Verteilung nach einem besonders auf gestellten Plan. In dafür eingerichteten Auffang- und Weiterleitungslagern musste die Registrierung, ärztliche Untersuchung, berufliche Erfassung und Aufteilung auf die Kreise bzw. Gemeinden vorgenommen werden. Unter ständig wechselnden Bedingungen wurden seit Ende 1945 Hunderttausende von Menschen eingeschleust und untergebracht und nach anderen Zonen und Ländern zurückgeführt. So vor allem auch entlassene Kriegsgefangene. Mit den geschaffenen technischen Einrichtungen und dem in der Gesamtorganisation eingesetzten Personenkreis, der in zäher, elastischer Arbeit seine verantwortungsvolle Tätigkeit ausübt, konnte der ungeheure Zustrom Ausgewiesener in verhältnismässig geordnete Bahnen gelenkt werden.

Frage 5: So ist es also zu erklären, dass der Wirrwarr des vergangenen Jahres, der auf allen Bahnhöfen und in Städten herrschte, nach und nach abklang. Das Problem ist so umfassend, dass noch viele andere Fragen von mir zu stellen wären. In Anbetracht der Kürze der Zeit möchte ich für heute abschliessen. Sie können mir aber sicher die eine Frage noch beantworten. Durch die grosse Zahl der hereingekommenen Ausgewiesenen dürfte wohl, sagen wir, die erste Phase der Aufgabe fast beendet sein. Was geschieht nun weiter für die Betreuung der Neubürger?

Antwort: Die Beantwortung dieser Frage wird wohl, selbst in gedrängtester Form, mehr Zeit in Anspruch nehmen, als uns heute zur Verfügung steht. Ich möchte aber Ihre Frage abschliessend noch allgemein beantworten. Der ersten Phase in der Flüchtlingslenkung und Betreuung, die Sofortmassnahmen verlangte, folgt nun die zweite Aufgabe: die endgültige Sesshaftmachung. In der Planung zur Erreichung dieses Zieles muss alles für ein völliges Ineinanderaufgehen von Neu- und Altbürgern getan werden. So wie bei Einmündung eines Nebenflusses in einen Hauptstrom Strudel entstehen, so ist nur zu verständlich, dass das Ineinanderfliessen der zugeströmten Neubürger mit den Altbürgern auf allen Gebieten unseres Lebens erst nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten und erst nach geraumer Zeit in einem Gleichklang ausmünden wird. Allererste Voraussetzung ist jedoch, dass bei Alt- und Neubürgern die notwendige Erkenntnis zur Bereitwilligkeit, Opfer- und Hilfsbereitschaft wachgerufen wird und dass sich Alt- und Neubürger den neuen Verhältnissen einpassen.

DOKUMENT 72

Zusammenkunft der Flüchtlingsvertrauensleute, der von den Flüchtlingen aus ihren Reihen gewählten Vertreter, im Landkreis Alsfeld.

Aus: Fuldaer Volkszeitung vom 24.1.1948.

Behebung der Flüchtlingsnot

Erstmalig trafen sich am 17. Januar [1948] die neugewählten Obleute der im Kreise Alsfeld untergebrachten Flüchtlinge, um unter Vorsitz von Landrat Becker grundlegende Beschlüsse über die künftige Zusammenarbeit zu fassen. Es sei, so führte der Landrat in seiner Eröffnungsansprache aus, nicht möglich, bestimmte Versprechungen zu machen, denn alles hänge von der Gesamtentwicklung der Wirtschaft ab. Verständigung müsse jedoch erreicht werden über den Weg, der zur Assimilierung der Neubürger führen könnte. Seelische und materielle Einbürgerung sei das Gebot der Stunde; Gerüchte über Rückführung der Vertriebenen in ihre alte Heimat seien praktisch wertlos, wenn auch die Hoffnung auf eine internationale Verständigung nicht aufgegeben werden dürfe.

Aus den vorgetragenen Klagen ging deutlich hervor, dass drei Sorgen die Flüchtlinge besonders bedrücken: die Wohnraumnot, die Versorgung mit Hausrat und Gebrauchsgütern und die Eingliederung in die Wirtschaft. [...]

DOKUMENT 73

Die Zuständigkeiten der Kreisflüchtlingsdienststellen bei der Eingliederung.

Aus: Fuldaer Volkszeitung vom 29.4.1948.

Von der Arbeit der Kreisflüchtlingsdienststelle

Am 19. Februar 1947 verabschiedete der Hessische Landtag das Flüchtlingsgesetz. Die Durchführungsverordnung erschien am 18. September 1947. Der vorgesehene Flüchtlingsausschuss ist gebildet und tritt monatlich einmal zusammen.

Die Flüchtlingsdienststelle ist zuständig für alle Fragen, die Ausgewiesene betreffen. Mit der Unterbringung allein ist es ja nicht getan. Schwierig ist die Eingliederung der Ausgewiesenen in das Berufsleben. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt müssen Arbeitsplätze vermittelt werden. Die arbeitsfähigen und arbeitswilligen Neubürger sind fast durchweg in Arbeit, wenn auch zu einem nicht geringen Teil in berufsfremder Beschäftigung. Für eine Reihe von Berufen besteht überhaupt keine Beschäftigungsmöglichkeit. Dazu kommt die Neigung bei vielen Personen, alles Heil von der Behörde zu erwarten. Auch die immer wieder verbreiteten Gerüchte von einer baldigen Rückkehr in die Heimat veranlassen viele, vorerst keine Arbeit aufzunehmen. Doch muss anerkannt werden, dass der grösste Teil der Ausgewiesenen mit grossem Eifer an den Neuaufbau ihrer Lebensgrundlagen herangeht.

Genehmigt wurden bisher 1 Antrag auf Eröffnung eines Grosshandelsunternehmens, 72 Anträge auf Wiedererrichtung von Handwerksbetrieben, 10 Anträge auf Wiedererrichtung von Industriebetrieben.

In Bearbeitung befinden sich noch: 52 Anträge auf Eröffnung von Handwerksbetrieben und 21 Anträge auf Eröffnung von Einzelhandelsbetrieben.

Bei den Industrieunternehmen handelt es sich in der Hauptsache um Textil-Betriebe, die zum Teil schon 50 Arbeitskräfte, fast ausschliesslich Ausgewiesene, beschäftigen. Leider fehlt es im Kreis an geeigneten Werkstatträumen.

Bisher wurden rund 9'000 Flüchtlingsausweise ausgestellt.

Vom Landesamt für Flüchtlinge wurden zahlreiche Bekleidungsstücke und Haushaltsgegenstände zur Verteilung an die Flüchtlinge überwiesen, die neben den Kontingenten des Wirtschaftsamtes, aber in Zusammenarbeit mit diesem ausgegeben wurden. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten gelang es endlich, das in Weyhers im ehemaligen Amtsgericht eingerichtete Altersheim für Flüchtlinge in Betrieb zu nehmen.

DOKUMENT 74

Ein Flüchtlingsvertrauensmann schildert seine Aufgaben und Probleme an einem Einzelfall.

Aus: Darmstädter Echo vom 28.2.1950.

Anfang April 1948 übernahm ich den Vorsitz im örtlichen Wohnungsausschuss. Ich war zu dieser Zeit der stellvertretende Flüchtlingsvertrauensmann und war erst sieben Monate vorher aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 30 Familien menschenunwürdig untergebracht. Am 31. Mai 1948 wurde dem Bürgermeister die Zuständigkeit als Wohnungsbehörde entzogen. Eine klar spezifizierte Begründung fehlte.

Als im Juli 1947 eine Flüchtlingspartei aus dem Anwesen eines Bauern mit einer Flüchtlingspartei aus Fürth i.O. einen Wohnungsaustausch, mit welchem die beiden Wohnungsämter einverstanden waren, durchführten, wurde, nachdem die örtliche Wohnungsbehörde einer Beschwerde des Bauern nicht stattgab, der Kreis Wohnungskommissar mit dieser Beschwerde betraut. Der Beschwerde wurde nun stattgegeben. Den in dieser Sache erlassenen Beschwerdebescheid vom 29. Januar 1948 kann man als einen «Meisterbrief für willkürliche Auslegung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18» [Wohnungsgesetz, welches vom Alliierten Kontrollrat in Berlin erlassen wurde] bezeichnen. Ein Beispiel aus diesem Beschwerdebescheid mag genügen. Die im Parterre gelegene Küche der Bauern, angelegt in der ortsüblichen Bauweise, wird als «Flurküche», wenige Sätze weiter als «im Flur gelegene kleine Küche» benannt. Auf dieser «Feststellung» baut sich der «Beschwerdebescheid» auf. Denn durch die «Amputation» der Küche ergab sich die zwingende Notwendigkeit, mehr Wohnraum zuzuweisen. Vor der örtlichen Wohnungsbehörde konnte aber der Beschwerde nicht stattgegeben werden, da der Bauer tatsächlich über den erforderlichen Wohnraum verfügte. Gleichzeitig mit dem «Beschwerdebescheid» vom 29. Januar 1948 wurde verfügt, dass der Flüchtling anderweitig unterzubringen ist. Da aber gar keine Zuweisung an den Bauern für die örtliche Wohnungsbehörde angesichts der katastrophalen Wohnraumlage vertretbar war, bestand auch keine Veranlassung, den schon einigermaßen zufriedenstellend untergebrachten Flüchtling sofort anderweitig unterzubringen. Um eben möglichst weitgehend die Privatinteressen des Bauern aus irgendeinem Grunde besser

vertreten zu können, musste um [nun] die Übertragung der Zuständigkeit als unterste Wohnungsbehörde auf den Kreiswohnungskommissar erfolgen.

Weiterhin wurde die Unrechtmässigkeit des Mietverhältnisses zwischen dem Bauern und dem Flüchtling festgestellt. Dazu dürfte es sehr interessant sein, Folgendes zu wissen: der Tauschpartner des Flüchtlings wohnte ohne schriftliche Zuweisung, wie fast 80% aller Flüchtlinge hier ohne schriftliche Zuweisung wohnen. Durch die örtliche Wohnungsbehörde wurden im Oktober 1947 die Räume des Flüchtlings beschlagnahmt und selbigem vorschriftsmässig zugewiesen. Diese Zuweisung nun wurde durch den Kreiswohnungskommissar aufgehoben und eben auf die Ungesetzlichkeit gerade dieses Mietverhältnisses hingewiesen und damit dem Bauern ein scheinbares Recht in die Hand gespielt. Diese Feststellung birgt eine riesige Gefahr in sich, und ich hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass etwa 80% aller Flüchtlinge in einem ungesetzlichen Mietverhältnis stehen.

Am 28. Juni 1948 wurde eine Beschwerde in dieser Wohnungsangelegenheit von dem Bürgermeister und mir erhoben. Ein Beschwerdebescheid wurde aber bis heute noch nicht erteilt. Als vor etwa einem halben Jahr im Anwesen des Bauern eine gesamte Wohneinheit (Küche und zwei Zimmer) frei wurden, ging auch diese Wohnung nach einigen «Wohnungsmassnahmen» des Wohnungsamtes an den Bauern zurück.

[...]

Die Hilfsaktionen

DOKUMENT 75

Auszug aus dem Schreiben des Regierungspräsidenten in Wiesbaden an die Landräte vom 24.10.1945.

Aus: St AMR Abt. 330 Stadtarchiv Gladenbach, Nr. B 466.

[...]

Ärztliche Fürsorge.

Zur Überprüfung des Gesundheitszustandes der Zugewanderten sind diese unverzüglich vom Amtsarzt zu untersuchen und erforderlichenfalls

in Behandlung zu nehmen. Sofern die Betroffenen nicht über hinreichende eigene Mittel verfügen, ist die ärztliche Betreuung ebenso wie die allgemeine Fürsorge nach den geltenden Grundsätzen zu gewähren.

Verpflegung.

Im Benehmen mit den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege sind mindestens bei den grösseren Eisenbahnstationen mit Umsteigeverkehr Kaffee- bzw. Suppenausgabestellen vorzubereiten. Über die Materialversorgung und Inangsetzung dieser Stellen, die nur für durchwandernde Evakuierte, die sich entsprechend ausgewiesen haben, in Betracht kommen, folgt [...] näherer Bescheid. Im Übrigen sind die Evakuierten, sobald sie verquartiert sind, mit Lebensmittelkarten in der üblichen Weise zu versehen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen wird für Durchgangs- bzw. Massenunterkünfte von Fall zu Fall je nach Bedarf und Zweckmässigkeit vorgesehen werden müssen. Der Initiative der Herren Landräte ist hierbei weitestgehend Spielraum gewährt.

[...]

DOKUMENT 76

Kleidersammlung im Rödelheimer Bunker in Frankfurt.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 22.2.1946.

Der Bunker der Barmherzigkeit.

Durch die Kleidersammlung kann vielen geholfen werden

Die Kleidersammlung im Herbst hat den Bunker in Rödelheim in allen Stockwerken mit Kleidungsstücken aller Art, mit Anzügen, Wäsche, Schuhen usw. gefüllt. Einhundertfünfunddreissigtausend Stücke hat diese Sammlung im ausgebombten Frankfurt zusammengebracht. Ihr geschätzter Altwert macht Hunderttausende aus. Ihr wirklicher Gebrauchswert und ihr moralischer Wert sind gar nicht abzuschätzen. Die Frankfurter haben mit aller der alten Reichsstadt eigenen Grosszügigkeit gegeben, sie haben freiwillig gespendet – die Zeiten des WHW [Winter-Hilfs-Werk]-Drucks sind vorbei. Auch Arme gaben, viele Arme. Geldsummen, in Einzelfällen bei-

gesteuert, dürfen nicht als Versuch eines Loskaufens gewertet werden, sondern als Solidaritätserklärung von Menschen, die keine wärmende Wäsche oder Kleidung spenden konnten.

Die meisten Stücke befanden sich in sehr gutem Zustand, waren mit Liebe gesäubert, entflecht, ausgebessert und gebündelt. Achtzig Prozent aller Kleidungs- und Wäschestücke waren ohne Weiteres brauchbar. Notwendige Ausbesserungsarbeiten besorgten freiwillige Helferinnen und Helfer der karitativen Verbände, der kirchlichen und der politischen Organisationen. Das wochenlange Arbeiten in den penetranten Formalindämpfern der desinfizierten Kleider erforderte eine Überwindung, die niemand leicht geworden ist.

Für die Sortierungsarbeiten und den systematischen Aufbau der Lagerbestände wurden noch Textil- und Schuhfachleute herangezogen. Es wollten allein 5'000 Schuhe und Stiefel zu 2'500 Personen vereinigt werden! Schliesslich fanden sich im Stammlager, für das aufeinandergestellte Bunkerbänke die Regale abgaben, u.a. zusammen, wohl geordnet nach Grössen und nach ihrer Eignung für Männer, Frauen und Kinder, etwa 6'000 Herrenhemden, 8'000 Blusen, 4'000 Kopfkissenbezüge, 2'500 Westen, 1'200 Hosen, 1'500 Herrenunterhosen und -unterjacken, 1'800 Sakkos und viele andere Dinge. Auch Geschirr und Bestecke waren abgegeben worden. In der Abteilung für Frauen fanden sich u.a. auch viele Stücke, oft noch ungebraucht, gebündelt und numeriert, die die Kulturgeschichte der Damenmode effektiv belichten, Modelle aus der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts, handgefertigt aus festen Stoffen, wie sie die Damenmode lange schon nicht mehr kennt, aus handgesponnenen Leinen oder aus Batist, mit feinen selbstgehäkelten Spitzen besetzt.

Das Stammlager speist laufend nach Bedarf die Ausgabelager, aus denen das Publikum seinen Bedarf decken kann. Anweisungen der karitativen Verbände und der Stellen ebnen den Weg zur Ausgabe, die endgültige Entscheidung über die Bewilligung aber erfolgt erst im Bunker. Die Bedürftigen Frankfurts müssen natürlich vordringlich behandelt werden. Dieser Grundsatz bedeutet kein Absperren gegen Hilfsbedürftige, die sich nur vorübergehend in unserer Stadt aufhalten. Es brauchte bisher noch niemand, der in Unterhosen nach Frankfurt kam, auch in Unterhosen die Stadt zu verlassen.

Es ist damit zu rechnen, dass diese erste erfolgreiche Sammlung von Textilien nicht die einzige bleiben wird.

DOKUMENT 77

Aufruf des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Hessen vom April 1947.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 218.

Helft den Vertriebenen!

Wir rufen unsere Gemeinden auf, die mit den «Vertriebenen» ihnen gestellten Aufgaben im Gehorsam gegen Gott und das Liebesgebot Christi in einer rechten Weise zu lösen. Die von ihrer Heimat Vertriebenen leben oft im grössten Elend vor unseren Augen und entbehren das Notwendigste, das der Mensch zum Leben braucht. Dazu kommt all die seelische Not durch Verlust der Heimat, geliebter Menschen und der ganzen Habe, für die man oft ein Leben gearbeitet hat.

Wir wissen, dass es sachlich und menschlich nicht leicht ist, hier den rechten Weg zu finden. Durch die Zeit der Zerstörung der Häuser und Güter im Kriege sind die Einheimischen in unseren Gemeinden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Viele haben nur noch das Notwendigste für sich selbst. Wir rufen darum die Vertriebenen auf, auch das zu erkennen, vor allem aber, jede Hilfe zu leisten, die der Überwindung der Not dient, und besonders auf dem Lande mit aller Kraft in der Arbeit mit einzugreifen.

Die schon vielfach entstandenen Spannungen wollen wir auf beiden Seiten in christlichem Geiste zu überwinden versuchen. Wenn wir uns dieser von Gott gestellten Probe nicht gewachsen zeigen, könnten uns auch noch schwerere Schickungen auferlegt werden.

Jetzt ist vor allem dieses not: Die Vertriebenen brauchen alsbald ausser dem eigenen Wohnraum auch Kleidung und Wäsche; dazu alle Gegenstände, die man zur Führung eines eigenen Haushaltes benötigt. Es ist Sache der staatlichen Produktionslenkung und Verteilung der Lebensgüter, hier bald entscheidende Hilfe zu schaffen. Doch können wir so lange nicht warten. Die christliche Liebe muss von Mensch zu Mensch schon das Ihre tun, auch da, wo es in die Bereiche des eigenen Bedarfs hineingeht.

Wir fordern darum die Gemeinden und ihre Pfarrer auf, die Arbeit des Evangelischen Hilfswerks tatkräftig zu unterstützen. Darüber hinaus aber sollen in den Gemeinden Helferschaften von Männern und Frauen gebildet

werden, die einzelne Gemeindebezirke oder Strassen betreuen, und sowohl mit den Vertriebenen wie mit den Einheimischen zur Überwindung der Not in enge Verbindung treten.

Die Helferschaften fordern wir auf, in den Gemeinden die nötigsten Dinge durch Sammlung von Haus zu Haus zu erbitten, damit sie unter unsere völlig verarmten deutschen Brüder und Schwestern verteilt werden können. Jede Gemeinde, die Vertriebene beherbergt, bildet dabei eine Einheit, die zu einem höchsten Grad der Selbsthilfe kommt.

Wem Gott in diesen schweren Zeiten der Heimsuchung, die über unser Volk gekommen sind, den Friedensbesitz bis jetzt noch belassen hat, der lerne nunmehr, sich von allem Entbehrlichen und Überflüssigen zu trennen. Lasst uns an unseren verarmten Brüdern unsere Christenpflicht und unsere allgemeine Menschenpflicht erfüllen.

DOKUMENT 78

Abschrift der Entschliessung des Flüchtlingsausschusses der CDU-Kreisgruppe Erbach im Odenwald vom 4.9.1946 über Sofortmassnahmen für die Flüchtlinge.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 72.

Entschliessung

Die auf Einladung des Flüchtlingsausschusses der Christlich-Demokratischen Union, Kreisverband Erbach, am 1.9.46 nach Michelstadt im Odenwald gekommenen über 1'000 Ausgewiesenen, sowie die am selben Tage aus gleichem Anlass in Reichelsheim/Odenwald versammelten etwa 500 Personen, bitten die Grosshessische Landesregierung, eiligst Massnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das Leid und die Not zu lindern. Auch die mit ihnen versammelten Evakuierten und Ausgebombten fühlen sich vergessen und erwarten daher gleichfalls entsprechende Massnahmen. Zugunsten dieser Volksschichten schlägt die Versammlung folgende Sofortmassnahmen vor:

1. Anweisung an die Arbeitsämter, neben den allgemein gültigen Vorbedingungen besonders den Grad der Bedürftigkeit der Ausgewiesenen bei der Zuweisung von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen.

2. Seitens der zuständigen Ministerien bei der Planung von neuen Produktionen [Betrieben] aus den Kreisen der Ausgewiesenen und Ausgebombten diese selbst zur sachkundigen Beratung und Mitarbeit heranzuziehen.
3. Für baldige Beschaffung von Wäsche, Kleidung, Schuhen, Hausrat und Betten etc. zu sorgen und eine grosszügige Behandlung den Ausgewiesenen in der Frage der Zuzugsgenehmigungen einzelner Familienmitglieder zuteil werden zu lassen.
4. Für die Zulassung von selbständigen Handwerkern, Kaufleuten usw. den einschlägigen Berufs Vertretungen bei der Begutachtung solcher Zulassungsanträge eine Bevorzugung in der Reihenfolge anzuempfehlen.
5. Den Angehörigen der freien Berufe unter den Ausgewiesenen und Ausgebombten, wie Ärzten und Anwälten usw. eine Arbeitsmöglichkeit entsprechend der Zahl der Gesamtbevölkerung [= anteilig entsprechend der einheimischen Berufsgruppen] zu verschaffen.
6. Die Regelung der Renten- und Pensionsansprüche mit besonderer Aufmerksamkeit zu regeln.

Zusammenfassend halten wir es für notwendig, die Gesamtheit aller Flüchtlingsfragen durch Unterstellung der derzeitigen einzelnen Flüchtlingskommissare unter ein besonderes Staatskommissariat schneller und fruchtbringender als bisher zur Bearbeitung zu bringen.

DOKUMENT 79

Schreiben des Landesverbandes der Liberal-Demokratischen Partei Hessens an den Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge, Dr. Nahm, vom 24.3.1948.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 13.

Aus Bad Nauheim wird uns Folgendes berichtet:

Nach Bad Nauheim kamen in den Jahren 1943-1945 eine grosse Zahl Ausgebombter und später Flüchtlinge, die vom Wohnungsamt untergebracht wurden. Da später durch Beschlagnahmungen seitens der Besatzungsmacht viele Häuser geräumt werden mussten, wurde eine grosse Umquartierungsaktion vorgenommen. Im Zuge dieser Umquartierung wurden Hunderte von

Menschen in die Wohnungen jener Nauheimer eingewiesen, die früher einmal eine sogenannte Kurkonzession hatten. Der Wohnungssuchende hatte keinen Einfluss darauf, in welches Haus er eingewiesen wurde. Es kam nun für die Betroffenen eine sehr bittere Überraschung insofern, als sie ihren neuen Hauswirten eine Miete bezahlen müssen, die nicht nach den Richtlinien der allgemeinen Mietpreisfestsetzungen berechnet war, sondern die sich nach den Richtlinien des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes richtet. Praktisch sieht dies so aus, dass es Fälle gibt, in denen der Ausgebombte oder der Flüchtling nun für ein leeres Zimmer monatlich RM 100,- bezahlen muss. Die Forderung solcher Preise ist den Hauswirten aufgrund der Richtlinien des Beherbergungsgewerbes gestattet. Alle Proteste bei der Stadt Nauheim und beim Landrat sowie bei der zuständigen Preisbehörde waren bisher ohne Erfolg.

Wir halten diesen Zustand für absolut unhaltbar und bitten Sie, im Interesse der Flüchtlinge dagegen einzuschreiten.

[...]

DOKUMENT 80

Die Verteilung von Gartenland in den einzelnen Gemeinden für den Feldfrucht- und Gemüseanbau zur Selbstversorgung war eine der wichtigsten Hilfsaktionen zugunsten der Flüchtlinge.

Aus: Hessische Nachrichten vom 6.5.1947.

Neubürger erhalten Gartenland

Die in erster Linie für die Neubürger vorgesehene Abgabe von Gartenland hat auch in Witzenhausen bereits konkrete Form angenommen. Unser Mitarbeiter hatte nun Gelegenheit, Bürgermeister Platner über diese Aktion zu interviewen und ihm einige Fragen vorzulegen.

Frage: Heute ist auch in Witzenhausen Gartenland an Neubürger und andere Notleidende zur Verteilung gekommen. Ist dies die erste Zuteilung oder hat die Stadt bereits Gartenland aufgeteilt?

Antwort: Es wurde schon vor einiger Zeit Gartenland an Neubürger verteilt.

Frage: Handelt es sich bei dem jetzt zur Verteilung gekommenen Land um Eigentum der Stadt oder ist es im Zuge der Bodenreform enteignet worden?

Antwort: Das verteilte Land wurde freiwillig von der Familie von Bischoffshausen aus dem Besitz des Gutes Bischoffshausen pachtweise zur Verfügung gestellt.

Frage: Wo liegt dieses Land und wie ist die Bodenbeschaffenheit?

Antwort: Das Land liegt in der Bischhäuser Aue und ist von mittlerer Güte.

Frage: Wieviel Bewerber haben sich bisher gemeldet und wie hoch ist der Anteil der Neubürger?

Antwort: Es waren zirka 220 Bewerber, davon 80 Prozent Neubürger.

Frage: Wieviel Land können Sie jetzt durch diese Aktion zur Verfügung stellen bzw. wie gross sind die Parzellen, die jeder Bewerber erhält?

Antwort: Im Durchschnitt wurden je 200 Quadratmeter Gemüseland an die einzelnen Familien verpachtet.

Frage: Steht den Neulandbesitzern auch Saatgut in ausreichender Menge zur Verfügung?

Antwort: Die Versorgung mit Saatgut ist gesichert.

Frage: Wann hoffen Sie den Rest der Bewerber befriedigen zu können?

Antwort: Die restlichen Bewerber sollen im Herbst befriedigt werden.

Wir wissen, wie schwierig es ist, in unmittelbarer Stadtnähe geeignetes Gartenland zur Verfügung zu stellen. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass es der Stadtverwaltung Witzenhausen gelungen ist, wieder einem Teil unserer Neubürger Land zu übergeben.

DOKUMENT 81

Die Beschaffung von Hausrat und Möbeln (hier in der Stadt Fulda) diene dazu, einen Grundbestand an Gebrauchs- und Einrichtungsgegenständen sicherzustellen.

Aus: Fuldaer Volkszeitung vom 1.11.1948.

Aufruf zur Hausrat- und Möbelbeschaffung für Flüchtlinge und Ausgebombte

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Noch immer ist die Not der unter uns lebenden Flüchtlinge und Ausgebombten sehr gross. Sehr oft fehlt es noch an dem notwendigsten Hausrat und Möbeln. Viele der Neubürger haben keine hinreichende Schlafstätte und müssen auf Kisten herumsitzen. Durch die Währungsreform und die hohen Lebenshaltungskosten können Flüchtlinge und Ausgebombte nicht daran denken, sich die notwendigen Einrichtungsgegenstände neu anzuschaffen. Die Geldmittel der öffentlichen Kassen sind für verlustig erklärt. Die Flüchtlingsdienststelle der Stadt Fulda hat sich deshalb in Verbindung mit der Flüchtlingskommission entschlossen, eine Stelle einzurichten, woselbst Möbel und Einrichtungsgegenstände für Ausgebombte und Flüchtlinge vermittelt werden. In vielen Familien sind infolge der allgemeinen Wohnraumbeschränkung nicht mehr benötigtes Mobiliar und sonstige Einrichtungsgegenstände abgestellt. Oft stehen diese Dinge im Wege herum, oder sie versperren den ohnehin schon knappen Platz. Die Bürgerschaft wird deshalb gebeten, nicht mehr benötigte Möbel und Einrichtungsgegenstände der Flüchtlingsdienststelle anzubieten. Ein angemessener Preis wird bei dem Verkauf zugesichert. Bürger, die zur Abgabe bzw. zum Verkauf bereit sind, werden gebeten, dies der Flüchtlingsdienststelle [...] mitzuteilen, woselbst auch nähere Auskünfte, insbesondere über Preise, erteilt werden.

DOKUMENT 82

Den vielfach unterernährten Schulkindern wurde aus amerikanischen Lebensmittelspenden fast allerorten täglich eine Schulspeisung gereicht. Interner Kurzbericht im Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt vom 26.7. 1949.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 856.

Schulspeisung und Flüchtlingsjugend

Im Schuljahr 1948/49 wurden im Rahmen des Hoover-Programms von 123'283 Flüchtlingskindern in Hessen 85'961 mit Schulspeisung bedacht. Somit waren 78% aller Flüchtlingskinder im Alter von 6-18 Jahren von den Schulen betreut. 10'634 Kinder, die meist in abgeschiedenen Landgemeinden, in kleinen Gruppen inmitten selbstversorgender Landbevölkerung leben, konnten aus transporttechnischen Gründen zur Vermeidung von hohen Einzelkosten nicht berücksichtigt werden.

Die Zahl der Kinder, deren Eltern den Beitrag zur Schulspeisung nicht leisten konnten und für die ein kommunaler Beitrag nicht geleistet wurde, ist nicht feststellbar, dürfte jedoch nur einen kleinen Bruchteil der Nichtbeteiligten betreffen.

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat eine erhöhte Berücksichtigung der bisher nicht beteiligten Flüchtlingskinder in Aussicht gestellt, da die Entlassung zahlreicher Kinder der älteren Jahrgänge, die künftig zum grössten Teil der Einzelverpflegung (Lehrlingsstellen etc.) anheimfallen, diese Möglichkeit eröffnet.

Vielfach hat die Besserung der Ernährungslage ein Nachlassen des Interesses an der Schulspeisung zur Folge gehabt, doch ist der Bedarf an zusätzlicher Ernährung der Flüchtlingskinder in den Städten eine nachweisbare Notwendigkeit. Aus diesem Grunde muss die Bereitwilligkeit des Kultusministeriums, dieses soziale Hilfswerk gerade den Flüchtlingskindern zugute kommen zu lassen, begrüsst werden.

Hindernisse, die in der Erfassung unterstützungsbedürftiger Flüchtlingskinder und der Verteilungstechnik liegen, dürften, da diese Arbeiten von der Lehrerschaft versehen werden, in kürzester Zeit beseitigt werden.

Die Selbsthilfe

DOKUMENT 83

Denkschrift der «Flüchtlings»genossenschaft «Wiederaufbau und Siedlung» vom September 1946.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 1496.

Denkschrift zur Wiederansiedlung und in den Arbeits- und Aufbauprozess einzugliedernder heimatloser und entwurzelter Deutscher

In einem stark verringerten Lebensraum gilt es Tausenden von aus dem Osten und Südosten kommenden und anderen Deutschen, die ihre Heimat verloren haben, eine neue Heimat, ein Auskommen und eine neue Lebensaufgabe zu geben.

Der Staat steht mittellos vor einer riesengrossen Aufgabe. Es muss also der Weg einer Selbsthilfe beschritten werden. Dieser Weg ist der genossenschaftliche Zusammenschluss aller, die den Willen haben, wirtschaftlich wieder verwurzelt zu werden und aufzubauen.

Durch eine Genossenschaft entsteht eine Kollektivkraft von menschlicher Arbeitskraft und Kapital. Damit, besonders letzterem, ist sie in der Lage, Unternehmungen zu gründen, Arbeitsplätze, Bauernsiedlungen und Heimstätten zu schaffen, wozu ein Einzelner nicht in der Lage ist. Hinzu kommt, dass in solch einem Zusammenschluss jede produktive Arbeit, welche der Genossenschaft Sach- oder Kapitalwerte einbringt, jedem einzelnen Genossen als der «Mehrwert» seiner Arbeit wieder zufließt.

Die Genossenschaft ist durch Fachleute in der Lage, die Interessen eines jeden Genossen vertreten zu können, Rechtsgeschäfte, Käufe, Planung, Behörden- und Bankverhandlungen und Versorgung in einem Optimalmass unter Kostenverringering durchzuführen. Alle Mitarbeiter kommen aus den Reihen der Genossen. So wird sie eine Selbsthilfe, eine gegenseitige Hilfe und Förderung der Genossen. Nimmt man an, dass jeder Genosse 100,- [RM] Geschäftsanteil einzahlt, so besteht bei einer Mitgliedschaft von 3'000, die leicht zu finden sind, ein Kapital von 300'000,- RM. Durch eine Bank und Kreditabteilung stehen dem Genossen und der Genossenschaft Geldmittel zur Verfügung!

Mit diesem Kapital werden Werksankäufe, Materialbeschaffung, Wohngelegenheiten, zunächst einfachster Art, Landerwerbung und sonstiges durchgeführt. Für letzteres wird in Hessen jetzt das Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland [und zur Bodenreform, welches am 15.10.1946 verabschiedet wurde] in Aussicht gestellt und damit eine rechtliche Grundlage zur Landbeschaffung gegeben.

Von unten nach oben ist neu aufzubauen. So ist zum Beispiel ein alter Flugplatz im Ried von ca. 700 Morgen, eine andere Ödfläche im Rodgau und sonstige kleinere Flächen für diese Planung zu prüfen.

Eine Heimindustrie lässt sich einrichten, wo durch die Genossenschaft Altmetall, Flugzeugreste und sonstiges aufgekauft wird und in Heimarbeit zu Gefäßen und sonstigen Gebrauchsgegenständen verarbeitet werden kann; oder eine Besenbinderei aus Birkenzweigen, eine Korbmacherei mit Weiden; bei geeigneten Bodenverhältnissen eine Töpferei und Ziegelei, bei Waldrodung mit den Wurzeln eine Köhlerei, ausserdem gäbe es Holz für Bau und Möbelzwecke.

Planung und Organisation geht von der Genossenschaft aus, die alle Mitglieder beruflich erfasst, neu geschaffene und auch alte Arbeitsmöglichkeiten zuweist.

Ausserdem gibt es die Möglichkeit, Industrierwerke zu übernehmen, wo Arbeiter, Angestellte, Beamte als gemeinsamer Unternehmer nach den Ideen der Industriesiedlung des Sozial-Individualismus arbeiten und angesiedelt werden. Ebenso würden landwirtschaftlich zu nutzende Flächen nach dieser Art der Wirtschafts- und Arbeitsteilung besiedelt! Dadurch wird erreicht, wozu der Einzelne nicht in der Lage ist. Hier arbeitet die Maschine, die technische Idee bis zur Optimalgrenze und Optimalausnutzung zum Nutzen des arbeitenden Menschen. Er, der schaffende Mensch, setzt jetzt dort seine Kenntnisse und Können an, wo nur Menschenauge und Menschenhand arbeiten kann, aber keine Maschine.

Man schafft in der Industrie den neuen Ackerbürger auf eigenem Land und eigenem Herd; in der Landwirtschaft einen neuen lebensfähigen Bauern und gibt vielen Heimatlosen ein Auskommen und wieder eine Zukunft.

DOKUMENT 84

Wiederaufbau eines Handwerksbetriebes durch einen Flüchtling.

Aus: Hessische Nachrichten vom 1.7.1947.

Ein Flüchtling arbeitet für Flüchtlinge

Dass Serienfertigung in der Möbelproduktion nicht immer mit Schematisierung, aber mit schnellerer Befriedigung des dringendsten Bedarfs zu tun hat, beweist die aufstrebende Kasseler Möbelindustrie, in die sich neben der Firma Rocholl die Möbelfabrik Eder in Kassel-Harleshausen seit mehr als einem Jahr erfolgreich einschaltet.

Er fing ganz klein an, der Flüchtling und Möbelfachmann Fritz Eder aus Breslau – mit sechs Mann, die Polstergestelle in einer winzigen Bude herstellten. Heute, kaum zwei Jahre nach Anlaufen der Produktion, beschäftigt der Betrieb über 60 Arbeitskräfte. Hunderte von zweckmässigen und gediegenes Tischen, Betten und Schränken industrieller Fertigung konnten bisher geliefert werden. Es wird vor allem für das Flüchtlingsprogramm der Regierung, daneben für Heime und Anstalten im Bezirk Kassel gearbeitet. Eine Polsterwerkstatt versorgt Schwerekriegsbeschädigte.

Mit der Vervollkommnung und Erhöhung der Produktion geht der Aufbau Hand in Hand. Gegenwärtig werden eigene Trocken- und Kraftanlagen angelegt. An den Werkhallen wird noch gezimmert und gebaut, während drinnen schon die Sägen und Hobel kreischen. Mit dem Bau neuer Fabrikationsanlagen sollen neben der bisherigen Fertigung serienmässig Küchenschränke und komplette Zimmer hergestellt werden. Zwei Zweigbetriebe in Zierenberg und Rengershausen haben vor Kurzem mit der Produktion begonnen.

Für die Werksangehörigen wird alles getan, um ihnen ihr Dasein zu erleichtern. Ein Sozialfonds gestattet die Auszahlung des vollen Lohnes bei Unglücksfällen im Betriebe. Im höchsten Masse sozial aber ist die Tatsache zu werten, dass in dem geräumigen Lager kein Möbelstück länger als acht Tage steht.

DOKUMENT 85

Nachdem die Rückkehrhoffnungen immer mehr schwanden und sich bei den Flüchtlingen ein gewisser Aktivismus durchzusetzen begann – der Wille eine neue Existenz zu begründen –, wuchs auch ihre Unzufriedenheit und die Enttäuschung über die getroffenen Verwaltungsmassnahmen zur Eingliederung; was der Leserbrief eines Flüchtlings widerspiegelt.

Aus: Hessische Nachrichten vom 2.8.1947.

Ein Brief aus dem Leserkreis

Das Flüchtlingsproblem ist immer und immer wieder erörtert worden. Viele Auswege, die aus der Not herausführen sollten, wurden genannt, viele wurden besprochen, aber es blieb bei den Versuchen, ein Erfolg war in den seltensten Fällen zu verzeichnen. Die Flüchtlinge selbst sind aus ihrer anfänglichen Lethargie erwacht. Sie haben im Laufe des letzten Jahres gemerkt, dass irgendwo irgendwie eine Schadenstelle in der Maschinerie der Verwaltung sein muss, deren sofortige Behebung erforderlich ist, sollen nicht Hunderttausende Heimatloser für immer heimatlos bleiben und dem Staate und der übrigen Bevölkerung zur Last fallen.

Man hat es den Flüchtlingen untersagt, eine eigene politische Partei zur Vertretung ihrer Belange zu gründen. Es wurde ihnen anheimgestellt, sich den bestehenden Parteien anzuschliessen. Sie taten es sehr zögernd und zurückhaltend, weil diese Parteien – mit einer Ausnahme – trotz enormer Propaganda vor den Wahlen herzlich wenig für die Flüchtlinge getan haben.

Der Staat richtet Ämter ein, deren Hauptaufgabe die Betreuung der Flüchtlinge sein soll. Die Menschen jedoch, die auf diesen Ämtern sitzen, sind vielfach Automaten, die die grosse Not der ihnen Anvertrauten mit Paragraphenwissen und Dienstvorschriftenkenntnis steuern wollen. Sie sollten durch Menschen ersetzt werden, die aus dem Herzen heraus helfen wollen, die begreifen können und wollen, was «Flüchtlingselend» an materieller und auch geistiger Not bedeutet.

Ein Arbeitsamt stellte einmal fest, dass unter den Flüchtlingen eine grosse Arbeitsunlust zu verzeichnen wäre. Das Arbeitsamt erwähnte in diesem Zusammenhang aber nicht, wie vielen Neubürgern es im Rahmen der Arbeitsvermittlung die Möglichkeit verschaffte, wieder ihren alten Beruf auszuüben. Den Flüchtlingen scheint es oft, als ob ihnen allein die Verrich-

tung von Erd-, Bau-, Wald- und Landarbeiten vorbehalten blieben. Wenn es ihnen gelang, wie der Gablonzer Glasindustrie, wieder in ihrem alten Beruf tätig zu sein, so verdanken sie diese Möglichkeit einzig ihrer Privatinitiative. In vielen Fällen aber wird dieser Schaffensdrang der Neubürger durch Verordnungen oder passives Verhalten der Verwaltungsbehörden unterdrückt und entscheidend gehemmt. – Bei der Neubesetzung kommunaler Ämter scheinen Neubürger nicht in Frage zu kommen. Die Arbeitskraft vieler qualifizierter Verwaltungsbeamter bleibt – unverständlicherweise – unausgenutzt, weil sie, die fast ihre gesamte Habe verloren haben, keine Kautions stellen können?

Das Flüchtlingsproblem sei hiermit erneut an die Öffentlichkeit herangetragen. Den Flüchtlingen ist nicht damit gedient, von Zeit zu Zeit vielsagende Versprechungen zu hören, deren Einlösung mitunter nicht einmal teilweise geschieht, sie erwarten von den Behörden eine schnelle, zielbewusste Planung, die ihnen die Grundlage zum Aufbau einer neuen lebenswerten Existenz verschafft.

DOKUMENT 86

Selbsthilfe war der erste Schritt zu einer neuen Existenz.
Aus: Hessische Nachrichten vom 20.11.1948.

Hof Elberberg unter Pommern-Regie. Eine Frau flüchtet vor der Front und gründet Kartoffelzentrale

Unter dem Bomben- und Granatenhagel verliess im Frühjahr 1945 die Frau eines Hofbesitzers mit 16 landwirtschaftlichen Wagen und vielen Hilfskräften ihre hinterpommerschen Kartoffeläcker und Länder. Ihr Mann stand als Soldat irgendwo an der Front und hatte seiner mutigen Frau genau den Weg aufgezeichnet, den sie bei dem Näherrücken der Front einschlagen sollte. Die Gegend um Fritzlar war das Ziel, weil dort Verwandte wohnten.

Mit Gummiwagen zum Hof.

Wochen härtester Anstrengungen und schlimmster Aufregungen vergingen, bis die Frau mit nur einem gummibereiften Wagen und wenig Hab und

Gut auf dem von Buttlarschen Familienbesitz in Elberberg ankam und dort ihre Verwandten traf. Bald nach Kriegsende kehrte der Mann aus der Gefangenschaft heim. Zielstrebig und mit eiserner Energie begannen beide, den im Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Hof zu bewirtschaften. Niemand schenkte ihnen etwas und die Elberberger Bauern standen den «Fremden» nicht gerade freundlich gegenüber. Sie hielten die Massnahmen des «Neuen» nicht für gut und sagten eine «grosse Pleite» voraus.

«Hier ist kein hinterpommerscher Kartoffelboden», warnten sie. Aber Willi Wendt packte zu, liess sich durch nichts beirren und steckte seine letzten Pfennige in den Betrieb.

Sein Herz am Schweinestall.

Inzwischen fanden sich seine Eltern ein, die aus Schneidmühl flüchteten. Der jetzt 78jährige Vater hing sein Herz an den Schweinestall. Er, der sich einst den Lebensunterhalt für einen geruhsamen Abend erarbeitete und ersparte, fasst freiwillig wieder zu und lässt sich noch heute durch nichts abhalten, pünktlich und zuverlässig für die vielen Ferkel, Schweine und Eber zu sorgen. Es kam das Jahr 1946 und mit ihm das Pechjahr für Hof Elberberg. Der gesamte Hafer verregnete. Die Schweinepest vernichtete 44 Tiere, den gesamten Bestand. Ein Pferd ging ein. Ein Ersatz für die Schweine konnte nicht geleistet werden, weil man konstatierte, es handele sich nur um Pestverdacht. Und für einen Verdacht sprang keine Versicherung ein.

Kreislandwirt sorgte für Zuchtsau.

Der Wolfhager Kreislandwirt hörte von dem Pech auf Elberberg und beschaffte eine Zuchtsau, mit der der Schweinestall wieder aufgebaut werden konnte.

Wendt zeigte, wie hart ein Bauer sein muss. Er verlegte sich auf Hackfrüchte und Schweinezucht. Es fiel sehr schwer. Aber es gelang. Der Hof Elberberg machte von sich reden und wurde vielen landwirtschaftlichen Betrieben zum Vorbild.

Die Kartoffelanbaufläche ist von 24 auf 52 Morgen vergrössert worden. Insgesamt 30 Prozent der Gesamtfläche tragen Hackfrüchte. Der Schweinestall half die Anschaffung eines Treckers, einer Dreschmaschine und mehrerer landwirtschaftlicher Geräte finanzieren. Die Milchleistungskurve ist in stetigem Ansteigen begriffen und die Humuswirtschaft beachtlich er-

weitert worden. Die Schweine und Kartoffeln waren es, die den Wendtschen Betrieb gut über die Währungsreform retteten.

Schlechter Gemüseabsatz.

Eine grosse Sorge neben den täglichen kleinen ist der Gemüseverkauf. Wendt hatte sich zum Ziel gesetzt, möglichst viel Gemüse für die hungern- den Normalverbraucher auf den Markt zu bringen. Das gelang nur teilweise.

Tausend Zentner Kürbisse und viel Weisskraut wurden nicht abgenommen und mussten den Weg in den Viehstall wandern. 16 Arbeitskräfte und neun Pferde bestellen die rund 350 Morgen grossen Felder. Viele Heimatvertriebene und Altbürger haben sich zur festen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Zwar hat Wendt selbst kaum ein Stück Möbel, das er sein eigen nennen kann, doch besitzt er einen sprichwörtlich harten Pommern willen, der sich auch in der neuen Heimat über die Notzeiten hinwegsetzen wird.

Seine Erfahrungen kommen allen Bauern zugute, weil Wendt, falls man ihn nicht auf seinem Hof und seinen Feldern antrifft, als zweiter Kreisvorsitzender des Bauernverbandes oder als Viehfachmann bei Beratungen und Verhandlungen über landwirtschaftliche Fachfragen unterwegs ist.

DOKUMENTS?

Der Heilsberg bei Bad Vilbel ist eine der frühesten Flüchtlings-siedlungen in Hessen, die überwiegend in Selbsthilfe entstand.

Aus: Peter Paul Nahm. Sie haben sich selbst geholfen. Tatsachenberichte aus chaotischer Zeit. Troisdorf o.J., S. 85-86.

Die Siedler von Heilsberg bei Frankfurt

Die Wohnungsnot der Heimatvertriebenen und die damalige Unmöglichkeit der Regierungsstellen, ihr durch bauliche Massnahmen rasch abzu- helfen, veranlassten den 1954 verstorbenen Leiter des 1945 gegründeten Hilfs- werks der Evang[elischen] Kirche in Hessen und Nassau – Pfarrer Otto Fricke, Frankfurt a.M., zu einem Akt entschlossener kirchlicher Selbsthilfe:

Das Hilfswerk pachtete von der amerikanischen Militär-Regierung einen Teil des früheren Truppenübungsplatzes «Vilbeler Höhe» um eine Flüchtlings-siedlung zu errichten. Der inzwischen ebenfalls verstorbene Stadtbau-direktor Böhm, Frankfurt a.M., entwarf eine grosszügige Planung für 4'000-5'000 Menschen. Das Evangelische] Hilfswerk verfügte damals aus Kollekten und Spenden über erhebliche Reichsmarkbeträge, die zwar kaum die vom Markt verschwundenen Baustoffe, dagegen [aber] Löhne und die Beschaffung rationierter Lebensmittel finanzieren konnten. So entstand der Plan.

Als Bauherr schloss das Hilfswerk 1946 einen Vertrag mit einem alten Frankfurter Baugeschäft, das die örtliche Bauleitung übernahm.

Die ersten Siedlungsanwärter waren Volksdeutsche aus Rumänien, die aus Kriegsgefangenen- und Internierungslagern entlassen und ausserstande waren, sich mit ihren daheimgebliebenen Familien zu vereinigen. Ihnen schlossen sich zahlreiche Heimatvertriebene an, die meist in Oberhessen auf dem Lande in zugewiesenen Notunterkünften lebten. Sie wurden vom Hilfswerk mit Hilfe der Pfarrämter ausgewählt. Zum Zeitpunkt der Geldreform Juni 1948 waren 180 Anwärter auf dem Siedlungsgelände tätig.

Die anfängliche Unterbringung, Beschaffung der Notunterkünfte in Baracken, die Organisation der Verpflegung und die Aufnahme der Arbeit waren in der damaligen Notzeit eine kühne Improvisation, die unglaubliche Widerstände zu überwinden hatte.

Die marktgängigen Baumaterialien waren kaum zu beschaffen. So wurden die Fundamente mit Trümmersteinen aus Frankfurt und die Wände mit mühselig hergestellten Lehmziegeln errichtet. Die Siedlungsanwärter, in der Mehrzahl Väter jüngerer Familien aus den verschiedensten Berufen, arbeiteten alle auf dem Bau und standen im Lohnverhältnis zu der Frankfurter Baufirma, die ihrerseits vom Hilfswerk bezahlt wurde. Der ausgezahlte Stundenlohn betrug für jeden etwa 0,80 RM, wovon ans Hilfswerk für Barackenunterkunft sowie Verpflegung durchschnittlich 40,- RM im Monat entrichtet wurden.

Die geleisteten Arbeitsstunden wurden als Grundlage für die Zuweisung einer Wohnung angeschrieben. Es herrschte im Ganzen ein guter Arbeitsgeist, weil sich die Männer erstaunlich rasch zu einer Gemeinschaft zusammenfanden und trotz körperlichen und seelischen Ermüdungserscheinungen und trotz der für harte Bauarbeit unzureichenden Ernährung willig waren, gemeinsam diese grossen Opfer für die Familien zu bringen. Die Er-

nahrung wäre ohne Bereicherung durch die Hilfssendungen der ausländischen Protestantischen Kirchen (besonders USA und Schweiz) nicht möglich gewesen.

Zur Zeit der Währungsreform wohnten schon 10 Familien in festen Häusern; weit mehr Wohnungen waren halb fertig.

[...]

DOKUMENT 88

Entschliessung auf der Flüchtlingsversammlung in Gleiberg, Landkreis Giessen, vom 6.6.1949 für einen «individuellen» Lastenausgleich.

Aus: HStAWI Abt. 506, Nr. 79.

Entschliessung

Die heute am 5.6.1949 auf der Burg Gleiberg versammelten 8'000 Heimatvertriebenen aus den Kreisen Wetzlar, Giessen, Dillenburg, Marburg, Weilburg und Friedberg richten an die Hohe Militärregierung und an die Hohe Landesregierung die dringende Bitte, sobald als möglich einen individuellen Lastenausgleich herbeizuführen, da nur durch einen solchen den Rechten der Heimatvertriebenen auf eine angemessene Entschädigung Genüge getan und nur durch einen solchen die Existenzgründungen der Heimatvertriebenen wahrhaft gefördert werden können. Die Versammelten bitten ebenso dringend, die jegliche Art der Kreditgewährung an Heimatvertriebene hemmenden Hindernisse ehestens [schnellstens] zu beseitigen, um alle Art von Existenzgründung und Existenzunterstützung ehestens [schnellstens] zu ermöglichen. Die Versammelten bitten ferner, dem Wohnungselend der Heimatvertriebenen durch wirklich ernsthafte Inangriffnahme des Wohnungsbaus endlich zu steuern. Die Versammelten sehen es als unumgänglich notwendig an, dass zu dem eben angeführten Zweck ausser Lebensmitteln auch aus dem Marshallplan reichliche Mittel ausschliesslich für die genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die vorstehenden Hilfen werden erbeten, ohne dass damit das Recht der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat aufgegeben wird, da dieses Recht unabdingbar [unauflöslich] bleibt. Die Versammelten weisen allen Ernstes

darauf hin, dass die Stimmung unter ihnen eine verzweifelte wird und ihr Wille zur Geduld einer übermässigen Belastung ausgesetzt erscheint.

DOKUMENT 89

Im Jahre 1949 forderten die Flüchtlinge zur ersten Bundestagswahl eigene Abgeordnete.

Aus: Wiesbadener Kurier vom 27.6.1949.

Auch Hessens Flüchtlinge fordern eigene Wahlkreise

Auch der Vorstand des nunmehr lizenzierten Hessischen Landesverbandes der Heimatvertriebenen forderte in einem Telegramm an Regierung und Parteien die Bildung von Flüchtlingswahlkreisen im Lande Hessen, «um die den Flüchtlingen zustehende Zahl von Abgeordneten für den Bundestag zu sichern». Die Tagung der ersten Hauptversammlung des Verbandes in Gelnhausen, auf der der bisherige Vorsitzende Walter einstimmig wiedergewählt wurde, billigte ferner eine Entschliessung, in der die Rückgabe des deutschen Ostens verlangt und gegen die Absicht der Unterzeichnermächte des Potsdamer Abkommens protestiert wird, die Verantwortung für die Flüchtlinge den deutschen Ländern aufzubürden.

Wie DENA [Deutsche Nachrichten-Agentur] meldet, wurde auf einer Tagung der «Notgemeinschaften» der süddeutschen Länder in Ansbach die Aufstellung eigener Kandidaten zu der bevorstehenden Bundestagswahl beschlossen.

DOKUMENT 90

Die grosse Phase des Baues von Siedlungen begann erst in der Zeit der Hochkonjunktur der fünfziger Jahre, erste Ansätze waren aber schon seit der Währungsreform zu verzeichnen.

Aus: Darmstädter Echo vom 4.8.1949.

Flüchtlinge bauen in Selbsthilfe

[...]

In einem ausgeschachteten Viereck steht ein braungebrannter Mann und rührt in einem langen Bottich Mörtel an. Er ist Schreiner. Seine 63jährige Schwiegermutter hilft ihm tapfer. Die Hauptlast trägt natürlich er selbst. Denn tagsüber steht er im Beruf. Er kann erst nach Feierabend auf seinen «Bau» gehen. Ausserdem schuftet er jeden Samstag bis 10 Uhr abends und alle Sonntage. 18'000 Steine hat er aus der Muna [Munitionsanstalt aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges] herangeschafft. Den Baugrund bekam er durch die «Gemeinnützige Baugenossenschaft» in Pfungstadt. «Morgen wird angefangen zu mauern,» verkündet er befriedigt. «Ich mach' alles allein, und ich werde es schaffen.» Fünfzig Schritte weiter sind sechs Leute am Werk. Es ist ein richtiger Selbsthilfe-Konzern. Der Älteste, ein freundlicher, schon grauhaariger Mann, ist Steinhauer. Nicht ohne Stolz erzählt er, dass er die Fassade der Darmstädter Zentralbank gemacht habe. Einer ist Elektrotechniker, einer gelernter Maurer. So ist viel Fachkönnen beisammen, und auch hier fühlt man, dass sie recht haben, wenn sie sagen: wir werden das Kind schon schaukeln! Das «Kind» ist hier ein stattlich aus dem Boden wachsendes Doppelhaus. An den Rändern des Fundaments entstehen schon langsam die Aussenmauern.

Erfreulich auch zu sehen, dass die städtischen Wasserwerke ihr Leitungsnetz bereits an diese Flüchtlingsbauten vorzutreiben beginnen.

«Und wenn es auch lange dauert, bis das Haus fertig ist, aber wir haben doch wenigstens wieder eine Hoffnung!» sagt der Grauhaarige. «Denn ein Heim muss man haben.»

DRITTER TEIL

Die Neubürger richten sich ein – Der Beginn der «eigentlichen Eingliederung» in den frühen fünfziger Jahren

Der Hessenplan

DOKUMENT 91

Die Mehrzahl der Flüchtlinge war in vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Gebieten untergebracht worden, wo es kaum langfristige Arbeitsmöglichkeiten gab.

Aus: Wiesbadener Kurier vom 8.11.1949.

Die Not der Landkreise ist gross. Heute wohnen 98% aller Neubürger auf dem Lande

[...]

Nichts kann die grössere soziale Not des Landes gegenüber der Stadt mehr bestätigen als die mit statistischen Zahlen bekräftigten Ausführungen von Ministerialdirektor Dr. Nahm. «Waren die Zerstörungen nach Kriegsende eine ‚Domäne‘ der Grossstädte, so verblieb den Landkreisen die Aufnahme der Flüchtlinge und Evakuierten. 23% der hessischen Bevölkerung sind Neubürger. 98% von ihnen wohnen in den Landkreisen. Während 1938 38% aller Einwohner in den Stadtkreisen und 62% auf dem Lande lebten, änderte sich das Verhältnis nach Kriegsende gewaltig. Nur etwa ein Zehntel der infolge des Krieges Enteigneten befinden sich heute noch in den Städten. Darüber hinaus – das ist schon lange kein Geheimnis mehr – wurden seit Kriegsende in die Städte weitaus mehr Arbeitsfähige eingewiesen.» Nach Ansicht Dr. Nahms hat die Landbevölkerung mit 1,77 Einwohnern je Wohnraum gegenüber 1,63 in den Städten auch wesentlich weniger Platz. Besonders stark aber zeigt sich die soziale Mehrbelastung der Landkreise darin, dass von allen Arbeitslosen Hessens die Hälfte auf dem Land wohnende Flüchtlinge sind. Die durchschnittliche Wohlfahrtsbelastung beträgt

daher in einigen hessischen Landkreisen 13,50 DM je Einwohner, in den
Grossstädten
[...]

DOKUMENT 92

Gekürzte Fassung der Grundgedanken des Hessenplans vom 13.9.1950, wie sie vom damaligen Leiter des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, Wenzel Jaksch, und dem früheren Leiter, Dr. Peter Paul Nahm, in einem gemeinsam erarbeiteten Papier vorgelegt wurde.

Aus: HStAWI Abt. 507, Nr. 4254.

[...]

Durch Kabinettsbeschluss vom 6.7.1950 wurde entschieden, dass das Land Hessen im Rahmen der innerdeutschen Flüchtlingsumsiedlung eine Umsetzungsaktion im eigenen Lande durchführt. Diesem Beschluss liegt die Erwägung zugrunde, dass Hessen die gleiche Aufgabe gestellt ist wie dem Bund, nämlich der Ausgleich zwischen den überbelegten Gebieten und jenen Landesteilen, die in wirtschaftlicher Hinsicht aufnahmefähiger sind. Als Abgabegebiet kommt dabei hauptsächlich das nordhessische Notstandsgebiet in Betracht, das mit einem Flüchtlingsanteil von 21,3% dem bayerischen Durchschnitt gleichkommt. Die Entlastung bestimmter Landkreise im Odenwald und Taunus ist in die allgemeine Aktion einzubeziehen. [...]

Somit stellt der Hessenplan die einzig mögliche Alternative gegenüber der Aufnahme weiterer Umsiedlerkontingente aus Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dar, deren Eingliederung in die hessische Wirtschaft mit unvergleichlich grösseren Schwierigkeiten verbunden wäre. Um den angestrebten inneren Ausgleich, der die öffentliche Wohlfahrt entlastet und die Wirtschaft aktiviert, erreichen zu können, wäre es notwendig, etwa 100'000 Menschen (25'000 Familien) innerhalb Hessens umzusetzen. [...]

Bei der praktischen Durchführung ist es notwendig, die Übereinstimmung der Massnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung und zur Wohnraumbeschaffung sicherzustellen. Arbeitsbeschaffung und Wohnraumbeschaffung müssen Hand in Hand gehen.

Die Durchführung erfordert vor allem

- a) die Ermittlung der Schwerpunkte, an denen nach menschlichem Ermessen Arbeitsplätze vorhanden sind oder bei steigender Konjunktur geschaffen werden können,
- b) den Bau von rund 25'000 Wohneinheiten.

Für die Finanzierung dieser Massnahmen müssen zunächst die gegebenen Möglichkeiten im Lande selbst zusammengefasst werden. Es liegt z.B. im Entscheidungsbereich der hessischen Landespolitik, bei der Erstellung der Wohnungsbauprogramme der nächsten Jahre eine angemessene Quote des sozialen Wohnungsbaus auf Flüchtlingsheimstätten in den Schwerpunkten des Wirtschaftslebens zu konzentrieren.

[...]

Was die Schaffung neuer Existenzmöglichkeiten anlangt, ist nach wie vor das Schwergewicht auf den Grundsatz der grösstmöglichen Streuung zu legen. [...]

Ganz besonderen Wert werden wir bei der Ausarbeitung und Durchführung des Hessenplanes auch auf die Mitarbeit der Organisationen der Heimatvertriebenen legen. Der ganze Plan ist ein Versuch, zwei Kraftströme parallel zu schalten: die soziale Dynamik des Lebensproblems von 680'000 Heimatvertriebenen und den bewährten sozialen Fortschrittsgeist der hessischen Bevölkerung.

DOKUMENT 93

Anfrage des Hessischen Innenministers als Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen vom 13.9.1950 an die Regierungspräsidenten über die Möglichkeiten der Durchführung des Hessenplans in den einzelnen Stadt- und Landkreisen.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 416.

Die Vorbereitungen für die im Jahre 1951 anlaufende Durchführung des Hessenplanes erfordern eine möglichst umfassende Erforschung der Sanierungsmöglichkeiten, die sich zunächst im Rahmen der einzelnen Land- und Stadtkreise ergeben.

Ich bitte Sie, die Herren Landräte und Oberbürgermeister aufzufordern, folgende Angaben in Zusammenarbeit mit den zuständigen Arbeitsämtern,

Fachorganisationen und Verbänden zu ermitteln und bis zum 1. November 1950 vorzulegen.

1. Welche landwirtschaftlichen Umsiedlungsmöglichkeiten ergeben sich im Zuge der Durchführung der Bodenreform? Wieviele Vollbauernstellen bzw. Nebenerwerbssiedlungen oder Heimstätten für landwirtschaftliche Arbeitskräfte könnten in diesem Zusammenhang maximal erreicht werden?
2. Welche Industrien und gewerblichen Betriebe des Kreisgebietes
 - a) können noch Arbeitskräfte aufnehmen und wieviele?
 - b) sind ausbaufähig und können dann noch Arbeitskräfte aufnehmen und wieviele?
3. Wo sind unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Rentabilitätsmerkmale (VerkehrsVerbindung, Rohstoffbasis, Absatzmärkte usw.) Möglichkeiten für die Errichtung von Kleinindustrien oder Gewerbebetrieben vorhanden? [...]

Hierzu sind besonders Projekte anzuführen, welche nach den bisherigen allgemeinen Erfahrungen als förderungswert erscheinen, die aber bisher aus finanziellen Gründen nicht zum Zuge kommen konnten. Ferner sind etwaige ungenutzte Betriebsräume auf ehem[aligem] Wehrmachtsgelände (Muna-Anlagen usw.) und sonstige, der öffentlichen Hand zur Verfügung stehende Objekte anzuführen, damit die Förderung neuer Betriebe unter möglicher Ausnutzung dieser Betriebsräume erfolgen kann.

4. Wieviele arbeitsfähige Personen (Familien) müssen nach Ihrer Schätzung trotz aller Arbeitsbeschaffungsmassnahmen aus Ihrem Kreisgebiet umgesetzt werden, um wieder in Arbeit zu kommen?

[...]

DOKUMENT 94

Die Bedeutung des Hessenplans am Beispiel des Odenwaldes.

Aus: Darmstädter Echo vom 16.10.1950.

Ein Umsiedlungsprogramm für den Odenwald. 10'000 Betriebe mit annähernd 60'000 Arbeitsplätzen

In der «Goldenen Krone» in Jugenheim fand am Samstagnachmittag eine Zusammenkunft der Wirtschaftsunternehmen des Landkreises Darmstadt statt, die sich mit dem sog[enannten] Hessenplan beschäftigte. [...] Der Hessenplan selbst hat das gleiche Ziel wie der Schlüchtern-Plan, Flüchtlinge aus entlegenen Gegenden (hinterer Odenwald) in die Wirtschaftszentren zu verlagern, wo ihnen gleichzeitig Arbeit und Wohnung gegeben werden kann.

Ministerialrat Jaksch vom Innenministerium machte die Teilnehmer mit dem Hessenplan bekannt, der innerhalb Hessens eine Umsiedlung von 100'000 Flüchtlingen (gleich 25'000 Familien) anstrebt. 30'000 Wohnungen seien im letzten Jahre in Hessen neu erstellt worden, weitere 25'000 für das nächste Jahr vorgesehen. Von diesen sollen 10'000 an Schwerpunkten des Wirtschaftslebens errichtet werden, wo noch Aufnahmemöglichkeit von Arbeitskräften bestehe. In Limburg und Oberursel habe man eine hochwertige Glasindustrie, in Nauheim bei Gross-Gerau die Musikinstrumentenindustrie, in Allendorf, Neustadt und im Kreis Waldeck die Textilindustrie aufgebaut. Auf diese Weise seien bisher etwa 10'000 neue Betriebe mit annähernd 60'000 neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden. [...]

Landrat Wink ging auf die Verhältnisse des Landkreises Darmstadt näher ein. Die Belegung der Ortschaften des Landkreises mit Flüchtlingen liege fast in jedem Fall über dem Bundesdurchschnitt. Da in dem Gebiet des hinteren Odenwaldes (Waschenbach, Neutsch, Neunkirchen usw.) fast keine Arbeitsmöglichkeiten seien, sei gerade dieses Gebiet für die Durchführung des Hessenplans besonders geeignet. Schwerpunkte der Aufnahmemöglichkeit seien Ober-Ramstadt und Pfungstadt, auf die in Zukunft die Landesbaudarlehen stärker konzentriert werden müssten. Trotzdem die Wohnverhältnisse der Landgemeinden schlechter seien als die der Grossstädte, hätten diese viermal soviel Baudarlehen erhalten. Die Städte saugten die

Kaufkraft des Landes auf, wodurch der Landkreis die Grossstädte finanziere, während die Wirtschaft des Landes mehr und mehr ausblute.
[...]

DOKUMENT 95

Der amerikanische Landeskommissar für Hessen [früherer Direktor der Landesmilitärregierung], Dr. James R. Newman, auf einer Besichtigungsfahrt zu Schwerpunkten der Hessenplanförderung.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 16.2.1951.

Newman: Flüchtlingsfrage ist das Schlüsselproblem

«In Anbetracht des Kalten Krieges zwischen Ost und West ist es sehr naiv, anzunehmen, dass die in Westdeutschland lebenden zehn Millionen Flüchtlinge in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren können,» sagte der amerikanische Landeskommissar, Dr. Newman, am Mittwoch anlässlich einer Besichtigungsfahrt amerikanischer und deutscher Journalisten durch hessische Flüchtlingsbetriebe in Neustadt.

Am Beispiel des Kreises Marburg, der seit Kriegsende rund 15'000 Flüchtlinge zusätzlich unterbringen musste, erklärte Dr. Newman, dass es ohne diese Menschen weder ein Wirtschafts- noch ein Beschäftigungsoder Wohnraumproblem gäbe. «Die Flüchtlingsfrage ist ein Schlüsselproblem!»
[...]

Weitere 1'000 Arbeitsplätze...

Die Besichtigungsfahrt führte zuerst durch das 500 Quadratkilometer grosse Gelände der ehemaligen Munitionsanstalt Allendorf, deren 400 meist bunkerähnliche Gebäude gleich nach Kriegsende von der US-Army gesprengt und 1948 für eine Wiederverwendung freigegeben wurden. Das Gesamtobjekt wurde der Vermögensverwaltung der ehemaligen Montanwerke (WASAG und DAG) und damit dem hessischen Finanzministerium unterstellt. Seit dieser Zeit konnten sich hier bereits wieder 34 kleine und mittlere Industrieunternehmen auftun, deren 800 Beschäftigte zu 70 bis 80 Prozent aus Flüchtlingen bestehen. Sie wohnen in 56 restaurierten und zu Doppelwohnungen ausgebauten Bunkern, in neu erstandenen Siedlungen [...]

oder aber in Notquartieren. Die Absicht, Mietskasernen zu errichten, fand bei den beschäftigten Menschen wenig Gegenliebe. [...]

Der 79. Ort des Kreises Ziegenhain

Die Versuche, ein Flüchtlingslager geschlossen in eine Gemeinde umzuwandeln, wurde in Trutzhain, Kreis Ziegenhain, gemacht. Der aus Holz- und Steinbaracken bestehende Komplex beherbergte nacheinander RAD [Reichs-Arbeits-Dienst] -Kompanien, «Fremdarbeiter», politische Flüchtlinge aus dem Osten, DP [Displaced Persons = Zwangsverschleppte] und schliesslich Flüchtlinge. Sie wurden 1948 vom hessischen Staat hier eingewiesen und bildeten ab dem 1. April als 79. Ort des Kreises Ziegenhain eine selbständige Gemeinde mit einer Grundschule und je einer Kirche für Katholiken und Protestanten. In den sieben mittleren Betrieben, die in der Zwischenzeit hier errichtet wurden, arbeiten 180 Menschen. Die Gesamtkopfzahl der Gemeinde beträgt 550, davon sind rund 30 arbeitslos.

So unabhängig Trutzhain kommunalpolitisch auch geworden sein mag, wirtschaftlich ist es das nicht. Der Hauptgrund dafür ist in seiner abgelegenen Lage zu sehen. Die nächste Bahnstation ist siebeneinhalb Kilometer entfernt. Die Transportkosten verteuern die in Trutzhain erstellten Produkte. Sie können nicht immer im herrschenden Konkurrenzkampf bestehen. Mehrere Firmen, eine Maschinenfabrik, ein Werk für Hochfrequenzapparate, eine Fischkonservenfabrik mussten schliessen. Zwei Textilunternehmen und eine Seifenfabrik werden vom hessischen Staat gestützt. Ein Teil der Bewohner geht der Heimarbeit nach und stellt künstliche Blumen und Handschuhe her.

Trotzdem lässt Bürgermeister Jaksch den Mut nicht sinken: «Wir fangen ja gerade erst an. Wir müssen eben Fabrikationsstätten einrichten, die mit relativ geringen Transportkosten arbeiten können. Aber – Kapital brauchen wir natürlich auch.» Leute mit Initiative hoffen, dass Trutzhain eines Tages Zubringerwerkstätten für grosse Industriebetriebe beherbergt. «Dann könnte man hier wohnen, arbeiten und leben, der Industrie wäre geholfen und der Hessen-Plan um einen Programmpunkt ärmer geworden.» So wünscht es ein Trutzhainer.

DOKUMENT 96

Interview mit Ministerialdirektor Wenzel Jaksch vom Landesamt für Flüchtlinge zur Durchführung des Hessenplans.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 16.9.1953.

Ein gutes Stück vorwärts mit dem Hessenplan

[..]

«Von welchem Gesichtspunkt ging nun die hessische Landesregierung an die planmäßige Bewältigung dieser gewaltigen Aufgabe?» Ministerialdirektor Jaksch antwortete: «Das Flüchtlingsproblem konnte und kann nur gelöst werden, wenn es gelingt, die Vertriebenen dorthin zu lenken, wo auch eine Arbeitsmöglichkeit für sie besteht oder geschaffen werden kann. Aus der gesamten wirtschaftlichen Struktur unseres Landes entstand die Notwendigkeit der produktiven Flüchtlingshilfe: entweder den Arbeitsplatz an den Menschen oder den Menschen an den Arbeitsplatz heranzubringen. Zur Lösung dieser Aufgabe wurde der Hessenplan geschaffen, dessen Hauptziel es ist, durch eine wohldurchdachte Planung des sozialen Wohnungsbaues an wirtschaftlichen Schwerpunkten Wohnungen zu errichten.»

Frage: «Könnten Sie uns die Ziele, die sich die hessische Regierung mit dem Hessenplan gesteckt hat, in konkreten Zahlen schildern?»

Antwort: «Die Ziele des Planes, die von Ministerpräsident Zinn in einer Regierungserklärung Anfang 1953 [(!) 1951] bekanntgegeben wurden, sind: Die innere Umsiedlung von 100'000 Heimatvertriebenen im Interesse ihrer wirtschaftlichen Eingliederung; die schwerpunktmässige Errichtung von 25'000 Wohnungseinheiten zur Förderung der Landesumsiedlung, die Schaffung von 25'000 neuen Arbeitsplätzen in Industrie und Gewerbe zur Sanierung der Notstandsgebiete und zur Bekämpfung der Vertriebenenarbeitslosigkeit; ferner die Errichtung von 3'000 landwirtschaftlichen Siedlerstellen.»

Frage: «Und wie weit war es bisher möglich, diese Ziele zu erreichen?»

Antwort: «Es konnten bisher aus Hessenplan- und Gemeinschaftskrediten seit 1951 rund 11'000 Arbeitsplätze geschaffen oder dort, wo sie gefährdet waren, gestützt werden. Parallel damit entstanden fast 22'000 neue

Arbeitsplätze durch die Förderung kleiner wirtschaftlicher Existenzen. Ausserdem wurden 50'000 Menschen in neuen Wohnungen untergebracht.»

Frage: «Welche Mittel stehen nun zur weiteren Erfüllung des Hessenplanes bereit, und welche Zukunftsaufgaben hat sich das Amt für Soforthilfe bezüglich der produktiven Flüchtlingsfürsorge gestellt?»

Ministerialdirektor Jaksch antwortete abschliessend: «Im Landeshaushalt 1953/54 sind weitere zwölf Millionen Mark an Hessenplankrediten zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorgesehen. Dieser Betrag und Mittel aus dem Lastenausgleich machen es möglich, die bisher bewährte und erfolgreiche Politik der produktiven Eingliederung der Heimatvertriebenen und Fliegergeschädigten ohne Abschwächung fortzusetzen. Auch in diesem Jahr werden wir den Zielen des Hessenplanes um ein gutes Stück näherkommen. In keinem anderen Land der Bundesrepublik wurde bisher so viel für die Heimatvertriebenen getan wie in Hessen.»

Der Wille zur Eingliederung

Der Umzug

DOKUMENT 97

Schreiben eines Flüchtlings vom 29.3.1949 an Dr. Nahm, den Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge, bezüglich der Umsiedlung seiner Familie nach Marburg (anonymisiert).

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 13.

Bitte entschuldigen Sie, wenn ich mich in meiner Not mit nachfolgender Bitte an Sie wende. [...]

Im Juli 1946 wurde ich mit meiner Ehefrau J.I. und meinem [...] Sohne H.I. ausgesiedelt und in S., Kreis Alsfeld, Oberhessen, angesiedelt. Sofort nach meiner Anmeldung meldete ich mich beim Arbeitsamt Alsfeld und bemühte mich auch privat, eine Stellung zu erhalten, um meine Familie ernähren zu können. Alle meine Bemühungen bei Privatfirmen und Rechtsanwälten [...]unterzukommen oder irgendwelche Arbeiten zu leisten, blieben ergebnislos. Trotzdem haben wir es unter den schwersten Opfern er-

möglichst, unseren Sohn das Gymnasium in Alsfeld weiterbesuchen zu lassen. Es waren dies schwere materielle Opfer, da wir ihm die tägliche Reise nach Alsfeld ermöglichen und auch eine zusätzliche Verpflegung, die wir von unseren Normalverbraucherrationen absparen mussten, bieten mussten, wollte unser Sohn nicht körperlich Schaden leiden. Doch wir haben es geschafft. Er konnte im Herbst 1948 als jüngster Schüler das Abitur machen. Sein sehnlichster Wunsch ist, so wie sein Urgrossvater, sein Grossvater und sein Vater, Jura zu studieren. Über sein Ansuchen an der Universität Marburg wurde er der vorgeschriebenen Prüfung unterzogen und, obwohl er der jüngste war und eine die vorgeschriebenen Plätze weit übersteigende Zahl von Bewerbern die Aufnahme sehr erschwerte, aufgenommen. Nun entsteht für uns die Frage, wie wir unserem Jungen das Studium ermöglichen können. Es ist ganz ausgeschlossen, im Kreise Alsfeld für mich einen Verdienst zu finden. Es wäre also Voraussetzung, dass wir im Wege der geplanten Umsiedlung der Vertriebenen und, falls diese erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden sollte, bald möglichst in die Nähe eines Ortes versetzt werden, welcher einesteils eine Einreihung meiner Person in den Arbeitsprozess erleichtern und andernteils meinem Sohne den Besuch der Universität ermöglichen würde. Wie ich nun eben erfahre, wird in Cölbe [...] in der nächsten Zeit, gegebenenfalls bereits am 1.4.1949 die Wohnung des sudetendeutschen Arztes W.E., bestehend aus Küche und 1 oder 2 Räumen und ein in einem anderen Haus befindliches Ordinationszimmer frei.

Es wäre für uns ein Glücksfall und Rettung aus grösster Not, wenn uns ermöglicht würde, in diese Gemeinde oder eine andere in der Nähe von Marburg gelegene Gemeinde zu ziehen. Wir könnten dann unserem Sohne das Studium ermöglichen, ihn von unserer Arbeitslosenunterstützung miter[nähren], und vielleicht könnte auch ich einen Verdienst finden, so dass ich den Staat entlastend, mich und meine Familie selbst erhalten könnte.

DOKUMENT 98

Anfrage eines Flüchtlings an die Hessische Landesregierung vom 26.5. 1949 zwecks seiner Umsiedlung aus dem mit Flüchtlingen überfüllten Schleswig-Holstein nach Hessen.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 13.

Durch die hiesige Tagespresse erging die Mitteilung, dass für Hessen der Zuzug von ca. 6'000 Flüchtlingen aus den Gebieten rechts der Oder-Neisse aus Schleswig-Holstein in Erwägung gezogen worden ist.

Ich selbst gehöre zu diesen heimatlos gewordenen Menschen und alle meine Bemühungen, hier wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, scheitern an der Überbevölkerung des hiesigen Landes. Diese meine grosse Not erkennend, will mir ein früherer Berufskollege, welcher in Bensheim ein Landmaschinengeschäft betreibt, helfend unter die Arme greifen und mich evtl, in seine Firma aufnehmen. (Den Schwierigkeiten) [E]iner freien Umsiedlung stehen aber die behördlichen Vorschriften über Zuzug und Wohnraum im Wege. Ich will nicht verkennen, dass jede einzelne Gemeinde ebenfalls grosse Nöte und Sorgen hat und somit praktisch mein Umzug nur im Wege der Einweisung erfolgen kann.

Mit meinem vorliegenden Schreiben möchte ich die höfliche Bitte aussprechen, mir mitzuteilen, an welche amtliche Stelle ich ein Gesuch zur Umsiedlung (und mit welchen Unterlagen) einzureichen habe.

Für eine recht baldige Beantwortung wäre ich sehr dankbar, damit ich wieder in die Lage versetzt werde, für meine fünfköpfige Familie selbst arbeiten zu können und eine neue Heimat zu finden.

DOKUMENT 99

Antrag einer Flüchtlingsfamilie an das Landesamt für Flüchtlinge vom 29. 11.1950 auf Umzug von Bayern nach Offenbach a.M.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 404.

Mit einer Empfehlung des Herrn Bürgermeister Dr. Fligg, Offenbach, wende ich mich an Sie mit der Bitte, eine Umsiedlung meiner Familie von

Bayern nach Offenbach zwecks Familienzusammenführung und Existenzgründung einleiten zu wollen.

Begründung: Bis Sommerende bewohnten wir Zimmer in einer baufälligen ehemaligen Segelfliegerbaracke ausserhalb des Wohnsiedlungsgeländes des oberbayerischen Dorfes O. [anonymisiert]. Durch die abgelegene Lage war es uns bisher unmöglich, eine Arbeit zu finden, die das Existenzminimum der Familie sicherte. Es ergaben sich im Gegenteil ausserordentliche finanzielle Belastungen dadurch, dass wir einen Teil unserer fünf Kinder in Pension geben mussten, um überhaupt unserer Beschäftigung nachgehen zu können. Mein Mann ist von Beruf Verkehrsflieger und war Flugkapitän bei der Lufthansa. Durch Verbot der Ausübung seines Berufes boten sich ihm bislang nur Gelegenheitsarbeiten mit geringen Verdienstmöglichkeiten.

Seit Oktober hat er Anstellung beim Amerikaner in der Nähe Offenbachs mit existenzsicherndem Gehalt gefunden. Ich selbst habe in Offenbach eine Bezirksvertretung übernommen. Da der Bruder meines Mannes ebenfalls in Offenbach ansässig ist, habe ich hierdurch Gelegenheit, die Kinder während meiner beruflichen Abwesenheit tagsüber der Obhut meiner Schwägerin zu überlassen.

Sollten Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär (!), meinem Umsiedlungsantrag zustimmen, hätte ich nach Zusage der hiesigen Behörden, die sich bisher sehr verständnisvoll für mich einsetzten, mit der baldigen Zuweisung des für meine Familie erforderlichen Wohnraums zu rechnen. Nach neunjähriger Ehe wäre dies das erste Mal, dass es mir vergönnt wäre, ein friedliches Christfest im Kreise meiner Familie im eigenen Heim zu verbringen.

[...]

DOKUMENT 100

Auswandern bot keine im grossen Rahmen zu praktizierende Lösung des Flüchtlingsproblems. Im Folgenden drei Perspektiven einer möglichen Auswanderung und Ansiedlung im Ausland:

A. Zuzugsbeschränkungen im Ausland.

Antwortschreiben des Landesamtes für Flüchtlinge, Wenzel Jaksch, an einen Flüchtling vom 20.4.1950 zu dessen «möglicher» Auswanderung nach Übersee.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 427.

In einem grossen Teil der Presse des Bundesgebietes ist der von dem amerikanischen Senator Mr. Walter dem Aussenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses der USA vorgelegte Auswanderungs- und Ansiedlungsplan, in dem er vorgeschlagen hatte, 1 Million Flüchtlingsbauern in Übersee, insbesondere Südamerika, mit Hilfe der USA anzusiedeln, sinnentstellend wiedergegeben worden. Dadurch ist bei vielen Lesern aus dem Kreis der Heimatvertriebenen – und wahrscheinlich auch bei Ihnen – der Eindruck entstanden, der Plan sei bereits von der amerikanischen Regierung angenommen und die Durchführung angeordnet worden.

Leider trifft dies jedoch noch nicht zu. Nach den mir vorliegenden Informationen wird der Walter-Plan in den USA-Regierungskreisen immer noch erörtert. Ich nehme an, dass noch Monate vergehen werden, bis die endgültige Stellungnahme der USA-Regierung vorliegt und im Falle der Annahme mit den Vorbereitungen begonnen werden kann. Heute kann ich daher zu meinem aufrichtigen Bedauern Ihnen noch nichts Näheres sagen und Sie werden verstehen, dass es auch nicht möglich ist, die von Ihnen im einzelnen gestellten Fragen zu beantworten.

Zur Zeit ist eine Auswanderung z.B. nach den Vereinigten Staaten nur möglich, wenn es sich um die Zusammenführung von Familien handelt, so dass die Auswanderer in den Staaten sofort nach der Ankunft von den dort wohnenden Angehörigen unterstützt werden, oder wenn ein Betrieb oder eine Dienststelle die Personen als Fachkräfte bzw. Facharbeiter geworben hat.

[...]

B. Auswanderung als Lösungsmöglichkeit für innerdeutsche wirtschaftliche und soziale Probleme?

Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Götz (CDU) zur Vorteilhaftigkeit von Gruppenauswanderungen von Vertriebenen und deren Ansiedlung im Ausland.

Aus: Darmstädter Echo vom 5.6.1950.

Als Heimatvertriebener bin ich in den Bundestag gewählt worden, um insbesondere die Interessen meiner Schicksalsgefährten im deutschen Parlament zu vertreten. Wir wissen heute, dass der zu eng gewordene deutsche Mutterboden – wie auch immer wir uns drehen und wenden mögen – nicht ausreichen wird, die vielen Menschen zu ernähren, die aus allen Himmelsrichtungen auf ihm zusammengedrängt heute leben. [...]

Auswanderung ein Vorschlag des Auslandes

Warum, um alles in der Welt, behandelt man angesichts dieses Zustandes die Möglichkeit einer Auswanderung von Deutschen nach Übersee immer noch wie ein heisses Eisen? Warum schweigen die Parteien und die Regierung sich aus? Was hat es für einen Sinn, von Tag zu Tag elender werdende Menschen mit Gewalt hier festzuhalten, wo sie nie wieder glücklich sein werden? Vielleicht warten anderswo kaum erschlossene Länder auf arbeitswillige Menschen! Sollten wieder einmal die Amerikaner europäischer denken als wir? Nach einer unwidersprochen gebliebenen Pressemeldung vom 13. Januar dieses Jahres haben die drei Hochkommissare der Bonner Regierung dringend nahegelegt, «energische Massnahmen zur Regelung des Auswandererproblems» ins Auge zu fassen. In der Auslandspresse wird die Frage der deutschen Auswanderung immer wieder in gründlichen Aufsätzen erörtert. [...]

Aus Deutschland kein Echo

Es ist unverständlich, vielleicht sogar verhängnisvoll, dass man in Deutschland auf diese Vorschläge nicht eingeht. Gewiss, wir haben keinen Grund, unsere besten und tüchtigsten jungen Leute, unsere vorzüglichsten Spezialisten und Fachkenner ins Ausland gehen zu lassen. Das einzige echte Kapital, das wir aus der Vergangenheit in eine hoffentlich bessere Zukunft hinüberzuretten vermögen, ist unser Fleiss, unsere technische und wissenschaftliche Begabung, sind die Erfahrungen und Kenntnisse, die sich in den Köpfen und Händen unserer Facharbeiter, Gelehrten und Spezialisten jeder

Art über den Zusammenbruch hinweg bis heute erhalten haben. Diese Menschen können wir nicht entbehren, wenn wir jemals den Rang wiedergewinnen wollen, den wir einstmals in der Familie der europäischen Völker innehatten.

Es ist ebenso unmöglich, die Auswanderung einzelner junger Männer im besten Alter, ganz gleich welchen Berufs, gutzuheissen. Wer soll die Alten, die Frauen und die Kinder, diese übergrosse Erbschaft eines verlorenen Krieges, ernähren? Man versteht auch jene Sudetendeutschen, Schlesier oder Pommern, die die Hoffnung nicht aufgeben wollen, in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Dann aber bleiben immer noch vielleicht Millionen von Menschen übrig, die beim besten Willen auf deutschem Boden nicht glücklich werden können, die unvermeidlich früher oder später ins Lumpen-Proletariat absinken. [...]

Je grösser die Gruppen sind, die geschlossen nach Übersee verpflanzt werden, – sozusagen vom Pfarrer bis zum letzten Hütejungen im Dorf –, desto sicherer werden die Auswanderer jenseits der Meere auch wirklich heimisch werden.

C. Das Beispiel einer ausgewanderten Familie.

Stellungnahme einer deutschen Familie über ihre Lebenssituation in Brasilien nach der Auswanderung. Das Schreiben wurde von der Bundesstelle für das Auswanderungswesen in Bremen mit Schreiben vom 29.11.1950 an die Landesflüchtlingsverwaltungen in Umlauf gegeben.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 427.

Bezüglich der Wohnungsfrage ist nicht einmal die zu hohe Miete hindernd, (allein) sondern die Umstände, unter denen man hier nur mieten kann. Zuerst muss man nämlich einen Fiador (Bürgen) beibringen, der hier Grund und Boden besitzt, der sich verpflichtet, im Falle eines Nichtzahlens eine bestimmte Summe, z.B. 3-6fache Monatsmiete als Strafe zu zahlen. Ferner muss man sich mit Contrato (Vertrag) verpflichten, 2 Jahre mindestens die Wohnung zu halten. Gibt man sie vorher auf, hat der Mieter ebenfalls 3-6fache Monatsmiete als Strafe zu zahlen. – Dieser Vertrag wird wiederum in einem Büro gemacht, das amtlichen Charakter hat, und kostet (für) den Mieter wiederum 500 Cruzeiros, das sind 75,- DM, das allein für einen Vertrag. – Welcher Einwanderer hat nun einen Bürgen hier im Lande, der dies für ihn tun würde?

Dass man für seine polizeiliche Anmeldung pro Person 1'000 Cruzeiros zahlen muss, ist uns heute bekannt geworden. Das sind 150.- DM pro Person, die arbeitet. Alle Ausländer erhalten und müssen zur Arbeitsannahme haben, eine Carteira (Ausweiskarte), für die man wie gesagt 1'000 Cruzeiros zahlen muss. In unserer Familie arbeiten 4 Personen, sind also 4'000 Cruzeiros = 600.- DM. So werden die Einwanderer in Brasilien geschröpft.

Dass meine Angaben über inflationsähnliche Machenschaften stimmen, ersehen Sie aus dem Bericht über die Stabilität des Cruzeiros. Seit 2 Monaten sind wir hier. Seit dieser Zeit hat das Fett sich um 4-5 Cruzeiros pro 2 Kilo, Butter um 10 Cruzeiros pro Kilo, Eier 2-3 Cruzeiros pro Dutzend, Café um 5 Cruzeiros pro Kilo erhöht. Von Lohnerhöhungen schweigt man. Dies ist ja auch nicht der richtige Weg, wirtschaftlich in Ordnung zu kommen. Ein Arbeitnehmer hier ist übler dran, wenn er Miete zahlen muss, als ein Wohlfahrtsempfänger in Deutschland. Für unsere Familie ist es nur tragbar, hier zu existieren, weil mehrere arbeiten. Ein Vater von mehreren Kindern bleibt besser in Deutschland, solange sie klein sind. Im Süden des Landes, Rio Grande de Sui, ist die wirtschaftliche Lage etwas besser. Der Arbeitsverdienst ist pro Tag für Handwerker 50 Cruzeiros, nicht wie etwa hier 100 Cruzeiros. Dafür kostet dort die Milch 1 Cruzeiro, hier 3,2 Cruzeiros, Butter 12 Cruzeiros, hier 40-49 Cruzeiros. [Ein] Dutzend Eier 3 Cruzeiros, hier 10-12 Cruzeiros, Mehl 4-6 Cruzeiros, hier 6-8 Cruzeiros, Reis 2 Cruzeiros pro Kilo, hier 4,5-6 Cruzeiros. Ich habe dieserhalb mit einem Kolonisten aus Deutschland korrespondiert. Er empfiehlt entschieden, die Südstaaten, Rio Grande de Sui oder Sta. Katharina, zu bevorzugen.

Indianapolis ist ein Vorort von Sao Paulo, der keine einzige gepflasterte oder geteerte Strasse aufweist, weder Wasserversorgung noch Kanalisation besitzt (augenblicklich benutzen wir einen Ziehbrunnen), wo der Schmutz schuhtief in den Strassen liegt, die krumm und bucklig sind, und der Ort hat 30'000 Einwohner. Von der Primitivität dieses Landes kann man sich in Deutschland keine Vorstellung machen.

DOKUMENT 101

Da in manchen Gebieten Facharbeiter fehlten, wurden gerade wandlungswillige Flüchtlinge und Vertriebene gesucht. Dies führte zu einer verstärkten Arbeitsplatzwanderung in den frühen fünfziger Jahren.

Aus: Volksbote vom 17.2.1951.

Werden Heimatvertriebene schon gesucht?

Aus Nordhessen kommt seltsame Kunde: In zahlreichen Kreisen Nordhessens seien Heimatvertriebene bereits rar geworden, so dass in den letzten Monaten eine Reihe nordhessischer Städte und Gemeinden in Eingaben an das hessische Innenministerium um Neuzuweisungen gebeten hätten, da die starke Abwanderung von Heimatvertriebenen nach Südhessen einen Verlust an Kaufkraft gebracht habe.

Wir sind der Meldung nachgegangen und haben den Leiter des hessischen Flüchtlingslandesamtes, Wenzel Jaksch, um eine Stellungnahme gebeten. «Die Meldung eilt den Tatsachen entschieden voraus, wenn sie auch ein Körnchen Wahrheit in sich birgt», erklärt Wenzel Jaksch. «Von Eingaben an das hessische Innenministerium um Zuweisung von Flüchtlingen im allgemeinen Sinne kann keine Rede sein.»

Dagegen bestätigte Jaksch, dass sich die Fälle mehren, wo Industrieunternehmer und Industrieorte (und zwar überraschender Weise auch kleine Industriegemeinden, die nicht als eigentliche Schwerpunkte im sogenannten «Hessenplan» vorgesehen sind) Facharbeiter unter den Vertriebenen anfordern, wobei sie sich gleichzeitig verpflichten, den benötigten Wohnraum für die Familien der Angeforderten bereitzustellen. So hat eine Papierfabrik im Taunus dringend um Zuweisung von sudetendeutschen Spezialarbeitern gebeten. Von anderen Unternehmen werden Maschinensetzer und sonstige Fachkräfte gesucht, die bislang unter grössten Schwierigkeiten aus der Sowjetzone geholt wurden, während in den entlegendsten Orten in Hessen hervorragende Fachkräfte sitzen, für die es sich einfach nicht lohnt zu «pendeln».

Das Landesamt für Flüchtlinge sieht in dieser Entwicklung eine Bestätigung seiner Bestrebungen, die im Zuge der ersten Aufnahme wahllos in hessische Gemeinden Eingewiesenen entsprechend ihren Fähigkeiten und der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten in grösserem Massstab im sogenannten «Hessenplan» «umzusetzen», wobei sie [dies] gleichzeitig dem

Expansionsbedürfnis der Wirtschaft sowie den Wünschen der öffentlichen Hand, Unterstützungen einzusparen, entgegenkommt.

[. . .]

DOKUMENT 102

Wie verlief die Umsiedlung von Arbeitskräften und deren Familien praktisch? Hier das Beispiel des Arbeitsamtes Eschwege.

Aus: Der neue Weg vom April 1952, S. 3.

So wird in Hessen umgesiedelt

[...]

Das Eschweger Arbeitsamt in der Max-Woelm-Strasse bildete am Dienstag und Mittwoch das Ziel vieler grosser und kleiner Menschengruppen. Auf den Gesichtern der Männer lag eine erwartungsvolle Spannung, denn diesmal ging es nicht darum, die kärgliche Unterstützung abzuholen, sondern es winkte die Hoffnung auf Arbeit und lohnenden Verdienst im erlernten Beruf.

Vor dem kleinen Sitzungssaal, in dem zwei Herren vom Landesarbeitsamt Frankfurt am Main amtierten, sammelte sich eine geduldig wartende Menge, in der jeder nur den einen Gedanken hatte: Wird es auch für mich klappen?

Hinter der Tür aber spürte man nichts von der Nervosität. Mit Umsicht und unendlicher Geduld nahmen sich die beiden Herren jedes einzelnen Falles an. Oft war es nicht leicht, die Zungen der Männer zu lösen. Viele hatten das Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten verloren. «Nur nicht das Licht unter den Scheffel stellen, wir müssen alles wissen, was sie können,» ermahnten die beiden Vermittler immer wieder und versuchten, auch verzwickten Lebens- und Berufsumständen gerecht zu werden.

Verantwortungsbewusst machte man jedem Arbeitssuchenden klar, dass heute viel an Können verlangt wird, dass sie zunächst in einem Arbeiterwohnheim untergebracht werden müssen, dass jede Familie aber von Juni/Juli dieses Jahres an mit einer eigenen Wohnung rechnen kann, die im sozialen Wohnungsbauprogramm des Hessenplanes jedem umgesiedelten Flüchtling in der Nähe des Arbeitsplatzes zusteht.

«Ja, ja – wenn’s nur Arbeit gibt», nickten alle, und eine zaghafte Lebensfreude schlich sich in das erste Lächeln ein.

Nicht jeder der vielen arbeitssuchenden Flüchtlinge, die aus dem Kreisgebiet und der Stadt Eschwege aufgefordert und unaufgefordert gekommen waren, konnte mit fester Aussicht auf Arbeit nach Hause geschickt werden. Ausdrücklich war ja in den Aufrufen betont worden, dass es sich um gute Facharbeiter handeln müsse. Keiner aber ging ohne einen Rat, ohne den Hinweis auf eine Umsiedlungsmöglichkeit fort. Jeder Arbeitssuchende wurde gewissermassen registriert, und das Versprechen sich um ihn zu kümmern, war durchaus ernst gemeint. «Vielleicht sind Sie das nächste Mal dran», wurde den nicht Vermittelten beim Abschied gesagt, denn dies war ja erst der Beginn der Umsiedlungsaktion. Für diejenigen aber, die mit baldiger Arbeitsaufnahme in Frankfurt am Main rechnen können, bedeutete der Tag die Erlösung aus einer langen seelischen und körperlichen Not.

[...]

DOKUMENT 103

Welche Gedanken den Einzelnen beim Umzug in die «eigene» neue Wohnung bewegten, zeigt der folgende Bericht.

Aus: Volksbote vom 4.10.1952.

«Und hier sind ihre Schlüssel», sagte der Verwalter. «Der Haustürschlüssel, der Wohnungsschlüssel, die Zimmerschlüssel.» Es ist fast unglaublich und ich muss mich immer und immer wieder überzeugen, dass dies Wirklichkeit geworden ist. Wir haben eine Wohnung erhalten, eine richtige Wohnung, keine Notunterkunft, keine Einweisung in Baracken oder Lager. Eine richtige Wohnung.

Unter normalen Verhältnissen ist eine menschenwürdige Wohnung eine Selbstverständlichkeit, über die man sich keine besonderen Gedanken macht, höchstens darüber, wie man sie einrichten wird. [...]

Und 1946? Ein Zimmer in einem fremden Haus bei fremden Leuten, die sehr wenig davon erbaut waren, dieses eine Zimmer abgeben zu müssen. Zu dritt in einem Zimmer und später zu viert. Alte Bettstellen, noch dazu ein Bett für zwei Personen. Und alles musste in diesem einen Zimmer ge-

tan werden, gekocht, gegessen, gewaschen, geschlafen und gearbeitet. Später kam eine Küche dazu und wir schätzten uns glücklich. Aber auch dies war keine Wohnung, es waren nur Räume in einer fremden Wohnung. Auch hier mussten wir bei jedem Schritt, bei jedem Handgriff, bei jeder Verrichtung fragen, ob uns dies zu tun auch gestattet sei.

Jahre sind vergangen und aus einem Notzustand schien ein Dauerzustand werden zu wollen. Das Schlimmste war, dass wir uns daran gewöhnten. Die anderen, die Einheimischen, hatten ihre Wohnungen, hatten den nötigen Raum, um eine geringe, aber immerhin eine Wohnkultur pflegen zu können. Sie konnten es sich gemütlich machen. Bei uns blieb es eng und ungemütlich. Und dies wollte so bleiben und kein Ende war abzusehen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, dass nicht nur unsere Ansprüche, sondern auch unsere Bedürfnisse immer geringer wurden. Darin aber liegt eine Gefahr, die umso grösser ist, je weniger sichtbar und spürbar sie in Erscheinung tritt. Langsam verlieren auch wir das Gefühl (das Gespür möchte ich lieber sagen), für jene Werte, die, zusammengenommen, eine gewisse Höhe oder eine gewisse Tiefe des Lebensstandes bilden. Die Massenquartiere und Notunterkünfte gestalten nicht nur die äusseren Lebensumstände, sie haben auch eine Wirkung auf die innere Lebensauffassung der Menschen. Sie nagen am Willen, führen leicht (weil ja alles so aussichtslos aussieht) zur Verbitterung und Resignation. Auf die Dauer aber schläfern sie das Gefühl für normale Lebensverhältnisse ein und machen träge. Die Kinder wachsen in diesen räumlich und geistig engen Verhältnissen auf.

Ich habe dies alles nicht nur überlegt, ich habe dies an mir und meiner nächsten Umgebung auch gespürt. Acht Jahre sind so vergangen. Ich muss mich darum auch jetzt immer wieder überzeugen, ob dies nun wirklich meine Wohnung ist. Wir haben unseren eigenen Eingang und hinter unserer Wohnungstür können wir unser Leben einrichten, wie es uns gefällt. Da ist eine eigene Küche, da sind drei Zimmer; es kommt uns so ungewohnt vor, dass man für sich ein Zimmer bewohnen kann. Und da ist, welches Glück, ein Bad. Nun beginnt eine köstliche und glückliche Tätigkeit: Lampen müssen gewählt werden, Gardinen, Zimmer eingerichtet, so, dass sie loskommen von jenem Geruch der Notunterkunft. Wir haben dies fast verlernt. Es ist wahr, noch fehlt es an vielem, langsam wird ein Stück nach dem anderen gekauft werden können. Aber wir leben wieder in einer eigenen Wohnung und wir haben genügend Raum. Es geht wieder aufwärts.

Die Arbeit

DOKUMENT 104

Ein Flüchtling gründet eine neue Existenz in seinem alten Beruf.

Aus: Darmstädter Echo vom 15.6.1950.

Flüchtling arbeitet sich hoch.

Schlesischer Goldschmied fand in Hessen neue Existenz

[Zunächst berichtet die Flüchtlingsfrau von ihrer Flucht mit den Kindern.] Später kam mein Mann. Wir beschlossen, das 110 Jahre alte Familienunternehmen wieder in Gang zu bringen. Dazu brauchten wir einen Laden und – damals noch – eine Lizenz. Mit dem Kometenschweif meiner beiden Kinder an der Hand – ich wusste nicht, wo ich sie lassen sollte – begann ich nun die Behörden aufzusuchen: Wohnungsamt, Flüchtlingsamt, Gewerbeamt. Es war strenger Winter. Zu essen gab es damals nirgends, und so nahmen wir uns ein Säckchen Kartoffeln mit, um unterwegs einkehren zu können. Es hat ein Jahr gedauert, ehe wir den Laden hatten.

Jetzt schaltet sich Herr W. ein. Mit Hilfe früherer Geschäftsverbindungen, die im Westen beheimatet sind, ist es ihm gelungen, ein winziges Lager zu beschaffen, aus allerbescheidensten Anfängen heraus von Neuem zu arbeiten. Es sei unendlich schwierig gewesen, da der Flüchtling – zumindest in der ersten Zeit – als Aussenseiter betrachtet wurde, zumal in einem Ort, in dem es gute Fachgeschäfte gibt, die ihre Stammkunden haben. Hinzu komme, dass es sich nicht um den Verkauf von Gegenständen des täglichen Gebrauches handelt, sondern um eine Luxusbranche. Nur beste fachliche Leistung, Redlichkeit, höfliche Bedienung, fachmännische Beratung können da die Wege ebnen.

«Langsam sind wir vorwärtsgekommen. Und da wir den wirtschaftlichen Tiefstand nach dem Ersten Weltkrieg überwinden konnten, hoffen wir zuversichtlich, auch mit der gegenwärtigen Krise fertig zu werden.»

DOKUMENT 105

Das Handwerk der sudetendeutschen Teppichweberei aus der Olmützer Gegend setzt sich in der Hohen Rhön fort.

Aus: Der neue Weg vom Mai 1951, S. 3.

Sie kamen aus dem Sudetenland, Männer, Frauen und Kinder. Die Stadt Olmütz und die nähere Umgebung waren ihr Zuhause. Der Krieg und seine Folgen nahmen ihnen erst Hab und Gut und schliesslich auch das Letzte: die Heimat. Der grosse Strom der Flüchtlinge trug sie in die Westzonen, wo sie in der Rhön eine neue Bleibe fanden. So kommt es, dass heute in Hofaschenbach sudetendeutsche Mundart erklingt und die berühmten Olmützer Teppiche entstehen.

Der Weg, den Herr Schockherr, der Inhaber der Schottex-Weberei, mit seinen Helfern gehen musste, war steil und steinig. Die Währungsreform trug mit dazu bei, den Existenzkampf zu erschweren. Anfangs war es nur ein Holzschuppen, in dem Herr Schockherr – unterstützt von zwei, drei Menschen – arbeitete. Ein Bauer hatte Mitleid und gab ihm eine alte Scheune. Hier wurde erst einmal alles provisorisch eingerichtet und die Maschinen aufgestellt. Dann aber begann die eigentliche Arbeit. Mit fortschreitender Zeit wuchs der Mitarbeiterstab immer mehr an und heute sind bereits 25 Flüchtlinge, hauptsächlich Frauen, am Werk. Die Teppiche aus Hofaschenbach wurden schnell bekannt. [...]

Die Schottex-Weberei stellt vorzugsweise individuelle Arbeiten her. Hier gibt es keine Konfektionsware. So ist es dem Betrieb auch möglich, allen Wünschen seiner ländlichen und städtischen Kunden nachzukommen. Auf den Webstühlen können alle Arten von Teppichwaren wie Bettumrandungen, Brücken, Verleger von 50 cm bis 3 m Breite und nahezu unbegrenzter Länge gewebt werden.

Wenn es den Sudetenländern auch nicht leichtgefallen ist, sich mit ihren Olmützer Teppichen durchzusetzen, so sind sie heute doch schon weit über die hessischen Grenzen hinaus bekannt. Und manche Landfrau lässt gerne für ihren Sitzplatz am Nähtisch oder für die gute Stube einen Olmützer Teppich weben.

DOKUMENT 106

Zwei anonymisierte Fälle, die beispielhaft zeigen, wie der einzelne Flüchtling die Vergangenheit «bewältigte».

Aus: Klaus Haupt. Weisen der Daseinsermöglichung existenziell bedrohter Menschen. (Eine Untersuchung über die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen.) Diss. Erlangen 1956, S. 106-112.

[Beispiel 1]

Herr A. ist ungefähr 60 Jahre alt, verheiratet und hat eine erwachsene Tochter, die selbst wieder verheiratet ist. Er stammt aus Schlesien und lebt in Wiesbaden-Biebrich. Herr A. wurde im Herbst 1954 einmal in seiner Wohnung besucht. [...]

Seine Zukunft als Lehrer und Beamter ist fest umrissen. Besondere Wünsche äussert er nicht, denn «man hängt sein Herz nicht mehr an irdische Dinge». In seiner Heimat war Herr A. stets bereit, sich einzusetzen und aktiv sein Leben zu gestalten. Er scheute dabei keine Mühe. Auch nachdem er nach dem Einmarsch der Russen und Polen keinen Unterricht mehr in der Schule geben konnte, schränkte er seinen Schaffensdrang in keiner Weise ein. Wo immer sich eine Möglichkeit bot, fasste er an. Dieser Antrieb, der in jener Zeit noch deutlich spürbar war, scheint während der Haft und infolge der Misshandlungen verlorengegangen zu sein. Seine Ideale, sein Besitz waren verloren und auch seinen Beruf durfte er nicht mehr ausüben. Das Leben war für Herrn A. sinnlos geworden, nachdem bestimmte Techniken der Daseinsbewältigung keinen Erfolg mehr hatten. Ein letzter Rest gewohnten Pflichtgefühls und Verantwortungsbewusstseins liessen ihn Mittel aufgreifen, um seine Familie wenigstens auf irgendeine Weise zu erhalten. Hier und dort wurden ohne die Verfolgung eines bestimmten Zieles Arbeitsmöglichkeiten aufgegriffen, eine Zeitlang durchgeführt und dann wieder gegen andere gewechselt. Selbstvertrauen, Initiative und Aktivität fehlen, bis schliesslich – nicht zuletzt durch die Unterstützung seiner Frau, die weiterhin durchhielt – sich frühere Verhaltensweisen wieder mehr und mehr in den Vordergrund schoben. Nun allmählich setzte eine neue Orientierung, ein Abtasten der Umwelt ein, Interesse für den ehemaligen Beruf wurde wach. Die Stabilisierung der äusseren Verhältnisse, die Steigerung des allgemeinen Lebensstandards ermutigten ihn zu einem Neubeginn. Der Wunsch nach einer Teilhabe an der verbesserten allgemeinen

Lage durch eigenen Einsatz machten sich bemerkbar. Der alte Stand ist inzwischen wieder erreicht, eine innere und äussere Eingliederung hat stattgefunden. Alte Verhaltensweisen, die den neuen Gegebenheiten unangemessen waren, verloren sich bereits in jener ersten Phase des planlosen Umherirrens, in der sich auch die ersten Ansätze zu einer adäquaten Reaktion auf die neue Situation bildeten.

[Beispiel 2]

Herr B. war in seiner Heimat Heizer. Im Westen suchte er sich sofort in einer Stadt ein Unterkommen und war bald wieder Heizer. Er verdiente entsprechend und konnte seine Wohnung neu ausstatten. Seine nun (1954) einsetzende Invalidität wäre auch in der alten Heimat in seinem Alter eingetreten. [...] Dass er völlig unzufrieden ist, und diese Unzufriedenheit ein Mittel ist, mit der er sich die Anerkennung und Beachtung sichert, soll nun gezeigt werden:

8. ist ungefähr 60 Jahre alt und verheiratet; seine Kinder sind lange selbständig und wohnen auch in Wiesbaden-Biebrich. Er wurde zweimal in seiner Wohnung im Herbst 1954 und im Herbst 1955 besucht. B. lebte dort in einer Stadt wie hier auch.

Frau B. schickte mich bei meinem ersten Besuch wieder weg, ihr Mann habe gerade keine Zeit und fragt, was ich denn überhaupt wolle. B. taucht auf und bestellt mich für einen der nächsten Vormittage. Nach meinem Schellen dauert es lange, bis geöffnet wurde. B. öffnet die Tür einen kleinen Spalt weit und fragt durch diesen Ritz, was ich denn eigentlich wolle und wo ich eigentlich herkomme, von welcher Behörde oder welcher Zeitung. Meine Beteuerungen nutzen wenig. «Ich habe mein Schicksal schon so oft erzählt und geholfen hat mir noch keiner, zu uns einfachen Leuten kommt man immer nur, wenn man uns zu etwas gebrauchen will; ich erzähle ihnen nichts.»

Schliesslich beginnt er seinen Bericht doch an der Tür und als ihm das allmählich selbst auffällt, darf ich in seine Küche. Die Zimmer, in die ich hineinsehen kann, spiegeln vor Sauberkeit. In der Küche könnte man vom Fussboden essen, so glänzt und blinkt alles. Frau B. lässt sich bei ihrer Arbeit in der Küche nicht unterbrechen, während ihr Mann berichtet. Von Zeit zu Zeit kommen ihr die Tränen und sie jammert über ihr hartes Los und die viele Arbeit, die sie aber im Grund erst glücklich zu machen scheint. Frau B. meint: «An die Einheimischen können wir uns nicht mehr anpassen, wir wollen auch nichts von anderen Leuten und ‚Radfahren‘ tun wir sowieso

nicht, wie das hier alle tun, da sind wir viel zu stolz dazu, wir sagen geradeheraus jedem unsere Meinung ins Gesicht.» [...]

Beiden ist nichts gut genug. Sie greifen die gebotenen Möglichkeiten auf und beschweren sich hinterher, dass sie sicher irgendwann noch bessere gehabt hätten. [...]

So steigern sie sich immer mehr in die ungerechtfertigsten Vorwürfe gegen alle Menschen hinein und werten alles ab. B. braucht also einen gewissen Rahmen, innerhalb dessen er sich von allen Seiten anerkannt weiss. Wird ihm diese Anerkennung zuteil, so ist er zu allen Arbeiten bereit und setzt sich in jeder Weise voll ein. Dass er sich in den ersten Jahren [nach] der Flucht nicht auf diese Daseinstechnik stützen konnte, brachten die wenig stabilen Verhältnissen mit sich, die einen Einsatz zur Erhaltung des nackten Lebens erforderten. Aber bald, nachdem er sich in gesicherter Stellung wusste, regte sich auch wieder der Wunsch nach vermehrter und steigender Anerkennung. Der Grossbetrieb konnte sie nur in beschränktem Masse in Form von guter Bezahlung und einer geachteten Stellung bieten, aber er war trotzdem nur noch ein relativ unbedeutendes Rädchen im Getriebe der Produktion, es ging auch ohne ihn, was in seiner Heimat nicht so leicht möglich war. Dies alles hätte sich allerdings noch stabilisieren können, wenn sein ehemaliger Arbeitgeber (Staat) die Versorgungsansprüche in positiver Weise geregelt hätte. Aber nun wollte man ihm seine früheren Verdienste nicht einmal in Form einer Rente auszahlen. Er reagierte mit gekränktem Stolz und Verbitterung, die sich nach jedem Gesuch steigerte und schliesslich auch auf die verbleibende Umgebung auswirkte. Überall sah er sich ausgenutzt – beim Möbelkauf übervorteilt, in seine Wohnung nur mit dem Hintergedanken von Heizer- und Hausmeisterarbeiten eingewiesen, von den Einheimischen missachtet etc. –.

Diese ständig wiederkehrenden «Reaktionsweisen» verhinderten eine zunächst anscheinend reibungslos vonstattengehende Eingliederung. Ehemals erfolgreiche Weisen der Daseinsbewältigung blieben erfolglos, wenn es zunächst auch nicht so schien, und neue entwickelten sich nur in einer Trotzstellung zu den alten.

DOKUMENT 107

Die besondere Situation der Flüchtlingsbetriebe schildert der folgende Bericht.

Aus: Volksbote vom 9.6.1951.

Es wird bisher viel zu wenig beachtet, dass die soziale Frage im Flüchtlingsbetrieb ein ganz besonderes Gesicht hat und darum auch ganz besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Wenn in der gewerblich-industriellen Wirtschaft die soziale Frage oft mit der Arbeiterfrage identisch ist oder allein in der Situation der Arbeitnehmerschaft wurzelt, so ist sie im Flüchtlingsbetrieb gewissermassen eine totale Frage, denn der Unternehmer und seine leitenden Kräfte sind durch die Enteignung und Ausweisung zunächst selbst auch vernichtete Existenzen. Sie stehen ebenso wie der Arbeitnehmer in einem Kampf um einen neuen sozialen Standort und ihre wirtschaftliche Position ist – wie die Erfahrung leider lehrt – durchaus labil. Von daher erhielt der Flüchtlingsbetrieb eine gute Mitgift innerbetrieblicher Solidarität. Sie wurde noch verstärkt durch das Erlebnis, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer schicksalhaft aufeinander angewiesen sind. Was ist das doch für ein gegenseitiges sich Suchen seit der Vertreibung! Aus allen Ländern und Zonen holten die Flüchtlingsunternehmer unter den erdenklichsten Schwierigkeiten ihre bewährten Stammarbeiter wieder zusammen, weil ihnen klar war, dass nur mit deren Kraft und Tüchtigkeit die betriebliche Tradition wiedergewonnen werden kann. – Nebenbei sei gesagt, dass auf diese Weise schon seit Jahren von den Flüchtlingsbetrieben eine vorbildliche Flüchtlingsumsiedlung geleistet wird, die eine öffentliche Förderung ganz anderen Ausmasses verdient hätte.

Mit Bangen verfolgten gleichzeitig die arbeitslosen Heimatvertriebenen in den Lagern und auf den entlegenen Dörfern den mit der Leidenschaft echten Unternehmerberufes geführten zermürenden Kampf «ihrer alten Chefs» mit den Bewirtschaftungsmassnahmen und den Zuzugsbestimmungen, den Raumnöten und dem Mangel an Energie, Rohstoffen und Kapital, um wieder Betriebe auf die Beine zu stellen. Es hing ja daran die Frage ihrer eigenen Zukunft. Und war es endlich soweit, dann haben sie unter vielerlei Entbehrungen, vor allem in der Unterbringung –, mit Elan und Erfindungsgeist alles darangesetzt, um die Erzeugung in Gang zu bringen. So

erwiesen sich die Betriebe als wahre Schicksalsgemeinschaften. Nicht Kapital und Arbeit als anonyme Grössen, sondern Unternehmer und Arbeiter, Vertriebene und Vertriebene, verbanden sich zu einer gemeinsamen Bewältigung der Not. Es entstand ein gegenseitiges Verhältnis, das in Wahrheit die Bezeichnung Werkgemeinschaft verdient. [...]

Wenn die Flüchtlingsbetriebe auf diese Weise auch ein gesundes innerbetriebliches Klima aufweisen, so darf doch die Schwierigkeit nicht verkannt werden, die darin liegt, dass sie tatsächlich nur sehr geringe soziale Leistungen erbringen können. Sie haben mit soviel Existenzsorgen zu kämpfen, dass sie für Gemeinschaftseinrichtungen, Unterstützungsfonds und dergleichen mehr noch keine Mittel erübrigen können. Selbst auf den Löhnen der Flüchtlingsbetriebe liegt der Druck der Anfangsschwierigkeiten und die Arbeitnehmer müssen mitunter schleppende Lohnauszahlungen, sogar Lohnrückstände in Kauf nehmen. Das ist sehr bitter, denn durch den Verlust aller Habe tun sie sich ohnedies besonders schwer. Die ausserordentlichen Mängel der Unterkünfte wurden schon angedeutet. – Aber auch die Flüchtlingsunternehmer sehen nur einen Bruchteil ihrer Leistungen honoriert. Da ihnen eine Eigenkapitalausstattung meistens fehlt, zehrt der Zins für das Fremdkapital den grössten Teil des Betriebsertrages auf.

[...]

DOKUMENT 108

Auch genossenschaftliche Vertriebenenbetriebe wurden aus gemeinsamem Aufbauwillen gegründet, um das Risiko auf eine grössere Gruppe zu verteilen. Gleichzeitig bedeutete es aber auch ein Wiederaufleben «kollektiver» Wirtschafts- und Arbeitsformen.

Aus: Der neue Weg vom Januar 1952, S. 3.

Schönbacher Geigenbauer in neuer Heimat

[...]

Mit anderen Heimatvertriebenen aus dem Egerlande hatten etliche Schönbacher Geigenbauer in den Dörfern um Eschwege in Nordhessen Unterkunft gefunden. Sie zauderten nicht lange und beratschlagten, wie sie der

Schönbacher Geigenindustrie einen neuen Mittelpunkt geben könnten. Das frühere Flugplatzgelände bei Eschwege war für diesen Zweck geradezu ideal. [...]

Inzwischen gründeten 40 Geigenbauer die «Musikinstrumenten-Genossenschaft ‚Amati‘ GmbH», und die hessische Regierung half ihnen beim Aufbau nach besten Kräften, wobei auch die durch die Geldreform hervorgerufenen Schwierigkeiten überwunden werden mussten. Die Kasernen wurden von der Regierung ausgebaut, und die Genossenschaft erhielt einen Wohnblock zugewiesen, in dem 27 Familien aus den umliegenden Dörfern zusammengezogen wurden, während weitere fünf Wohnungen noch im Bau sind. Die restlichen acht Mitglieder verbleiben vorläufig an ihren jetzigen Wohnsitzen.

Unterdessen erhielt die unter der Führung von Ing[enieur] Johann Schwirdlich stehende Genossenschaft Ausschau nach dem erforderlichen Rohmaterial. In der alten Heimat wurden die Ahornhölzer aus Jugoslawien, der asiatischen Türkei und anderen Ländern bezogen. Jetzt liefern das völlig gleichwertige, einen wunderschönen Klang verbürgende Material die Wälder am Hohen Meissner. Für das Fichtenholz, das ehemals aus dem Böhmerwald kam, fand sich in Hessen kein gleichwertiger Ersatz, wohl aber im Bayerischen Wald. [...]

85 bis 90 Prozent der Ware wird exportiert, nur etwa 10 bis 15 Prozent wird im Inland abgesetzt. Von Norwegen über Afrika bis Australien erstreckt sich der Kundenkreis der Schönbacher. Im heurigen Jahr wurden bereits Musikinstrumente im Wert von 100'000 Mark exportiert. Die Genossenschaft ist nicht nur gut, sondern sehr stark beschäftigt, und schon lange vor Weihnachten konnte sie keine Aufträge mehr annehmen.

[...]

DOKUMENT 109

Besonders schwer war die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge aus der Landwirtschaft, die nur zu einem sehr geringen Teil gelöst werden konnte.

Aus: Der neue Weg vom April 1953, S. 4.

2'800 Ostbauern fanden in Hessen Haus und Hof. 23'000 warten noch

Auf einem Gebiet zeigt sich die Eingliederung der Heimatvertriebenen [als] äusserst schwierig: bei der Ansiedlung in der Landwirtschaft. Die hessische Landesregierung tat sehr viel zur Meisterung dieses Problems. 2'800 ostdeutsche Bauernfamilien fanden bis zum Jahresende 1952 eine eigene Scholle durch die Hergabe von 51,6 Millionen DM aus öffentlichen Geldern. Von 45'000 dem Bauerntum zugewanderten Flüchtlingsfamilien wanderte wegen der langen Wartezeit die Hälfte in fremde Berufe ab, aber noch sind 23'000 ostdeutsche Bauernfamilien siedlungswillig. Jahre werden vergehen, bis sie auf eigenem Boden leben. Noch in diesem Jahr soll aber 1'470 Ostbauern zu Land und Existenz verholfen werden. 100 Voll- und 150 Nebenerwerbsstellen werden im Neusiedlungsverfahren – das ist die Ansiedlung auf Brach- und Ödland – in Flüchtlingshand übergehen. Landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen sind natürlich keine vollbäuerlichen Existenzgrundlagen. Aber sie vereinen die Möglichkeit landwirtschaftlicher Bodennutzung mit dem geldbringenden Arbeitsplatz in der Industrie. Die neuen 520 Stellen dieser Art liegen in der Nähe grosser Wirtschaftszentren, im Rhein-Main-Gebiet. Erfolgversprechend ist die Ansiedlung auf auslaufenden und wüsten Höfen.

Hier fehlen die geeigneten Arbeitskräfte oder nachgeborene Söhne, die den Hof übernehmen könnten. Siedlungsexperten schätzen, dass innerhalb der nächsten drei Jahre auf diesem Wege 3'000 bis 4'000 Betriebe in Flüchtlingshand übergehen. In diesem Jahr werden es 700 bis 800 Höfe sein. [...]

Nicht allein von oben her, vom Staat, kann die Ansiedlung ostdeutscher Bauernfamilien erfolgen. Es gibt einen zusätzlichen und neuen Weg. 25'000 Heimat vertriebene könnten noch in diesem Jahr einen Hof ihr eigen nennen – ohne umständliche Organisation, ohne neues Ministerium und ohne einen neuen Beamten. Das heimatvertriebene Landvolk Hessens

macht einen Vorschlag und wendet sich in einem Aufruf an alle Gemeinden im Bund: «Setzt freiwillig, ohne jede staatliche Hilfe, im Laufe eines Jahres einen vertriebenen Bauern aus dem Osten auf einer Ackernahrung an. Das ist die Erfüllung des Gesetzes im Herzen des Menschen. Da die gesetzlichen Massnahmen zur Eingliederung Heimatvertriebener in die Landwirtschaft nicht ausreichen, bedarf es dieser freiwilligen Hilfe. Jede der 25'000 deutschen Gemeinden, mit ihrem Bürgermeister an der Spitze, schafft dies aus eigener Kraft.»

Die erste Gemeinde aus ganz Westdeutschland, die antwortete, war eine hessische: Giessens Oberbürgermeister hat versprochen, den Anfang zu machen!

DOKUMENT 110

Die Glasindustrie: ein neuer Industriezweig in Hessen, den die Vertriebenen mitgebracht haben.

Aus: Der neue Weg vom April 1953, S. 6.

Glück und Glas in Hessen

Schon einmal hat Hessen von einem Flüchtlingsstrom profitiert: die weltbekannte Offenbacher Lederindustrie ist eine Gründung der Hugenotten, jener vor gut 250 Jahren aus Frankreich vertriebenen Protestanten. In jüngster Zeit findet sich ein neues Beispiel dafür, wie Heimatvertriebene in Hessen einen bedeutenden Industriezweig zu neuer Blüte bringen: die Glasindustrie. Aus Schlesien, Thüringen und dem Sudetenland kamen die Glasmacher als Flüchtlinge mit jenen unvergänglichen Gütern: Können und Erfahrung.

Eines Tages, es war Anno 1946, machten sich einige Tatkräftige auf den Weg nach Wiesbaden, direkt ins Wirtschaftsministerium. Es waren geflüchtete Glashüttenbesitzer. Land und Bund halfen den Glashütten und glasverarbeitenden Betrieben mit Krediten, Darlehen, Staatsbürgschaften, ERP [European Recovery Program]- und Soforthilfemitteln, insgesamt mit 7,5 Millionen DM.

Nun sassen die alten Glasarbeiter nicht mehr trübsinnig in ihren Flüchtlingsbehausungen, aus Unterstützungsempfängern wurden wieder Fachar-

beiter. Zwölf Glashütten entstanden im Hessenland und viele Veredelungswerkstätten, insgesamt 50 Betriebe in und um Limburg, im Obertaunuskreis, im Raume Frankfurt, Kassel und Marburg. Die Umgebung spielte bei der Ansiedlung oft eine grosse Rolle. Man wollte die neue Betriebsstätte in einer der alten Heimat ähnlichen Gegend aufbauen; hier lockte die Hügellandschaft, dort der Wald. Wie ausserordentlich stark die hessische Glasindustrie in Flüchtlingshand liegt und wie viele betriebstreue Belegschaftsmitglieder ihrem alten Unternehmer nach hier folgten, sehen wir daran, dass von den 3'300 gewerblichen Glasbetrieben 80 Prozent heimatvertriebene sind.

[...] Zur Förderung des Nachwuchses entstand die Fachschule für Glasindustrie in Hadamar. Es ist erstaunlich, wieviele Mädchen gerade an diesen Kursen teilnehmen, um später in der glasveredelnden Industrie dem Glas durch Schliff, Gravur und Bemalung ein endgültiges Gesicht zu geben. Aber für diese Kurse melden sich weniger die Kinder der alten Glasfacharbeiter, sondern meist junge Menschen aus dem nahen, bäuerlichen Westerwald, wo der Lebensstil dem des verlorenen Sudetenlandes sehr ähnlich ist, wo man harte Arbeit kennt und auch eine gewisse Neigung zur künstlerischen Handarbeit findet. Die Löhne der hessischen Glasindustrie sind verlockend hoch. Sie liegen 10 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Es ist durchaus keine Seltenheit, wenn ein 22jähriger Facharbeiter im Monat 800 DM nach Hause bringt.

[...]

Die Jahresumsätze der hessischen Glasindustrie erhöhten sich in den vergangenen vier Jahren auf fast das Dreifache, nämlich auf 37,2 Millionen DM. Und diese Firmen haben internationale Bedeutung: sie exportieren 15 bis 20 Prozent ihrer Produktion nach den USA, nach Kanada und Südamerika. Die Qualität des Glases «Made in Hessen» weiss man aber auch im Nahen Osten zu schätzen. In Limburg wurde ein 95flammiger Leuchter angefertigt – für eine Synagoge in Israel.

DOKUMENT 111

Vertriebene werden Staatsbedienstete.

Aus: Die Brücke vom 19.9.1953.

Heimatvertriebene als Landräte und Bürgermeister. 11'500 Staatsbedienstete in Hessen sind Vertriebene

[...]

Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet haben sich die Vertriebenen durchgesetzt. Die Männer und Frauen, die daheim an verantwortlicher Stelle standen und reiche Erfahrungen mitbrachten, haben auch in der neuen Heimat ihre Kenntnisse der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und am Aufbau eines demokratischen Staatswesens mitgearbeitet. Sie sitzen in den Gemeindestuben und in den Kreisparlamenten, und in nicht wenigen Kreisen Hessens amtieren Bürgermeister und Landräte, die schon in der alten Heimat ihre Bewährungsprobe abgelegt haben.

Entscheidend ist wie überall die Fähigkeit. So haben die 1'200 Einwohner der Gemeinde Merxhausen im Kreis Wolfhagen eine gebürtige Sudentendeutsche, Frau Schaal, auf den Bürgermeisterstuhl berufen. Sie versieht ihr Amt mit solchem Geschick, dass die Merxhausener sie gleich zum zweitenmal wählten. An der Spitze der durch ihre Schokoladenindustrie und Rosenkulturen bekannten Stadt Hattersheim steht der ungarndeutsche Ladislaw Winterstein. Erst hiess es «ein Flüchtling als Bürgermeister kommt nicht in Frage», als er aber doch gewählt wurde, musste auf Verlangen der hessischen Regierung der CDU-Landrat die Amtseinführung vornehmen. Und die Hattersheimer sind zufrieden, wie die letzten Gemeindewahlen gezeigt haben. Im nächsten Jahr wird die bestehende Siedlung um 102 Wohnungen erweitert sein, 12 Nebenerwerbssiedlungen wurden errichtet, der Bau eines hochmodernen Schwimmbades ist in Vorbereitung, und heute spricht niemand mehr von dem «Flüchtling».

Auch unter den hessischen Landräten befinden sich Heimatvertriebene. Der aus Schlesien stammende Landrat des Kreises Korbach, Dr. Hanke, hat den allzu einseitig landwirtschaftlich orientierten Kreis mit gewerblichen Betrieben durchsetzt, in denen viele Vertriebene und Einheimische eine neue Existenz fanden. Im Landkreis Kassel liess der aus Bodenbach stammende Landrat Köcher in acht Gemeinden sämtliche Baracken abreißen

und besorgte deren bisherigen Insassen familiengerechte Wohnungen. Tausende Kinder seines Kreises fahren jährlich zur Erholung in ein Jugendheim auf Sylt, das mit den «Syltgroschen» aus den Kassen der Gemeinden aufgebaut wurde. Der aus Oberschlesien stammende Landrat Dr. Schneider ist im Kreis Weilburg erfolgreich an der Arbeit, im Kreis Rotenburg hat sich der baltendeutsche Landrat Seraphim vor allem Verdienste um die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der einheimischen und der Flüchtlingsjugend erworben.

Im öffentlichen Dienst fungieren Heimatvertriebene längst nicht mehr nur als «Briefträger». Die hessische Regierung sorgte zu ihrem Teil dafür, dass in den Stellenplänen Bewerber aus Vertriebenenkreisen entsprechend berücksichtigt werden. Von 58'900 Bediensteten des hessischen Staates waren bei der letzten Zählung 11'500 Heimatvertriebene, davon 6'300 als Beamte, 3'400 als Angestellte und 1'700 als Arbeiter. Jeder fünfte der Staatsbediensteten ist also Heimatvertriebener. Zusammenleben und Zusammenarbeit haben Vorurteile und Reibungsflächen abgeschliffen und die menschlichen Qualitäten in den Vordergrund gestellt.

DOKUMENT 112

Die berufliche Eingliederung schien in manchen Regionen schon früh abgeschlossen. Hier das Beispiel der Stadt Bad Hersfeld.

Aus: Volksbote vom 17.10.1953.

Bad Hersfeld sorgt vorbildlich. Jeder dritte Hersfelder ist Heimatvertriebener

[...]

Mit Mut und Entschlossenheit ist die Stadt an die Lösung ihrer Nachkriegsaufgaben gegangen.

Eines der schwersten Probleme bestand in der Unterbringung und Eingliederung der Heimatvertriebenen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ungewöhnlich hoch ist. Nämlich auf 14'000 Einheimische kommen nicht weniger als 9'000 Vertriebene, vornehmlich aus dem Sudetenland und Schlesien.

Einmal hat man in den alteingesessenen Hersfelder Unternehmungen, vor allem der Textil- und Maschinenindustrie und des Kalibergbaues, viele Arbeitsplätze mit Vertriebenen besetzt, zum anderen wurden nach dem Kriege neue Betriebe gegründet, in denen vornehmlich Vertriebene aus den Ostgebieten arbeiten. Ein solches Beispiel ist das kurhessische Sperrholzwerk, das Buchenholz aus den Wäldern der Umgebung verarbeitet.

Aber nicht nur als Arbeitnehmer haben die Heimatvertriebenen hier aufgeschlossenes Entgegenkommen gefunden, sondern ebenso als selbständige Gewerbetreibende. So sind heute in Bad Hersfeld etwa 150 heimatvertriebene Handwerks- und Industriebetriebe ansässig. Dornreich war ihr Weg, mit sehr vielen Schwierigkeiten hatten sie zu kämpfen, um ihre Betriebe und Werkstätten aufzubauen. Vielfach hatten die Heimatvertriebenen gut eingerichtete Unternehmen im Osten zurücklassen müssen. [...]

In gleichem Masse, wie die Hersfelder Unternehmungen sich bei der Eingliederung der Vertriebenen ihrer sozialen Verpflichtung bewusst sind und wie die Heimatvertriebenen selbst die Initiative ergriffen haben, so gehen Stadt und Kreis Hersfeld auch an die Aufgabe, den Vertriebenen geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im Westen, unmittelbar vor den Toren der Stadt, ist in herrlicher Lage eine Vertriebenensiedlung gebaut worden, in der jetzt bereits etwa 700 Neubürger wohnen. Für weitere 150 Personen soll in dieser Siedlung durch Neubau noch in diesem Jahr Wohnraum geschaffen werden. Zur Zeit sind in Bad Hersfeld neben 35 weiteren frei finanzierten Wohnhäusern 31 Wohnbauten mit Landesbaudarlehen im Bau, die nach Fertigstellung ebenfalls viele heimatvertriebene Familien beziehen werden.



47 Landesbelegung durch Vertriebene nach dem Stand vom 30.6.1951 im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (Bundesdurchschnitt 16,9%).
(Der Hessenplan 1950-1954. Ausgangspunkt, Entwicklungsstufen, Teilergebnisse, Beurteilungen. Hrsg. v. Hessischen Innenminister. Wiesbaden 1954, Anhang Abb. I)

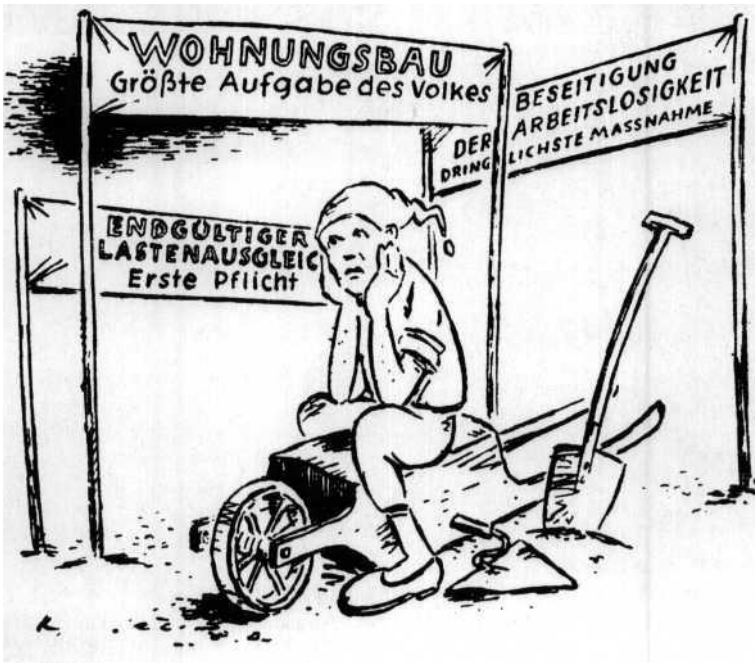
Kreis	Bevölkerung am 13.9.50	Bevölkerung am 30.9.53	Gewinn oder Verlust	darunter Heimatvertriebene		
				am 30.9.50	am 30.9.53	Gewinn oder Verlust
Darmstadt-St.	94 788	111 761	+ 16 973	7 089	12 088	+ 4 999
Gießen-St.	46 712	53 246	+ 6 534	5 614	8 670	+ 3 056
Offenbach-St.	89 030	97 179	+ 8 149	5 159	8 626	+ 3 467
Alsfeld	62 455	59 162	- 3 293	14 587	13 112	- 1 475
Bergstraße	170 373	173 497	+ 3 124	23 726	24 485	+ 759
Büdingen	88 308	85 197	- 3 111	19 799	18 221	- 1 378
Darmstadt-Ld.	83 604	86 861	+ 3 257	13 340	14 885	+ 1 545
Dieburg	89 964	88 702	- 1 262	13 900	14 298	+ 398
Erbach	67 038	65 474	- 1 564	10 693	10 238	- 457
Friedberg	138 855	142 501	+ 3 646	28 984	29 665	+ 681
Gießen-Ld.	104 832	102 478	- 2 354	25 590	24 013	- 1 577
Groß-Gerau	123 385	133 420	+ 10 039	20 578	25 390	+ 4 812
Lauterbach	49 273	46 857	- 2 416	12 482	10 815	- 1 667
Offenbach-Ld.	131 178	142 267	+ 12 089	18 384	22 508	+ 4 124
Reg. - Bez. Darmstadt	1 339 791	1 389 602	+ 49 811	219 925	237 012	+ 17 087
Fulda-St.	42 213	44 378	+ 2 165	7 702	8 836	+ 1 134
Kassel-St.	162 132	179 343	+ 17 211	13 346	18 147	+ 4 801
Müritburg-St.	39 530	42 592	+ 3 062	5 931	6 966	+ 935
Eschwege	73 233	70 321	- 2 912	15 900	14 321	- 1 579
Frankenberg	52 380	50 066	- 2 314	12 063	11 020	- 1 043
Fritzlar	87 944	82 965	- 4 979	19 663	17 574	- 2 089
Fulda-Ld.	94 928	93 998	- 930	16 658	15 544	- 1 114
Hersfeld	71 505	73 932	+ 2 427	15 697	16 603	+ 906
Hofgeismar	66 128	63 609	- 2 519	16 151	15 309	- 842
Hünfeld	37 789	36 319	- 1 470	9 424	8 555	- 869
Kassel-Ld.	72 211	72 578	+ 367	11 797	12 292	+ 495
Müritburg-Ld.	96 127	94 323	- 1 804	20 987	19 622	- 1 365
Melsungen	51 431	48 854	- 2 577	9 957	9 078	- 879
Rotenburg	62 449	60 970	- 1 479	13 064	11 897	- 1 167
Waldeck	91 925	89 357	- 2 568	17 370	17 232	- 138
Witzenhausen	56 658	55 585	- 1 073	11 727	11 395	- 332
Wolfhagen	41 728	39 691	- 2 037	9 158	8 442	- 716
Ziegenhain	60 643	57 587	- 3 056	13 387	11 969	- 1 388
Reg. - Bez. Kassel	1 260 954	1 256 468	- 4 486	239 922	234 732	- 5 190
Frankfurt	532 037	596 610	+ 64 573	52 655	85 887	+ 33 232
Hanau-St.	30 702	37 812	+ 7 110	2 145	5 384	+ 3 239
Wiesbaden	220 741	238 609	+ 17 868	25 456	33 029	+ 7 573
Biedenkopf	57 331	55 890	- 1 441	13 213	11 987	- 1 226
Dillkreis	87 918	88 704	+ 786	15 946	15 936	- 10
Gelnhausen	79 978	79 109	- 869	16 490	16 317	- 173
Hanau-Ld.	81 111	83 313	+ 2 202	11 280	12 450	+ 1 170
Limburg	81 737	81 247	- 490	13 987	13 989	+ 2
Main-Ts.	100 234	104 756	+ 4 522	17 755	19 580	+ 1 825
Oberlahnkra.	58 856	57 053	- 1 803	13 377	12 851	- 526
Ober-Ts.	81 803	88 298	+ 6 495	12 105	14 768	+ 2 663
Rheingau	56 223	56 162	- 61	10 992	11 199	+ 207
Schlichtern	45 533	43 264	- 2 269	9 643	8 776	- 867
Unter-Ts.	54 005	52 732	- 1 273	14 306	13 471	- 835
Usingen	27 268	26 867	- 401	5 004	4 992	- 12
Wetzlar	127 379	131 529	+ 4 150	26 382	28 182	+ 1 806
Reg. - Bez. Wiesbaden	1 722 856	1 821 955	+ 99 099	260 736	308 798	+ 48 068
Hessen	4 323 801	4 468 025	+ 144 224	720 583	780 542	+ 59 965

48 Wanderungs-
bewegung in
Hessen zwischen
1950 und 1953.
(*Der Hessenplan
1950-1954*, Aus-
gangspunkt, Ent-
wicklungsstufen,
Teilergebnisse,
Beurteilungen.
Hrsg. v. Hessischen
Innenministerium.
Wiesbaden 1954,
S. 41/42)

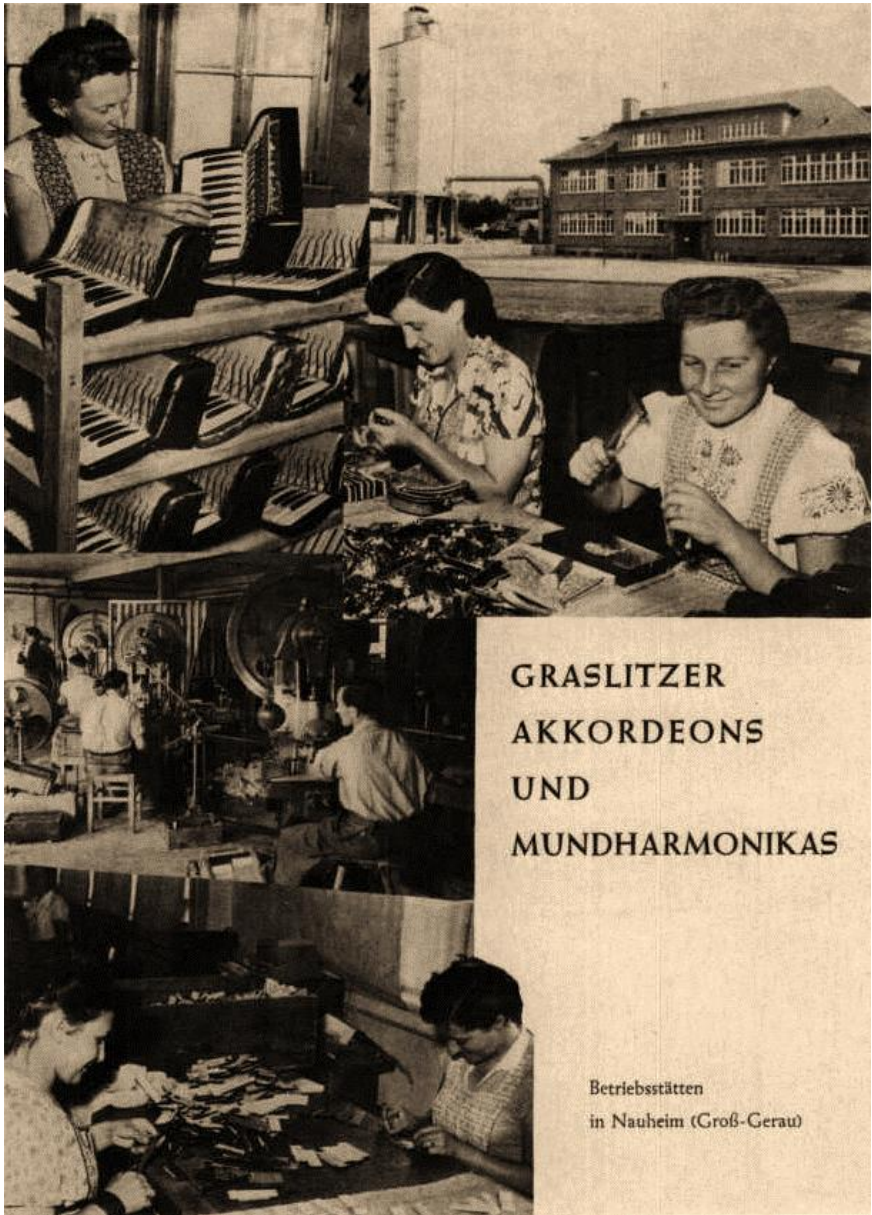
Arbeitsamts- bezirk	Arbeitslose am 30.9.1950			Arbeitslose am 30.9.1953		
	insge- samt	davon Flüchtlinge	in Prozenten	insge- samt	davon Flüchtlinge	in Prozenten
Darmstadt	9 951	2 487	25,0	9 024	2 138	23,7
Dillenburg	2 641	1 114	42,2	1 648	643	39,0
Frankfurt	1 553	1 038	9,0	13 712	1 712	12,5
Fulda	5 194	1 982	37,8	3 961	1 219	30,8
Gießen	9 752	4 142	42,5	9 102	3 708	40,7
Groß-Gerau	786	250	31,8	971	300	30,9
Hanau	4 555	1 330	29,2	5 043	1 334	26,4
Hersfeld	7 949	2 869	36,1	5 388	2 136	39,6
Kassel	19 790	4 901	24,8	16 305	3 981	24,4
Korbach	3 443	1 567	45,5	3 019	1 174	38,9
Limburg	3 398	1 341	39,5	1 856	590	31,8
Marburg	8 005	3 078	38,5	6 247	2 330	37,3
Offenbach	3 225	339	10,5	2 902	339	11,7
Wetzlar	2 063	827	40,1	1 970	632	32,1
Wiesbaden	4 823	914	19,0	4 645	819	17,6
Hessen	97 128	28 159	29,0	85 793	23 055	26,9

In diesen Zahlen ist der Zugang an Bundesumsiedlern und Sowjetzonenflüchtlingen nicht besonders aufgeführt. Dadurch wurde der Arbeitsmarkt zusätzlich in Anspruch genommen und die Beseitigung der Restarbeitslosigkeit erschwert.

50 Die politischen Aufgaben der fünfziger Jahre; betroffen waren v.a. einheimische Kriegsgeschädigte und Flüchtlinge.
(Marburger Presse vom 3.3.1950)



„Zukunftverheissende Feststellungen, aber ich möchte endlich einmal anfangen“ ...“



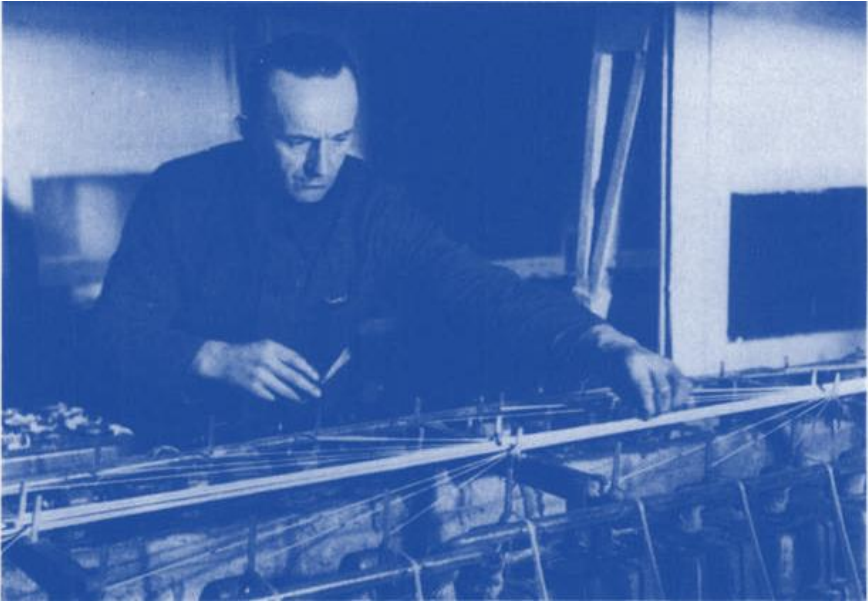
51 Graslitzer Akkordeons und Mundharmonikas. Betriebsstätten in Nauheim, Gross-Gerau. (*Der Hessenplan 1950-1954. Ausgangspunkt, Entwicklungsstufen, Teilergebnisse, Beurteilungen.* Hrsg. v. Hessischen Ministerium. Wiesbaden 1954, S. 52)

**ERZGEBIRGISCHE
MUSIKINDUSTRIE
IM HESSISCHEN
RIED**



Saxophon- und Fagott-
erzeugung in Nauheim
(Gross-Gerau)

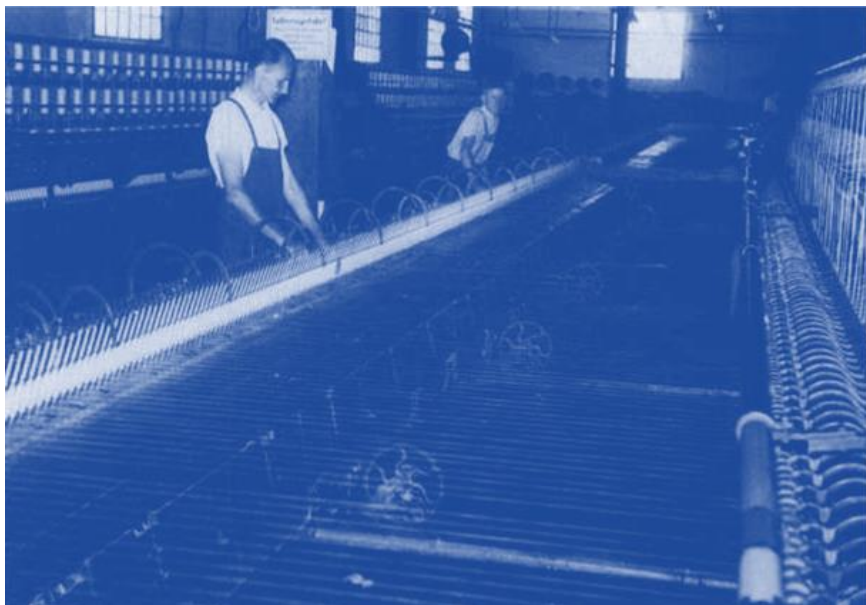
52 Erzgebirgische Musikindustrie im hessischen Ried: Saxophon- und Fagott-
erzeugung in Nauheim, Gross-Gerau. (*Der Hessenplan 1950-1954. Ausgangspunkt, Entwicklungs-
stufen, Teilergebnisse, Beurteilungen.* Hrsg. v. Hessischen Ministerium. Wiesbaden
1954, S. 31)



53 Sudetendeutscher in einer Spinnfaser-Glanzstoff-Fabrik in Kassel, 1952.



54 Flüchtlinge bei der Arbeit in der Eisengiesserei Winter, Stadt-Allendorf, Kreis Marburg.



55 Vertriebene bei der Arbeit in einer Kammgarnspinnerei in Allendorf, Kreis Marburg. Auch der Betrieb selbst war von einem Flüchtling aufgebaut worden.

56 Glaskontrolle in einem Flüchtlingsbetrieb in Stierstadt, Juli 1950.





57 Glasbläser in der Stierstädter Glasindustrie, Juli 1950. Die Glasindustrie war eine sudetendeutsche Domäne, die die Vertriebenen als neues Gewerbe Hessen gebracht hatten.



58 Vertriebene Landwirte beim Kieseinfahren für das neue Heim in der Stadt Wetter, Kreis Marburg, in den frühen fünfziger Jahren.

59 Internationale Bauhilfe für Flüchtlinge Anfang der fünfziger Jahre. Quäker aus Indien, Amerika, England und Ungarn helfen beim Aufbau eines zerstörten Hauses.





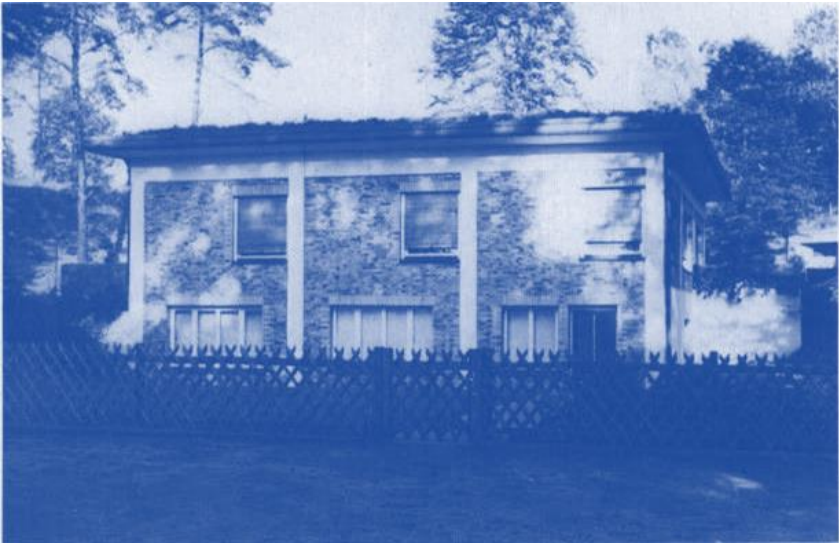
60 Hausbau in gemeinsamer Selbsthilfe. Neubürger beim Mörtelmischen.



61 Das Umzugsgut einer Neubürgerfamilie an Weihnachten 1949 vor dem Einzug in das neue Siedlerhaus.

62 Neubürger beim Mauern der Fundamente für das erste Kassettenhaus aus Frankfurter Trümmersteinen auf dem Bad Vilbeler Heilsberg, 1948.

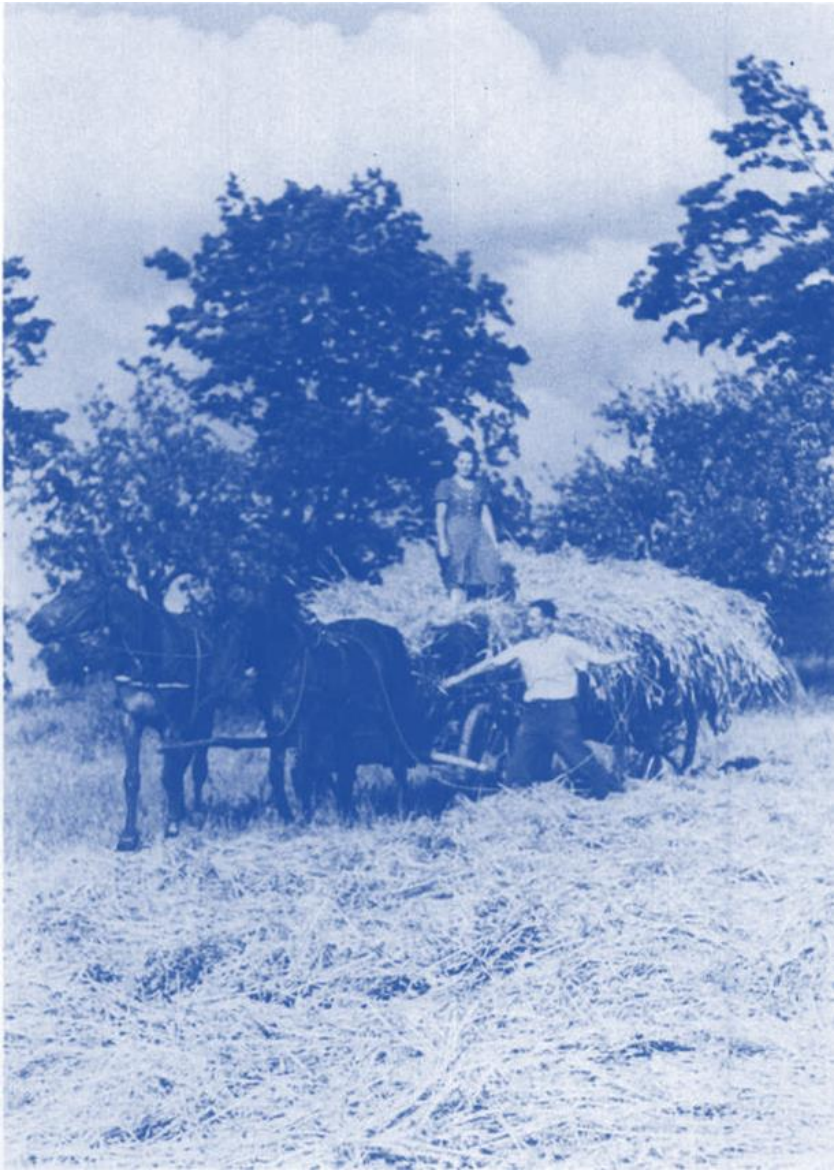




63 Aus ehemaligen Munitionsbunkern entstanden in Allendorf, Kreis Marburg, in den frühen fünfziger Jahren Ein- und Zweifamilienhäuser für Flüchtlinge und Vertriebene.

64 Flüchtlingshof Gieshuber in Hohenstein im Taunus.
(Bundesbildstelle, Bonn)





65 Neubürger auf dem Heilsberg bei Bad Vilbel beim Einbringen der Heuernte.



66 Ungarndeutsche Dreifach-Hochzeit in Originaltracht im Kreis Marburg, Mai 1948.

67 Das sechste Weihnachten der Familie Kiefner und Gruber in der neuen Heimat, 1952. Einige neue Möbelstücke hatte man sich bereits anschaffen können.

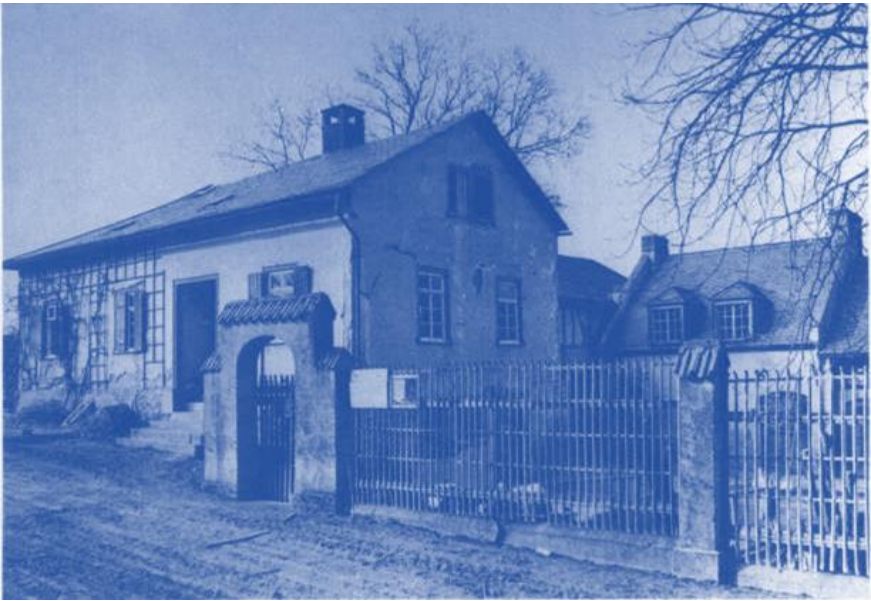


68 Der sudetendeutsche Kaufmannsgehilfenlehrling Rudolf Kiefner (mit Korb) bei der Waren- auslieferung, Sommer 1951.



69 Weihnachten 1955 bei der sudetendeutschen Familie Kiefner. In der Mitte das erste eigene Radio und die selbstgebaute Weihnachtstrippe.





70 Flüchtlingshof Gieshuber in Hohenstein im Taunus.
(Bundesbildstelle, Bonn)

71 Der erste gebrauchte Wagen und die erste Urlaubsreise, 1957.



72 Das erste eigene Heim.



73 «Eigener Herd ist Goldes Wert» –
für eine Flüchtlingsfrau besonders.
(Bundesbildstelle, Bonn)





74 Innenansicht eines Zimmers für elternlose Jugendliche der Vertriebennsiedlung Heilsberg, Bad Vilbel.

75 Flüchtlingsiedlung Bleidenstadt im Taunus.
(Bundesbildstelle, Bonn)





76 Frauen bei der Arbeit in der Flüchtlingsiedlung Bleidenstadt im Taunus.
(Bundesbildstelle, Bonn)

77 Aus amerikanischen Rinderspenden wird 1955 die 2'000ste Kuh in der Kurhessen-
halle an einen nordhessischen Flüchtlingsbauern verteilt.





78 Gründungsversammlung des Landesverbandes der Ausgewiesenen, heute Bund der Vertriebenen, am 18.12.1948 im Frankfurter Operncafé.
(Landesverband BdV-Hessen, Wiesbaden)

79 Landesverbandstag der Heimatvertriebenen Hessen 1951 in Frankfurt. Ministerpräsident Zinn (Mitte mit Brille), davorstehend der Vorsitzende des Landesverbandes, der Sudetendeutsche Josef Walter.
(Landesverband BdV-Hessen, Wiesbaden)





80 Landestreffen der Vertriebenenverbände am 22.6.1952 in Giessen; anwesend waren 80'000 Flüchtlinge und Vertriebene. Im dunklen Mantel rechts der Leiter des hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, der frühere sozialdemokratische, sudetendeutsche Exilpolitiker Wenzel Jaksch.

81 Ausflugsfahrt des Ortsvereins der Heimatvertriebenen in Allendorf, Kreis Marburg, für ältere Flüchtlinge und Vertriebene in den fünfziger Jahren.

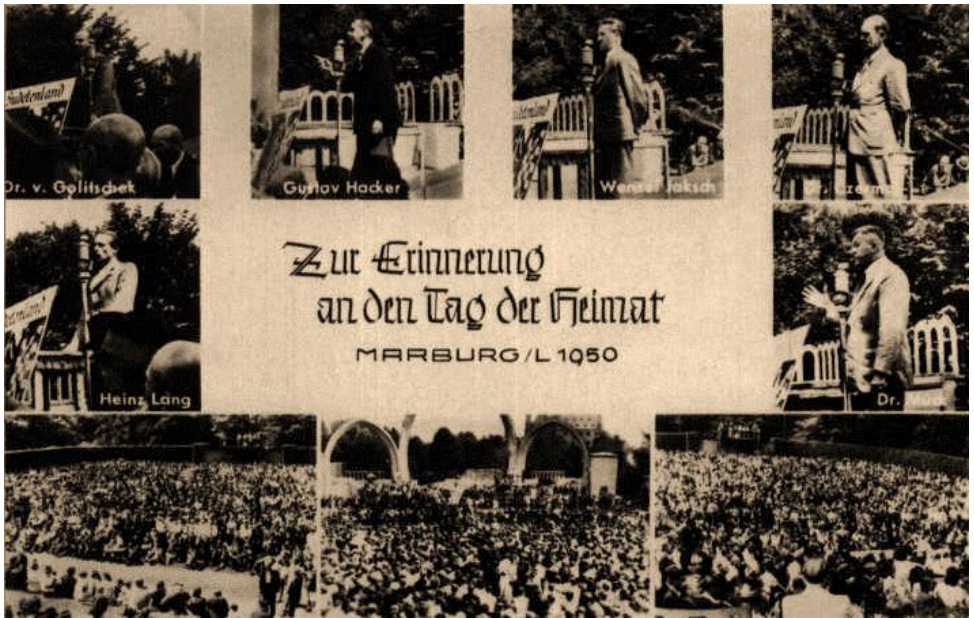




82 Egerländer Trachtenpaar, 1952.

83 Einweihung der Sudetenlandsiedlung in Wolfershausen, Kreis Melsungen, durch den hessischen Landwirtschaftsminister, den erst im Dezember 1949 aus der CSSR übersiedelten Gustav Hacker (BHE), 1961.





84. Tag der Heimat 1950 in Marburg. Die Karte zeigt u.a. Heinz Zang, den späteren Bürgermeister der «Neubürgersiedlung» Stadtallendorf; Fritz Czernak, der noch im selben Jahr zum 2. Vorsitzenden der Heimatvertriebenen gewählt wurde, sowie die späteren Vertriebenenpolitiker Gustav Hacker (Hessischer Landwirtschaftsminister 1955-1967, BHE) und Wenzel Jaksch (Mitglied des Bundestages seit 1953, SPD). (Hans Pohl, Marburg)



85 Volkstanzgruppe Wolfershausen auf dem dritten Kreistreffen der Heimatvertriebenen des Kreises Melsungen, Juli 1951.

DOKUMENT 113

Beruflich wieder Fuss zu fassen, war oft ein langwieriger, schwerer Weg. Die meisten Vertriebenen fanden erst nach einer Zeit des Improvisierens eine dauerhafte Existenzgrundlage, andere mussten sich, wenn sie Entwurzelung und Heimatverlust nicht verwanden, mehr schlecht als recht durchs Leben schlagen. Hier zwei anonymisierte Fallbeispiele aus Wiesbaden: Aus: Klaus Haupt. Weisen der Daseinsmöglichkeit existenziell bedrohter Menschen. (Eine Untersuchung über die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen.) Diss. Erlangen 1956, S. 35/36, 38/39.

[Beispiel 1]

[...]

Familie R. stammt aus Schlesien. Dort hatte Herr R. bereits in sehr jungen Jahren seine Meisterprüfung als Installateur gemacht und arbeitete bei seinem Vater. Er wollte noch ein Studium als Maschineningenieur anschliessen. Aber der Krieg hinderte ihn daran. Frau R. war Friseurin im Laden ihres Vaters, hatte daran aber keinen [so] grossen Spass wie ihre Schwester, die den Laden ja auch einmal übernehmen sollte.

Als Herr R. eingezogen wurde, hatten sie für alle Fälle die Adresse bei Verwandten in B. als Treffpunkt ausgemacht. Dorthin liess sich Herr R. dann auch aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er kam im Dezember 1945 hier an und fand gleich eine Stelle als Schlossergeselle. Nebenher musste er als ehemaliger PG [Parteigenosse, Mitglied in der NSDAP] noch Aufräumarbeiten leisten. Schon ehe Frau R. mit ihren zwei Kindern 1946 hier ankam, wusste er sicher, dass er nicht Arbeiter bleiben wollte, sondern so schnell wie möglich eine eigene Werkstatt eröffnen wollte. Zu einem Studium war er inzwischen zu alt geworden und ausserdem fehlten die finanziellen Grundlagen. Es galt nun zunächst einmal wieder Boden zu fassen.

Das einzige, was Frau R. aus der Heimat retten konnte, waren zwei Säcke voll Wäsche. Nachdem sie sich einigermaßen erholt und ein provisorisches Unterkommen gefunden hatten, sammelten sie auf Schutt- und Abfallplätzen alte Blechbüchsen. Aber sie beschränkten sich nicht allein auf Blechbüchsen, sondern nahmen alles mit, was ihnen einigermaßen brauchbar erschien. Sie bewohnten ein Zimmer in einem Bauernhof – das Ehepaar und zwei Kinder direkt vor ihrer Tür war der Misthaufen. Hier im Hof stapelten sie alles auf. Nachdem Frau R. Dinge, die unter Umständen noch brauchbar

waren – Lebensmittelreste in den amerikanischen Büchsen, Schmieröl, Farben etc. – sorgfältig herausgesondert hatte und die Büchsen gereinigt waren, verfertigte ihr Mann Backförmchen, Nachtgeschirre, Springformen und ähnliche Dinge daraus.

Der Blechkram, den sie sammelten, wurde immer grösser, zum Schluss nahmen sie alles mit, was sich nicht wehrte und hatten auf diese Weise sogar Teile, auf denen der Stern der amerikanischen Armee war. Einen Teil dieser Blecherzeugnisse verkauften sie, einen anderen Teil vertauschten sie gegen Wein und Lebensmittel. Den Wein handelten sie dann wieder gegen Werkzeuge und andere Materialien ein. Regelmässige Fahrten über Land erhöhten den Absatz und die Lebensmittelvorräte.

Bei [zur Zeit] der Währungsreform war ihr Mann gerade auf die Produktion von Giesskannen übergegangen, die nun kein Mensch mehr haben wollte. Das Blechgeschäft war zu Ende; nun galt es, den Anschluss nicht zu verpassen. Diese Einsicht, sich nämlich so schnell wie möglich umzustellen, erhöhte ihre Aktivität. Man gewährte ihnen einen Existenzaufbaukredit, der 1954 gerade fertig abgezahlt war. Herr R. hörte zufällig, dass eine alte Scheune in einem Bauernhof leerstand. Die pachtete er und baute sie sich langsam – mit grosser Unterstützung seiner Frau – aus. Dabei kamen sie dann auch zu einer Wohnung, in der sie heute noch wohnen. Mit der Verpächterin kommen sie sehr gut aus. Gern würden sie das ganze Anwesen kaufen, wenn die Besitzerin dazu bereit wäre.

Die Tätigkeit auf dem Schuttplatz gaben sie vorläufig – trotz Währungsreform – noch nicht auf. Nur sammelten sie jetzt kein Blech mehr, sondern alte Heizkörper und Rohre aller Art, die sie finden konnten. Damit starteten sie ein Heizungsinstallationsgeschäft. Inzwischen haben sie sich vollkommen als Heizungsspezialisten eingearbeitet und sind mit Aufträgen überhäuft. Das Ausschlichten der Schuttplätze konnten sie bald nach der Währungsreform, als es wieder Material gab, aufgeben. Damit ist die Rückkehr zum Beruf in der Heimat wieder gegeben und wohl auch der alte Standard erreicht. Während sie Zuhause in Laden und Heizungswerkstatt fünfzehn Angestellte beschäftigten, sind es jetzt erst sechs. Das liegt aber nicht an fehlender Arbeit, sondern am Facharbeitermangel. Alle Schreibtischarbeit besorgt Frau R., weil sie sich hier eine Hilfe vorerst nicht leisten wollen; auf die Dauer wird es aber nicht zu vermeiden sein.

[Beispiel 2] [...]

Herr D. war Telegrafenbauarbeiter in Danzig, wo die Familie bis kurz vor dem Einmarsch der Russen wohnte. Er wurde dann verschleppt, und Frau D. musste erstmalig in ihrem Leben voll verantwortlich entscheiden, was ihr grosse Sorgen machte. In einer sehr wechselnden Flucht mit vielem Hin und Her wanderte sie ohne weitere Eigeninitiative mit ihren beiden Töchtern über die Strassen in Richtung Westen. Frau D. ging überall dahin, wo man es ihr befahl und wo gerade die Masse hinzog. Die Flucht endete zunächst einmal in Pommern. Dort blieb sie von 1945 bis 1947 in einem kleinen Dorf; es war nicht immer einfach, die älteste Tochter, die damals 19 Jahre alt war, vor den Russen zu verstecken. Doch scheint sie hierbei einige Aktivität aufgebracht zu haben; andere Vertriebene, die in der gleichen Lage waren, unterstützten sie dabei. Dort mussten sie und die Tochter unbezahlt im Walde arbeiten. Sie fällten Bäume und sammelten Holz. Die Verpflegung war äusserst schlecht. Da es Frau D. nicht gelang zu organisieren, waren sie fast am Verhungern. [...]

Im letzten Jahr fanden sie dann eine Beschäftigung als Kräutersammler und verdienten dabei pro Stunde 30 Pfennige, mussten aber, um an die Kräuter zu kommen, acht Kilometer weit bis zum Wald laufen. Bei dem Siedler, der sie beherbergte, durften sie für ein wenig Essen auch ab und zu arbeiten. Hier wurden sie eigentlich nur schlecht behandelt und schikaniert. 1947 gelang es schliesslich, dass die älteste Tochter eine Ausbildung als Kindergärtnerin beginnen konnte. Da sie aber in die Partei (SED) eintreten sollte, zog sie es vor, schwarz über die Grenze nach Herford zu gehen. Dort fand die Tochter dann für ihre Mutter eine Beschäftigung als Beschliesserin in einem Hotel und holte sie nach. Mit Hilfe der ältesten Tochter kam Frau D. so auf abenteuerliche Weise nach Westdeutschland.

Die Arbeit war schwer und lang. Von morgens sechs bis abends elf Uhr musste sie auf den Beinen sein. Dafür konnte sie mit der jüngsten Tochter umsonst im Hotel leben und bekam im Monat 50,-Mark. Die einzige Schwierigkeit dabei war, dass sie keinen Zuzug bekam, weil sie schwarz über die Grenze gekommen war. Das erschwerte ihr eine evtl. berufliche Verbesserung und die Möglichkeit, eine eigene Wohnung zu finden. Während dieser Zeit scheint sie sich – wenn auch vergeblich – noch stark um eine Verbesserung der Situation gekümmert zu haben, um die Erziehung

der jüngsten Tochter zu ermöglichen. Die älteste Tochter war inzwischen nach Wiesbaden gezogen und holte die Mutter 1949 dorthin nach. Die Zugsgenehmigung hatte Frau D. endlich – nicht zuletzt dank der Bemühungen ihrer Tochter – bekommen. Seit dieser Zeit erhielt sie auch eine Kriegshinterbliebenenrente. In Wiesbaden war die Wohnfrage nur schwer zu lösen. Sie wohnte vier Jahre lang in einem der übelsten Viertel der Stadt [...] in einem dunklen möblierten Zimmer. 1951 heiratete die älteste Tochter und wanderte nach Amerika aus, von wo sie die Mutter unterstützte. Während dieser Jahre hatte Frau D. ab und zu irgendwelche Aushilfsarbeit, die sie ohne Vermittlung des Arbeitsamtes gefunden hatte. So konnte sie sich zu ihrer Kriegshinterbliebenenrente noch eine Kleinigkeit dazu verdienen, ohne das es abgezogen worden wäre. Ende 1953 fand sie endlich das Zimmer, in dem sie jetzt in inzwischen angeschafften Möbeln wohnt. Seit dem Frühjahr 1954 ist sie herzkrank und leidet an seelischem Kummer.

Das neue Heim

DOKUMENT 114

Beim Eigenheimbau wurde viel improvisiert, um die Baukosten niedrig zu halten.

Aus: Der neue Weg vom Januar 1952, S. 4.

Munitionskisten als Bausteine. Ein Vertriebener, der sich zu helfen wusste

Von dem neuen Schlager, der allabendlich im Rundfunk den Hörern empfiehlt, «ein Haus aus lauter Liebe zu bauen», hielt der Heimatvertriebene Erich Haberkorn in Usingen am Fusse des Feldberges nicht viel. Wohl aber von der Idee, aus Munitionskisten eine Wohnstätte zu schaffen, in der man sich wieder wie zu Hause fühlen kann.

Als er eines Tages spazieren ging, entdeckte er auf dem früheren Munitionsgelände [ehemalige Munitionsanstalt] bei dem Dorfe Hundstadt zahllose Kisten, die entweder von den Einwohnern verfeuert wurden oder mit denen

Kinder spielten. Er stellte fest, dass sie mit erstklassigen Imprägnierstoffen getränkt waren und anderen Zwecken nutzbar gemacht werden könnten. In seinen freien Stunden holte er die Munitionskisten nach Usingen, schachtete ein Fundament aus, zog eine normale Mauer für das Kellergeschoss, und dann begann er mit dem Kistenbau. In mühevoller Arbeit stellte er sorgsam Kiste auf Kiste. Da die Kisten in gleichen Abständen drei durchgehende Löcher aufweisen, kam Loch auf Loch zu stehen, so dass, wenn man von oben in die Wand hineinsah, diese durchgehend runde Hohlräume aufwies. Hier goss Baumeister Haberkorn Zement hinein, der dann die einzelnen Kisten miteinander verband. Durch alle vier Hauswände gehen also sozusagen Zementsäulen, die das Munitionskistenhaus zusammenhalten und tragen.

Nachdem es im Rohbau erstellt war, schlug er ein normales Dach auf und verputzte die Aussenwände mit einer Isolier- und Schmuckputzschicht. Heute sieht dem Haus niemand mehr an, dass es aus lauter Kisten besteht. In diesen Tagen zogen die Bewohner ein und fühlen sich wohl im eigenen Heim. Die Baukosten liegen um über 50 Prozent unter den sonst üblichen.

DOKUMENT 115

«So entstand Lettgenbrunn». – Der Kreis Gelnhausen siedelte vertriebene Bauern an.

Aus: Karl Heidlberger. So entstand Lettgenbrunn, in: Jahrbuch 1985. Zwischen Vogelsberg und Spessart. Hrsg. v. Landratsamt Gelnhausen, S. 47-50.

Die Ansiedlung von heimatlosen Landwirten brachte grosse Probleme. Was fängt auch ein ehemaliger Bauer ohne geeigneten Grund und Boden an? So hatte ein hartes Schicksal gerade diesen Berufsstand aus den deutschen Ostgebieten und weit[er]en Siedlungsräumen ausserhalb der Reichsgrenzen mit einem Schlag zu ungelerten Arbeitern gemacht. Auf mehr als 400'000 wurde später ihre Zahl geschätzt ohne die mithelfenden Familienangehörigen und die Landarbeiter. Sie bildeten die sozial am stärksten deklassierte Gruppe der Heimatvertriebenen.

Schwere Zeiten aber, so lehrt uns die Geschichte, bringen auch Persönlichkeiten hervor, die Weitblick, Schaffenskraft und Mut zur Improvisation besitzen, um Ungewöhnliches zu leisten. Landrat Heinrich Kress und die Mehrheit seiner demokratisch gewählten Vertreter in den von der Basis her entwickelten politischen Institutionen haben in Fragen [der] Sesshaftmachung schnell gehandelt.

Bereits auf seiner 2. Sitzung fasste der Kreistag Gelnhausen am 14. Oktober 1946 den folgenden Beschluss: «In erster Linie soll wieder im Gelände Lettgenbrunn und Villbach gesiedelt werden. Es soll dort ein Dorf entstehen, mit dessen Planung das Kulturamt Hanau bereits begonnen hat. Das Dorf wird teils landwirtschaftlichen, teils forstwirtschaftlichen Zwecken dienen und etwa ein Dutzend Bauernhöfe haben; daneben sollen Waldarbeiter mit einer Nutzfläche von je drei Hektar Land angesiedelt werden, die gleichzeitig den 3 Forstämtern die Arbeitskräfte stellen. Holzfuhrleuten und den nötigen Handwerkern, wie Stellmacher, Schmiede usw. wird auch Ansiedlungsmöglichkeit gegeben.»

Im Juli 1947 erfolgte dann die Grundsteinlegung für eine Wiederbesiedlung des Truppenübungs- bzw. Bombenabwurfplatzes in den Gemarkungen der ehemaligen Spessartgemeinden Lettgenbrunn und Villbach. Das Dorf Lettgenbrunn konnte zum 3. Male aufgebaut werden. In die Grundmauer des ersten Waldarbeiterhauses, das für die Familie Katharina und Peter Becker bestimmt war, wurde die Urkunde zur Grundsteinlegung eingesetzt und von einer Sandsteinplatte mit der Jahreszahl 1947 abgedeckt.

Was fanden die auswärtigen Besucher vor, als sie an jenem Hochsommerstag vor knapp 40 Jahren mit dem Autobus in Lettgenbrunn eintrafen? Die ersten Siedler waren gerade mit der Heuernte beschäftigt. Das Futter für ihre ersten Kühe wurde eingebracht. Wegen der allgemeinen Trockenheit sprudelte nur wenig Wasser aus der Jossaquelle, doch der seichte Dorfbach reichte aus, um die Schafherden zu tränken, die das Gras auf den ausgedehnten Weideflächen des ehemaligen Luftwaffengeländes kurz halten mussten.

Am künftigen Ortseingang stand das mit frischem Grün umrahmte neue Schild: Lettgenbrunn, Kreis Gelnhausen.

Handwerker aus der Nachbarschaft und handwerklich begabte Siedler selbst waren mit dem Aufstellen von amerikanischen Baracken, sogenannten Nissenhütten, beschäftigt. Sie sollten noch vor dem Winter die ersten Siedler aufnehmen, die jetzt Tag für Tag auf einem klapprigen Lastwagen

über Landstrassen voller Schlaglöcher vom Lager Wegscheide, aus Pfaffenhausen, Oberndorf, Burgjoss und Flörsbach anreisen.

Im Mittelpunkt der Feier zur Grundsteinlegung stand die Ansprache von Landrat Kress. Zwei (damals wie heute aktuelle Volksweisheiten) bildeten den Kern: «Friede ernährt, Unfriede zerstört» und «Arbeit lehrt, wie man gegen Not sich wehrt». Der Schluss lautete: «... denn aufs Ganze gesehen, kann ein Volk nur das verzehren, was es sich durch seine Hände Arbeit verschafft. Wer hier oben in Lettgenbrunn bestehen will, muss der Arbeit treu sein.»

Im April 1947 wurden bereits die ersten fünf Familien für Waldarbeiterstellen ausgewählt. Mitte Juli kamen sieben landwirtschaftliche Siedler und eine Kaufmannsfamilie hinzu. Sie stammten aus Landkreisen, die weit verstreut in Ostmitteleuropa zu finden sind und heute andere Namen tragen: Elbogen und Neudek im Egerlande, Sternberg und Freudenthal im österreichischen Schlesien, Hohenstadt im Schönhengstgau, Znaim in Südmähren, Öls im preussischen Schlesien, Lemberg in Galizien (Polen), Tolna in Ungarn, Weiskirchen in Siebenbürgen (Rumänien), Lyck in Ostpreussen, Graudenz in Westpreussen und Landwirte aus Deutschlands Mitte: Thüringer und Sachsen. Spät im Jahr war man gerüstet für die erste Roggenausaat. Ein Sechsscharpflug hatte die Erde vorbereitet. Jahrelang unberührtes Brachland wurde wieder fruchtbarer Ackerboden. Bei der Beurteilung der geleisteten Arbeit ist zu bedenken, dass der Boden vor allem wegen der vielen Bombenlöcher für eine Kultivierung das Dreifache an Zeit beanspruchte, als das unter normalen Umständen der Fall ist. Mussten doch die Traktorfahrer mit viel Geschick die in den Trichtern nach oben geschleuderten toten Erdschichten mit lebendigem Mutterboden verbinden.

Ab 1948 setzte die Nassauische Siedlungsgesellschaft das Siedlungsvorhaben auf überregionaler Basis fort. Trotzdem blieben die Kreisverwaltung und ihr Spitzenmann eine häufig besuchte Anlaufstelle für die Siedler aus Lettgenbrunn mit ihren grossen und kleinen Sorgen.

Wer waren die vom Schicksal Begünstigten, die in den Jahren 1947 bis 1950 eine Chance zum Neubeginn auf eigenem Boden bekamen? Bauern waren die Bewerber fast alle, auch wenn es um die Verteilung von Waldarbeiter- und Nebenerwerbsstellen ging.

Drei verschiedene Gremien suchten nacheinander die Siedler aus. Zunächst berief eine vom Landrat gebildete Auswahlkommission die ersten

14 Siedler. Man orientierte sich an folgenden Kriterien: Leumund in den betreffenden Wohngemeinden, persönlicher Eindruck, Kinderreichtum, landwirtschaftliche Kenntnisse, frühere Berufs- und Besitzverhältnisse, Bewährung als Waldarbeiter bereits in der neuen Heimat.

Das Kulturamt brachte 11 Siedler nach Lettgenbrunn. Sein Ausleseverfahren glich dem des Landrats. Bevorzugt wurden jedoch Landwirte aus Ostpreussen, da sie den Absichten eines Siedlungsverfahrens nach dem Reichssiedlungsgesetz von 1919 am besten entsprachen. Durch Begutachtung des in Lettgenbrunn tätigen Ortslandwirts, eines Rittergutpächters aus Sachsen, kamen 13 Siedler zum Zuge. Beim Aufbau bereits bewährte Helfer, Arbeiter mit Spezialkenntnissen (z.B. als Traktorfahrer), Familienzusammenführung und auch ein gewisses Geschick, sich den Plänen des Begutachters anzupassen, waren für die Auswahl entscheidend.

Auch das kulturelle Leben wurde trotz der Anstrengungen beim Wiederaufbau nicht vernachlässigt. Kreisschulrat Alfons Weisbrich berief einen vertriebenen Junglehrer nach Lettgenbrunn, der am 23. Februar 1948 in dem 6 mal 3½ Meter grossen Raum einer Nissenhütte mit 9 Kindern der Schuljahre 1, 4 und 8 den Unterricht aufnahm. Sie hatten 2 Jahre lang keinen deutschen Unterricht erhalten. Die Schülerzahl dieser Einlehrerschule wuchs bis 1951 auf 40 in acht Jahrganggruppen.

Den ersten katholischen Gottesdienst feierte Stadtpfarrer A. M. Lins aus Bad Orb am 2. Fastensonntag 1948 in der Verwaltungsbaracke. Wenig später nahm auch Pfarrer A. Saamer aus Bad Orb regelmässige evangelische Gottesdienste auf. Mit ihm reiste Sonntag für Sonntag Frau Änne Weis aus Bad Orb und unterrichtete die evangelischen Schulkinder im Fach Religion.

Bei dem vorläufigen Abschluss des Siedlungsvorhabens 1953 waren 550 ha Land wieder an neue Besitzer verteilt, und zwar 235 ha Ackerland, 163 ha Wiesen, 48 ha Weideland. Die Restfläche betrifft den Ortsbereich, die Wege, Gewässer, 3 ha nicht kultiviertes Land und 63 ha Gemeindewald.

Die Siedlung umfasste 20 Vollbauernstellen mit 19 mal 20 ha und 1 mal 40 ha. Die 19 Besitzer der Nebenerwerbsstellen mit 5 und weniger Hektar Land waren 6 Waldarbeiter, 6 Wohnsiedler, 1 Schmied, 1 Stellmacher (Wagenbauer), 1 Baumgärtner und 2 Strassen Wärter. Ausserdem gehörten zu diesen Nebenerwerbsstellen 1 Sägewerksbesitzer mit Zimmerei und 1 Gast

wirt mit Kaufladen. Heute (1985) verteilt sich die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche auf 14 Landwirte, die im Schnitt 40 ha als Familienbetriebe bearbeiten. Das Bauerndorf Lettgenbrunn ist inzwischen wegen des hohen Freizeitwertes seiner Spessartlandschaft und der Nähe zu Bad Orb zum ältesten amtlich anerkannten Erholungsort in der Gemeinde Jossgrund geworden und hat gegenwärtig rund 500 Einwohner, die aus allen Gebieten Deutschlands zugezogen sind.

DOKUMENT 116

Unterschiedlichste Versuche wurden unternommen, den Neubürgern ein neues Heim zu geben, denn nicht nur Wohnungen fehlten, sondern auch die dazugehörigen Einrichtungsgegenstände.

Aus: Die Brücke vom 2.5.1953.

Ein gelungenes soziales Experiment

Vor den Toren der Stadt Frankfurt, im Anschluss an schon bestehende Wohnanlagen am Marbachweg, hat die Gewobag (Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft) einen neuen, von Grünflächen umschlossenen Block mit 68 Zwei- und Dreizimmerwohnungen im Rahmen des Hessenplans erstellt. [...]

Und als nach den Osterfeiertagen die Wohnungen ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben wurden, als Mütter, Kinder und Grosseltern mit Pappschachteln und abgenützten Koffern kamen, die ihre wenigen Habseligkeiten bargen, da fanden sie alles vor, was eine Wohnung erst zum Heim macht, von der vielbewunderten Einbauküche mit dem Eisschrank bis zum kompletten Schlafzimmer, vom Staubsauger bis zur Nachttischlampe, vom Kinderbett bis zum Bücherregal, vom Wandspiegel im Korridor bis zum Glasschrank. Sie alle, die da aus primitiven Behausungen, aus Baracken und Lagern oder lichtlosen Bunkern kamen, brachten keine Möbel mit, und nicht nur ihnen, sondern den Tausenden, die sich vorher zur Besichtigung eingefunden hatten, wollte die Gewobag «Richtig wohnen helfen!» [...] wie Kleinwohnungen durch zweckmässige Einrichtungen zu behaglichen Heimen gestaltet werden können. Das ist leichter, als viele Menschen denken. Je nach der Grösse und Zusammensetzung der Familie, zu der oft neben den

Eltern und Kindern auch Grosseltern und Schwiegereltern gehören, sind Schlafgelegenheiten in den vorhandenen Räumen angeordnet, und eine Bank oder Couch verwandelt sich am Abend in ein Bett, sofern Kleinkinder ihre Liegestatt nicht in übereinandergestellten Betten finden, die später wieder als Einzelbetten aufgestellt werden können. Und in der Küche, in der Kochherd und Spültisch, Geschirrschränke und Zubehör zweckmässig und handlich untergebracht sind und der Hausmutter viele unnötige Wege ersparen, werden die Frauen bald spüren, wie segensreich die Anordnung der Einrichtung sich auswirkt.

Sehr oft wird die Freude über die Zuweisung einer modernen Wohnung bald von der Sorge abgelöst, wie die Kosten für die Anschaffung von Möbeln und Hausrat aufgebracht werden sollen. Sie belasten den Familienvater oft auf lange Jahre hinaus ausserordentlich und zwingen zum Verzicht auf manche Annehmlichkeiten des Lebens, wenn nicht Grosseltern mit ihrer Rente oder mitverdienende Söhne und Töchter zum Abtragen der Schulden beisteuern können. Die Gewobag hat das Problem dadurch gelöst, dass die Gesamtkosten der Einrichtung, die sich schon durch Heranziehung der Hausratshilfe verringern, je nach den Einkommensverhältnissen in tragbarer Höhe auf die Monatsmiete aufschlagen und in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren mit der Miete abgestattet werden.

[...]

DOKUMENT 117

Die heimatvertriebenen Hausfrauen wünschten sich Wohnungen nach ihren Bedürfnissen, wie sie der soziale Wohnungsbau oft nicht bereitstellte. Aus: Wegweiser für Heimatvertriebene vom 9.5.1953.

Herr Baumeister! Wir wünschen uns ...

Wir Hausfrauen freuen uns über jede Wohnung, die neu gebaut wird. Denn einmal kommt auch die für uns bestimmte an die Reihe. Bis dahin müssen wir uns mit unseren Notquartieren, Dachkammern oder Behelfsheimen begnügen. Aber wir freuen uns nicht darüber, dass mit manchen Neuerungen

beim Bauen auch die alten Fehler und Mängel immer wieder übernommen werden. Warum werden eigentlich zu den Baukommissionen so selten Frauen herangezogen? Warum lässt man nicht erfahrene Hausfrauen, auch solche aus den Kreisen der Heimatvertriebenen, öfters zu Worte kommen? Sie haben am eigenen Leibe die Unzulänglichkeiten im Wohnungsbau gespürt; sie sind es auch, die für Fehler und Bausünden büssen müssen. Und dabei könnten sie aus ihrer Erfahrung so manchen Rat geben.

Darum möchten wir einmal eine Wunschliste vorlegen, auch auf die Gefahr hin, dass die alten Fachleute etwas über «lange Haare, kurzer Verstand» murmeln. Unsere Haare sind gar nicht mehr so lang, und der Verstand? Na, wir werden ja sehen. In unserer alten Heimat hatten wir in allen Häusern Doppelfenster. Warum glaubt der Westen, darauf verzichten zu können? Doppelfenster sparen nämlich viel Kohlen. Unsere Kachelöfen hatten, auch im Wohnzimmer, ein «Röhr», darin blieb nämlich der Tee immer so schön warm. Bei uns war es selbstverständlich, dass Küchenherd und Stubenofen zur Wohnung gehörten. Warum ist das hier im westlichen Deutschland nicht auch überall so? Die Anschaffung der Öfen bedeutet für viele Mieter eine empfindliche Geldausgabe, die das Vergnügen an der neuen Wohnung mindert. Bei uns daheim wurde wenigstens das Wohnzimmer mit Parkett ausgelegt. Das mag zwar bei der Beschaffung teurer sein, ist aber auf die Dauer doch der billigste und sauberste Fussboden.

Ja, die Fussböden! Kunststein- und Fliesenfussböden mögen sehr modern und praktisch sein, aber sie sind für die Hausfrauen, die tagsüber in der Küche hantieren müssen, zu kalt und tragen sicher Schuld an vielen Leiden. Ganz schrecklich finden wir die neuartigen Asphaltplatten. Ebenso unerfreulich sind die Fussböden aus frischen Tannenbrettern, die nur gefirnisst werden und dann so stark trocknen, dass sie breite, hässliche Fugen aufweisen. Nicht minder unerfreulich sind die hölzernen Waschleisten (Scheuerleisten), die immer schmutzige Ecken und unsaubere Kanten verursachen.

Bei uns daheim war es üblich, dass im Küchenfenster ein kleiner Flügel eingebaut war, der schnell zu öffnen war (um nämlich öfter mal nach den Kindern sehen zu können). Bei der Fensterteilung würden wir wünschen, dass der untere Teil, etwa 30 cm hoch, feststehend konstruiert wäre und erst darüber die beweglichen Flügel beginnen würden. Dann liessen sich nämlich die Fensterbretter viel besser ausnützen. Nein, wir wollen keine Woh-

nungen ohne Bad. Lieber soll die Miete etwas teurer sein. Denn die öffentlichen Bäder, die dann benützt werden müssen, sind auch nicht billig und ausserdem haben wir noch lange Wege, Strassenbahnkosten und allerlei Nebenausgaben. Gemeinschaftsbäder, vielleicht sogar im Keller, sind gar nicht praktisch. Ja, wenn wir Engel wären. Aber da wir es nicht sind, gibt es immer Streit.

Und noch ein paar schüchterne Wünsche. Sind Lastenaufzüge (für Kohle und ähnliche Dinge) gar so unerschwinglich teuer? Wo bleiben die Müllschlucker, die uns die Hausarbeit so sehr erleichtern würden? Eingebaute Schränke würden uns sehr willkommen sein. Sollte man nicht auch bei uns, wie in Amerika, die «begehbaren» Kleiderschränke einführen? Nichts für ungut, Herr Baumeister, aber ein bisschen Rücksicht auf uns Hausfrauen können wir wohl verlangen. [...]

DOKUMENT 118

Zu einem neuen Heim gehört mehr als ein Dach über dem Kopf.

Aus: Wegweiser für Heimatvertriebene vom 4.7.1953.

In Hessen heiratet man «kombiniert»

«Willst Du, Annemarie L, Deinem Dir angetrauten Gatten ...?» «Ja!», sagte Annemarie und war sich klar darüber, dass sie, die sie bisher gemeinsam mit ihren Eltern über das Wohl und Wehe des 600-Morgen-Hofes wachte, sich nun ein ganzes Leben freiwillig einem – wie die Dorfburschen spotteten – «hergelaufenen Habenichtsvon Flüchtling» unterordnen wollte. Denn daheim auf dem schweren Eichentisch fehlte auf dem Übereignungsvertrag nur noch die Unterschrift von Robert, und dann gehörte ihm der Hof. Aber mochten die Leute reden. Es war ja nur der Neid darüber, wie es mit dem Hof aufwärts ging, seitdem Robert erst als Knecht, dann als Verwalter auf dem Gute schaffte. Mit Verstand, Erfahrung und zwei kräftigen, sehnigen Armen packte er genau dann das halbgezurzte Heuseil, die Zügel der steckengebliebenen Rübenfuhrer oder den Anderthalbzentnersack an der Dreschmaschine, wenn die anderen sagten. «Es geht nicht mehr.» «Das habe ich von meinem Vater gelernt, daheim in Schlesien», sagte er lachend. [...]

Robert und Annemarie haben auf ihre eigene Art die «Eingliederung der Heimatvertriebenen» vollzogen. Das ist kein Einzelfall. Laut Bericht über die Ergebnisse des Flüchtlingssiedlungsgesetzes [Bundesgesetz zur Förderung der Eingliederung der Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft vom 10.8.1949] sind ein Drittel der Übernahmen landwirtschaftlicher Betriebe durch Heimatvertriebene auf dem Wege der Einheirat erfolgt. Noch mehr: 41'800 Paare gingen 1953 in Hessen zum Standesamt. Und bei jedem vierten Paar war ein Heimatvertriebener der Partner! Fernab von den Erschütterungen der Politik vollziehen sich hier still und wirksam die überall gültigen Gesetze der natürlichen menschlichen Beziehungen. So manchen übereifrigen Interessenvertretern der einen oder anderen Seite ist dadurch der Boden der Argumentation unter den Füßen weggezogen worden: wo die Herzen voller Liebe sind, hat der Hass keinen Platz.

DOKUMENT 119

Die Wohnwünsche der Vertriebenen an den sozialen Wohnungsbau waren vielfältiger Natur.

Aus: Wegweiser für Heimatvertriebene vom 18.7.1953.

Berechtigte Wohnungs-Wünsche

[...]

Die Baupläne, nach denen heute noch in der Regel gebaut wird, werden übereinstimmend als veraltet bezeichnet. Es sollte doch immer weniger auf die «altbewährten Schubladenpläne» zurückgegriffen werden, unter deren Unzulänglichkeiten diejenigen zu leiden haben, die in diesen Wohnungen auch wohnen müssen. Die grosse Bauerfahrung der letzten Jahre ist doch die beste Grundlage für eine ständige Weiterentwicklung, deren auch die bewährtesten Bautypen bedürfen. Eine Anpassung an die Erfordernisse des heutigen Lebens in Grösse und Ausstattung muss immer wieder neu erarbeitet werden, damit die Baupläne zeitgemäss bleiben.

Die Grösse der Räume wird meist als unzulänglich empfunden und ist es bei objektiver Betrachtung auch. Die künftigen Mieter kommen meist aus

primitiven Wohnverhältnissen und sind daher in der ersten Zeit über die eigene Wohnung so begeistert, dass sie die Mängel erst später entdecken. Es müsste aber auch beim sozialen Wohnungsbau an die Zeiten einer allmählich zu erreichenden Sättigung des Wohnungsmarktes gedacht werden, damit selbst in zehn und fünfzehn Jahren auch noch Interesse am Bezug einer solchen Wohnung besteht. Dieses ist eine selbstverständliche Forderung der Wirtschaftlichkeit einer jeden Bauplanung.

Eine endgültige Abkehr von den leider heute noch sehr beliebten schrägen Wänden wäre sehr zu begrüßen. Die völlig unzureichenden Zimmergrößen unter 14 qm sollten eigentlich keinen Platz im sozialen Wohnungsbau haben, denn Räume mit 9-11 qm entsprechen keineswegs selbst den bescheidensten Anforderungen, die an einen vollwertigen Wohnraum gestellt werden müssen.

Die oft sehr primitive Ausstattung der Bauten mit unzulänglichen Waschküchen oder fehlenden Badezimmern dürfte in unserer Zeit mit ihren selbstverständlichen Forderungen an Sauberkeit und Hygiene amtlicherseits gar nicht erlaubt werden, da im sozialen Wohnungsbau die Volksgesundheit keine nebensächliche Rolle spielen darf. In das gleiche Kapitel gehört die Errichtung angemessener Spielplätze für die heranwachsende Jugend in grösseren Siedlungen. Gepflegte Rasenflächen sind als Augenweide köstlich, als Bleichplätze sehr nützlich, nur dürfen sie in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaues nicht vor dem Bedürfnis der heranwachsenden Jugend nach Spielplätzen stehen. Unsere Kinder könnten uns einmal mit Recht den Vorwurf machen, dass wir sie zum Spielen auf die Strasse schickten. Sollten wir nicht immer daran denken, dass die Kinder von heute die Staatsbürger von morgen sind?

Das äussere Aussehen der Siedlungsbauten könnte leicht ein wenig gefälliger gestaltet werden. Hier liegen viele Möglichkeiten für aufgeschlossene Architekten vor, die in einzelnen Fällen bereits sehr brauchbare Lösungen fanden; nur macht das gute Beispiel noch zu wenig Schule. Schon ein verschiedenfarbiger Anstrich der Siedlungsbauten könnte viel zu der erwünschten Auflockerung beitragen und den kasernenmässigen Eindruck der Bauten abmildern.

Die Angewohnheit, neuerstellte Bauten gleich bei der Fertigstellung von aussen zu verputzen und zu streichen, die Innenräume gleichzeitig zu tapezieren, wird nicht nur aus Gründen der Hygiene kritisiert. Es ist auch recht kurzsichtig, dem neuerrichteten Mauerwerk jegliche Möglichkeit zum Austrocknen zu nehmen, da die Schäden, die später unausbleiblich entstehen,

grosse Reparaturkosten verschlingen, abgesehen von der gesundheitlichen Schädigung der Erstbewohner solcher Wohnungen.

Dass man kaum daran gedacht hat, kinderreiche Familien im sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen, stimmt sehr nachdenklich. Gewiss ist der Wunsch verständlich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, möglichst viele Wohnungen zu erstellen; dass aber überwiegend 2-Zimmer-Wohnungen gebaut werden, ist eine Härte gegenüber den kinderreichen Familien.

[...]

DOKUMENT 120

Auch bei der Einrichtung des neuen Heims begann man ganz von vorne. Da die nötigen Möbel neu angeschafft werden mussten, setzte sich sehr schnell der Wohnstil der fünfziger Jahre in den Vertriebenenhaushalten durch.

Aus: Volksbote vom 8. 8.1953.

Wie richten wir unsere neue Wohnung ein?

[...]

Wer da vertrieben wurde, hat allen «Urväterhausrat» hinter sich gelassen und ist also die Belastung des «Besitztums» los, mit der viele nicht fertig werden. Sie schleppen es mit sich herum, weil das Schicksal mit ihnen gnädig verfuhr. Der Vertriebene muss von Neuem beginnen, sein Heim aufzubauen. Wie aber soll nun die neue Wohnung aussehen?

Nur einige Quadratmeter haben wir uns erkämpfen können. Sich auf ihnen so einzurichten, dass sie den grösstmöglichen Wohnwert für uns abgeben, das ist die Kunst der Raumgestaltung.

In der Zeit des «sozialen Wohnungsbaues» ist kein Platz mehr für Räume, die nur zu besonderen Anlässen benutzt werden, wie die Salons und Herrenzimmer und auch die «guten Stuben», die zu betreten, nur seltenen Gästen gestattet war. Repräsentationsräume und -möbel sind unzeitgemäss. Es darf keine toten Räume mehr geben! Jede Ecke wird heute sinnvoll in Dienst genommen. Das aber bringt jene Wärme in die Räume, die den Vertretern der «kalten Pracht» unbekannt blieb. Wer könnte nicht so-

fort beim Betreten eines Zimmers spüren, ob es bewohnt wird und wessen Geistes Kind in ihm lebt?

Wie unpersönlich und leer wirkt dann manches Zimmer, trotzdem – oder gerade weil – alles so furchtbar peinlich aufgeräumt ist. Welche Wärme aber strahlt uns da manchmal aus einer notdürftig, aber liebevoll eingerichteten Ein-Raum-Wohnung entgegen!

Wer den Grundriss eines Eigenheimes, das im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues errichtet wird, betrachtet, wird bald an den Massen erkennen, dass zwar die Räume nicht gross sind, dass sie sich aber gut möblieren lassen. Die Architekten sind heute an Pflichtnormen, d.h. an die Einhaltung bestimmter Möbelmasse beim Entwurf gebunden. [...]Eines unserer Hauptanliegen bei der Einrichtung ist ja immer die Schaffung freien Raumes. Ein weiteres Wesensmerkmal einer modernen Wohnung ist ihre gute Durchsonnung. Nur untergeordnete Räume sollen nach Norden zu liegen.

Ein Blick auf den Grundriss sagt uns, dass jeder Raum der Wohnung – Wohnzimmer, Elternzimmer, Kinderzimmer, Küche und Bad – unmittelbar vom Flur aus erreichbar sind. Für kinderreiche Familien ist im Dachgeschoss noch ein vom Treppenhaus unmittelbar erreichbares Zimmer vorgesehen. Die anderen Räume des Dachgeschosses bewohnt der «Einlieger».

[...]

DOKUMENT 121

Viel Eigeninitiative und Selbsthilfe zeichnet den Wohnungsbau der fünfziger Jahre aus.

Aus: Volksbote vom 24.4.1954.

Grossvater mauert ein Eigenheim

[...]

Die Familie Mayer fing noch einmal an. Drei Personen drängten sich in einem Raum, fremde Wände waren es, die sie umgaben. Da wuchs in ihnen der Entschluss: Hinaus aus der Enge, irgendetwas anpacken, irgendetwas hinstellen, etwas Eigenes, und wenn es eine Baracke ist. Der Barackenplan

wurde ausgesponnen, ausgeschmückt, und schliesslich war in ihrer Phantasie aus der Holzbaracke ein richtiges gemauertes Haus mit weissen Wänden und einem roten Schieferdach geworden, ein Haus mit einem kleinen Garten davor, einer Bank, einem Giebel obenauf, in der Art, wie man sie zu Hause in langen Reihen an den Häuserfronten sah.

Da kam es ihnen zugute, dass sie an ihrem früheren Hof schon immer viel gewerkt und gebessert, einen Stall gebaut, eine Werkstätte hingestellt hatten. «Dös wa doch g'lacht», sagte der 72jährige Grossvater, setzte sich hin und entwarf einen Plan.

Er hatte schon an vielen, vielen Häusern mitgebaut. Warum sollte er, was er früher gemeinsam mit anderen getan, nun nicht alleine leisten können? Wenn nur auch ein anderer seine Hilfe nicht versagte!

Auf einmal steckte die Familie mitten darin. Der Plan war genehmigt, Steine hatte man gemeinsam gebrochen – da ging es schon ans Ausschachten. Hau-ruck, hau-ruck. Und auf einmal machte es auch Freude; mit echt egerländischem Humor half man sich über schwierige Situationen hinweg. Drüben auf der Strasse aber blieben die Leute stehen und stemmten die Arme in die Hüften und kamen heran. «Ei, meint ihr denn wirklich, dass ihr das schafft?» «Dös wa doch g'lacht», sagte der 72jährige Grossvater wieder.

In einem Jahr entstand das Kellergeschoss, im nächsten wuchsen die Wände in die Höhe. Die Leute aber staunten.

Und sie staunten immer noch mehr als Vater Mayer das Dach, die Fussböden, die Türen mit eigenen Händen zimmerte (zu Hause war er Tischler gewesen, und im Egerland konnten die Tischler auch die Zimmermannarbeiten), und als sie die Frauen Lehm für die Zwischendecken treten sahen. Auch vor dem Verputzen und Tapezieren schreckte die Familie nicht zurück. Man liess sich einfach alles zeigen. Die einheimischen Handwerker zeigten gerne, und auch der Bürgermeister des Ortes kam und sagte: «Donnerwetter! Was ihr nicht alles könnt!»

An der Wende zum Herbst ragte das Häuschen blitzblank auf, geradeso, wie es sich die Familie Mayer immer vorgestellt hatte. Die Frauen gingen an die Inneneinrichtung, an die Fenster kamen Gardinen und dann hiess es: Hereinspaziert! Und die jungen Leute konnten heiraten.

Die Mayers haben ihre frühere Heimat nie vergessen. Aber sie sagten sich: «Man kann nicht immer nur warten und vegetieren», und aus dieser Erkenntnis zogen sie den Schluss.

Was aber das Wichtigste ist: Diese Geschichte ist nicht erfunden, son-

dern wahr, die Mayers heissen wirklich Mayer, und sie stammen wirklich aus dem Egerland – aus Boden-Oberschossenreuth. Jetzt leben sie in dem kleinen Dorf Burg-Gemünden in Oberhessen – in ihrem eigenen Heim, drei Generationen zusammen. Und dass ihnen ihr Haus soviel Schweiß gekostet hat, bewirkte, dass sie sich jetzt darin nur noch umso wohler fühlen.

DOKUMENT 122

Den wechselfollen Lebensweg einer Vertrieb enenfamilie zeigt am besten ein Überblick über den Wandel ihres Lebensstandards.

Aus: Wegweiser für Heimatvertriebene vom 1.3.1955.

Wie wir heute leben.

Wandlungen im Lebensstandard einer Vertriebenenfamilie

1. Januar 1945

Diese Familie, Eltern, erwachsene Kinder, Schwiegerkinder und Enkel, bestand am 1.1.1945, drei Wochen vor dem Beginn der grossen Flucht, aus elf Erwachsenen und zehn Kindern im Alter von einem bis zehn Jahren und bildete sechs Haushalte, die sich auf drei ostdeutsche Provinzen verteilten und dort von jedem Bombenschaden verschont geblieben waren. Zu diesen sechs Haushalten gehörten sechs vollständige Wohnungen mit insgesamt 27 Zimmern, sechs Küchen, sechs Badezimmern, also 39 Räumen, und reichlich Nebengelass. Von den Zimmern waren nur fünf oder sechs kleiner als 20 qm, und die kleinste der Wohnungen, von den Geschwistern als «sehr hübsch, aber für eine richtige Familie doch zu klein!» bezeichnet, hatte 89 qm. Jede Wohnung hatte einen Telefonanschluss, und in vier von ihnen gab es tüchtige Hausgehilfinnen, für die eigene Zimmer, die bei den 27 nicht mitgerechnet sind, zur Verfügung standen. Auf jedes Familienmitglied, gleichgültig, ob ein Jahr oder 75 Jahre, entfielen also knapp zwei Räume, genau 1,85. Ein Badezimmer mussten sich jeweils 3,5 Personen teilen, und ebenso war es bei Küche und Telefonanschluss.

1. Januar 1946

Ein Jahr später, am 1.1.1946, war alles dahin, die Familie war über Westdeutschland, Berlin und das polnische Verwaltungsgebiet verstreut, aber die unter polnischer Herrschaft Verbliebenen waren natürlich nicht mehr in ihrer Wohnung. Ein Erwachsener war in russischer Gefangenschaft gestorben, ein Kind auf der Flucht geboren, so dass die Gesamtzahl wieder 21 Personen betrug. Diese 21 waren nun in vier Haushalte zusammengerückt und hatten keine einzige vollständige Wohnung, sondern vier Teilwohnungen mit insgesamt acht Zimmern, einer Behelfsküche und zwei Küchenbenutzungen, die man gewiss nicht als halbe Küchen ansprechen darf, denn die Benutzung war auf bestimmte Zeiten beschränkt. Von Bad, Telefon und Hausgehilfin war natürlich keine Rede, obwohl eine Hilfe bei den kleinen Kindern und den alten Grosseltern sehr nötig gewesen wäre. Alles in allem waren es also nur neun Räume für 21 Personen, das heisst, auf jede Person kam weniger als ein halber Raum, genau 0,43, und auf jeden Raum kamen 2,33 Personen, und diese Räume waren bis auf zwei viel kleiner als 20 qm.

2. Januar 1955

Heute, nach neun Jahren, am 1.1.1955, sind wir von diesem Tiefpunkt schon wieder weit entfernt, aber auch ebenso weit noch von dem Stand vor der Flucht. Heute hat die Familie 24 Personen, nämlich zehn Erwachsene und 14 Kinder, von denen das älteste gerade 20 Jahre geworden, das Jüngste vier Jahre alt ist. Diese 24 leben in fünf Haushalten und verfügen über drei vollständige Wohnungen und zwei Teilwohnungen mit zusammen 19 Zimmern, vier Küchen und drei Badezimmern, insgesamt also 26 Räumen. Auf eine Person kommt also ungefähr ein Raum, eine Küche müssen sich sechs Personen teilen, um ein Badezimmer acht Personen streiten. Das ist also ungefähr die Hälfte an Raum, wie er vor der Flucht zur Verfügung stand, freilich nur, wenn man nach der Zahl der Räume rechnet. Wollte man nach der Fläche rechnen, dann ist es wesentlich weniger als die Hälfte, denn in den jetzigen Wohnungen sind nur vier oder fünf Zimmer grösser als 20 qm, die meisten erheblich kleiner, und eine Wohnung von 89 qm erscheint als «grosse Wohnung». Auch bei den anderen Erleichterungen des täglichen Lebens ist etwa die Hälfte des Zustandes von früher erreicht, denn drei Haushalte haben wieder Telefonanschluss, und zwei beschäftigen ein Tagesmädchen – an eine Unterbringung in der Wohnung ist natürlich nicht zu denken.

Jäher Verlust und langsames Wiedererarbeiten spiegelt sich in diesem Vergleich dreier Jahre wider, aber eine volle Wiederherstellung wird erst in Jahren, wenn nicht Jahrzehnten möglich sein.

DOKUMENT 123

Einer der ersten Siedler auf dem Bad Vilbeler Heilsberg, Jochen Frost, berichtet über die ersten Jahre in der dortigen Flüchtlingssiedlung.

Aus: Kirche, Diakonie, Gesellschaft. Informationen für die Gemeinden in Hessen und Nassau 23 (1973), Heft 2, S. 29/30.

[...]

Die Eingliederung der Siedler, ihr Heimischwerden in der neuen Heimat ist innerhalb kurzer Zeit gelungen. Das war nicht selbstverständlich. Denn was die aus allen Gebieten Osteuropas Vertriebenen miteinander verband, war lediglich das gleiche Schicksal als Heimatlosgewordene. Ihre Lebensgewohnheiten unterschieden sich je nach dem Herkunftsland so voneinander wie von denen ihrer neuen Nachbarn in Hessen. So erscheint es verständlich, wenn die «Altbürger», die sowieso Mühe hatten, die ihnen von Amts wegen zugewiesenen Flüchtlinge und Evakuierten notdürftig unterzubringen, mit Misstrauen auf die grosse Anzahl von Siedlern blickten, die auf der Vilbeler Höhe von der Kirche scheinbar illegal angesiedelt werden sollten. [...]

Diese Zurückhaltung, dieses Misstrauen, mit dem die Vilbeler Bürger trotz Jahrzehntealter sozialdemokratischer Tradition ihren neuen Mitbürgern begegneten, war natürlich auch nicht so völlig unbegründet, und das schien sich in den politischen Wahlen der folgenden Jahre zu bestätigen.

Dagegen bestanden vom Anfang an gute Beziehungen zu der evangelischen Kirchengemeinde in Vilbel. Für die ersten Freiwilligen, die im Sommer 1946 mit den Ausschachtungsarbeiten auf der Vilbeler Höhe begannen, stellte die «Talgemeinde» ihr Gemeindehaus als Unterkunft zur Verfügung. Damit wurde eine sich ständig vertiefende Zusammenarbeit eingeleitet, die bis auf den heutigen Tag andauert.

Aber auch die anfängliche Reserve der Stadtverwaltung wurde allmählich und vor allen Dingen durch die intensiven Bemühungen des ersten Ge-

meindepfarrers und späteren Ehrenbürgers der Stadt, Pfarrer Dr. Freudenberg, in ein vertrauensvolles Miteinander verwandelt.

Wie überall nötigte die nackte Existenznot auch den Heilsberger Siedlern die Anspannung aller Kräfte ab, so dass binnen kurzer Zeit eine saubere und gepflegte «Siedlung im Grünen» entstand, die von ihren Bewohnern nun tatsächlich als Heimat betrachtet wurde. Die Anekdote von den Heilsberger Schulkindern, die auf die Frage ihres Klassenlehrers nach ihrer Flüchtlingsherkunft empört zur Antwort gaben, «wir sind doch keine Flüchtlinge, wir sind doch Heilsberger!», illustriert dies besonders deutlich.

Je mehr die Siedler heimisch wurden, umso mehr waren sie auch zur Übernahme politischer Verantwortung bereit. Ihr zahlenmässiger Anteil im Stadtparlament und in allen Parteien ist dafür ein überzeugender Beweis. Dass allerdings bei den Kommunalwahlen im Jahre 1952 49% der Heilsberger Wähler der BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), bei der Bundestagswahl 1969 5% Heilsberger die NPD wählten, ist zwar nicht verwunderlich, bestätigt aber das anfängliche Misstrauen der Einheimischen. Die sich überall bemerkbar machende Polarisierung hat auch vor der Siedlung und nicht einmal vor der Kirchengemeinde halt gemacht, die allerdings eine immer ausgleichende Funktion ausüben konnte. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht durchgehend und in ernsthaftem Gedankenaustausch mit der Siedlergemeinschaft von ihr immer wieder die nicht aufgebaren gemeinsamen Anliegen vertreten worden wären, die der Siedlung von ihrer Geschichte her innewohnen. Deshalb haben auch die sich allmählich bildenden Landsmannschaften aller Polarisierung zum Trotz zur Integration der Heilsberger Bürger spürbar beigetragen.

[...]

Die Organisationen der Vertriebenen

DOKUMENT 124

Protokoll der ersten Neubürgerversammlung in der Gemeinde Villingen im Kreis Giessen vom 19.9.1946.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 1496.

[...]

Nach Begrüssung durch Herrn Emil Hofrichter, bei welcher besonders Herr Bürgermeister Sommerlad und die Ungarndeutschen genannt wurden, ergriff Herr Werner das Wort und nahm in einer längeren Ausführung Stellung zum Flüchtlings- bzw. Neubürgerproblem. Herr Werner betonte, dass die Notlage der Neubürger einerseits und deren ... Eingliederung in das Gemeinwesen der Einheimischen andererseits, es unbedingt notwendig machten, dass sich Neubürger zu Ausschüssen, bzw. rechtlich anerkannten Vereinen oder Genossenschaften zusammenschliessen, um in diesen Ausschüssen alle Fragen zu erörtern und zu beraten, die durch die Notlage und das Zusammenleben mit den Einheimischen aufgeworfen werden. Herr Werner wies dabei auf das Beispiel anderer Städte, Kreise und Länder hin, die in der Flüchtlingsbetreuung und dem Ausgleich der Reibungsflächen zwischen Neubürgern und Einheimischen bereits weit voraus sind. [Der] Redner verwies weiter darauf, dass bereits vor einigen Wochen auf die Initiative des Herrn Bürgermeisters von Villingen, Herrn Sommerlad, hin im Rahmen einer SPD-Versammlung ein Flüchtlingsausschuss gewählt wurde, dem vier Einheimische Herren und aus den Reihen der Neubürger die Herren Schmidt und Werner angehörten. [Der] Redner bedauerte, dass es damals trotz seiner und Herrn Schmidt's mancherlei Bemühungen und trotz wiederholter Vorstellung bei [dem] Herrn Bürgermeister, niemals zu einer Arbeit des Ausschusses kam. Dies war auch der Grund, der die eingangs genannten Herren veranlasste, die heutige Versammlung anzuregen und einzuberufen.

Herr Werner beleuchtete in seinen Ausführungen äusserst sachlich die Verhältnisse der Neubürger Villingens. Vor allem in der Wohnungsfrage zeigte [der] Redner die äusserst krassen sozialen Unterschiede zwischen Einheimischen und den Flüchtlingen auf. [...]

[Der] Redner verwies weiter auf die von den Regierungsstellen fast täglich in der Presse erscheinenden Artikel und Hinweise auf das Flüchtlingsproblem, in welchem die Notlage der Neubürger offen anerkannt wird und auf die Ausglei chung der krassen sozialen Gegensätze zwischen den Einheimischen und den Neubürgern durch deren Gleichschaltung und deren Gleichberechtigung als vordringlichste Aufgabe hingewiesen wird. [...]

Des Weiteren brachte der Vortragende einige Beispiele von der Tätigkeit und Rührigkeit der Stadt- und Gemeindevorstände anderer Kreise, Städte und Ortschaften, die bisher Vorbildliches in der Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge geleistet haben; als besonderes Beispiel führte [der] Redner die Stadt Kassel an, wo besonders Möbel, ganze komplette Wohnungseinrichtungen, Herde, Öfen usw. in ansehnlicher Anzahl den Neubürgern beige stellt [bereitgestellt] werden. Der Redner verlieh seiner persönlichen Meinung dahin Ausdruck, dass er sagte: «Wenn derartige Hilfsmassnahmen woanders möglich sind, warum sollte dies nicht zu einem Teil wenigstens auch hier möglich sein; es bestätigt sich hier ganz klar auf der einen Seite die bessere Erkenntnis und Initiative der leitenden und verantwortlichen Männer, die hierorts scheinbar gänzlich fehlen.» [Der] Redner sagte weiter: «Wenn derartig krasse soziale Unterschiede zwischen den Neubürgern und den Einheimischen bestehen, dann darf sich niemand wundern, wenn die Unzufriedenheit steigt und sich damit die Reibungsflächen unter der Bevölkerung vergrössern und die Angleichung erschwert wird.»

[Der] Redner erkannte sachlich und lobend an, dass auch Beispiele vorliegen, in denen sich Einheimische gegenüber den Neubürgern wohlwollend und helfend gezeigt haben und er sprach diesen im Namen aller Neubürger seinen herzlichsten Dank aus. Auch Herrn Bürgermeister Sommerlad dankte er vortragend für die Veranstaltung des öffentlichen Konzertes, dessen Reinertrag er als einmaligen Unterstützungsbeitrag an die ungarischen Volksdeutschen auszahlen liess, die vollkommen mittellos aus ihrer Heimat ausgewiesen wurden. Es wurde je Person ein Betrag von RM [Reichsmark] 5,90 zur Auszahlung gebracht.

Leider sei dies bei der grossen Anzahl der Hilfsbedürftigen nur ein Tropfen auf den heissen Stein und mit dieser «wohlwollenden Geste» sei das Flüchtlingsproblem noch lange nicht gelöst.

[...]

DOKUMENT 125

Übersetzung des Schreibens des Direktors der amerikanischen Militärregierung für Grosshessen, James R. Newman, vom 5.3.1947 an den Hessischen Ministerpräsidenten zur Gründung von Vereinen der Flüchtlinge und Ausgewiesenen. Damit war trotz Koalitionsverbot die Basis für die Entstehung der Vertriebenenverbände auf lokaler und auf Kreisebene gelegt; schon bestehende wurden dadurch nachträglich legitimiert.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 79.

1. Die Militärregierung hat nichts dagegen einzuwenden, dass sich Flüchtlinge und Ausgewiesene innerhalb von Kreisen oder diesen untergeordneten Verwaltungseinheiten zum Zwecke der sozialen und öffentlichen Fürsorgearbeit oder zu wirtschaftlichen Unternehmungen zusammenschliessen. Für die betreffenden Vereine gelten die Bestimmungen des Schreibens der Militärregierung vom 2.8.1946 betreffend deutsche Sozial- und Bruderschaftsgruppen [...].
2. Als Vereine von Flüchtlingen oder Ausgewiesenen ist es diesen nicht gestattet, sich politisch zu betätigen oder für die Rückkehr der Ausgewiesenen in ihre frühere Heimat und für Abänderungen des einschlägigen Viermächte [Potsdamer]-Abkommens Propaganda zu treiben.
3. Verstösse gegen diese Anordnung unterliegen der gerichtlichen Verfolgung durch die Militärregierung.
4. Bis zum 1. April 1947 ist diesem Hauptquartier eine Liste einzureichen, die alle bereits bestehenden Vereine von Ausgewiesenen und Flüchtlingen unter Angaben ihrer Adresse und der Namen der Gründer enthält. Über alle nach dem 1.4.1947 entstehenden Vereine ist bei Gründung zu berichten.
5. Der Inhalt dieses Schreibens ist allen Landräten und Oberbürgermeistern zur Kenntnis zu bringen.

DOKUMENT 126

Schreiben des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge vom 25.2.1948 an die Vorsitzenden der Kreisflüchtlingsausschüsse über Abmachungen zwischen den hessischen Landesparteien und Flüchtlingsvertretern.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 840.

Vereinbarung zwischen den Vertretern der politischen Parteien Hessens (SPD, CDU, LDP, KPD) und den von den 38 Kreisverbänden bevollmächtigten Flüchtlingsvertretern.

Aufgrund der am 20. Februar 1948 in Frankfurt von der oben genannten Beauftragten der Flüchtlinge zusammengestellten Entschliessung kamen heute folgende Vereinbarungen zustande:

1. Die politischen Parteien weisen ihre Kreis- und Ortsorganisationen an, in den Kreisen und Gemeinden Flüchtlingsvertreter in angemessener Zahl in die Wahlvorschläge der Partei aufzunehmen.
2. Als sichere Stellen gelten im Allgemeinen jene bis zur 6. Stelle, je nach Stärke der betreffenden politischen Parteien und der von ihr zu besetzenden Mandate und je nach Umfang der Liste.
3. Die Flüchtlinge benennen die Männer und Frauen ihres Vertrauens, die sie als Mandatsträger erwählt haben. Den politischen Parteien steht es frei, neben diesen auch Flüchtlinge, die Mitglieder ihrer Partei sind, im Rahmen der unter Ziffer 1 und 2 umschriebenen Gesamtzahl auf ihre Wahlvorschlagslisten zu setzen.
4. Auf den Wahlvorschlägen können demnach auch nicht eingeschriebene, den Parteien aber weltanschaulich nahestehende Flüchtlingsvertreter als Hospitanten der Parteien nominiert werden.
5. Diese Abmachungen gelten sowohl für die Gemeinde- als auch für die Kreistagswahlen in gleicher Weise.
6. Der Inhalt der Abmachungen muss bis 15. März 1948 erfüllt sein, andernfalls die Flüchtlinge sich freies Handeln vorbehalten.
7. In Kreisen und Gemeinden, in denen sich die örtlichen politischen Parteien den Anweisungen ihrer Parteileitungen widersetzen und die getroffenen Abmachungen nicht erfüllen, bringen die Flüchtlinge, evtl. gemeinsam mit den übrigen Kriegsgeschädigten, eigene Wahlvorschläge als «Freie Wahlgemeinschaften» ein.
8. Diese Abmachungen werden von den Vertretern der politischen Partei-

en auf schnellstem Wege an die Kreis- und Ortsvereine weitergegeben. Das Landesamt für Flüchtlinge unterrichtet die Kreisflüchtlingsausschüsse durch Umdruck, mit dem Ersuchen, die Ortsvertrauensleute zu verständigen.

9. Die Flüchtlingsvertreter erklären sich aufgrund dieser Abmachungen bereit, den Flüchtlingen zu empfehlen, von ihrer Absicht, auf eigene Listen mit den Ausgebombten und Kriegsbeschädigten in die Wahlen zu gehen, Abstand zu nehmen.

DOKUMENT 127

Schreiben des Mitarbeiters des Hessischen Landesamtes für Flüchtlinge, Bruno Utikal, an den Hessischen Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Josef Arndgen, vom 10.5.1949 zur Stimmung der Flüchtlinge gegenüber der Landesregierung.

Aus: HStAWI Abt. 503, Nr. 850.

[...]

Seit der Währungsreform, da die letzten Geldreserven des kleinen Mannes entschwinden sind, im selben Masse aber Einkaufsmöglichkeiten aus den Schaufenstern winken, ist die Masse der leicht lenkbaren Unzufriedenen sehr stark geworden.

In Hessen haben die unglücklichen Flüchtlingswahlverbote anlässlich der Gemeinde- und Kreistagswahlen in den Kreisen Alsfeld, Wolfhagen, Waldeck und Marburg/L. dieser Stimmung mächtig Auftrieb gegeben.

Neben diesen Kreisen sind es fast durchweg nordhessische Kreise wie Fritzlar-Homberg, Kassel-Stadt und -Land, Hofgeismar und Melsungen, in denen die Unzufriedenheit in vielartiger Form zum Ausdruck kommt. Schuld daran trägt die mangelnde Fühlungnahme der Flüchtlingsverwaltung mit den Flüchtlingen und ihren gewählten Vertretern, den Orts Vertrauensmännern, das Unvermögen, sie über die kleinlichsten Funktionen ihres Amtes aufzuklären und die Differenz in der Einstellung zu den sogenannten Tagesfragen des Flüchtlings, wie sie ihm in der sensationsproduktiven Presse geboten werden.

Der Widerstand und das Angriffsziel der Flüchtlinge richtet sich nie gegen den Punkt des geringsten Widerstands, sondern gegen die Widerstands-

quellen unmittelbar. So sind die mangelhaft funktionierenden und bestechlichen Wohnungsämter, früher auch Wirtschaftsämter, fallweise der einer Flüchtlingsvereinigung feindliche Landrat, die Direktion einer grösseren Fabrik usw. die Ziele der Anwürfe, die in den Flüchtlingsversammlungen hörbar werden.

Es ist merkwürdig, dass z.B. fernliegende Ziele, wie die Forderung von Grund und Boden, das Streben nach Schaffung eines Industriebetriebes und einer grösseren Siedlung usw., nicht so stark kritisiert werden als der Widerstand gegen das Streben der Flüchtlinge nach seiner unmittelbaren Lebensgrundlage wie Nahrung, Kleidung, Wohnung und Arbeitsplatz.

Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, dass der Flüchtling allgemein auf die Gestaltung der Dinge in Gemeinde und Kreis massgeblichen Einfluss zu gewinnen sucht, und dieses Ziel in geradlinigem, primitivem Denken durch den Zusammenschluss der Schicksalsgefährten zu erreichen sucht. Was liegt auch näher, als in seinem ihm bekannten Landsmann den Gesinnungsgenossen zu suchen. Wie weit die politischen Parteien auf der Gemeinde- und Kreisebene die Gelegenheit versäumt haben, durch menschliches Nähertreten den Flüchtling für sich zu gewinnen, ist heute bekannt und an den Folgen der letzten Tage deutlich erwiesen.

Die Angriffe der Flüchtlinge gegen die Regierung, deren Ansehen durch die Presse stark gefährdet wird, äussern sich naturgemäss nicht in Eingaben, sondern Reden bei Versammlungen, Zwischenrufen und evtl, fallweisen Briefen an Behörden. Auch die Flüchtlingsverwaltung kommt dabei schlecht weg, wenn das nackte Leben in Gefahr gerät. [...]

Abschliessend darf festgestellt werden, dass sich die vor der Währungsreform deutlich konstruktive Haltung der Flüchtlinge, besonders gegenüber den Regierungsparteien, stark nachteilig geändert hat. Der Vorfall in der Obstruktion [parlamentarische Verzögerungstaktik] vielfach gegen die bessere Erkenntnis, nur aus dem Streben, die Unzufriedenheit der Masse zum Ausdruck [zu] bringen, zu helfen, ist deutlich sichtbar. Der Flüchtling glaubt nicht, dass Massnahmen auf der Bundesebene zu erwarten sind, dass gesetzliche Regelungen dem Landtag und der Landesregierung aus der Hand genommen wurden. Er erwartet von der «Regierung» und den «Parteien», also dem Landtag, greifbare Taten. Teillösungen in Form von Erlassen kommen ihm in der Auswirkung nicht zum Bewusstsein. Er weiss nicht, wie schwer manche dieser Massnahmen erkämpft wird. Er will

«Gleichberechtigung» und die «Gewissheit, dass er vom Einheimischen nicht betrogen wird».

DOKUMENT 128

Die soziale Unzufriedenheit unter den Vertriebenen wuchs, je länger der erwartete finanzielle Lastenausgleich auf Bundesebene heraus gezögert wurde. Dazu ein Schreiben des Vorsitzenden des Landesverbandes der Heimatvertriebenen, Josef Walter, an Ministerialdirektor Dr. Nahm im Innenministerium, den früheren Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge, vom 20.2.1950.

Aus: HStAWIAbt. 503, Nr. 138.

[...]

Selbst bei absolut als vernünftig und vorurteilsfrei anzusprechenden Vertretern der Verbände ist das Vertrauen zum guten Willen der Bonner Regierung erheblich herabgesunken, zumal weil Minister Dr. Hans Lukaschek [Bundesminister für Vertriebene] weder Möglichkeit noch Macht hat, entscheidenden Einfluss zu nehmen. Ich darf die in ihrer Kürze trotzdem prägnanten Feststellungen in Ihrem Brief noch insofern ergänzen, als ich feststelle, dass nicht nur in den Kreisen der Heimatvertriebenen gefährliche Strömungen gären, sondern auch breite Schichten der einheimischen Bevölkerung in der Annahme, dass alle Leistungen der Soforthilfe [auf der Grundlage des Bundesgesetzes zur Milderung dringender sozialer Notstände vom 8.8. 1949; Vorläufer des Lastenausgleichs] den Heimatvertriebenen zugute kommen, bereit sind, offene Resistenz [Widerstand] zu üben. [...] Wenn dazu aber in Vergleich gestellt wird, dass beispielsweise 50% aller Mittel, die in Hessen für die Unterhaltshilfe angewandt werden, in die Taschen der Währungsgeschädigten, die man wohl mit Fug und Recht als eine Gruppe der Einheimischen bezeichnen kann, fließen, so muss man zugeben, dass die in den Kreisen der Einheimischen immer stärkeren Umfang annehmende Abneigung gegen die Soforthilfeblastung zu Unrecht die Leistungen an die Heimatvertriebenen verwerflich findet.

Es wäre an der Zeit, dass über die Verteilung der Soforthilfemittel einmal ganz klarer Wein eingeschenkt wird. Man ist sich scheinbar weder beim

Hauptamt für Soforthilfe, noch bei der Bundesregierung in Bonn darüber klar, dass die andauernde Geheimniskrämerei den Zustand immer mehr und mehr verschlimmert. Beschwichtigen hilft nicht mehr. Man muss endlich einmal damit aufhören, die Verbände der Heimatvertriebenen zu diskriminieren. Gäbe man ihnen die geforderte Mitverantwortung und würde man endlich von der stur festgehaltenen Anschauung abweichen, dass nur die politischen Parteien berufen seien, das Problem zu lösen, käme vor allem eine Ursache des Misstrauens in Wegfall.

Ich verhehle nicht, dass auch ich tiefe Besorgnisse habe. Zu diesen gehört auch die Befürchtung, die Heimatvertriebenen in ein radikales, politisches Fahrwasser abgetrieben zu sehen. Man möge dann aber den Verbänden keine Schuld geben, sondern auch die eigene Schuld einsehen. Auch ich teile Ihre Auffassung, dass die Erhard'sche [Ludwig Erhard, 1948/49 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, seit 20.9.1949 Bundesminister für Wirtschaft] Wirtschaftspolitik zum Totengräber der Flüchtlingsbetriebe wird, bzw. schon geworden ist. Sagt es denn der Regierung gar nichts, dass der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen unverhältnismässig hoch ist und dass ein arbeitsloser Heimatvertriebener wahrhaftig auf der untersten Stufe der sozialen Schichtung steht? Sagt es der Bundesregierung auch nichts, dass das Wohnungselend der Heimatvertriebenen seit nahezu vier Jahren unverändert oder nur merklich abgeschwächt weiterbesteht? Ja, dass, wie Sie ganz richtig bemerken, Tausende Heimatvertriebene das Opfer formal juristischer Entscheidungen in Wohnungsfragen geworden sind? Die Regierung möge sich einmal durch einen persönlichen Anschauungsunterricht bei einem gut geleiteten Kreiswohnungsamt von der wirklichen Sachlage auf dem Wohnungsmarkt überzeugen und dann darüber nachdenken, ob die im Wildermuth'schen [Eberhard Hermann Wildermuth, Bundesminister für Wohnungsbau] Wohnungsbauplan vorgesehene Auflockerung wirklich das Ideal des Erstrebenswerten darstellt.

[...]

DOKUMENT 129

Im Jahre 1950 hatte sich auch in Hessen eine eigene Vertriebenenpartei, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), gegründet. Die Forderungen nach sozialer Gleichberechtigung mit der einheimischen Bevölkerung und einem gerechten Lastenausgleich für erlittene Eigentums- und Vermögensverluste waren die Hauptziele. Der folgende Rundbrief des BHE vom 9.9.1950 ruft zur Bildung eines organisierten Parteiapparates auf.

Aus: StADA Abt. HI, Flüchtlingswesen Abt. II, Reg. 5, Az. 58a 02, Bd. 206.

Sehr geehrter Schicksalsgenosse!

Im Einverständnis und mit Unterstützung des erfolggekrönten BHE Schleswig-Holstein gehen auch in Hessen die Heimatvertriebenen, Fliegergeschädigten, Körpergeschädigten und sonstigen entrechteten Opfer des umwälzenden Zusammenbruchs als Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, BHE Landesverband Hessen, in die kommende Landtagswahl.

Unsere Schicksalsgenossen in Schleswig-Holstein haben gezeigt, was Geschlossenheit vermag.

Wie dort, wo der BHE als zweitstärkste Landespartei aus den Wahlen hervorging, einen Flüchtling als stellvert[etenden] Ministerpräsidenten und ein weiteres Mitglied als Minister für Soziales, Arbeit und Vertriebene stellte, muss die kommende Landtagswahl auch in Hessen eine grundlegende Umbildung unserer Regierung und damit eine Schicksalswende für uns bringen.

Der vorläufige Landesvorstand des BHE Hessen sieht in den kampferprobten Flüchtlingsvertrauensmännern die berufenen Stützen des mit aller Beschleunigung aufzubauenden Landesverbandes. Helfen auch Sie, dass die bisher bei allen Wahlen erworbenen, aber immer wieder verratenen Opfer dieses Krieges im kommenden Landtag Sitz und Stimme haben.

Begründen Sie umgehend, notfalls zunächst allein, soweit es sich ohne Zeitverlust machen lässt, unter Hinzuziehung von Vertretern der anderen Entrechteten-Kreise Ihre BHE-Ortsgruppe. Die altbewährten Vertrauensleute und Vorkämpfer für diese Landtagswahl sollen berufen sein, auch bei den von uns geforderten Neuwahlen für Bürgermeister, Kreis- und Gemeinde-

vertretung als Kandidaten auf den Plan zu treten.

Nach Eingang Ihrer Meldung werden wir Ihnen die Anschriften der übrigen Ortsgruppen Ihres Wahlkreises mitteilen, damit Sie Gelegenheit haben, sich mit diesen zusammen als BHE-Kreisverband zu konstituieren.

Unser Name ist bereits für sich ein Programm. Das gedruckte Programm wird Ihnen nach Erklärung Ihrer Bereitschaft zugehen.

Handeln Sie schnell, denn wir haben nur noch wenige Wochen Zeit. Es kommt im Augenblick noch nicht darauf an, eine möglichst grosse Mitgliederzahl auf die Beine zu stellen, sondern vielmehr darum, das Gerippe der Organisation aufzubauen und die Männer und Frauen zu benennen, die bereit sind, das Schicksal unserer Elendsgenossen mit zu gestalten und sich durch Einsatz bei der kommenden Landtagswahl für entsprechende persönliche Aufgaben zu qualifizieren.

Mit schicksalsverbundenem Gruss: BHE Landesverband Hessen

Dr. Herbert Fuchs

DOKUMENT 130

Die Vertriebenenorganisationen werden als Stützen der hessischen und kommunalen Verwaltungstätigkeit angesehen.

Aus: Darmstädter Echo vom 3.11.1950.

[...]

Wie sich die neue Staats- und Kommunalverwaltung langsam, aber stetig seit 1945 gefestigt hat, so wuchs auch die Heimatvertriebenen-Organisation in ihre Aufgabe hinein, Wegbereiter und Mitarbeiter für die verschiedenen Teillösungen des Gesamtproblems ihrer Landsleute zu werden. Der Landesverband und z.T. auch schon die Kreisverbände der Heimatvertriebenen wollten aber keine Wohltätigkeitsorganisationen sein und bleiben. Die Menschen, die durch das Vertrauen der Heimatvertriebenen in den Vorstand gewählt wurden, haben nur ein Ziel: Rückgewinnung der widerrechtlich verlorenen Heimat. Um dieses Ziel zu erreichen, muss jedoch die Substanz erhalten werden. Dies wiederum ist nur möglich durch Einbau der heimatvertriebenen Arbeitskräfte in das wirtschaftspolitische Gefüge des

Aufnahmelandes. So vollzog sich die Wandlung der Organisation im Rahmen des Möglichen vom Fürsorgerischen kommend, ins aktiv Wirtschaftliche mündend. Hessen hat in dieser Hinsicht eine führende Stellung bezogen. Sowohl der Landesverband als auch die Kreisverbände der Heimatvertriebenen haben es von Anfang an so gehalten, dass sie Hand in Hand mit der Landesregierung und der Kommunalverwaltung arbeiten, wenn es galt, bestehende Hindernisse zu beseitigen, die einem wirtschaftlichen Einbau der Geschädigten im Wege standen.

Eine Organisation aber, wie die der Heimatvertriebenen, hat keine lokale Bedeutung mehr, sie ist auch kein Club schöngestiger Theorien, sondern sie ist zutiefst ein Faktor der ernsthaften Mitarbeit am Gesamtaufbau des Landes, weil sowohl der alteingesessenen Bevölkerung als auch den Vertriebenen selbst der beste Dienst erwiesen wird. Weil aber die Heimatvertriebenen durch ihre Organisation sich nachweisbar in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen mithelfend eingeschaltet haben, das Land und der Staat sich letzten Endes nur durch ein geordnetes Sozial- und Wirtschaftsleben halten und durchsetzen können, ist dadurch auch die heutige wesentlichste Arbeit der Heimatvertriebenen-Verbände zutiefst staatspolitischer Art und damit staatstragend.

Die Richtigkeit dieser Entwicklung wurde bereits von der Landesregierung anerkannt, indem sie dem Landesverband 20'000,- DM an Dotationen zur Verfügung stellte. Die weitere Entwicklung wird zeigen, dass diese Gelder wirklich fruchtbringend angelegt wurden. Die Heimatvertriebenen-Organisation aber weiss diese Unterstützung zu schätzen und wird in Zukunft noch mehr bestrebt sein, [sich] an der Beseitigung wirtschafts- und staatspolitischer Widerstände [zu beteiligen], weil nur dann ein gemeinsames lebenswertes Leben Platz greifen kann.

DOKUMENT 131

Protestkundgebung der Vertriebenen für einen «gerechten Lastenausgleich» in Darmstadt im Februar 1951.

Aus: Darmstädter Echo vom 26.2.1951.

«Sozialer Frieden in Gefahr».

Protestkundgebung der Heimatvertriebenen auf dem Friedensplatz

Gestern Nachmittag versammelten sich etwa tausend Heimatvertriebene auf dem Friedensplatz in Darmstadt zu einer Protestkundgebung für einen gerechten Lastenausgleich. [...]

«Wir sind keine Masse ohne Vergangenheit. Eine sinnvolle Eingliederung des Heimatvertriebenen Landvolkes, eine ebenso sinnvolle Eingliederung in Industrie und Wirtschaft im Rahmen des Hessenplans, kurz – die Anerkennung der Notlage der Heimatvertriebenen vor den Einheimischen muss als Grundlage für einen sozialen und gerechten Lastenausgleich gefordert werden können. «

Als Sprecher des «Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen», Bonn, (ZVD), nahm der ehemalige Abgeordnete des Prager Kabinetts, Lothar Kunz, Stellung zu den Forderungen der Heimatvertriebenen. Der Redner wies nach, dass der wirtschaftliche Aufbau Westdeutschlands auch den Heimatvertriebenen zu danken sei. «Der verlorene Krieg muss vom deutschen Volk gemeinsam bezahlt werden, aber nicht allein von uns Heimatvertriebenen!» Der soziale Friede sei in ernster Gefahr – seine Erhaltung sei wichtig. Solange eine grosse Gruppe innerhalb des deutschen Volkes benachteiligt werde, könne nicht von sozialer Gerechtigkeit gesprochen werden. Die jüngsten Protestkundgebungen im ganzen Bundesgebiet seien letztmalig – der Protestmarsch nach Bonn werde kaum aufzuhalten sein. [...]

In einer Resolution an den Lastenausgleichsausschuss und an den Bundesflüchtlingsminister in Bonn lehnen die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten des Kreises Darmstadt den Entwurf der Bundesregierung über einen Lastenausgleich als völlig unzureichend ab und fordern mit allem Nachdruck die Berücksichtigung der vom Zentralverband der vertriebenen Deutschen geltend gemachten Grundsätze bei der endgültigen Fassung des Gesetzes. Sie verlangen, endlich im Interesse des gesamten deutschen Volkes gehört zu werden. Sie verlangen echte Vermögensumschichtung, nicht

blosse Vermögenssteuer. Sie verlangen Anerkennung ihres Rechtsanspruches auf einen gerechten Ausgleich der Kriegsfolgelasten. [...]

DOKUMENT 132

Im Jahre 1953 vereinigten sich in Marburg der Landesverband der Heimatvertriebenen und die hessischen Landesgruppen der Landsmannschaften im Bund vertriebener Deutscher (BvD). Damit sollte die verbandliche Zersplitterung durch eine mitgliederstarke Organisation überwunden werden.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 22.6.1953.

Zusammenschluss aller Heimatvertriebenen. Landsmannschaften vereinigen sich im Bund vertriebener Deutscher

Die hessischen Landesgruppen der Ostdeutschen Landsmannschaften beschlossen in Marburg zu Beginn des 5. Landesverbandstages der Heimatvertriebenen in Hessen den Zusammenschluss aller bisher selbständigen Landsmannschaften mit dem bisherigen Landesverband der Heimatvertriebenen zu einem Bund vertriebener Deutscher in Hessen.

Gleichzeitig wurden in allen Landesgruppen der Landsmannschaften folgende Obmänner neu bzw. wiedergewählt (die den Vorstand des neuen Bundes bilden werden): Sudetendeutsche: Frank Seiboth, Frankfurt; Ost- und Westpreussen: Studienrat Konrad Opitz, Giessen; Pommern: Franz Rendel, Marburg; Deutsch-Balten: v. Seefeld, Frankfurt; Siebenbürger Sachsen: Dr. Fritz Gunesch, Frankfurt; Oberschlesien: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Perlick, Frankfurt; Ungarndeutsche: Matthias Vogel, Frankfurt; Danziger: Georg Jercke, Frankfurt.

Während eines Festaktes in der Marburger Universitätsaula gab der neugewählte Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher, Landesverband Hessen, Josef Walter, der Hoffnung Ausdruck, dass dieser Gründungstag in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes vermerkt werde. Nur ein echter Zusammenschluss könne eine sinnvolle Eingliederungspolitik der Heimatvertriebenen garantieren. Tausende von Heimatvertriebenen, die bisher wegen formaler Gegensätze zwischen den verschiedenen Flücht-

lingsorganisationen abseits standen, werden sich nun bedenkenlos dem neuen einheitlichen Flüchtlingsverband anschliessen können.

Der stellvertretende Vorsitzende Frank Seiboth (Frankfurt), wies darauf hin, der Zusammenschluss aller Heimatvertriebenen aus wirtschaftspolitischen und sozialen Gründen, aber auch im Hinblick auf die heimatpolitische Zielsetzung der Vertriebenen, sei eine dringende Notwendigkeit gewesen. Oberbürgermeister Gassmann (Marburg) stellte in seiner Begrüssungsansprache fest, dass die Heimatliebe der dauerhafteste Besitz eines Menschen und eines Volkes sei. Er schloss mit den Worten: «Es gibt kein geteiltes, sondern nur ein gemeinsames deutsches Schicksal.»

Zum Schluss der Gründungsversammlung stimmten die Delegierten verschiedenen organisatorischen Massnahmen zu und setzten den Monatsbeitrag für jedes Mitglied auf 50 Pfennig fest. Ausserdem werden 10 Pfennig für die landsmannschaftliche Arbeit erhoben. Sie wählten abschliessend noch den Beirat, der sich aus den Vertretern der verschiedenen Fachausschüsse zusammensetzt und der dem Vorstand beigeordnet ist.

DOKUMENT 133

Die Arbeit der Kreisverbände in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre beschreibt exemplarisch der folgende Bericht der Kreisgeschäftsführerin des Bundes der Vertriebenen, Kreisverband Marburg, Margret Kapeller (Marburg, im Januar 1989).

Quelle: Im Fundus des Herausgebers.

[...]

Es waren harte Jahre, die von 1946 bis 1953. Erst nachher ging es allmählich bergauf. Wir bekamen eine Zweizimmerwohnung mit Bad – sehr preiswert – der Neubau wurde von uns gerade vor Weihnachten 1953 bezogen

[...].

Nun wohnten wir menschlich und waren glücklich, alle vereint zu sein [gemeint sind neben der Berichtenden, deren Tochter und Mutter]. Durch Kontakte mit Landsleuten konnte ich ab 1. November 1952 in der Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen – Markt 16 – aushelfen und wie-

der meine Schreibmaschinenkenntnisse auffrischen. Das war sehr wichtig für mich. Jeden Tag sass ich in dem 6,5 qm grossen Raum mit 1 oder 2 Personen zusammen und schrieb fleissig auf der Schreibmaschine, ohne Entschädigung – ich bekam ja noch die Arbeitslosenunterstützung. Und in dieser Zeit lief der Lastenausgleich auf vollen Touren. Der Bund der Vertriebenen – Kreisverband Marburg – führte damals in der Martin-Luther-Schule eine Ausfüllhilfe durch. Jeden Nachmittag – wochenlang – sass wir in der Schule und füllten die Anträge aus. Wer den Wunsch hatte, dass die Anträge mit der Maschine geschrieben wurden, das übernahm ich in Heimarbeit. Es war oft gar nicht so einfach, mit den Geschädigten genauestens Frage um Frage zu beantworten. Man musste viel Geduld aufbringen. Und je mehr man sich mit den Leuten unterhielt, umso mehr war von ihnen zu erfahren. Wir sind täglich mit 5 oder 6 Mann zu der Ausfüllhilfe angetreten. Der damalige Geschäftsführer des BdV [Marburg], Arno Jestel, hatte die Befugnis, die ausgefüllten Anträge anzunehmen, zu prüfen und sie dann dem Ausgleichsamt zuzuleiten. Es war harte Arbeit, die da geleistet wurde. Das Ausgleichsamt profitierte sehr gut davon. Anerkennung bekamen wir vom Amt als auch von der Stadt. Und für den Bund der Vertriebenen zahlte sich die Ausfüllhilfe auch aus. Die Neuzugänge häuften sich – die Mitgliederzahl stieg [auf] über 2'000.

Durch die Ausfüllhilfe zum LAG [Lastenausgleich] ergab sich für mich ein gutes Verhältnis zum Ausgleichsamt, das bis zum heutigen Tag anhält. Ich habe sogar zeitweise beim Ausgleichsamt ausgeholfen mit Maschinenschreiben und war eigentlich immer da, wenn man mich brauchte.

Diese Ausfüllhilfe-Aktion war eine gute Sache, die dem Bund der Vertriebenen viel Anerkennung brachte.

Ein halbes Jahr später stiegen wir in die nächste Ausfüllhilfe ein, nämlich in die der neuen Flüchtlingsausweise. Gemeinsam mit den Flüchtlingsdienststellen und deren Leiterin, Frau Minna Wilhelm, führten wir in dem damaligen Haus der Jugend, in der Schulstrasse, die Ausfüllhilfe durch. Auch da gab es viel zu tun, der Andrang war gross. Aber wir hatten ja schon Erfahrung und die Anträge für den Flüchtlingsausweis waren bei weitem nicht so aufwendig, wie die beim Lastenausgleich, denn da waren 10 Anträge für eine Person keine Seltenheit.

So war auch diese Aktion ein grosser Erfolg für uns, und die Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern wurde immer besser. Das kam natürlich

auch unseren Mitgliedern zugute. Sie konnten sich den Weg zu den einzelnen Ämtern sparen, weil ich das (dann) für sie erledigte. Diese Praxis hat sich bis zum heutigen Tag bewährt.

Als dann Ende 1954 Arno Jestel Marburg verliess, bin ich die Geschäftsführerin des Kreisverbandes Marburg der vertriebenen Deutschen geworden. Was rein zufällig am 1. November 1952 begann, wurde eine Lebensaufgabe für mich, nämlich die Vertriebenenarbeit. Ich habe mich mit Haut und Haaren dieser verschrieben. Allerdings, ohne Idealismus ging es nicht. Aber ich muss sagen, die Arbeit macht mir Freude, ich bin zufrieden und Marburg ist meine Heimat geworden.

[...]

DOKUMENT 134

Die Ackermanngemeinde als Zusammenschluss katholischer Sudetendeutscher hat 1950 Leitsätze zur Meisterung des Flüchtlingsschicksals aufgestellt.

Aus: Archiv der Ackermann Gemeinde, Frankfurt.

Wir heimatvertriebenen Sudetendeutschen aus der Ackermanngemeinde bekennen uns zu der Überzeugung, dass das Flüchtlingsproblem in Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht zwar nicht ohne die materielle Hilfe des Auslandes gelöst werden kann, dass aber das ganze deutsche Volk diese Not aus den Kräften des Geistes und des Herzens lösen kann und lösen muss, wenn es daran nicht zugrunde gehen will.

Darum hängt die Überwindung des Flüchtlingselends in Deutschland entscheidend von den geistigen und sittlichen religiösen Kräften ab, die in unserem Volk geweckt werden können.

Darum kommt es in erster Linie auf die geistigen und sittlich-religiösen Kräfte an, die unser Volk in der gegenwärtigen Notzeit zu erwecken vermag. Entscheidend hängt es aber von dem Selbsthilfewillen und der Opferkraft der Vertriebenen ab, ob die verderblichen Folgen, welche die furchtbare Gewalttat der Vertreibung von 15 Millionen Menschen in jeder Hinsicht für Deutschland und ganz Europa nach sich ziehen muss, aufgehalten und nach und nach beseitigt werden können. Daraus ergibt sich die Aufgabe und die Verantwortung der Vertriebenen.

Wir bekennen uns im Einzelnen zu folgenden Leitsätzen:

1. Wir Vertriebenen werden nie das Recht auf unsere Heimat aufgeben. Wir werden aber als freie Menschen in unsere Heimat nur zurückkehren, wenn die Völker Europas ihre nationalen und sozialen Gegensätze in der höheren Ordnung des Humanen, Sittlichen und Christlichen lösen werden. Es hängt von uns ab, ob wir Vertriebene innerhalb dieser Aufgabe Baustein oder Sprengstoff sein werden.
2. Wir Vertriebenen in Westdeutschland sind mit den Einheimischen wie auf einem Schiff. Wir müssen uns um die Zusammenarbeit mit ihnen bemühen und über unsere eigenen Interessen hinaus die Verantwortung für das Ganze auf uns nehmen. Wer den Gegensatz zwischen Einheimischen und Vertriebenen verschärft, dient dem Kommunismus.
3. Das Flüchtlingsproblem in Deutschland ist die schwierigste Aufgabe, die je einem Staate gestellt worden ist. Ihre Lösung ist ausserordentlich mühevoll und langwierig. Wir müssen daher unsere Landsleute immer wieder zu Geduld und sachlicher Arbeit mahnen. Radikalisierung stört nur die Bemühungen um eine friedliche Lösung.
4. Wir Vertriebenen müssen klar erkennen, dass von uns mehr gefordert wird als von den Einheimischen. Bei aller materiellen Hilfe müssen wir die schwerste Last allein tragen: den gegenwärtigen Verlust der Heimat. Wenn wir Vertriebenen bereit sind, die grösseren Opfer auf uns zu nehmen, so müssen wir doch die besitzenden Kreise unseres Volkes aufrufen, von egoistischer Verblendung abzulassen und ehestens [schnellstens] in einem gesetzlichen Lastenausgleich den Vertriebenen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu gewähren, dass sich diese mit ihrer Hände Arbeit wieder ein menschenwürdiges Leben schaffen können.
5. Unsere Forderungen zum Lastenausgleich dürfen weder von Missgunst gegen die Einheimischen geleitet sein, noch von dem Streben, lediglich die frühere persönliche Wohlhabenheit wiederzugewinnen. Wir müssen alle Kraft daransetzen, dass der Lastenausgleich in seinen Auswirkungen dem ganzen Volk dient und eine neue gerechtere Sozialordnung herbeiführt. Wir müssen uns allerdings von allen Illusionen über die Möglichkeit des Lastenausgleiches freimachen. [...] Was uns der Lastenausgleich neben der Linderung äusserster Notstände bringt, kann nur eine zusätzliche Hilfe zu dem sein, was wir uns aus eigener Kraft und durch Fleiss schaffen werden. Der Lastenausgleich erspart uns keineswegs den harten

Existenzkampf all der Menschen, die gezwungen sind, wieder von vorne anzufangen.

6. Wir Vertriebenen müssen aufhören, immer nur Beschuldigungen und Forderungen gegen andere zu erheben. Wir wollen bewusst zuerst an uns selbst Forderungen stellen. Damit erlangen wir auf die Dauer das moralische Recht, andere zur Erfüllung ihrer Pflicht zu mahnen.
7. Wir müssen in uns Unzufriedenheit und Verbitterung überwinden und dürfen nicht immer auf die schauen, denen es besser geht, oder auf das, was wir verloren haben. Wir wollen stets an die denken, die es schwerer haben als wir. Bei der Beurteilung unserer heutigen Lage dürfen wir weder ausgehen von der Lebensführung der Einheimischen, noch von unserer früheren Stellung und unserem Besitz, sondern von dem Nullpunkt unserer sozialen Existenz im Augenblick der Aussiedlung und von den Hungerrationen der Jahre 1946/47. Wir sind stolz darauf, dass trotz aller noch heute vorhandenen Not die meisten unserer Landsleute weithin durch eigene Tüchtigkeit die tiefste Stufe des Elends bereits durchschritten haben.
8. Im Gegensatz zur Habgier und Genusssucht unserer Zeit bekennen wir uns zur Einfachheit und Lauterkeit in Wort und Tat. Bewusst wollen wir die Quellen seelischer Freude aufdecken und wieder lernen, trotz unserer Verarmung glücklich zu sein.
9. Wir Vertriebenen dürfen die bösen Geister des Hasses, die uns die Heimat geraubt haben, nicht über unsere Seelen triumphieren lassen, indem wir Gedanken der Rache und Vergeltung Raum geben in unserem Inneren. Weil wir Unrecht erlitten haben, dürfen wir nicht auf neues Unrecht sinnen. Wir wollen alles tun, damit unter uns niemand mehr aus nationalen oder rassistischen Gründen Verfolgung leidet. So machen wir unser Leid fruchtbar für die Verständigung der Völker und für den ersehnten Frieden der Welt.
10. Im Lichte des christlichen Glaubens enthüllt sich das furchtbare Geschehen unserer Tage als Gericht Gottes über den modernen Menschen, der sich vom Gesetze Gottes abgekehrt und frevlerischem Besitz und Macht zum Abgott seines Lebens gemacht hat. Uns Vertriebenen aber hat Gott nicht nur die Hinfälligkeit der irdischen Güter und die Bedürftigkeit des Menschen lehren wollen. Er hat uns in seinem Ratschluss auch berufen, denen, die noch immer die falschen Götter anbeten, beispielhaft vorzuleben, dass der wahre Reichtum des Christen des Besitz Gottes und die tätige Bruderliebe die grosse Aufgabe unseres Lebens ist.

DOKUMENT 135

Aufruf an die vertriebenen Sudetendeutschen zum Beitritt in die Sudetendeutsche Landsmannschaft.

Aus: Der neue Weg vom Juni 1950, S. 2.

Sudetendeutsche, hinein in die Sudetendeutsche Landsmannschaft!

Wir appellieren an unsere in Hessen untergebrachten Landsleute, zur Wahrung ihres Kulturerbes und ihres unveräußerlichen Heimatrechtes den Weg des landsmannschaftlichen Zusammenschlusses zu beschreiten. Damit wollen wir keineswegs den Wirkungskreis einer berechtigten sozialen Interessenvertretung der Heimatvertriebenen schmälern. Noch weniger wollen wir einer Vielheit von Organisationsformen das Wort reden, welche den mageren Geldbeutel unserer Landsleute zu sehr belasten würde.

Die landsmannschaftliche Zusammenarbeit und die soziale Interessenvertretung der Heimatvertriebenen müssen Hand in Hand gehen. Wo der gute Wille auf beiden Seiten vorliegt, soll in engster Fühlungnahme mit den Kreisverbänden der Vertriebenen eine landsmannschaftliche Vertretung auch der Sudetendeutschen geschaffen werden.

Die 400'000 Sudetendeutschen Hessens haben einen vollen Anspruch auf einen landsmannschaftlichen Zusammenschluss. Sie gehen damit den gleichen Weg, den ihre Landsleute in Bayern schon erfolgreich besritten haben und den auch Schlesier, Pommern, Ost- und Westpreussen, Danziger und Südostdeutsche bereits gegangen sind. Mit unseren Leidensgenossen aus anderen Heimatgebieten verbindet uns der Schmerz um das Verlorene und die Hoffnung, dass das himmelschreiende Unrecht der Austreibung eines Tages gutgemacht wird.

Gemeinsam mit den Millionen vertriebener Ostdeutscher und Südostdeutscher wollen wir den Heimatgedanken hochhalten und auf Kinder und Kindeskindern übertragen.

Scharnagel (CDU), Jaksch (SPD)

DOKUMENT 136

Schon früh versuchten die Landsmannschaften, sich in einem Dachverband zusammenzuschliessen, um ihre politischen Ziele nachhaltiger durchsetzen zu können.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 2.7.1951.

Erster Bundeskongress der Ostdeutschen Landsmannschaften. Vertreter von neun Millionen Heimatvertriebenen appellieren in Frankfurt an die Welt

«Wir glauben nicht, dass die Freiheit Europas gerettet werden kann, ohne die Wiedervereinigung aller Deutschen und die Rückgabe ihrer Heimat», erklärte am Sonntagnachmittag zur Eröffnung des Kongresses der Ostdeutschen Landsmannschaften Vizekanzler und ERP-Minister Blücher [Franz Blücher, Vizekanzler im 1. Kabinett Adenauer] in der Frankfurter Paulskirche.

Die deutsche Bevölkerung könne niemals einem Staatsmann zustimmen, der nicht die Wiedervereinigung Deutschlands als oberstes Ziel seiner Arbeit anstrebe. Die Heimatvertriebenen hätten durch Verzicht auf Rache und Vergeltung und durch ihr klares Bekenntnis zur europäischen Einheit ein wesentliches Stück zur deutschen Wiedergutmachung beigetragen. Ihre Charta [Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5.8.1950], in der sie auf jede Rache und Vergeltung verzichtet hätten, seien positive Zeichen für den Friedens- und Aufbau willen des deutschen Volkes.

Als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreussen erklärte Staatssekretär Dr. Ottomar Schreiber vom Bundesvertriebenenministerium, die ostdeutsche Bevölkerung habe durch ihre jahrhundertlange Arbeit an der Entwicklung der materiellen und kulturellen Leistungen des deutschen Ostens einen Anspruch auf die alte Heimat erworben. Die erzielten Leistungen hielten jeden Vergleich mit denen anderer Nationen aus.

Für die sudetendeutsche Landsmannschaft unterstrich Dr. von Auen die Notwendigkeit der uneingeschränkten Gleichberechtigung für das deutsche Volk. Axel de Vries, als Sprecher der Ostdeutschen Landsmannschaften, betonte, der erste Bundeskongress wolle die europäische Öffentlichkeit auffordern, die Auseinandersetzungen mit dem Osten auf der Grundlage der Volksrechte zu führen. Die Heimatvertriebenen hätten die historische Ver-

pflichtung, die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Staatssystem aufzunehmen und im Interesse der europäischen Zivilisation voranzutreiben.

Die Delegierten des ersten Bundeskongresses der Ostdeutschen Landsmannschaften appellierten im Namen von neun Millionen Heimatvertriebenen an die Weltöffentlichkeit, die Flüchtlinge nicht zu vergessen und ihnen die Rückkehr in einem vereinten Europa zu ermöglichen.

[...]

DOKUMENT 137

Bei verschiedenen festlichen Anlässen, vor allem aber an den Feiertagen, werden alte Traditionen wachgehalten und immer wieder der «Heimatgedanke» beschworen. Als Beispiel steht hier die Stadt Frankfurt an Weihnachten 1952.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 24.12.1952.

Sie denken an die ferne Heimat...

77'000 Flüchtlinge begehen ihr Weihnachtsfest in Frankfurt

[...]

Etwa 4'000 sudetendeutsche Familien leben heute in Frankfurt. Sie denken am Weihnachtsabend an das Christkind zu Hause. Feierlich und schön war der Mettengang zu Mitternacht, der selbst die lässigsten Kirchgänger auf die Beine brachte. Sie erinnern sich des schönen Weihnachtsbrauches ihrer engen und weiten Heimat, auch den Tieren im Stall vor der Mette eine Weihnachtsgabe zu bringen und sie mit Weihnachtsgebäck zu füttern. Überhaupt das Gebäck. Die kleinen Biskuitmännlein und Dreiecke und das Mohngebäck stehen auch heute auf dem Frankfurter Weihnachtstisch. Und die alten überlieferten Weihnachtsweisen der Heimat werden von Erwachsenen und Kindern gesungen.

Monstriezel, Bärenfang und Marzipan

Etwa 8'000 heute in Frankfurt Lebende kommen aus Ostpreussen. Sicher haben viele von ihnen sich zum Heiligen Abend – wie damals zu Hause – einen «Bärenfang» aus Honig und feinem Weinsprit gebraut und geschüt-

telt, steht, sofern die Verhältnisse es erlauben, neben dem Mohnstriezel auch das selbstzubereitete Marzipangebäck – mit kandierten Früchten verziert und leicht überbacken, dessen Rezept sich in den Familien vererbte. Die Ordensritter, so heisst es, haben diesen Brauch aus dem Heiligen Lande mitgebracht. Von den grossen Konditoreien des Landes wurde es alljährlich zu Weihnachten für viele Hunderttausende Goldmark, hauptsächlich nach Südeuropa, in den Vorderen Orient und nach Mittel- und Südamerika ausgeführt. Während der Adventszeit bereits liess die ostpreussische Hausfrau ihre Küchenkünste spielen. Aber erst nach dem Kirchgang am Heiligen Abend – mit dem Schlitten über das blanke Eis der masurischen Seen, durch verschneite Wälder oder über die Flussläufe des Memeldeltas hin zu den alten Ordenskirchen – durften die Familie, ihr Gesinde und geladene Alleinstehende die Köstlichkeiten verzehren. Auch das liebe Vieh in den Ställen hatte seine Extraschüttung bekommen. Von den Türmen in Stadt und Land läuteten die Glocken, und durch die Strassen zogen die Stadtmusikanten und bliesen die Weihnachtschoräle. Vielfach zogen auf dem Land junge Burschen als die Heiligen Drei Könige mit einem leuchtenden Stern von Haus zu Haus, sangen, wünschten ein gesegnetes Fest und sammelten Gaben ein.

Schimmelreiter mit dem «Brummtopf»

Die Danziger – rund 1'500 gibt es in Frankfurt – gedenken am Heiligen Abend des Schimmelreiters, der in kleineren Städten und ländlichen Gemeinden auf einem Schimmel in die Dielen der Häuser hineinritt. Sein Gefolge sang und trug Gedichte vor. Zum Dank wurden Äpfel, Nüsse und Süssigkeiten gereicht. Oft begleitete den Schimmelreiter auch ein «Brummtopf» – eine mit Fellen überspannte Trommel, auf der ein brummendes Geräusch hervorgebracht wurde. Auch in dieser Gegend zogen Blaskapellen durch die Strassen und spielten Weihnachtslieder. Die Kinder aber hatten sich am Heiligen Abend in den Strassen selbstgefertigte, mit Kerzen erleuchtete Krippen aufgebaut, mit denen sie die Erwachsenen erfreuten.

Bei den Pommern, von denen etwa 5'300 nach Frankfurt verschlagen wurden, wurde die Christversper am Nachmittag des Heiligen Abends besonders feierlich begangen. Dann kam der Weihnachtsmann und teilte für Grosse und Kleine die unter dem Weihnachtsbaum liegenden Gaben aus. Am Heiligen Abend gab es den traditionellen Schweinebraten, erst am Fei-

ertag kam der saftige Gänsebraten einer fetten «Pommerschen» an die Reihe. Auch Mohngebäck ass man hier und dort. So halten es auch heute noch viele in Frankfurt lebende Pommern, denen – bei ihrer gemeinsamen Weihnachtsfeier – die Schallplattenaufnahmen vom Glockengeläut der Jakobikirche in Stettin eine besondere Freude bedeutet.

[...]

Feuerwerk zur Heiligen Nacht

Schlesier und Oberschlesier, die stärkste Gruppe der Flüchtlinge in Frankfurt, sind mit ihren Gedanken bei den Christmetten in ihren kleinen und grossen Gotteshäusern – aus uraltem Schrotholz mit dem vielfältigen Schindeldach oder aus mächtigem Gestein. Hier und da leitet auch ein kleines Feuerwerk den sinkenden Abend zur Heiligen Nacht ein. Die Familie fand sich zum festlichen Abendessen zusammen, und hinterher erschien im feierlichen Raum des Hauses das Christkind.

So gehen die Gedanken aller, der Flüchtlinge, in die Heimat zurück. Sie alle schauen auf den Christbaum, der nicht in ihrer Heimaterde gewachsen ist, aber dennoch ein Gleichnis des währenden ewigen Lebens ist.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen:

HStAWI
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

StAMR
Hessisches Staatsarchiv Marburg

StADA
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Archiv des Regierungspräsidenten in Kassel,
Flüchtlingsdienststelle

Archiv der Ackermann-Gemeinde Frankfurt
Siedlung Heilsberg/Bad Vilbel

Periodika, Zeitschriften, Zeitungen

Darmstädter Echo 1946 ff.

Frankfurter Rundschau 1945 ff.

Fuldaer Volkszeitung 1945 ff.

Hessische Nachrichten 1945 ff.

Marburger Presse 1945 ff.

Wiesbadener Kurier 1945 ff.

Anzeiger für Flüchtlinge und Vertriebene 1949

Die Brücke. Mitteilungsblatt für Neubürger 1950 ff.

Das freie Land. Die Zeitung für Bauerntum, Siedlung und soziale Neuordnung 1948 ff.

Der Neubürger. Mitteilungen für Heimatvertriebene 1947 ff.

Dein Weg. Zeitung für Vertriebene und Flüchtlinge 1950 ff.

Der neue Weg. Blatt der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1948 ff.

Volksbote. Blätter der Vertriebenen 1949ff.

Wegweiser für Heimatvertriebene 1950 ff.

Der Wegweiser für Heimatvertriebene. Mitteilungsblatt für das Flüchtlingswesen 1951 ff.

Literatur in Auswahl:

Albrecht, Gerhard:

Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen. Berlin 1954

Arbeit, Amis, Aufbau. Alltag in Hessen 1949-1955. Hrsg. von Antonio Peter, Werner Wolf. Frankfurt am Main 1990

Bauer, Franz J.:

Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950. Stuttgart 1982

Derselbe

Zwischen Wunder und Strukturzwang. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32 (1987), S. 21-33

Bericht aus dem Institut für Weltwirtschaft: Das deutsche Flüchtlingsproblem in seinen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen. Kiel 1946

Becker, Ortrud:

Geflüchtet, vertrieben, aufgenommen. Eine Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Gross-Gerau. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen Gross-Gerau. Griesheim 1990

Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Bundesminister des Innern. Bonn 1982

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bearb. v. Theodor Schieder. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. 5 Bde. und 4 Beihefte. Bonn 1954-1963

Dokumentation über die Aufnahme, Eingliederung und das Wirken der Vertriebenen im Kreis Limburg-Weilburg. Hrsg. v. Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg. Wetzlar o. J.

Dokumentation über die Vertreibung, Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Lahn-Dill-Kreis. Hrsg. v. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises in Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen – Kreisverband Dillenburg und Wetzlar. Wetzlar o. J.

Dreissig Jahre Einheit der Vertriebenen in Hessen. Bund der Vertriebenen, Landesverband Hessen e. V. Festschrift der aus Anlass der vor 30 Jahren in Marburg an der Lahn

- gegründeten Einheit aller Vertriebenen in Hessen. Hrsg. v. Bund der Vertriebenen/
Landesverband Hessen e. V. Marburg 1983
- ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die
deutsche Bundesrepublik. Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemein-
schaft. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene. Bonn 1951
- Einigkeit und Recht und Freiheit: Deutschland, Hessen und die Sudetendeutschen.
Hrsg. v. Sudetendeutschen Archiv (Heinrich Kuhn). München 1981
- Die Entstehung eines neuen deutschen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebe-
nen. Hrsg. v. Eugen Lemberg, Lothar Kreckler. Marburg 1950
- Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung
der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hrsg. v. Helga
Grebging, Rainer Schulze, Doris von der Brölie-Lewien. Hildesheim 1987
- Das Flüchtlingsproblem in der amerikanischen Besatzungszone. Ein Bericht des
Länderrats an General Clay. Stuttgart 1947
- Frantziöch, Marion:
Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte. Wege ihrer Integration in die Bundes-
republik. Berlin 1987
- Grube, Frank/Richter, Gerhard:
Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1979
- Dieselben:
Die grosse Flucht. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980
- Haupt, Klaus:
Weisen der Daseinsermöglichung existenziell bedrohter Menschen. (Eine Untersuchung
über die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen). Diss. Erlangen 1956
- Hessen und das Flüchtlingsproblem. Ein Rechenschaftsbericht der Zahlen und Tatsa-
chen. Im Auftrag des Hessischen Staatsministeriums. Hrsg. v. Staatsbeauftragten für
das Flüchtlingswesen. Wiesbaden 1949
- Der Hessenplan 1950-1954. Ausgangspunkt, Entwicklungsstufen, Teilergebnisse, Beur-
teilungen. Bericht des Landesamtes für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte.
Hrsg. v. Hess. Innenminister. Wiesbaden 1954
- Imhof, Michael:
Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisa-
tion und gesellschaftliche Bedeutung. Diss. Marburg 1975
- Jolies, Hiddo M.:
Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Berlin, Köln 1965
- Kolpack, Karl:
25 Jahre Geschichte, Aufbau und Leistung des Landesverbandes Bund der Vertriebe-
nen/Landesverband Hessen. Sonderdruck aus dem Geschäftsbericht, o. O. 1972

- Kropat, Wolf-Arno:
Hessen in der Stunde Null 1945/47. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten. Wiesbaden 1979
- Kühnhardt, Ludger:
Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem: Massenzuwanderungen in Geschichte und Politik. Wien 1984
- Lüttinger, Paul:
Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse. Frankfurt 1989
- Menges, Walter:
Der Einfluss der Flüchtlinge auf die wirtschaftliche und soziale Struktur des Kreises Limburg. Diss. Frankfurt 1952
- Messerschmidt, Rolf:
Flüchtlinge und Vertriebene im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Ursachen, Aufnahme, Eingliederung. Fulda 1989
- Mühlhausen, Walter:
Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit. Frankfurt 1985
- Nahm, Peter Paul:
Die Eingliederung der Vertriebenen in Hessen, in: Die neue Stadt. 1. Jg., 1. H. (1947), S. 22/23
- Derselbe:
Nach zwei Jahrzehnten. Erlebnisberichte über Flucht, Vertreibung und Eingliederung. Bonn 1961.
- Derselbe:
... doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null. Berlin, Köln 1971
- Neumann, Franz:
Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim am Glan 1968
- Neundörfer, Ludwig/Michler, Hermann:
Die Geschichte vom Schlüchtern-Plan. Frankfurt 1950
- Opitz, Peter J.:
Flüchtlingsbewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48 (1983), S. 33-45
- Ottenthal, Adam:
Das Flüchtlings- und Ausgewiesenenproblem in der US-Zone Deutschlands. Diss. Heidelberg 1948

- Palmer, Martha Ellen:
The institutional impact of the distribution of the economic activities of the expellees in Hessen, Federal Republic of Germany. From 1945-1963.
Diss. Michigan State University 1967
- Plato: Alexander von:
Fremde Heimat. Zur Integration von Flüchtlingen und Einheimischen in die Neue Zeit, in: «Wir kriegen jetzt andere Zeiten.» Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Hrsg. v. Lutz Niethammer, Alexander von Plato.
Berlin, Bonn 1985, S. 172-219
- Reichling, Gerhard:
Die deutschen Vertriebenen in Zahlen:
Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985
Teil II: Aufnahme und Wiedereingliederung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1985. Hrsg. v. der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Bonn 1986/87
- Rudolph, Hartmut:
Evangelische Kirche und Vertriebene 1945-1972. 2 Bde. Göttingen 1984/85
- Schlau, Wilfried:
Heimatvertriebenes ostdeutsches Landvolk. Ergebnisse einer Untersuchung im Kreis Mergentheim. Marburg 1955
- Schoenberg, Hans W.:
Germans from the East. A study of their migration and subsequent group history since 1945. The Hague 1970
- Schwalm-Eder-Kreis. Heimat für Vertriebene. Dokumentation über die Aufnahme und Eingliederung von Vertriebenen im Schwalm-Eder-Kreis. Hrsg. v. Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises anlässlich des zehnjährigen Kreisbestehens in 1984. o. O. 1984
- Senzky, Klaus Jürgen:
Sitte und Brauchtum im Bevölkerungswandel einer hessischen Kleinstadt.
Diss. Marburg 1954
- Sie haben sich selbst geholfen: Tatsachenberichte aus chaotischer Zeit.
Hrsg. v. Peter Paul Nahm. Troisdorf 1960
- Tatsachen zum deutschen Vertriebenenproblem. Hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1952
- Trümmer, Tränen, Zuversicht. Alltag in Hessen 1945-1949. Hrsg. v. Werner Wolf.
Frankfurt 1986
- Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler.
Drei Jahrzehnte Integration. Hrsg. v. Hans Joachim von Merkatz. Düsseldorf 1979
- Die Vertriebenen. Hrsg. v. Siegfried Kogelfranz. Hamburg 1985

- Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen.
Hrsg. v. Wolfgang Benz. Frankfurt 1985
- Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Hrsg. v. Friedrich Edding, Eugen Lemberg. 3 Bde. Kiel 1959
- Vierzig Jahre nach Flucht und Vertreibung. Hrsg. v. Hans Ulrich Engel. 2. Aufl.
Düsseldorf 1985
- 1945-1985. Vierzig Jahre Vertreibung. 35 Jahre Eingliederung. Eine Dokumentation des Kreisverbandes des Bundes der Vertriebenen Fulda e. V. Fulda 1985
- Wiesemann, Falk:
Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 23 (1985), S. 35-44
- Zayas, Alfred M. de:
Nemesis at Potsdam. The Anglo-Americans and the Expulsion of the Germans.
Background, Execution, Consequences. London 1977
- Derselbe:
Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Berlin, Köln, Mainz,
Stuttgart 1986
- Zehn Jahre Bund der vertriebenen Deutschen in Hessen. Hrsg. v. Landesverband Hessen
des Bundes der vertriebenen Deutschen. Red. Karl Kolpack. Marburg 1963
- Zeittafel der Vorgeschichte und des Ablaufs der Vertreibung sowie der Unterbringung
und Eingliederung der Vertriebenen; Bibliographie zum Vertriebenenproblem. Hrsg.
v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 2 Bde.
Bonn 1959

Die Hessen-Bibliothek im Insel Verlag

Begründet von Edgar Thielemann

Bisher sind erschienen:

Hessisches Lesebuch

Herausgegeben von Hans Herder

521 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04781-6

Das *Hessische Lesebuch* enthält rund hundert Beiträge, von Tacitus bis zum Stadtschreiber von Bergen, aus fast 19 Jahrhunderten. Es sind Auszüge aus der biographischen Literatur, aus Reisebeschreibungen und anderen zum Teil unbekanntem oder vergessenen Büchern, daneben Dokumente und Reden. Ihnen gemeinsam ist das Thema *Hessen*, seine Geschichte, herausragende Ereignisse und Besonderheiten des Landes.

Politische Kultur und politisches System in Hessen

Herausgegeben von Jakob Schissler

417 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04784-4

Politische Kultur und politisches System in Hessen enthält sowohl Originalbeiträge als auch bereits publizierte Analysen zur Ideengeschichte, zur Verfassung, zum politischen Prozess und zur kulturellen Lebenswelt des Bundeslandes Hessen.

Rainer Fritz-Vietta • Stadterneuerung in Hessen

407 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-04783-2

Rainer Fritz-Vietta vom Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt dokumentiert in seinem Buch *Stadterneuerung in Hessen* 19 Sanierungsmassnahmen in 16 Gemeinden Hessens. Die praktischen Probleme, die sich aus Änderungen der Sanierungsziele, Gebäudeabbrüchen, Umsetzungen, Neubau- und Modernisierungsmassnahmen oder aus der Mietentwicklung ergeben, führen zu politischen Lösungsvorschlägen des Autors an Bund, Länder und Gemeinden.

Ina-Maria Greverus/Gottfried Kiesow/Reinhard Reuter u.a.
Das hessische Dorf

405 Seiten. Gebunden. ' ISBN 3-458-04782-0

Noch vor einem Jahrzehnt schien das Dorf wenig attraktiv zu sein. Auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Dorf und seiner Entwicklung stand eher im Schatten der Auseinandersetzung um die Probleme und Folgen der Urbanisierung. Heute jedoch wird dem Dorf wieder grösseres Interesse entgegengebracht. In Hessen zum Beispiel versucht man mit Hilfe des Dorferneuerungsplans, das Leben auf dem Land modernen Erfordernissen anzupassen und zugleich die Besonderheiten des Dorfes – bauliche Strukturen und Beziehungen zur Landschaft – zu erhalten. *Das hessische Dorf* fasst die Ergebnisse einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammen, die von Wissenschaftlern der Universität Frankfurt, der Technischen Hochschule Darmstadt und des Landesamtes für Denkmalspflege gebildet wurde.

Dietmar Grieser • Goethe in Hessen

164 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14017-4

Johann Wolfgang von Goethe ist Hesse von Geburt und durch seine Vorfahren mütterlicherseits. Was wäre da natürlicher, als dass ihm in seiner Heimat Hessen besondere Verehrung zuteil wird? Dietmar Grieser, bekannt geworden durch seine Reisen an die «Schauplätze der Weltliteratur», hat an den hessischen Goethe-Orten Frankfurt, Wetzlar, Darmstadt, Wiesbaden und im Rheingau Nachschau gehalten, wie dort in unserer Zeit – und keineswegs nur mit Blickpunkt 150. Todestag – die Erinnerung an den «grossen Sohn» gehandhabt wurde.

Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831-1834

*Herausgegeben von Reinhard Görisch und Thomas Michael Mayer 432 Seiten.
Gebunden. ISBN 3-458-14044-1*

«Fürsten zum Land hinaus!» – heimlich gedacht oder trotzig gesungen –, drückte dieses Lied die Wünsche aller Republikaner im hessischen Vormärz aus. Die hier erstmals vorgelegten zusammenfassenden Berichte der damaligen Behörden zeichnen ein plastisches Bild vom Alltag und den Plänen der frühen hessischen Demokraten, die man damals noch «Demagogen» nannte. In der Sprache und aus der Sicht der «Demagogen»-Verfolger lässt das dokumentarische Lesebuch sowohl die allgemeine Misere und die Illusionen der isolierten Revolutionspartei im hessischen Biedermeier erkennen als auch (etwa an der Bewegung um den *Hessischen Landboten* von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig) Versuche, die engen Perspektiven von Putschismus und Konspiration zu durchbrechen.

Wolfgang Schivelbusch • Intellektuellendämmerung

*Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren: die Universität, das Freie Jüdische Lehrhaus, die Frankfurter Zeitung, Radio Frankfurt, der Goethe-Preis und Sigmund Freud, das Institut für Sozialforschung.
Mit Abbildungen. 142 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14045-X*

In den zwanziger Jahren erschien in Frankfurt die wichtigste Tageszeitung Deutschlands; das fortschrittlichste Rundfunkprogramm wurde vom Frankfurter Sender ausgestrahlt. Sigmund Freud erhielt als einzige öffentliche Auszeichnung seines Lebens den von der Stadt Frankfurt gestifteten Goethe-Preis. Franz Rosenzweig gründete mit dem Freien Jüdischen Lehrhaus ein Zentrum jüdischen Kulturlebens, und mit dem Geld des Getreidegrosshändlers Hermann Weil wurde das Institut für Sozialforschung ins Leben gerufen, in dem die kritische Theorie entstand, welche nach 1945 bzw. 1968 die geistige Landschaft in Deutschland veränderte. Insbesondere eine Wachablösung der bürgerlichen Kultur lässt sich im Frankfurt der zwanziger Jahre besser als irgendwo sonst verfolgen – das Ende des individuellen Unternehmers wie Intellektuellen, eine Ablösung durch die Bürokratie. In den zwanziger Jahren leuchteten noch einmal das Mäzenatentum, die individualistisch-verschrobene Wagemutigkeit und Abenteuerliebe des alten Bürgertums auf – in seinen geschäftlichen wie geistigen Unternehmungen, seinen Westend-Villen, Hausmusikabenden, Feuilletons, ja selbst in seiner soziologischen Phantasie, bevor – Jahre vor der Machtergreifung der Nazis – das Ende kam.

Eugen Kogon • Essays, Aufsätze, Reden zwischen 1946 und 1982

Herausgegeben von Hubert Habicht

451 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14046-8

Am 4. Januar 1982 wurde Eugen Kogon der «Hessische Kulturpreis» überreicht. Der vorliegende Auswahlband dokumentiert Kogons Beteiligung an der hessischen Politik, seine publizistische Arbeit in den «Frankfurter Heften» und sein Engagement als politischer Lehrer.

Margarete Dieffenbach • Hessischer Trachtenalltag

Tracht als Spiegel ländlicher Lebensweisen

Herausgegeben von Wolfgang Schellmann, Siegfried Becker, Gaby Mentges und Ingeborg Weber-Kellermann

Mit Abbildungen. 320 Seiten Gebunden ISBN 3-458-14112-X

Die Fotoernte der Margarete Dieffenbach aus dem Jahrzehnt zwischen 1925 und 1935 ist ein Glücksfall sowohl für die hessische Kulturgeschichte wie für die Volkskunde und europäische Ethnologie. In Hunderten von guten und vorzüglichen Aufnahmen hat sie das Trachtenleben jener Zeit bei den verschiedensten typischen Gelegenheiten des Alltags und der Feiertage festgehalten. Damit wurde eine letzte hessische Trachtenbilanz gezogen. Den erzählenden und beobachtenden Fotografien der Margarete Dieffenbach ist eine kultur- und sozialgeschichtliche Umschau über die Trachtenlandschaft Hessen vorangeschickt und ein kommentierender Text beigegeben. Dem interessierten Leser steht eine umfangreiche Spezialbibliographie zur Verfügung.

Erzähler aus Hessen

Herausgegeben von Dieter Bünsch

296 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14113-8

Die Anthologie vereinigt Märchen und Erzählstücke, in denen ein scharfer, oft satirischer Sinn für menschliche Wirklichkeit, ihre Schrecken und Defizite, und eine starke Spannung zu individuellen oder kollektiven Glücksbildern hervortreten. Bekannteres steht zwischen wenig Bekanntem und gerät dadurch in anderes Licht; mit Johann Heinrich Merck, Ludwig Börne, Franz Dingelstedt, Richard Hülsenbeck oder Ernst Glaeser werden Autoren präsentiert, die mehr Aufmerksamkeit verdienen. Mit Friedrich Stoltze erscheint Mundarterzählung von hohem Rang. Statt eines Vorwortes ein posthumer Huldigungsbrief an Dorothea Viehmann, die Märchenfrau aus Zwehren.

Hessen unterm Hakenkreuz

Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen

Herausgegeben von Eike Hennig in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch,

Martin Loiperdinger, Klaus Schönekeäs

558 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14114-6

«50 Jahre danach» ist die Erforschung des Nationalsozialismus immer noch nicht abgeschlossen. Es gilt zu erkennen, aus welchen politischen Kulturzusammenhängen und sozialen Bezügen, mit welchen Öffentlichkeitsformen und politischen Mitteln, auf welcher Motivationsbasis Und Erwartungshaltung die NSDAP zur grössten völkisch-nationalistischen Sammlungsbewegung herangewachsen ist. Dies gilt insbesondere für die Gebiete des Bundeslandes Hessen, die von entsprechender Nationalsozialismusforschung stark vernachlässigt worden sind. *Hessen unterm Hakenkreuz* bemüht sich, einen Überblick zu geben; Illustrationen, Dokumente und bibliographische Hilfsmittel vorzustellen, die zur weiteren Beschäftigung mit Entstehung, Durchsetzung und Institutionalisierung der NSDAP in Hessen anregen sollen.

Hessisches Auswandererbuch

Berichte, Chroniken und Dokumente zur Geschichte hessischer Einwanderer in den

Vereinigten Staaten. Ein hessischer Beitrag zum 300. Jahrestag der ersten deutschen

Einwanderung in Amerika 1683-1983

Herausgegeben von Hans Herder

452 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14115-4

Die Frage der Auswanderung war in den vergangenen Jahrhunderten für viele Menschen von zentraler Bedeutung. Dieses Lesebuch mit Beiträgen verschiedener Autoren aus Vergangenheit und Gegenwart beschäftigt sich ausschliesslich mit der Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert nach Nordamerika und mit einigen Randerscheinungen. Ein Teil der Beiträge stammt von Deutschamerikanern und schildert die Entwicklung aus der Perspektive der neuen Heimat. Das Ergebnis soll nicht nur eine Würdigung der hessischen Auswanderung nach Nordamerika sein und an einigen Beispielen den hessischen Anteil an der Entwicklung der Vereinigten Staaten belegen, sondern auch die Hintergründe der Auswanderungsbewegungen aufzeigen und zum besseren Verständnis der geschichtlichen Vergangenheit beitragen.

Gerhard Beier • Arbeiterbewegung in Hessen

Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984)

672 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14213-4

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, den eigenen Weg der Arbeiterbewegung in Hessen historisch zurückzuverfolgen. Dazu dient neben exemplarischen Kapiteln über die wichtigsten Phasen und Ereignisse eine Sammlung von mehr als 900 Kurzbiographien, darunter sämtlicher Regierungschefs und Minister sowie aller Reichstags-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die aus der hessischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Neben den grossen Karrieren stehen die vielen politischen Opfer: Verfolgte und Inhaftierte, Emigranten und Märtyrer aus dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft.

Hessen im Zeitalter der industriellen Revolution

Herausgegeben von Klaus Eiler

448 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14158-8

Schon im 19. Jahrhundert begann die Herausbildung der heutigen Industrielandschaften an Rhein und Main, Lahn und Dill und im Raum Kassel. Die industrielle Revolution brachte einen tiefgreifenden Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt mit sich. Das vorliegende Werk beschreibt die Entwicklung wichtiger Industriezweige und geht auf die unerlässlichen Voraussetzungen der Industrialisierung ein, namentlich den Beitritt hessischer Staaten zum deutschen Zollverein, die Aufhebung der Zunftschranken und die Einführung der Gewerbefreiheit. Doch das Buch berichtet auch von den Schattenseiten der industriellen Revolution, die nicht nur von enormen wirtschaftlichen Fortschritten geprägt war, sondern auch von Massenarmut, Hunger und Not. Die Arbeiterbewegung organisierte sich und trat ein für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. So spiegelt sich in den rund 200 Dokumenten dieses Buches nicht nur die industrielle Entwicklung Hessens, sondern auch der politische und soziale Hintergrund jener Zeit.

Dietmar Grieser • Mit den Brüdern Grimm durch Hessen

Ein literarischer Lokalaugenschein zum 200. Geburtstag von Jacob, Wilhelm und Ludwig Emil Grimm

Mit Abbildungen. 180 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14214-2

Man kann sich den Brüdern Grimm auf vielerlei Weise nähern: indem man sich mit ihrem Werk auseinandersetzt, indem man sie von der Biographie her zu ergründen versucht, indem man sich in die Bilder und Zeichnungen des «Malerbruders» Ludwig Emil versenkt. Reisefreudige Naturen mögen eine reizvolle Ergänzung darin erblicken, ihnen «vor Ort» nachzuspüren: an jenen Stätten, an denen sie selber gelebt und gewirkt haben, und an jenen anderen, die erst das ehrende Gedenken ihrer Nachwelt hat entstehen lassen. Dietmar Grieser begnügt sich bei seinem Lokalaugenschein nicht mit Bestandsaufnahmen an den «klassischen» hessischen Grimm-Orten Hanau, Steinau, Marburg und Kassel, sondern hält auch an bisher vernachlässigten wie Bad Homburg, Frankfurt und Wetzlar Umschau, er bezieht Märchenschauplätze und Märchenerzähler ebenso in seine Recherchen ein wie etwa das Erbe des hessischen Grimm-Illustrators Otto Ubbelohde, und ein Exkurs in eine grenznahe Hessen-Enklave in der DDR führt ihn sogar auf die Spur eines bis dato Unbekannten: des letzten noch lebenden Grimm.

Wolfgang Schivelbusch • Eine wilhelminische Oper

Mit zahlreichen Abbildungen. 165 Seiten. Gebunden.

ISBN 3-458-14242-8

Seitdem die Frankfurter Alte Oper im Bombenkrieg zerstört wurde, ist das Opernhaus ein Abbild des jeweiligen Zeitgeistes, der in Frankfurt herrscht. Als Ruine lag es unbeachtet und still inmitten des emsig summenden Wiederaufbaus der fünfziger und sechziger Jahre. Nur ein relativ kleiner Kreis konservativ gesinnter Bürger wirkte damals für die Wiederherstellung. Dann kam in den siebziger Jahren, getragen von der Tendenzwende in Politik und Kultur, ein neuer Oberbürgermeister, der sie zu neuem Leben erwecken sollte. Die Wiederherstellung des Frankfurter Opernhauses ist ein Beispiel für die postmodernistische Wende in Architektur und Gesellschaft, die in Frankfurt ihre Ausprägung in einem eigentümlichen architektonischen Historismus fand. Wolfgang Schivelbusch hat rekonstruiert, welche Vorstellungen, Interessen und Neigungen in den Bau des Opernhauses eingegangen sind. Ihm ist es gelungen, trotz der schwierigen Materiallage ein plastisches Bild der Ideologien und Interessenkonstellationen zu zeichnen, die zum Bau der «wilhelminischen Oper» führten, an die im 20. Jahrhundert ein konservativer Zeitgeist neue Hoffnungen knüpfte.

Walter Mühlhausen • Hessen 1945-1950

Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit
592 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14292-4

Das Buch zeichnet den Aufbau des parlamentarischen Staatswesens in Hessen nach. Es dokumentiert den Ausbau demokratischer Neuordnung, beschreibt die für das politische Leben der Nachkriegszeit wesentlichen Bereiche und untersucht die Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen unter einer Besatzungsherrschaft. Die Konzentration auf ein einzelnes Land erlaubt die genaue Analyse von Konsens und Konflikt der politischen Trägergruppen. Dabei beschränkt sich die Untersuchung nicht auf die hessische Seite, sondern bezieht gleichermaßen amerikanische Besatzungspolitik als Ordnungsfaktor mit ein. Mühlhausens Buch ist damit politische Geschichte des Landes Hessen und Vorgeschichte der Bundesrepublik zugleich.

Entdeckungen in hessischen Museen

Vom «Paradiesgärtlein» zum «Westhafen»

Herausgegeben von Hansgeorg Dickmann und Kurt Zimmermann

Mit Beiträgen von Renate Liebenwein, Gottfried Sello, Wolfgang Liebenwein und Dietmar N. Schmidt

Mit farbigen Abbildungen. 431 Seiten. Gebunden.
ISBN 3-458-14291-6

Auf der Suche nach der Welt von gestern hat ein breites Publikum seine Kunstmuseen neu entdeckt. Ein wachsendes Interesse gilt diesen Sammelpunkten einer früheren Lebenskultur, die uns im Kunstwerk lange entrückte Erfahrungen und Visionen noch einmal anschaulich vor Augen bringen können. Dieser neuen Empfänglichkeit des Publikums entsprechend hat auch das Hessische Fernsehen über Jahre hin ein *Bild der Woche* aus hessischen Kunstsammlungen ausgewählt und ausführlich kommentiert. Einhundert Kunstwerke aus fünf Jahrhunderten europäischer Kunstgeschichte, alle ganzseitig und in Farbe gedruckt, wurden zusammen mit den interpretierenden Texten in ein Bilderbuch aufgenommen. Bevorzugt wurde dabei das «erzählende» Bild, dessen künstlerische Idee anhand von sorgsam Detailschilderungen aufgedeckt wird. Neben den grossen Meistern der Malerei wurden entdeckenswerte Zeitgenossen eingeordnet, deren Bilder hier zum ersten Mal beschrieben werden.

Ausländische Arbeiterfamilien in Hessen

Berichte über das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern Herausgegeben von Hans-Wilfried Kuhlen

Mit Beiträgen von: Anita Kuhlen-SauerlHans-Wilfried Kuhlen, Arthur Mehmet, Christa Seidel, Detlef Lüde rw aid

Mit Abbildungen. 250 Seiten. Gebunden.

ISBN 3-458-14524-9

Seit vielen Jahren gibt es eine breite öffentliche Diskussion über die Probleme, die sich mit der Beschäftigung und zum Teil langjährigen Anwesenheit ausländischer Arbeiter und deren Familien in den hochindustrialisierten Ländern West- und Nordeuropas ergeben haben. Von der Fülle der zu diesem Thema veröffentlichten Literatur unterscheidet sich das vorliegende Buch vor allem durch die Anschaulichkeit, mit der das Leben ausländischer Arbeiterfamilien in Hessen beschrieben wird: Die Gründe, die zur Emigration dieser Familien aus Sizilien, der Türkei oder anderen Ländern «am Rande Europas» geführt haben, werden von den Autoren untersucht und in Zusammenhang gebracht zu jeweils gegebenen aktuellen Situationen der Familien. So entsteht ein umfassendes Bild vom Leben der Ausländer unter den Bedingungen der Emigration. Aufgrund ihres langjährigen Engagements in der «Arbeit mit Ausländern» können die Autoren eine Fülle von Beispielen geben für die längst stattfindende Normalisierung des alltäglichen Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern – ohne dabei zu vergessen, welches die Gründe dafür sind, dass die gegenseitige Annäherung immer wieder gefährdet wird.

Trümmer, Tränen, Zuversicht

Alltag in Hessen 1945-1949

Herausgegeben von Werner Wolf unter Mitarbeit von Harald Edel Mit Abbildungen.

358 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14523-0

Über 100 zeitgenössische Berichte und Reportagen aus sieben hessischen Zeitungen dokumentieren das Alltagsleben der ersten fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die in diesem Band versammelten Dokumente, die durch Reportagefotos ergänzt werden, haben die bewegenden Themen der damaligen Zeit zum Inhalt: Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau von Häusern und Fabriken, Schwarzer Markt mit den dazugehörigen Razzien, öffentlicher Verkehr, Währungsreform und – vor allem – der tägliche Kampf um Nahrungsmittel, um Wohnraum, Holz und Kohle. Immer wieder beschäftigen sich die Berichte und Reportagen mit einzelnen Menschen und deren Schicksal: aus der Bahn geratene Jugendliche, Menschen in Lagern; Heimkehrer und Kriegsversehrte, Vertriebene und Flüchtlinge; der langsame Wandel der Amerikaner von Feinden zu Freunden. Hunger, Kälte; Trauer um verlorene Menschen – das Leid der ersten Jahre war gross, aber aus den Trümmern, das macht dieser Band deutlich, erwuchs neue und begründete Zuversicht.

Kurt Wagner

Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung

Mit Abbildungen. 560 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14329-7

Am Beispiel seines nordhessischen Heimatdorfes Körle zeigt Kurt Wagner auf, dass sich im Dorf nicht «verspätete» Angleichungen an die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung vollzogen, sondern dass die Auseinandersetzung der Dörfler mit der Industrialisierung zu einer spezifisch dörflichen Lebensweise geführt hat.

Die Untersuchung umfasst den Zeitraum von der «Bauernbefreiung» im frühen 19. Jahrhundert bis hin zur Eingemeindungspolitik in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts. Besonders in der Beschreibung der neueren Entwicklung Körles zeigt das Buch eine grosse Anschaulichkeit, da es die statistische Dokumentation durch Aufzeichnungen mündlicher Darstellungen und Deutungen von Zeitzeugen ergänzt. Dabei geht es ihm weniger um die Rekonstruktion von «Ereignisgeschichte» als um das «Verstehen», um den Versuch der Einsichtnahme in die Denkstrukturen der Beteiligten, die vor den Ereignissen liegen.

Jochen Lengemann

Das Hessen-Parlament 1946-1986

Mit Abbildungen. 464 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14330-0

Der Hessische Landtag besteht 1986 vierzig Jahre.

In dem Buch werden nach einer verfassungsgeschichtlichen Einführung zum ersten Male die erst jetzt – dank Zugang zu allen Akten des Landtags und erstmals auch der Staatskanzlei – ermittelten vollständigen Listen der Mitglieder des Beratenden Landesausschusses (des hessischen Vorparlaments von Februar bis Juli 1946), der Verfassungsberatenden Landesversammlung Gross-Hessen und aller elf Landtage in Übersichten veröffentlicht. Ergänzt werden diese Tabellen durch die ebenfalls erst jetzt vollständig erforschten Verzeichnisse aller Präsidenten, Vizepräsidenten, Schriftführer und Fraktionsvorsitzenden.

Den Hauptteil des Werkes bilden die Biographien der 568 Frauen und Männer, die im Hessenparlament seit 1946 wirkten. Sie beruhen – ausser für die reinen Lebensdaten – auf den Angaben, die die Abgeordneten bei ihrem Eintritt ins Parlament für dessen Verwaltung und die amtlichen Handbücher machten. Diese Angaben wurden für «Das Hessenparlament 1946 bis 1986» auf die Bereiche: persönlicher und beruflicher Werdegang, Mitgliedschaft und Funktionen in Parteien, Verbänden und Vereinen und Mitgliedschaft und Ämter in Parlamenten aller Ebenen systematisiert.

Peter Assion • Von Hessen in die Neue Welt

Eine Sozial- und Kulturgeschichte der hessischen Amerikaauswanderung mit Text und Bilddokumenten

412 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-14603-2

An den grossen Auswanderungswellen, die im 19. Jahrhundert die USA erreichten, war Hessen besonders stark beteiligt. Dieser Tatsache trägt eine landesbezogene Auswanderungsforschung seit längerem Rechnung. Bisher fehlte jedoch eine Gesamtdarstellung der hessischen Auswanderungsgeschichte für alle Territorien, die heute das Land Hessen bilden. Und es fehlte eine Darstellung, die neben sozial- und kulturwissenschaftlichen Aspekten auch die subjektive Seite der Bewegung, d.h. die bis ins Alltagsleben der Auswanderer reichende Problematik aufzeigt.

Das vorliegende Buch bringt die Vorleistungen der älteren Forschung in einen neu strukturierten Zusammenhang und ergänzt sie mit Ergebnissen jüngerer, vor allem volkskundlicher Untersuchungen. Neben den Ursachen und äusseren Abläufen transatlantischer Migration wird das Profil hessischer ‚Auswandererkultur‘ umrissen: mit all jenen Vorgängen, die sich bei der Planung und individuellen Durchführung des Aufbruchs in die Neue Welt abspielten und in Amerika – bei der Bewältigung der sich dort stellenden Probleme – ihr bedeutsames Nachspiel hatten. Erstmals wird so auch das Leben hessischer Farmer, Handwerker und Gewerbetreibender in den USA berücksichtigt. Dokumentarisches Material zu jedem Kapitel bringt dem Leser die Menschen näher: die Auswanderer mit ihren Sorgen und Hoffnungen. In meist erstmals veröffentlichten Briefen und Tagebüchern artikulieren sie sich selbst und das, was sie im Zusammenhang mit dem Start in ein neues Leben bewegte. Amtliche und halbamtliche Dokumente zeigen, dass die Auswanderung keine beiläufige Erscheinung des 19. Jahrhundert war, sondern Ausdruck sozialer Umbrüche und Bewegungen säkularen Ranges.

Arbeit, Amis, Aufbau

Alltag in Hessen 1949-1955

Herausgegeben von Antonio Peter und Werner Wolf

Mit Abbildungen. 456 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-16055-8

Blickt man heute auf die hessische Nachkriegsgeschichte zurück, so erscheinen die frühen fünfziger Jahre als eine Zeit bedeutender politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Die Klärung des Verhältnisses des Landes Hessen zum Bund, die Westorientierung, der Wirtschaftsaufschwung – all dies waren Entwicklungen, die in die Jahre 1949 bis 1955 fielen.

Ausgewählte Reportagen und Kommentare aus fünf hessischen Zeitungen zeigen, was die Menschen bewegte – und was die Redaktionen für berichtenswert hielten. So entsteht ein kontroverses Bild, das nicht so glatt und «problemlos» ist, wie uns jene Jahre im Rückblick erscheinen mögen.

Der wirtschaftliche Aufschwung verlief unregelmässig und anfangs recht zögernd. Lange Zeit fehlten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wohnraum blieb Mangelware. Der Zuzug von Flüchtlingen aus der DDR verstärkte diese Schwierigkeiten. An der hessisch-thüringischen Grenze wurde der «Kalte Krieg» geführt. Immer noch recht gespannt war das Verhältnis der Bevölkerung zu den in Hessen stationierten alliierten Soldaten. Alles in allem blieb der Wohlstand breiter Bevölkerungskreise bescheiden. Als empfindliche Minderung der Lebensqualität empfand man bereits die Verschmutzung der Flüsse, Baden wurde unmöglich. Einige Alltagsprobleme und Sorgen der frühen fünfziger Jahre ähneln den heutigen. Interessant bleibt, wie diese – bei allen Unterschieden im Einzelnen – «angegangen» wurden.

Zusammen mit seinem Vorgänger «Trümmer, Tränen, Zuversicht. Alltag in Hessen 1945-1949» (hg. von Werner Wolf und Harald Edel) entwirft dieser Band ein differenziertes Bild des Nachkriegsjahrzehnts in Hessen.

Axel Schneider • Hessen und Thüringen

Stichworte einer Nachbarschaft

Mit Abbildungen. 256 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-16036-1

Thüringen – die Landschaft im Südwesten der Deutschen Demokratischen Republik – grenzt unmittelbar an Osthessen, Südniedersachsen und das nördliche Franken. Für viele Bundesbürger ist es das Land in Deutschland, in dem Luther, Goethe, Herder, Bach, Liszt und Cranach ihr universales Wirken entfalteten; für andere wiederum war es ein fremdes Land. Gerade junge Menschen suchten oft hilflos auf der Karte «Osteuropas» nach diesem Land in der Mitte Deutschlands, das formell nur zwischen 1920 und 1952 eine politische Einheit war. Mit Städten wie Weimar, Erfurt, Jena und Eisenach konnten viele Menschen in Hessen noch etwas Historisches verbinden, doch schon Namen wie Gera, Greiz und Schleiz, Rudolstadt, Eisenberg oder Schmalkalden waren für manchen «böhmische Dörfer».

Der «Hauch der Geschichte» des Jahres 1989 hat Hessen und Thüringen ergriffen, von ihm blieb das vorliegende Werk nicht unberührt. Heisst doch «Hessen und Thüringen» zugleich «Bundesrepublik Deutschland und DDR» mit allen dieser Beziehung innewohnenden besonderen Problemen in Vergangenheit und Gegenwart. So entspricht das Buch einerseits der Lage von Hessen und Thüringen, wie sie sich in den über vier Jahrzehnten der Teilung entwickelt und dargestellt hat, andererseits ist der politische Auf- und Umbruch in der DDR und in Thüringen voll miteingeflossen. Das Ergebnis ist eine Dokumentation der «Schwelle», der Situation des denkwürdigen Jahres 1989 in seiner Gesamtheit. Der Kontrast des «Vorher» und des «Nachher» ist hier unmittelbar wiedergegeben.

Nicht nur aufgrund der Reformen und der Umgestaltung im anderen deutschen Staat ist eine Beschäftigung mit Thüringen von besonderem Reiz. Das Land ist reich an landschaftlichen Schönheiten und historischen Stätten, die Menschen sind offen und an Kontakten interessiert. Diese Schrift will dazu beitragen, frühere Verbindungen zwischen Hessen und Thüringen unter den gegenwärtigen Verhältnissen neu zu beleben, und dazu ermutigen, sich jetzt gegenseitig besser kennenzulernen. Sie ist ein kurzgefasster Leitfaden für jeden, der mit Thüringen in engere Beziehung kommen will. Schwerpunkte der gebotenen Informationen sind die historischen Beziehungen zwischen Hessen und Thüringen. Geschichte und Problematik der Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg, bisherige politische und menschliche Kontakte und gegenwärtige Reisemöglichkeiten sowie eine Darstellung des Landes Thüringen und seiner Besonderheiten.

Rolf Messerschmidt

«Wenn wir nur nicht lästig fallen . . .»

Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen (1945-1955)
258 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-16131-7

Von 1945 bis 1950 kamen 720'000 Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost- und Südosteuropas in das neu geschaffene Bundesland Hessen. Hunger, Wohnraumnot und fehlende Verdienstmöglichkeiten kennzeichneten zunächst das Leben sowohl der Einheimischen als auch im besonders krassen Masse das der Vertriebenen. Die vorliegende Dokumentensammlung will die trotzdem erreichte, durch den Ende der vierziger Jahre beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung geförderte Eingliederung dieser Menschen nachzeichnen. Aus den «Flüchtlingen» der ersten Stunde wurden über den Status der «Neubürger» schliesslich die Mitbürger von heute.

Im Blickpunkt der gesammelten Quellen stehen nicht die «hohe Politik», sondern der einzelne Mensch, seine materiellen Nöte, die Schwierigkeiten, sich in einer fremden Umgebung zurechtzufinden, Hoffnung und neuer Lebensmut, aber auch Verzweiflung wegen der erlittenen Entwurzelung und vieler Demütigungen. Daneben werden auch die Probleme und Massnahmen der staatlichen Verwaltung und der helfenden Verbände, Organisationen und Einzelpersonen berücksichtigt.

Torsten Neuborg

«drüben» gibt es nicht mehr

Menschen an der Grenze.

Gespräche und Fotos vor und nach dem 9. November 1989

Etwa 260 Seiten. Gebunden. ISBN 3-458-16132-5

Die ehemalige Zonengrenze, Trennungslinie beider deutscher Nachkriegsstaaten, die Familien auseinandergerissen und viele Opfer der Gewalt gekostet hat, war vier Jahrzehnte lang das Ende des freien Europas. Im Mai 1989 wurde zum erstenmal ein Journalist und Schriftsteller von einem Landkreis nach einer Ausschreibung als «Grenzschaiber» ausgewählt, um sich mit den Geföhlen, Gedanken und Belangen der Menschen in der Grenzregion zu beschäftigen, sie aufzuschreiben und auch durch Veröffentlichungen einer grösseren Leserschaft zugänglich zu machen.

Im September 1989 trat der Grenzschaiber des Kreises Hersfeld-Rotenburg, Autor dieses Buches, seine Tätigkeit an – es war in der Woche, als Zehntausende DDR-Bürger in Ungarn den erlösenden Bescheid zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erhielten. Es war eine Zeit des Umbruchs, der fast täglichen Sensationen, eine – wenn der Begriff auch strapaziert wurde – historische Zeit. Der Grenzschaiber konnte die Ereignisse, von denen die Menschen in der Grenzregion noch nicht direkt betroffen waren, an denen sie aber grosse Anteilnahme zeigten, für seine Gespräche nutzen. Er diskutierte mit Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und verschiedener Berufe in vielen Städten und Dörfern. Die Menschen erzählten ihre Erlebnisse, und viele Erinnerungen wurden durch den Anblick der alten Fotos wieder wach.

Mitten in die Arbeit des Grenzschaibers fiel das Datum, das die deutsche Nachkriegsgeschichte mehr als jedes andere veränderte: der 9. November 1989. Für die Arbeit des Grenzschaibers vor Ort war es der Schlüssel zum bisher Unerreichbaren; von einem Tag auf den anderen waren Mauern und Stacheldraht durchlässig. Sein grosser Wunsch, auch Menschen «drüben» zu befragen, ging in Erfüllung.

Standen vor der Öffnung der Grenze Fluchtfälle im Mittelpunkt der Gespräche, waren es bald nach dem 9. November 1989 gegenseitige Besuche, über die vorwiegend berichtet wurde. Die Gründe, die Heimat in der DDR zu verlassen, wurden – trotz allen Schwierigkeiten – immer weniger. Deutschland war auf dem Wege, wieder zusammenzuwachsen – Schritt für Schritt.